

Neue  
**Kleine Bibliothek 85**

*Werner Biermann  
Arno Klönne*

# **The Big Stick**

Imperiale Strategie und globaler Militarismus –  
Die USA als Megamacht?

*PapyRossa Verlag*

## *Inhalt*

© 2003 by PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG, Köln  
Luxemburger Str. 202, D-50937 Köln  
Tel.: ++49 (0) 221 - 44 85 45  
Fax: ++49 (0) 221 - 44 43 05  
E-Mail: mail@papyrossa.de  
Internet: www.papyrossa.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Willi Hölzel  
Satz: Alex Feuerherdt  
Druck: Interpress

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 3-89438-256-2

<b>Einleitung: Preemptive Strike</b>	7
<b>I. American Way of War</b>	15
- Das Militärpotential im Überblick	15
- Bemerkungen zur militärischen Schlagkraft der USA	32
<b>II. Imperiale Strategien</b>	61
- Modelle und Konzepte	61
- Stützpunktsystem	78
<b>III. Verdeckte Operationen im Gewaltmarkt</b>	109
- US-amerikanische PMC	110
- Operationsfeld Afrika	123
- Willige Helfer: Militärs in Südamerika	143
<b>IV. Globaler Militarismus</b>	172
- Naher und Mittlerer Osten	174
- Afghanistan, Pakistan, der Iran	201
- Nordkorea und China im Fadenkreuz	211
- Geheime Mission - P2OG, Rumsfelds Geheimdienst	216
<b>V. Megamacht USA?</b>	225
- Militarismus und Weltmacht	229
- Binnenwirkungen	244
Literatur	254

## Einleitung: Preemptive Strike

Preemptive Strike – so wurde in der Vorbereitung des neuerlichen Krieges gegen den Irak in der US-amerikanischen Regierungssprache jene neue weltpolitische Doktrin benannt, mit der die Vereinigten Staaten das Recht für sich in Anspruch nehmen, einen Angriffskrieg gegen Staaten zu führen, die sie selbst als gefährlich oder bedrohlich definieren. Man kann ein solches gewalttätiges Vorgehen in deutscher Übersetzung als Präventivschlag bezeichnen; mit den bisher anerkannten (wenn auch keineswegs durchgängig eingehaltenen) Regeln des Völkerrechts allerdings, etwa der Charta der Vereinten Nationen, ist es nicht vereinbar, auch nicht mit dem bisherigen völkerrechtlichen Verständnis einer legitimen kriegerischen Prävention. Die würde voraussetzen, daß dem Land, das da militärisch »vorbeugend« tätig wird, ein kriegerischer Überfall des gegnerischen Staates unmittelbar und eindeutig nachweisbar bevorsteht. Daß diese Situation beim (nicht erklärten) Krieg der USA gegen den Irak, der schon seit Jahren geführt wird und den zum Count-Down hin zu steigern sich der Präsident der USA offenbar bereits im Jahr 2002 entschlossen hat, gegeben sei, wird niemand ernstlich behaupten wollen. »Preemptive strike« bedeutet also etwas anderes – nämlich den erklärten Willen der gegenwärtig in den USA bestimmenden politischen Kräfte, weltweit von der eigenen militärischen Übermacht angreifend Gebrauch zu machen, wo und wann immer dies – nach Auffassung der Regierung der Vereinigten Staaten – US-amerikanische Interessen erforderlich machen. Zustimmungserklärungen und Hilfsdienste anderer Staaten sind dabei willkommen, aber das soll nicht etwa Mitbestimmung der Koalitionäre über das Ziel oder den Zweck des kriegerischen Vorgehens bedeuten; die von den USA angeführte Koalition ist nicht als dauerhafte Partnerschaft gedacht, sondern als Ad-Hoc-Bündnis, über dessen Zusammensetzung und Willensbildung die Regierung der Vereinigten Staaten selbst entscheidet. Der UNO und ihrem Sicherheitsrat wird, so will es diese Doktrin, »eine Chance gegeben«, beim Militärschlag Legitimation für die

US-amerikanische Regierungspolitik bereitzustellen – mehr nicht. Und die NATO wird so umstrukturiert, daß sie der Eigenmächtigkeit US-amerikanischer Globalpolitik dienen, aber nicht im Wege stehen kann. Es ist nicht überraschend, daß der nunmehr offen formulierte weltweite Zugriffsanspruch der USA in vielen Ländern Unwillen und Widerspruch auslöst, auch bei einigen Staatsführungen, die bisher als willige Helfer der Außen- und Militärpolitik der USA galten.

Solcherart »abweichendes« Verhalten, von Washington als dreiste Undankbarkeit betrachtet, muß – soweit es um die politische Klasse in einer aufmüpfigen Nation geht – nicht durch hartnäckige Friedensliebe bedingt sein, vielmehr kommen machtpolitische Interessen von Staaten ins Spiel, die als kleinere Konkurrenten oder auch als später einmal gewichtige Wettbewerber der USA im Prozeß der Umverteilung globaler Macht agieren. Die Weltgeschichte ist auch mit dem Wegfall der »Systemkonkurrenz«, also des Staatssozialismus, nicht an ihr Ende gelangt, die Kräfteverhältnisse werden nicht so bleiben, wie sie jetzt sind. Offen ist die Frage, mit welchem Grad an Gewalttätigkeit künftige Konflikte um geopolitische Einflußzonen, um beherrschte Räume, um ökonomische Ressourcen und Machtpositionen ausgetragen werden, und in dieser Hinsicht wirkt die derzeitige Regierungspolitik der gegenwärtig einzig verbliebenen Supermacht – man sehe uns den verharmlosenden Begriff nach – »stilbildend«; sie bildet weltpolitische Verhaltensmuster heraus, die ihre brutale Eigendynamik haben.

Es ist nicht so, als sei die Militarisierung weltpolitischen Handelns, wie sie jetzt die US-amerikanische Regierungsbetrieb, eine persönliche Eigenart des Präsidenten George W. Bush. Erkennbar ist so etwas wie Zuspitzung, auch ein Wegfall bisheriger Höflichkeiten im Umgang mit der internationalen Öffentlichkeit; aber das Gewaltkalkül hat seine Vorgeschichte. Die Irakpolitik der USA als Exempel:

Mit der Skrupellosigkeit seiner Politik stand und steht Saddam Hussein nicht allein, auch nicht unter den Potentaten orientalischer Länder. Aber zum Politmonster wurde er – und auch da hatte und hat er zahlreiche Gesellschaft – keineswegs aus eigener Kraft, sondern durch die machtpolitischen Operationen und die Unterstützung westlicher Staaten, speziell der

USA. Zum Kriegsherrscher zeitweise großen Formats konnte er sich entwickeln, weil die Regierung der Vereinigten Staaten, nachdem ihr im Iran der Schah als Statthalter verloren gegangen war, das dortige Mullah-Regime militärisch in die Enge treiben wollte. Was sie wiederum nicht daran hinderte, insgeheim auch mit der iranischen Regierung politische Geschäfte zu machen. Bei dem Waffenarsenal des Irak handelte es sich, wie bei den anderen Staaten im Nahen Osten und am Golf, nicht um Eigenwuchs, sondern um einen Systemimport; über Jahrzehnte hin entwickelte sich die Golf-Region zum höchstprofitablen Absatzgebiet für westliche Rüstungsgüter, und bei alledem mischten die westlichen Ölkonzerne mit. »Fossiler Energierohstoff als Kriegs-Treibstoff« – so hat Karl Grobe den Grundcharakter der modernen Politikgeschichte in dieser Region gekennzeichnet, und an dem hat sich bis heute nichts geändert. Für die Ölökonomie stellt der Irak, als Staat selbst Resultat der Konkurrenz auswärtiger Mächte um diese Ressource, ein im weltweiten Maßstab höchstinteressantes Terrain dar, und Öl ist, wie Henry Kissinger gesagt hat, »zu kostbar, um es den Arabern zu überlassen«. Die Gruppe von US-Politikern, die für George W. Bush die geostrategischen Leitlinien entwirft, u.a. Richard Cheney, Donald Rumsfeld und Paul Wolfowitz, hat langjährige Erfahrungen in der politischen Umsetzung von Interessen der Energiekonzerne, insbesondere die Golf-Region betreffend.

Längst vor dem 11. September 2001 ist von dieser Gruppe ein weltpolitisches Programm für die USA entworfen und öffentlich vertreten worden, das als Grundelemente enthält: Die Vereinigten Staaten sollen in Zukunft keine Weltmacht neben sich, aber auch keine unabhängig handlungsfähige regionale Vormacht aufkommen lassen; das globale militärische Potential der USA ist vorzugsweise für die Sicherung von Energieressourcen einzusetzen; der Golf-Region ist dabei hohes Gewicht beizumessen, auch wegen ihrer Bedeutung für die »eurasische Brücke«, also eine Linie von Machtbastionen der USA, die sich vom Balkan über den Vorderen Orient und den Kaspischen Raum nach Zentralasien zieht. Es liegt in der Logik eines solchen Programms, daß die Kontrolle über die irakischen Ölvorräte wiederhergestellt werden muß, teils für den eigenen Verbrauch der USA, teils zum

Zwecke der Einflußnahme auf andere Abnehmerländer und auch als Ersatzressource für den Fall, daß es in anderen ölfördernden Ländern am Golf zu politischen Krisen kommt. Darüber hinaus ist die geostrategische Kontrolle über Bagdad für die USA wichtig, weil so Druck auf Teheran ausgeübt werden kann, das nach wie vor auch im Visier der US-Regierungspolitik liegt. All diese Ambitionen sind überhaupt nicht neu, aber der nach dem 11. September 2001 erklärte »Krieg gegen den Terrorismus« hat günstige Bedingungen für ihren Erfolg geschaffen.

Der Begriff »preemptive strike« tritt bei alledem in seinem doppelten Sinn hervor: Er kann, übersetzt, Prävention bedeuten, aber auch Vorkaufsrecht. Krieg und Geschäft haben ihren Zusammenhang. Es geht dabei nicht nur um den Zugriff auf Ressourcen, sondern auch um die hervorragenden Profitchancen in der Rüstungswirtschaft. Mit der Politik von George W. Bush erlebt die Militärindustrie in den USA einen epochalen Aufstieg. In den Chefetagen der Waffenschmieden kann man sich in Zeiten internationaler Spannungen entspannt zurücklehnen, und Kriege bringen, zynisch formuliert, »schöpferische Zerstörung«, sie eröffnen der Kapitalverwertung so neue Möglichkeiten. Noch einmal am Beispiel des Irak: Schon 1991 wurden dort Waffen, aus westlichen Staaten gewinnträchtig an Saddam Hussein geliefert, durch den Einsatz neuer und besserer Waffen »entsorgt« – wiederum gewinnbringend, und plausibel ist: Das Rüstungsgeschäft floriert nicht, wenn es bei Vorratshaltung bleibt, es braucht immer wieder auch den Verbrauch, die praktische Erprobung neuer Produkte, neue Märkte – und das kriegspsychologische Marketing.

Im politischen Feuilleton der Bundesrepublik ist in jüngster Zeit viel die Rede von »neuen Kriegen«, gemeint ist nicht nur die Tätigkeit terroristischer Netzwerke (hier: solcher, die als »Nicht-Regierungs-Organisationen« wirken), sondern auch die Ausbreitung von Territorialkriegen, die durch Warlords geführt werden, durch sozusagen private Gewaltunternehmer. Als Ausbruch atavistischer Instinkte ist diese Entwicklung jedoch nicht zu verstehen; sie ist vielmehr aufs engste verbunden mit hochmodernen Ausformungen kriegerischer Gewalt, mit den Operationen hochentwickelter staatlicher Apparate, die Hilfe gewährleistet haben bei der Entstehung, der militärischen

Ausrüstung, der Finanzierung, dem logistischen Aufbau und der zeitweiligen öffentlichen Legitimierung »privater« terroristischer Gruppierungen, militärischer Einheiten und plünderungswirtschaftlicher Gewaltunternehmen. Die Geschichte geostrategischer Eingriffe speziell der USA enthält eine Fülle von Beispielen für derartige Geburtshilfen – Anwerbung von Söldnertruppen, verdeckte Auftragsvergabe an »Stellvertretertruppen«, Nutzung paramilitärischer Kommandos für Umsturzpläne, geheimdienstliche Kooperation mit organisierter Kriminalität. Angeregt ist die Verflechtung von staatlichen und »privaten« Gewaltpotentialen auch dadurch, daß die militärische Hochtechnologie, über die Staaten wie die USA inzwischen verfügen, Gelegenheit gibt, die Risiken beim Einsatz des militärischen Personals auf der eigenen Seite an den »offiziellen« Fronten entschieden zu mindern. Da braucht es dann schattenmilitärische Subunternehmen für die häßlichen Geschäftszweige im Gewaltmarkt, in denen es nicht »klinisch rein« zugeht. Zudem hat die Inanspruchnahme von »Schattengewalt« den Vorteil, daß sie nicht der Kontrolle der Öffentlichkeit im eigenen Lande unterliegt. Allerdings steckt in diesen verdeckten Operationen von Hi-Tech-Machtstaaten ein Risiko: Terroristische Subunternehmen können sich verselbständigen...

Unser Buch setzt sich mit der Globalpolitik der USA auseinander, vor allem mit deren militärischen Instrumenten. Niemand wird bezweifeln, daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig über ein Machtarsenal zur Durchsetzung weltweiter Politikziele verfügen, das zeitgleich einzigartig und historisch einmalig ist. Dieser Status der USA ist Bestandteil jener kapitalistischen Durchdringung der Weltgesellschaft, die mit dem Schlagwort »Globalisierung« angedeutet wird, und es treten darin in riesigen Dimensionen Probleme hervor, Armuts- und Elendszonen, soziales Chaos, »gescheiterte Staatlichkeit«, alltägliche Gewalt, Kriminalität auch als Überlebensstrategie. Bei denjenigen, die der globalen machtpolitischen Hegemonie der USA Applaus geben, wird von einem »liberalen Imperialismus« gesprochen. Aber in den Denkschulen der herrschenden US-amerikanischen Politik ist man realistisch genug, um zu wissen, daß die jetzt praktizierte Weltherrschaft eine globale Zivilität, einen globalen Wohlstand und eine weltweit befriedende soziale Ordnung nicht hervorbringen kann. Eben deshalb hebt die politische Klasse

in den USA jene Fähigkeit hervor, die gesellschaftsgeschichtlich das Kennzeichen eines keineswegs liberalen Imperialismus war: Mit überlegener Kraft militärisch einzugreifen, Krisen kriegerisch zu »lösen«, aus der demokratisch nicht regulierten Souveränität eines global agierenden Machtzentrums heraus, das sich an ein auf Gleichberechtigung der Staaten gerichtetes internationales Vertragssystem nicht bindet. Eben darin wird auch die Chance gesehen, die Dominanz des US-amerikanischen Standortes und des Dollars im weltweiten Finanzmarkt abzusichern – globale militärische Zugriffsfähigkeit als »Währung« der USA. Keineswegs verläßt sich die US-amerikanische Machtelite auf die zweifellos wirksamen stillen Zwänge des kapitalistischen Weltmarktes, sie setzt eben auch auf die dröhnenden Schläge militärischer Herrschaft. US-amerikanischer Imperialismus heute besteht nicht darin, sich einem eigengesetzlichen Weltmarkt zum Zwecke des Ordnungsdienstes zur Verfügung zu stellen, sondern in einem machtstrategischen Policy-Mix: Kontrolle des internationalen Finanzmarktes im Interesse der USA; normierender Eingriff in die Wirtschaftsstrukturen anderer Nationen; finanzielle Einflußnahme auf die Regierungspolitik anderer Staaten; geheimdienstliches Agieren im fremden Terrain; propagandistische Ideologiepflge – und im »Ernstfall« harter Interessenkonflikte der militärische Zugriff. Das alles setzt einen hohen Aufwand an politischer Energie voraus – und es ist kostspielig. Die US-amerikanische Gesellschaft selbst ist alles andere als sozial befriedet, dennoch ist der Staatshaushalt vorrangig darauf ausgerichtet, weltweite Machtausübung zu finanzieren; dieser Zustand läßt sich am ehesten durch Bedrohungsbilder legitimieren. Dennoch ist anzunehmen, daß innere Konflikte auf Seiten der USA zunehmen werden, und was jetzt dort als weitverbreitete politische Apathie in Erscheinung tritt, kann sich in Opposition verwandeln, die dafür notwendigen bürgerlichen Grundrechte sind trotz mancher Einschränkungen nicht unbrauchbar geworden.

An dieser Stelle ein paar Sätze zum deutschen Diskurs über die US-amerikanische Politik: Bei der öffentlichen Debatte über die Irakpolitik des US-Präsidenten George W. Bush und seiner Mannschaft sahen sich kriegsgegenwärtige Kritiker hierzulande wieder einmal dem Vorwurf ausgesetzt, sie seien angetrieben vom »Antiamerikanismus«. Dümmlischer geht es kaum, wenn

politische Diffamierung betrieben werden soll, denn: Schon bald zeigte sich, daß ein erheblicher Teil der US-amerikanischen Bevölkerung mit der Kriegspolitik der dortigen Regierung keineswegs einverstanden ist, daß die Kritik am Imperialismus der USA von zahllosen Bürgerinnen und Bürgern und von gesellschaftlichen Gruppen in diesem Lande selbst oft weitaus schärfer vorgetragen wird als in der Bundesrepublik Deutschland. Alles »Antiamerikaner«? Und war die Opposition in den USA, die seinerzeit wesentlich dazu beitrug, dem Krieg in Vietnam ein Ende zu machen, »antiamerikanisch«?

Zweifellos haben antidemokratische Traditionen in der deutschen Gesellschaft, die sich in ihren Ressentiments gegen die Vereinigten Staaten richteten, weil diese ihnen als »liberalistisch« und als »multikulturell« gelten, noch heute ihre Hinterlassenschaften, auch in einer antisemitischen Variante. Aber dies ist nicht der mentale Hintergrund der großen Mehrheit der Gegner einer kriegerisch-imperialen Politik. Versteckte antiamerikanische Gefühle sind hierzulande eher dort zu finden, wo Gewalt als Mittel internationaler Konflikt austragung glorifiziert und deshalb die Teilnahme an den Kriegen der US-Regierung empfohlen wird, einem Konzept aus einem Leitartikel der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« folgend: »Wer ein Stück von der Beute haben will, muß sich an der Jagd beteiligen«. Gemeint war der Krieg gegen den Irak.

Eine solche Äußerung läßt auch einen Sachverhalt erkennbar werden, der nicht Thema dieses Buches ist, bei der Analyse der weltpolitischen Gesamtlage aber nicht vernachlässigt werden sollte:

Keineswegs sind andere Staaten neben den USA, auch europäische, auch die Bundesrepublik Deutschland, von eigenen kriegerischen Ambitionen in der Weltpolitik schon deshalb frei, weil sie gegenwärtig mit der Supermacht USA nicht »auf gleicher Augenhöhe« agieren können. Im Hinblick auf die deutsche Außen- und Militärpolitik: Selbstverständlich ist diese nicht in der Lage, mit den USA um einen globalen imperialen Status zu konkurrieren, gar noch mit gewalttätigen Methoden. Der hitlerdeutsche Griff nach der Weltherrschaft läßt sich nicht wiederholen. Aber machtpolitische, auch militärische Vorstöße der Bundesrepublik im Kampf um das geopolitische Terrain sind durchaus zu erwarten und auch bereits angebahnt – mit be-

grenzter Reichweite und möglicherweise in einer europäisch konzertierten Aktion. Die Beteiligung der Bundesrepublik an der kriegerischen Neuordnung auf dem Balkan ist ein Indiz dafür.

Schon in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 wurde offen proklamiert, daß »Verteidigung« – entgegen den Intentionen der deutschen Verfassung – in Zukunft auch Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen out of area bedeuten müsse. Minister Struck hat an diesem Konzept angeknüpft mit der Aussage, die »Verteidigung« deutscher Belange werde künftig eben auch in Gegenden wie dem Hindukusch stattfinden. Das Nein des Bundeskanzlers Schröder zu einer direkten deutschen Beteiligung am Irakkrieg ist die eine Seite – die andere ist Schröders Maxime von einer »notwendigen Enttabuisierung des Militärischen«.

Daß Staaten, die mit der derzeitigen globalen Hegemonialmacht in ihrer militärischen Stärke nicht entfernt gleichziehen können, eher auf das Konzept eines internationalen Aushandelns, auf Verträge also setzen als auf die Methode des gewalttätigen Draufschlagens, liegt nahe und hat positive Auswirkungen. Dies ändert jedoch nichts daran, daß auch unterhalb der Supermachtebene riskante Neigungen zur Fortsetzung machtpolitischer Umtriebe mit militärischen Mitteln bestehen können. Auch deshalb ist jeder Schritt zu internationalen Vereinbarungen über Rüstungsbeschränkung und Abrüstung erstrebenswert, und es wäre fatal, wenn Kritiker der imperialen Politik der USA sich eine Alternative dazu von einer europäischen (und damit deutschen) Aufrüstung erwarten würden.

Die ersten Monate dieses Jahres haben eine Überraschung erbracht: Ausgehend von dem Irakkonflikt sind in vielen Ländern der »westlichen Welt« kriegsgegnerische Bewegungen kräftig in Gang gekommen, obwohl die meisten Politikexperten und massenmedialen Kommentatoren das, was sie herablassend »Pazifismus« nennen, schon für tot erklärt hatten. Ganz offensichtlich hat dieser neue Protest gegen militärische Gewaltpolitik eine internationale Perspektive, und er verbindet sich mit der Kritik an dem herrschenden Inhalt der »Globalisierung«. Das Zeitalter des Imperialismus ist, darüber informiert dieses Buch, nicht vorüber; aber auch die Geschichte demokratischer und sozialer Bewegungen geht weiter.

## I. American Way of War

Die Streitmacht der Vereinigten Staaten wird von einer Berufarmee gebildet; sie setzt sich zusammen aus den regulären Streitkräften – untergliedert in die vier Waffengattungen Heer, Luftwaffe, Marine und Marinekorps –, der Nationalgarde (Milizen) und der Küstenwacht. Die Armee kann im Bedarfsfall, wie nach dem 11. September 2001 geschehen, auf Reservisten zurückgreifen. Bei diesen handelt es sich um Freiwillige, die im Rahmen ihrer beruflichen Ausbildung militärisch geschult werden und der Armee zur Verfügung stehen; die Reservistenverbände bilden eine Miliz, die der Bundesregierung in Washington untersteht. Die Nationalgarde hingegen untersteht dem Gouverneur des jeweiligen Staates.

**Das Militärpotential im Überblick.** Der Jahresbericht 2002 des Verteidigungsministers informiert über die Stärke der US-amerikanischen Streitkräfte; demnach gibt es beim Heer 11 Divisionen und zwei sogenannte Kavallerieregimenter (Fallschirmjägerverbände). Die Nationalgarde verfügt über 8 Divisionen und 15 verstärkte Brigaden.

Im Durchschnitt der neunziger Jahre war ein Drittel der Heeresangehörigen im Einsatz in Übersee; durchschnittlich war der einzelne Soldat 138 Tage im Jahr bei auswärtigen Missionen eingesetzt.

Die Kriegsmarine hat 11 Flugzeugträgerverbände, ferner 55 U-Boote, 108 Überwasserkriegsschiffe, 33 Versorgungs-/Logistikschiffe, 12 Amphibiengruppen sowie 4 Luftaufklärungseinheiten. Die Schiffe der Marine sind auf gegenwärtig vier aktive Flotten verteilt: die 2. Flotte im Atlantik, die 6. Flotte im Mittelmeer, die 5. Flotte im Persischen Golf und dem westlichen Indischen Ozean und die Pazifikflotte, die in die 3. und 7. Flotte unterteilt ist.

Die Luftwaffe verfügt gegenwärtig über 46 aktive und 36 Reserveeinheiten und 112 Bombenflugzeuge. Das Marinekorps besteht aus drei aktiven Divisionen (1 Reservedivision) sowie drei Flugzeuggruppen und einer gleich-



Tabelle 1: Streitkräfte der Vereinigten Staaten, Stand April 2002

	Insgesamt	Heer	Marine	Marinekorps	Luftwaffe	Küstenwacht
Aktive						
- Offiziere	217.898	76.067	53.972	18.393	69.466	6.931
- Mannsch.	1.167.951	401.138	323.745	154.348	288.720	29.138
- Kadetten	12.389	4.061	4.184	-	4.144	845
- Summe	1.398.238	481.266	381.901	172.741	362.330	36.914
Zivilangest.*	667.715	230.130	183.473	-	151.664	5.715

\* Weitere 102.448 Zivilisten sind in anderen Bereichen des Verteidigungsministeriums eingesetzt.

Anmerkung: Die Reserve hat einen Personenbestand von 1,2 Mio. davon entfallen auf das Heer 730.000 Reservisten, auf die Marine 190.000, auf die Luftwaffe 245.000 und auf das Marinekorps 100.000. Bei den Reserveeinheiten unterscheidet das Verteidigungsministerium sofort einsatzbereites Personal und solches, das noch Verbänden zugewiesen werden muß. Das Heer kann mehr als drei Viertel seiner Reservisten schnell einsetzen, was beispielsweise im Golfkrieg 1990/1 und im Afghanistankrieg demonstriert wurde.

Quellen: Washington Headquarters Service Active Duty Military Strength Report for April 30. 2002; ebenda, Civilian Personnel Reports Summary (April 2002) und U.S. Coast Guard Fact File (October 2001)

großen Anzahl von Unterstützungsgruppen. In der Aufstellung des Verteidigungsministers sind die im offiziellen Sprachgebrauch als strategisch bezeichneten Nuklearstreitkräfte nicht enthalten.

Weltweit stehen nach offizieller Zählung ungefähr 11 Millionen Menschen unter Waffen, wobei hier nur die westlichen Nationen, Rußland, China, Indien und die im Sprachgebrauch des Pentagon als potentielle Feinde eingestuft Länder wie der Irak, der Iran, Kuba, Libyen, Nordkorea, der Sudan und Syrien berücksichtigt sind. Die Atommacht Pakistan taucht in dieser Zählung nicht auf. Die Vereinigten Staaten, die einen Anteil von 4,5 Prozent an der Weltbevölkerung haben, stellen mehr als 12 Prozent

aller Soldaten. Der Militarisierungsgrad in den USA wird noch deutlicher mit Blick auf hochmoderne Ausrüstungen. Von den weltweit 33.300 Kampfflugzeugen tragen 9.000 oder 27 Prozent US-amerikanische Hoheitsabzeichen; bei Militärhelikoptern ist die Überlegenheit der USA noch eindeutiger: nahezu 40 Prozent dieser Kriegsmaschinen sind im US-amerikanischen Einsatz.

Im Bereich der Atomwaffen verfügen die Vereinigten Staaten über 45 Prozent der Trägersysteme (Interkontinentalraketen, atomare U-Boote, Bombenflugzeuge) und 50 Prozent der atomaren Sprengköpfe.

Diese Proportionen verschieben sich noch weiter zugunsten der Vereinigten Staaten, wenn die Militärpotentiale der NATO-Staaten hinzugezogen werden.

2002 beträgt der offizielle Militärhaushalt der USA 343 Milliarden Dollar; die großenteils für Militärzwecke verausgabten staatlichen Forschungsmittel und das sogenannte Black Budget sind hierbei nicht berücksichtigt. Auch subventionierte Waffenlieferungen – beispielsweise Militärhilfen für Israel im durchschnittlichen Umfang von fünf Milliarden oder in etwas geringerem Umfang für Ägypten und Kolumbien –, militärische Ausbildungsprogramme etc., die vom Außen- oder Entwicklungsministerium abgerechnet werden, fallen strenggenommen unter Militärausgaben. Erst während der Amtszeit Reagans wurde bekannt, daß es seit 1941 einen schwarzen Haushalt gibt, vergleichbar dem Bismarckschen Reptilienfonds. Im Zuge der Ermittlungen zum Iran-Contraskandal ergab sich, daß das Weiße Haus jährlich über Mittel in Milliardenhöhe verfügte, die nicht in den amtlichen Büchern auftauchten. Soweit bekannt, wurde diese Praxis beibehalten. Daher wäre es realistisch, den tatsächlichen Militärhaushalt auf annähernd 400 Milliarden zu veranschlagen. Die gesamten militärischen Aufwendungen der oben erwähnten anderen Staaten belaufen sich demgegenüber auf schätzungsweise 680 Milliarden Dollar. Das heißt, daß die Vereinigten Staaten weit mehr als die Hälfte der weltweiten Militärmittel verausgaben.

Der heutige Militärhaushalt bedeutet eine deutliche Ausgabensteigerung gegenüber den durchschnittlichen Aufwendungen der neunziger Jahre. Personalkosten steigen um 11 Prozent, Beschaffungen um knapp 11 Prozent

und laufende Kosten um 15 Prozent. Der heutige Haushalt ist der größte seit dem Aufrüstungsprogramm während der ersten Amtszeit Reagans. Die Bush-Regierung versucht mit einem Trick, einen Nachholbedarf zu rechtefertigen, indem die Haushalte der vergangenen Jahre auf Dollarbasis 1985 indiziert werden; dann erscheint auch das heutige Budget als moderat. Die Bezugsbasis 1985 ist irreführend insofern, als der Dollar damals einen extrem hohen und seitdem auch nicht mehr annähernd wieder erreichten Außenwert besaß. Deshalb ist es angebracht, die jeweiligen Budgets für sich zum Vergleich heranzuziehen. Dabei zeigt sich, daß gegenüber 1998 inzwischen die Ausgaben um mehr als 120 Milliarden stiegen oder um nahezu 50 Prozent; selbst gegenüber 1985 als Jahr der Hochrüstung ist eine Steigerung um 42 Prozent zu verzeichnen.

Der überwiegende Teil des Bundeshaushaltes fließt in die Rüstung; Bildungsprogramme in der Zuständigkeit Washingtons machen beispielsweise nur einen Bruchteil der Militärausgaben aus. Diese Verhältnisse gibt es seit mehreren Jahrzehnten, sie können also nicht der aktuellen Konfliktlage angelastet werden. Hier zeigt sich vielmehr, welche große Rolle das Militärische in der US-Politik strukturell spielt.

*Tabelle 2: Militärhaushalt der Vereinigten Staaten in Millionen Dollar, 1985–2003*

Jahr	Militärhaushalt	Beschaffungen	Forschung	laufende Aufwendungen
1985	286.802	96.842	31.327	77.803
1990	292.999	81.376	36.459	88.309
2000	290.534	54.973	38.706	108.776
2001	309.948	62.607	41.594	115.758
2002	329.878	61.120	48.409	127.668
2003	378.624	68.710	53.857	150.444

*Quelle: Donald H. Rumsfeld, Secretary of Defense, Annual Report to the President and the Congress – 2002*

*Organisation und Kommandostruktur.* Die Streitmacht wird vom Verteidigungsministerium verwaltet. Die drei militärischen Abteilungen (Heer, Marine und Luftwaffe) sowie 15 Verteidigungsagenturen – darunter der militärische Geheimdienst und die Abhörorganisation NSA – unterstehen diesem Ministerium. Das Marinekorps ist eine Unterabteilung der Kriegsmarine.

Die Militärabteilungen sind verantwortlich für Rekrutierung, Ausbildung und Ausrüstung der Teilstreitkräfte, der operationale Einsatz wird von den sogenannten vereinigten Kampfkommandos (unified combatant commands) arrangiert. Die neun Kommandos sind nach geographischen Gesichtspunkten und Funktionen untergliedert. Die Welt ist vom US-Militär in verschiedene Zonen aufgeteilt: Das US European Command umfaßt Europa; das Southern Command Zentral- und Südamerika (mit Ausnahme Mexikos); das Pacific Command den Pazifischen Ozean und Asien (mit Ausnahme Chinas); das Central Command den Nahen Osten, den Persischen Golf und Zentralasien und das Space Command den Weltraum, soweit dieser bekannt ist. Nach Funktionen sind das Strategic Command, zuständig für die Atomstreitmacht, das Special Operations Command mit Schwerpunkt Sondereinsätze, das Transportation Command und das Joint Forces Command eingerichtet. Im Juli 2002 wurden das Weltraum- und das Nuklearkommando zusammengelegt. Die Teilstreitkräfte sind den jeweiligen Territorialkommandos zugeordnet. Eine Ausnahme bildet hierbei das Zentralkommando, das nicht über eigene Streitkräfte verfügt, sondern diese im Bedarfsfall, wie beim Einsatz in Afghanistan, von den anderen Kommandaturen abrufft.

Mit Wirkung vom Oktober 2002 wurde ein neues Kommando eingerichtet; dieses Northern Command hat die Aufgabe, die Bevölkerung der Vereinigten Staaten gegen auswärtige Bedrohungen zu schützen, also den eigentlichen Auftrag einer Armee in demokratischen Gesellschaften zu erfüllen. »Die historische Insellage der Vereinigten Staaten«, heißt es in der öffentlichen Stellungnahme des Verteidigungsministeriums, »ist abgelöst worden von einer neuen Epoche neuer Verwundbarkeiten; Feinde werden die USA auf neuen Wegen treffen. Das Nordkommando wird die Verteidigung des Va-

### Central Command – CENTCOM

Im Gegensatz zu den anderen Kommandos verfügt CENTCOM nicht unmittelbar über eigene Truppen. Im Bedarfsfall werden Kampfeinheiten, sogenannte component commands, von anderen Standorten oder Kommandos abgezogen (3. Armee in Fort McPherson, Georgia; die 9. Luftwaffengruppe auf dem Stützpunkt Shaw in Südkarolina; die Einsatzgruppe Pazifik des Marinekorps auf Hawaii; die 5. Flotte, stationiert in Bahrain und die Sonderkommandos auf dem Stützpunkt MacDill in Tampa, Florida).

Diese Besonderheit hängt mit der Geschichte des Zentralkommandos zusammen. Im Januar 1983 auf Anordnung von Präsident Reagan gegründet, trat das in Miami lokalisierte Kommando an die Stelle der Schnellen Eingreiftruppe, die drei Jahre zuvor gebildet worden war, um eine militärpolitische Antwort auf die Vorgänge am Persischen Golf zu finden: Die regionale ›Sicherheitsarchitektur‹ der Vereinigten Staaten war durch den Sturz des Shah-Regimes zusammengebrochen. Der militärische Schutz der arabischen Klientenstaaten und deren Ölvorkommen war vorübergehend nicht gegeben. Eine Rapid Deployment Force stellte die Absichtserklärung der Vereinigten Staaten dar, ihre regionalen Interessen nötigenfalls mit militärischer Gewalt zu wahren. Die Eingriffstruppe war auf Sicht kein geeignetes Instrument für eine solche Machtprojektion, weshalb mit dem Zentralkommando eine dauerhafte Lösung gefunden wurde. Die Einsätze gegen den von Libyen initiierten Einmarsch im Tschad und den vermutlich ebenfalls auf Libyen zurückzuführenden Umsturzversuch im Sudan waren die ersten Aktivitäten des Kommandos.

In den folgenden Jahren führte das Kommando regelmäßige Manöver vor allem mit den Streitkräften Ägyptens durch, an denen auch die Armeen anderer Staaten teilnahmen. Dies wirkte sich günstig aus bei der Zusammenstellung der alliierten Armee, die unter Leitung des Zentralkommandos den Krieg gegen den Irak 1991 führte. Der Einsatz von US-Streitkräften im Rahmen der UN-Mission in Somalia 1992 wurde ebenfalls von diesem Kommando koordiniert. Nach Beendigung der Kampfhandlungen gegen den Irak gehörte es zu den Aufgaben des

Zentralkommandos, den südlichen Luftraum über dem Irak zu kontrollieren. Die Operation Southern Watch führte in den folgenden Jahren zu mehreren kurzzeitigen Militäreinsätzen (Operation Desert Strike 1996; Operationen Desert Thunder und Desert Fox 1998). Die anhaltende politische Instabilität am Persischen Golf machte es aus US-amerikanischer Sicht erforderlich, CENTCOM Raketenbatterien in den Anrainerstaaten Kuwait, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten (Operation Desert Spring 2000) und Personal für Sondereinsätze in Saudi Arabien zu stationieren.

Seit Oktober 1999 wurde das Einsatzgebiet von CENTCOM um die zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan erweitert.

Das Zentralkommando ist zuständig für ein Gebiet von großer strategischer Bedeutung: »Mehr als 65 Prozent der Weltvorräte an Erdöl befinden sich hier. Ihre Sicherung ist lebenswichtig für die Weltwirtschaft. Das Einsatzgebiet schließt auch Hauptseewege ein, die den Nahen Osten, Europa, Süd- und Ostasien und die westliche Hemisphäre verbinden. Der Schiffsverkehr und die maritimen Nadelöhre, Straße von Hormos, Suezkanal, Bab-el-Mandeb, sichern den Transport der Erdölprodukte, die die Volkswirtschaften unserer europäischen und asiatischen Alliierten antreiben«, so der Befehlshaber des Kommandos. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Seestreitkräfte eine zentrale Rolle bei der US-amerikanischen Machtpräsenz besitzen. Die 5. Flotte wurde als eigenständige Einheit 1991 wieder ins Leben gerufen. Der Verband war nach 1945 aus operativen Gründen aufgelöst und mit anderen Verbänden zur Pazifikflotte zusammengefaßt worden. Das Hauptquartier dieser Flotte befindet sich in Bahrain.

Die 5. Flotte verfügt über eine Flugzeugträgergruppe (Aircraft Carrier Battle Group), eine Amphibiengruppe sowie weitere Kampfschiffe, U-Boote, Versorgungsschiffe und ein Geschwader Aufklärungsflugzeuge, normalerweise alles in allem insgesamt 25 Schiffe mit einer Mannschaftsstärke von 15.000 einschließlich Marineinfanterie. Die Schiffe werden routinemäßig gegen solche aus anderen Einheiten der Atlantik- oder Pazifikflotte ausgetauscht. Gegenwärtig besteht das Kontingent aus 35 Schiffen und 35.000 Mannschaften.

terlandes übernehmen, die bislang von anderen Gliederungen des Verteidigungsministeriums durchgeführt wurde, und sie unter ein einheitliches Kommando stellen«. Im Klartext heißt dies, daß die Nachbarstaaten Kanada und Mexiko in das US-amerikanische Überwachungs- und Präventionsprogramm einbezogen sind; außerdem wird, von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbeachtet, die Hoheitszone auf 500 Seemeilen ausgedehnt, unter Einbeziehung des gesamten Golfs von Mexiko.

### Special Operations Command (SOCOM)

Diese Institution organisiert Sondereinsätze, Aktivitäten außerhalb herkömmlicher Kriegsführung; hierzu zählen Antiterrormaßnahmen, Bekämpfung von lokalen Aufständen, sogenannte counter-insurgency und psychologische Kriegsführung. Darüber hinaus operieren Sonderkommandos hinter den feindlichen Linien, wo sie Erkenntnisse sammeln und an die militärischen Leitstellen weiterleiten. Counter-insurgency bildete einen Schwerpunkt der Geheimdienstaktivitäten im Krieg gegen das vietnamesische Volk. Deren offensichtliches Scheitern führte dazu, daß diese Art der Kriegsführung der CIA entzogen und der Armee übertragen wurde. Die US-Soldaten, die vor dem Angriff der USA den Anti-Talibankräften in Afghanistan zur Seite standen, waren Angehörige der Special Commands.

SOCOM wurde 1987 eingerichtet, mit Sitz in Fort Bragg, Nordkarolina. Ihm unterstehen Spezialeinheiten des Heeres, der Marine und der Luftwaffe. Das Special Operations Command des Heeres in Fort Bragg bildet Sonderkräfte (Special Forces, SF), Rangers und Einheiten für psychologische Kriegsführung aus. Das Naval Special Warfare Command im kalifornischen Coronado übernimmt die Ausbildung von Spezialisten für maritime Einsätze, beispielsweise Kampftaucher; entsprechendes gilt für das Special Operations Command der Luftwaffe auf der Basis Hurlburt Field in Florida. Da es sich hierbei weitgehend um verdeckte Operationen handelt, sind exakte Angaben eines ansonsten auskunftsfreudigen Militärapparates nicht erhältlich. Offiziellen Angaben zufolge waren 1999 SF-Einheiten in 152 Ländern beschäftigt;

im Durchschnitt waren in jeder Woche 5000 Angehörige der Sondereinheiten in 60 Staaten im Einsatz, wobei »die verdeckten Operationen oder Sonderzugangsprogramme [special access programs] hier nicht berücksichtigt sind«.

Im Haushaltsjahr 2000 umfaßte das Sonderkommando ungefähr 30.000 Personen, davon ein Viertel Offiziere. Die Zahl der Reservisten belief sich auf etwa 10.000. Das Budget betrug knapp 3,8 Milliarden Dollar.

Die gegenwärtigen »Missionen« umfassen folgende Kernbereiche:

- CA/ Civil Affairs: Aktivitäten, um die Bevölkerung in Ländern, wo US-Militär postiert ist, auf eine pro-amerikanische Haltung einzustimmen.

- CP/ Counterproliferation: Verhinderung der Weitergabe von Nuklearmaterial und anderer Massenvernichtungsmittel.

- CBT/ Combating Terrorism: Kampf gegen Terrorismus.

- DA/ Direct Action: Zeitlich begrenzte Einsätze gegen feindliche Personen oder Einrichtungen eines feindlichen Staates.

- FID/ Foreign Internal Defense: Beratung/Schulung von Regierungen, Behörden, Militär, Polizei und Geheimdiensten beim »inneren Frieden« und der Abwehr von »Subversion, Rechtlosigkeit und Aufruhr«.

- IO/ Information Operations: Bewußte Falschmeldungen, um den Feind zu verwirren.

- PSYOP/ Psychological Operations: Psychologische Kriegsführung

- SR/ Special Reconnaissance: Aufklärung und Informationsbeschaffung über potentielle Feinde

- UW/ Unconventional Warfare: Counter-insurgency Kriegsführung

*Entscheidungsprozesse und Zuständigkeiten.* Die Verfassung der Vereinigten Staaten verleiht dem Präsidenten die »ultimative Autorität und Verantwortung« über das Militär. Nach dem Gesetz über die Nationale Sicherheit aus dem Jahr 1947 ist der Verteidigungsminister sein wichtigster Berater (principal assistant) in allen das Militär betreffenden Angelegenheiten. Der Minister hat die vollständige Verantwortung über die ihm unterstellte Behörde; er ist gehalten, das Ministerium »effektiv, effizient und ökonomisch« zu führen.

misch« zu führen. Die Unterabteilungen des Verteidigungsministeriums, zuständig für die Teilstreitkräfte, müssen nach dem Gesetz von Zivilisten geleitet werden. Diese »Sub-Minister« sind für ihre Abteilungen voll verantwortlich; sie haben jedoch keine Entscheidungsbefugnis über Militäreinsätze. Sie werden als »ausführende Agenten« bezeichnet.

Der Präsident und der Verteidigungsminister haben gemeinsam mit ihren Stellvertretern die verfassungsmäßige Vollmacht, »die Streitkräfte bei der Durchführung von militärischen Aktionen« zu leiten. Truppenbewegungen, die über taktische Maßnahmen hinausgehen, wie die Verlegung von Militäreinheiten nach anderen Einsatzfeldern, beispielsweise von Afghanistan an den Persischen Golf, müssen vom Präsidenten und dem Verteidigungsminister genehmigt werden. Nach dem Gesetz verfügt niemand sonst über diese Autorität. Das Nationale Sicherheitsgesetz bildete die Grundlage für die Einrichtung des Nationalen Sicherheitsrates, der den Präsidenten in Fragen berät, die eine präsidentiale Entscheidung erfordern.

*Der Nationale Sicherheitsrat.* Dieses für die Sicherheitspolitik zuständige Gremium und zugleich Beratungsinstanz für den Präsidenten wurde im Juli 1947 gegründet (Public Law 80/253, approved July 26, 1947). Die vom vorhergehenden Präsidenten Roosevelt praktizierte persönliche Beratung durch Vertraute wie Harry Hopkins und Admiral William Leahy schien seinem Nachfolger nicht zweckmäßig, zumal Trumans persönlicher Berater Clark Clifford nicht in der Lage war, die unterschiedlichen Interessen von Außen- und Verteidigungsministerium zu koordinieren. Die Einrichtung einer übergeordneten Moderationsinstanz bot sich deshalb an.

Dem Sicherheitsrat gehörten der Präsident als Vorsitzender, die Minister für Auswärtiges, Verteidigung, Armee, Marine und Luftwaffe sowie der Vorsitzende der Nationalen Sicherheitsbehörde für Ressourcen (National Security Resources Board) an. Obwohl die CIA dem Sicherheitsrat gegenüber rechenschaftspflichtig war, gehörte deren Direktor dem Rat nicht an. Er wurde, wie andere Mitglieder des Kabinetts oder Leiter von Bundesbehörden auch, vom Präsidenten zu Sitzungen als Beobachter oder Berater eingeladen.

### **Kriegsverbrechen, Folterungen und das Kunduz-Massaker**

Die Genfer Konvention aus dem Jahr 1949 beinhaltet eine völkerrechtliche Definition von Kriegsverbrechen; dazu zählen Mißhandlungen von Kriegsgefangenen, Tötung von Geiseln, Plündern von öffentlichem und privatem Eigentum, die bewußt herbeigeführte Zerstörung von Städten, Orten und Dörfern. Eine Ergänzung 1977 betont das Recht von Zivilpersonen auf Schutz gegen militärische Operationen. An diesen Maßstäben gemessen, haben die Vereinigten Staaten mehrfach Kriegsverbrechen begangen.

Japan: Am 6. und 9. August 1945 starben durch den Abwurf von zwei Atombomben auf die Hiroshima und Nagasaki mehr als eine Viertel Million Zivilisten. Mittlerweile ist bekannt, daß es den Verantwortlichen vor allem darum ging, die Wirksamkeit der neuen Waffen unter realistischen Bedingungen zu testen. Militärisch war dieser Vernichtungsschlag sinnlos, weil das japanische Oberkommando den Vereinigten Staaten bereits Kapitulationsbereitschaft signalisiert hatte.

Korea: Im Herbst 1950 ordnete der befehlshabende US-General MacArthur die Luftwaffe an, »alle Kommunikationsmittel, sämtliche Einrichtungen, Fabriken, Städte und Dörfer« entlang des Yaluflusses, der die Grenze zwischen Nordkorea und China bildet, zu zerstören. Neben Splitterbomben wurde auch Napalm verwendet. Das sogenannte strategische Bombardement verstößt gegen die Genfer Konvention, ist demnach ein Kriegsverbrechen.

Vietnam: Die US-Luftwaffe praktizierte auch hier ihr strategisches Bombardement. Auf das Land wurden 8 Millionen Tonnen Bombenlast (viermal so viel wie im zweiten Weltkrieg von der US Air Force eingesetzt) abgeworfen; 80 Prozent fielen auf zivile Ziele, mehrheitlich Dörfer und Siedlungen. Fast 400.000 Tonnen Napalm wurden verwendet. Fast 80 Millionen Liter Chemikalien wurden über einem Siebtel der Fläche Südvietnams versprüht. Die Vereinigten Staaten und ihre lokalen Helfershelfer sind für den Tod von schätzungsweise 5 Millionen Vietnamesen verantwortlich; die Opfer der Überfälle in Laos und Kambodscha nicht berücksichtigt.

Auf den Feldern Vietnams lagen mehr als 3 Millionen Landminen



und etwa 300.000 Tonnen scharfer Munition. Nach offiziellen Angaben der vietnamesischen Regierung starben 40.000 Menschen durch Minen und aktive Bomben, das sind 4 bis 5 tote Zivilisten täglich.

Panama: Offizielle Begründung für die Besetzung des zentralamerikanischen Landes war die Festnahme des zum Drogendealer avancierten früheren CIA-Mitarbeiters, des Staatspräsidenten Noriega. Bei der militärischen Aktion kamen nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen mehrere tausend Zivilisten um. Diese Opfer wurden von den USA billigend in Kauf genommen, wohl auch deshalb, um den Zugriff auf den als strategisch wichtig eingestuften Panamakanal zu sichern.

Irak: Auf Anordnung des US-Präsidenten wurden im Rahmen des Krieges 1991 solche Anlagen zum Ziel von Luftangriffen, die für das zivile Leben und für die wirtschaftliche Produktion wichtig sind. Nach Ermittlungen des jordanischen Roten Halbmondes kamen mehr als 110.000 Zivilisten, davon mehrheitlich Frauen und Kinder, im Bombenhagel um.

*Quelle: Lenora Foerstel and Brian Willson, United States War Crimes, Centre for Research on Globalisation (CRG), 26. Januar 2002*

### **US-Geheimdienste foltern Gefangene bei Verhören in Afghanistan**

Seit dem 11. September 2001 sind etwa 3000 verdächtige Al-Kaida-Mitglieder und Helfer verhaftet worden. Die USA verweigern den Inhaftierten den Status als Kriegsgefangene nach der Genfer Konvention. Sie gelten als rechtlose ›feindliche Kämpfer‹... In hochgesicherten Schiffscontainern auf dem Luftwaffenstützpunkt Bagram bei Kabul werden etwa El-Kaida-Führer und Taliban-Kämpfer von der CIA und dem FBI vernommen. Diejenigen, die sich weigern, Aussagen zu machen, müssen nach dem Bericht der Washington Post oft stundenlang stehen oder knien. Sie bekommen Kapuzen übergezogen oder müssen lange Zeit in schmerzhaften Positionen verharren. Die ›Stressen und

Nötigen‹ getaufte Verhörmethode schließt Schlafentzug und Dauerlicht ein, mit denen Widerstand gebrochen werden soll. Gefangene, die auch unter solchen Bedingungen keine Aussagen machen, werden zusammen mit einer Liste von Fragen an ausländische Geheimdienste überstellt, die für ihre Folterpraxis bekannt sind. In anderen Fällen verkleiden sich CIA-Mitarbeiter als Angehörige von Geheimdiensten, die als besonders brutal gelten. Zu den psychologisch verschärften Verhörmethoden gehören auch Befragungen von muslimischen Kämpfern durch Frauen. Alle von der Washington Post interviewten Angehörigen der amerikanischen Sicherheitskräfte hielten die Anwendung von Gewalt bei Verhören für gerecht und notwendig. Sie gaben sich zuversichtlich, daß auch die amerikanische Öffentlichkeit diese Praxis gutheiße. ›Wenn man nicht gelegentlich die Menschenrechte von jemandem verletzt, dann erfüllt man seine Aufgaben wahrscheinlich nicht‹, zitiert die Zeitung einen Offizier, der die Gefangennahme von Verdächtigen geleitet hatte. Schon bei ihrer Festnahme sollen Gefangene häufig verprügelt worden sein. Die CIA weigerte sich, zu den Berichten Stellung zu nehmen. Allerdings hatte der damalige Chef der Gegenspionage, Cofer Black, im September in einer Kongreß-Anhörung eingeräumt, daß sich die Geheimdienstmethoden geändert hätten: ›Nach dem 11. September haben wir die Handschuhe ausgezogen‹.

Ein Bericht auf der Titelseite der *Washington Post* vom 26. Dezember 2002 informierte die Leser der Hauptstadt der USA über das Schicksal afghanischer und arabischer Kriegsgefangener in Bagram, die durchgängig als Taliban- und Al-Qaida-Kämpfer in den Händen der CIA bezeichnet werden.

›Wer sich weigert, in diesem geheimen Vernehmungszentrum der CIA zu kooperieren, müsse manchmal stundenlang mit übergezogenen schwarzen Kapuzen oder übermalten Schutzbrillen stehen oder knien. Das berichten Geheimdienstspezialisten, denen die Verhörmethoden der CIA bekannt sind. Zeitweilig werden sie in eine qualvolle Lage versetzt, müssen schmerzhafte Positionen einnehmen, erfahren Schlafentzug bei einem 24-stündigen Lichtbombardement – sie werden sogenannten ›stress and duress‹ (Stress und Zwang)-Techniken ausgesetzt.‹

Diejenigen, die kooperieren, bekommen eine bessere Behandlung

und gelegentliche Vergünstigungen. Wer weiterhin Widerstand leistet, kann als Gefangener an fremde Geheimdienste – wie von Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und Marokko – überstellt werden, die in der Regel extremere Formen physischer Folter anwenden. Diese Maßnahme, im Sprachgebrauch der CIA als ›rendering‹ (Rückgabe) bezeichnet, stellt eine Verletzung des internationalen und amerikanischen Rechts dar, aber sie wurde unter der Clinton-Administration genehmigt und von der Bush-Administration nach dem 11. September stark ausgedehnt...

Einige der von der *Washington Post* zitierten Kommentare dokumentieren Gangstermentalität... Ein Beamter sagte: ›Wenn man nicht hin und wieder irgend jemandes Menschenrecht verletzt, wird man wahrscheinlich seinem Job nicht gerecht.‹ Ein anderer erzählte den Reportern: ›Unsere Kerls sollen die ruhig ein bisschen härter rannehmen.‹ Ein dritter äußerte sich über die medizinische Versorgung verwundeter Gefangener: ›Schmerzkontrolle ist eine sehr subjektive Angelegenheit.‹

Afghanische und angebliche Al-Qaida-Gefangene werden nicht nur in Bagram festgehalten, sondern auch in den US-Einrichtungen auf Diego Garcia, einer von Großbritannien kontrollierten Insel im Indischen Ozean, sowie an anderen, geheim gehaltenen Orten. Die 625 Gefangenen im amerikanischen Gefängnislager auf dem kubanischen Flottenstützpunkt Guantanamo Bay, denen die Medien beträchtliche Publizität zollen, bilden nur einen Bruchteil der 3.000 Menschen, die seit dem 11. September festgenommen wurden.

Die Vernehmungszentren der CIA unterliegen keinerlei unabhängiger Aufsicht. Angehörigen des Roten Kreuzes wird der Zugang zu den Gefangenen nicht gestattet, sogar die Namen der Gefangenen werden geheim gehalten. Sie können nicht korrespondieren oder irgendwelchen Kontakt mit der Außenwelt aufnehmen. Sie sind praktisch ›verschwunden‹, wie die Opfer der lateinamerikanischen Todesschwadronen, die die CIA in den siebziger und achtziger Jahren finanzierte und organisierte.

Die Methoden, die die Vernehmungsbeamten der CIA anwenden dürfen, sind nicht nur von Menschenrechtsorganisationen verurteilt

worden, sondern auch vom amerikanischen State Department, soweit sie in anderen Ländern angewandt wurden. Der Menschenrechtsbericht des State Departments von 2001 klassifizierte Schlafentzug und das erzwungene lange Stehen von Gefangenen als Folter und kritisierte diese Methoden, als sie von Jordanien angewandt wurden, einem der Länder, in das die CIA jetzt vorzugsweise Gefangene ›zurückgibt‹.

Am 27. Dezember 2002 sandte die New Yorker Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch einen Brief an das Weiße Haus und forderte eine Untersuchung der Foltervorwürfe. Die Gruppe sagte, die in der *Post* dargestellten Methoden machten die Vereinigten Staaten zum Rechtsbrecher bezüglich einiger der fundamentalsten Verbote des internationalen Gesetzes über Menschenrechte. US-Beamte könnten sich mit Anklagen wegen Verletzung der Genfer Konvention konfrontiert sehen, nicht nur vor einem internationalen Gericht, sondern ›vor jedem nationalen Strafgericht.‹ Auch die Überführung von Gefangenen in die Gerichtsbarkeit von Drittländern, von denen bekannt ist, dass sie Folter praktizieren, sei eine Verletzung internationalen Rechts, stand in dem Brief.

Die Bush-Administration hat noch in keiner Weise zu dem Brief von Human Rights Watch über den Bericht der *Washington Post* Stellung bezogen, außer dass sie ihre bekannte Haltung – dass Kriegsgefangene nach der Genfer Konvention behandelt würden, vermutliche Terroristen aber nicht – erneut betonte.

*Quelle: Joachim Zepelin, US-Geheimdienste foltern Gefangene bei Verhören in Afghanistan, in: Financial Times Deutschland, 27. Dezember 2002.*

### Das Kunduz-Massaker

Am 24. November 2001 fiel im Nordosten Afghanistans die letzte Hochburg der Taliban. Mehrere tausend Koranschüler und die mit ihnen verbündeten El-Kaida-Kämpfer streckten in Kunduz ihre Waffen

und wurden von Truppen der Nord-Allianz unter dem Kommando des Usbeken-Generals Dostum gefangen genommen. 470 von ihnen wurden in die Festung Khali-Jangi bei Mazar-e Sharif gebracht. Stunden später, am Sonntag, dem 25. November, brach dort ein bewaffneter Aufstand aus.

Nach drei Tagen waren bis auf 85 Männer, die sich in den Katakomben des Forts verschanzt hatten, alle Gefangenen tot. Dem Gegenangriff der Truppen General Dostums, die durch amerikanische und britische Spezialeinheiten sowie US-Kampfflugzeuge unterstützt worden waren, hatten die Häftlinge nichts entgegenzusetzen. Unter den Toten befand sich auch der CIA-Agent Johnny »Mike« Spann, der noch kurz zuvor den amerikanischen Taliban-Kämpfer John Walker Lindh befragt hatte. Dieser überlebte den Aufstand und wartet nun in den USA auf seinen Prozess.

Dass dieser Aufstand und seine Niederschlagung merkwürdige Züge aufwies – wie gelangten die Waffen in die Festung und warum waren einige der Toten noch immer gefesselt? –, ist das eine. Unklar ist aber bis heute auch, was eigentlich mit den übrigen Kämpfern von Kunduz geschehen ist.

Der schottische Dokumentarfilmer Jamie Doran, ein ehemaliger BBC-Journalist, hat einen Film gedreht, in dem sechs Zeugen behaupten, nach dem Fall von Kunduz sei es zu Massenhinrichtungen und Folterungen gekommen. Einige der Zeugen sagen aus, dass US-Soldaten bei diesen Greuelthaten zugegen gewesen seien oder solche selbst begangen hätten. In der Originalfassung des Films präsentiert Doran als Zeuge unter anderem Amir Jhan, der die Kapitulation von Kunduz vermittelt hatte. Jhan will eigenhändig rund 8000 Taliban-Kämpfer gezählt haben, die sich Dostums Truppen ergaben. 470 wurden nach Khali-Jangi gebracht, zum Teil wahrscheinlich direkt in ihre Heimatländer repatriiert, etwa nach Pakistan oder Usbekistan. Dennoch bleiben – wenn die Zahl von 8000 stimmt – mehrere Tausend übrig. Wo aber sind diese?

*Quelle: Markus Spillmann, »Schwere Vorwürfe an US-Streitkräfte«, NZZ am Sonntag, 30. Juni 2002*

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen beschränkten die Funktion des Sicherheitsrates auf die Beratung des Präsidenten bei Fragen der »Integration von Innen-, Außen- und Militärpolitik, soweit sie die nationale Sicherheit betraf« und auf die Mitwirkung bei der Koordination zwischen den jeweiligen Ministerien und Behörden. Die Beratung ließ allerdings die Erarbeitung von alternativen Politikempfehlungen zu, was dem Rat eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber dem Präsidenten geben sollte. Ursprünglich gab es das Amt des Nationalen Sicherheitsberaters nicht. Es wurde später eingerichtet.

Der jetzige Präsident hat die Reichweite des Sicherheitsrates um den Bereich Wirtschaft erweitert; dem Rat gehören jetzt auch der Sicherheitsberater und der Vizepräsident an, die in Abwesenheit des Präsidenten den Ratsvorsitz einnehmen (National Security Presidential Directive 1 vom 13. Februar 2001), ferner der Chef des Generalstabes und der Direktor der CIA.

Seit 1989 ist dem Sicherheitsrat das NSC Principals Committee (NSC/PC) übergeordnet; dieses Gremium, dem neben dem Präsidenten nur noch die Außen-, Verteidigungs- und Finanzminister sowie als Vorsitzender der Nationale Sicherheitsberater angehören, wird als maßgeblich für die Politikgestaltung angesehen.

Nach dem 11. September hat der Präsident die Mitglieder des Sicherheitsrates, mit Ausnahme des Wirtschaftsministers, in sein »Kriegskabinett« berufen.

*Zuständigkeiten des Generalstabes.* Der Generalstab stellt das Bindeglied zwischen den Streitkräften und der Regierung dar; die Befehlshaber der jeweiligen Kommandos kommunizieren mit dem Verteidigungsminister bzw. Präsidenten über den Generalstab. Letzterer hat noch weitere Zuständigkeiten, die sich auf Teilnahme an internationalen Vertragsverhandlungen sowie die operative Gestaltung der Militärbündnisse, beispielsweise die NATO, erstrecken. Daneben ist der Generalstab verantwortlich für die Nationale Verteidigungsuniversität, das Beschaffungswesen (Joint Materiel Priorities and Allocations Board), das Transportwesen und die interne Revision (Joint Requirements Oversight Council). Einige der sogenannten Defense Agencies, die über den Generalstab dem Verteidigungsminister berichten, fallen



unter die operative Verantwortlichkeit des Chefs des Generalstabes. Dazu zählen u.a. der militärische Geheimdienst DIA und die Abhörorganisation National Security Agency.

Die Befehlshaber der jeweiligen Kommandos (Unified Combatant Command) erhalten ihre Einsatzbefehle vom Präsidenten über den Verteidigungsminister. Nach dem Goldwater-Nichols DOD Reorganization Act von 1986 kann der Präsident den Generalstab in diese Entscheidungslinie einbeziehen. Das gleiche Gesetz ermöglicht es dem Verteidigungsminister, dem Chef des Generalstabes die Aufsicht über die Kommando-Befehlshaber zu geben. Die Rolle des Generalstabes besteht darin, die Kommunikation zwischen den Befehlshabern und dem obersten Dienstherren (Präsident bzw. Verteidigungsminister) herzustellen, die Interessen der Befehlshaber gegenüber dem Dienstherren zu vertreten und so etwas wie »Controlling« zu leisten.

*Die Befehlshaber der Kommandos.* Nach dem Goldwater-Nichols Gesetz sind diese Befehlshaber dem Präsidenten und dem Verteidigungsminister rechenschaftspflichtig. Damit unterliegen sie auch einer Kontrolle durch den Kongreß. Die Befehlshaber haben uneingeschränkte Vollmacht gegenüber untergeordneten Kommandostellen, was sämtliche militärische Operationen einschließt. Sie sind selbstverantwortlich bei der Ausgestaltung der Entscheidungsprozesse und -strukturen innerhalb ihres Kommandos sowie des Truppeneinsatzes bei »Missionen«, die ihnen vom Präsidenten übertragen werden. Ferner steht ihnen das Recht zu, untergeordnete Kommandeure und Mitglieder des Stabes zu ernennen. Schließlich sind sie mit Disziplinarrecht ausgestattet.

Der Befehlshaber hat das Recht, die sogenannte Operationale Kontrolle bei einer laufenden »Mission« an untergebene Kommandeure zu übertragen, was sich aber ausschließlich auf die militärischen Belange erstreckt.

**Bemerkungen zur militärischen Schlagkraft der USA.** »Die Vereinigten Staaten erfreuen sich gegenwärtig einer beispiellosen militärischen Stärke« – so die Ausgangsthese der neuen weltpolitischen Doktrin der Regie-

rung der USA, mit der alle völkerrechtlichen Bedenken beiseitegewischt werden, um sich selbst zum gewalttätigen Zugriff zu jeder Zeit und in jedem Land zu ermächtigen. Diese Deklaration erzeugt zu Recht Schrecken, der allerdings nicht dazu führen sollte, die »militärischen Fähigkeiten« der USA zu mystifizieren.

Niemand bezweifelt ernsthaft, daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig über die weltweit machtvollsten Streitkräfte verfügen, die anderen Armeen in technischer und finanzieller Ausstattung turmhoch überlegen sind. Vom nuklearen Vernichtungspotential einmal abgesehen, wo Rußland immer noch über gleiches Gewicht verfügt, braucht die US-Armee keinen Gegner zu fürchten – eine Einschätzung, die von Experten, Medien und der Öffentlichkeit geteilt wird.

*Tabelle 3: Die US-Armee im internationalen Vergleich*

Staaten/Ausrüstungen	Panzer & Panzerfahrzeuge	Flugzeuge	Helikopter	Kriegsschiffe
USA	32.300	9.000	6.800	200
Verbündete	96.000	18.600	12.000	660
»Schurkenstaaten«	32.000	3.200	2.100	42
China/Indien/Rußland	69.600	11.500	3.700	269

Dennoch ist es nützlich, die Qualität dieser Streitmacht einer kritischen Überprüfung zu unterziehen.

Da kein anderer Staat Weltmachtansprüche dieses Ausmaßes erhebt, hat es seine Logik, daß die USA über einen Militärapparat verfügen, der diese absichert. Das heißt aber auch, daß andere Militärmächte wie Rußland, Indien und China, die sich gegenwärtig als regionale Großmächte verstehen, im Rahmen ihrer Politikdoktrin keine weltweit agierenden bzw. zu globaler Machtprojektion fähigen Streitkräfte benötigen.

Die materiellen Grundlagen der Vereinigten Staaten sind eindeutig wirtschaftlich ausgerichtet. Der Militärapparat hat seine Funktion auch darin, die Kontrolle der Weltökonomie im Interesse der USA zu gewährleisten und Verwerfungen, die mit der sogenannten Globalisierung einhergehen, zu meistern. Eine globale Militärpräsenz der Vereinigten Staaten ist deshalb im derzeit herrschenden ökonomischen System funktional. Washington übernimmt das »Sicherheitsmanagement« der Weltwirtschaft und fordert hierfür einen Preis, die Oberhoheit in der Finanzsphäre – ein Rentenmodell, das in seinen Strukturen dem Condottieri-Modell im Italien der Renaissance nahe kommt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die US-Armee so leistungsstark ist, wie behauptet? Ist sie wirklich die ›world-class army‹, von der die politische Führung in Washington schwärmt?

Antworten hierauf erfordern zunächst eine soziologische Bestandsaufnahme. Ferner gilt es, dem militärisch-industriellen Komplex nachzugehen und logistische Grenzen der US-Militärpolitik zu bedenken.

*Die US-Militärmacht unter soziologischen Aspekten.* Die Berufsarmee der Vereinigten Staaten ist der mit Abstand größte Arbeitgeber des Landes, gefolgt übrigens von der privatisierten ›Knastindustrie‹.

Die ethnische Zusammensetzung der US-Streitkräfte sieht so aus:

	Alle Streitkräfte	Heer
Rang	Anteil von ethnischen Minderheiten	Anteil von ethnischen Minderheiten
Offiziere	16,9 %	20,6 %
Feldweibel	25,7 %	26,0 %
Mannschaften	37,5 %	44,6 %
Insgesamt	34,4 %	40,8 %

*Anmerkungen: Ethnische Minderheiten umfassen African-Americans, Hispanics und andere; Stand September 2000*

*Quelle: Center for Defense Information, 2001-2002 Military Almanac, Washington 2001*

Die Mannschaftsangehörigen sind zu einem Viertel African-Americans, ein doppelt so hoher Anteil wie bei der Gesamtbevölkerung. Erkennbar ist, daß es sich bei den Streitkräften um eine Institution handelt, die überwiegend von Angehörigen der ›weißen‹ Bevölkerungsgruppe geleitet wird, die mehr als 80% des Führungspersonals stellt; ethnische Minderheiten hingegen bilden das Rückgrat der Mannschaften.

Die ethnische ›Zerklüftung‹ macht sich daran fest, daß aus der Gruppe der Weißen jeder Vierte einen Offiziersrang bekleidet, bei den Minderheiten trifft das nur für jeden Zwölften zu. Ethnische Minderheiten bilden knapp ein Drittel der US-Bevölkerung. Eine die Gesamtverhältnisse widerspiegelnde Zusammensetzung bei den Streitkräften ist nicht gegeben: beim Führungspersonal sind die Minderheiten um nahezu 50 Prozent unterrepräsentiert, bei den Mannschaften hingegen überproportional vertreten.

Vor diesem Hintergrund überrascht die Verteilung nach dem Kriterium Bildungsabschluß nicht. Bei der Rekrutierung von Mannschaftsangehörigen ergibt sich folgendes Bild:

Kein Schulabschluß	2,17%
Schulabschluß	67,94%
Andere Abschlüsse	0,83%
College-Abbrecher	24,70%
BA Abschluß	3,16%
Höhere Universitätsabschlüsse (Magister)	0,33%
Unbekannt	0,87%

*Quelle: Center for Defense Information, 2001-2002 Military Almanac, Washington 2001*

95 % haben hier einen High School-Abschluß, in etwa dem deutschen Hauptschulabschluß vergleichbar. Ein Viertel der Rekrutierten hat die gymnasiale Oberstufe (College) abgebrochen. Es handelt sich bei den Mannschaften überwiegend um die Verlierer im US-amerikanischen Bildungssystem. Eingedenk der Misere beim staatlichen Schulwesen allgemein und bei

der Bildungsversorgung von ethnischen Minderheiten im besonderen ist es nicht verwunderlich, daß diese Gruppe in der Armee die Chance sieht, materiell und sozial »unterzukommen«. Das trifft vermutlich auch auf viele Weiße bei den Mannschaften zu, bei denen fast die Hälfte aus den bildungsfernen Südstaaten stammt. Fraglich ist, ob die Anforderungen einer hochtechnisierten Armee von einem solchen Personal »nachhaltig« zufriedenstellend erfüllt werden können.

Was sagen diese Angaben aus dem aktuellen Militär Almanach aus? Das Militär ist eine Instanz, die jungen Leuten aus den unteren Schichten (vor allem African Americans und Menschen aus dem schwach entwickelten Sektor der Südstaaten) die Chance eines sozialen Aufstiegs bietet. Die Zeitverträge stellen die Finanzierung eines College-Besuchs in Aussicht; der maximale Zuschuß beläuft sich auf 17.000 Dollar. Voraussetzung ist, daß der Militärdienst »ordentlich« abgeleistet wird. Ist ein solches Personal bereit, gegebenenfalls »bis zum Letzten« zu kämpfen? Der Blick auf die Rekrutierungspraxis läßt da erste Zweifel aufkommen: 1973 wurde die Wehrpflicht abgeschafft. Die Bereitschaft junger Leute, sich in der Nachvietnamära mit dem US-Patriotismus zu identifizieren, ging spürbar zurück. Die Armee hatte Schwierigkeiten, genügend Nachwuchs zu rekrutieren. Hier liegt vermutlich eine Ursache für den überproportionalen Anteil von »Bildungsverlierern« und ethnischen Minderheiten in den heutigen Streitkräften.

Erst als das Pentagon begann, den Krieg als Pop zu verkaufen, wurde das Imageproblem teilweise gelöst. Erste Versuche in dieser Richtung brachten einige Erfolge. Die martialische Schnulze »Top Gun« aus dem Jahr 1986 war ein Kassenschlager; die US Navy rekrutierte die Fans gleich in den Kinofoyers. Ende der neunziger Jahre produzierte die Armee die ersten Actionspots im Stil von Musikvideos und kaufte dafür Werbezzeit beim Musiksender MTV. Der Durchbruch kam aber erst, als die Armee 2001 eine Werbeagentur engagierte, die sonst Kampagnen für McDonald's und Walt Disney konzipiert hatte. Die Werbeprofis fanden heraus, daß die Armee ein gewaltiges Imageproblem hat: In der Zielgruppe der 18- bis 24-Jährigen rangieren die klassischen Soldatentugenden Disziplin, Gehorsam und Korpsgeist auf der Werteskala ganz unten. Mit dem Werbemotto »Army Of One« sollte

an die Einstellungen der sogenannten Egogeneration appelliert werden. Jedoch bleiben die Nachwuchssorgen bestehen. Der angeblich große Andrang patriotisch gesinnter Militäranwärter nach dem 11. September entsprang weniger der Realität als der Phantasie der Medien, berichtet Peter Steinberger in der SZ vom 10. Januar 2003. Es paßt in dieses Bild, daß die US Army im Jahr 2000 an die 380 Schwerverbrecher aufnehmen mußte.

### Rekrutierungskampagne

»Statt gesichtsloser Soldaten präsentiert die Kampagne ... wechselnde Helden mit Identifikationspotential. Den fischen Gebirgsjäger Brian, der im weißen Overall einen Schneegipfel erklimmt. Die hübsche Verhörspezialistin Tiffany, die von ihren Sprachkursen schwärmt. Den burschikosen Piloten Jason, der einen echten »Black Hawk«-Kampfhubschrauber fliegen darf. Dazu gibt es rasante Soundtracks und Kamerafahrten – und sogar ein neues Army-Logo, das ein wenig an die Flugblätter von Techno-Discos erinnert. Beim Werbefestival in Cannes kassierten die Macher dafür einen bronzenen Löwen. Nicht zuletzt, weil die US Army zum ersten Mal seit dem Ende der Wehrpflicht ihr Rekrutierungssoll übertraf. Die Seestreitkräfte haben nun ihren eigenen Werbespot produziert. »Operation Enduring Freedom: The Opening Chapter« heißt der knapp fünfminütige Film, der in 800 Kinos läuft. Mit symphonischer Dramatik werden da Emotionen gepeitscht. Wackere Marineflieger im Gegenschnitt zum United-Airlines-Flug Nummer 175, der im Südturm des World Trade Centers endet. Monumentale Kampfbilder zu Land, zu Wasser und in der Luft, dann der Einmarsch in Kabul, gekrönt vom orchestralen Diminuendo zu herzergreifenden Szenen heimkehrender Kriegshelden vor nur wenigen Wochen. [...] Bis Ende des Jahres soll der Film die Volksmoral in insgesamt 4000 Kinos stärken. Denn wie der Fimtitel schon sagt – Kabul war nur der Auftakt. Da muß man den Kids den Krieg schon schmackhaft machen.«

Quelle: Andrian Kreye, »Der Feldzug der Popkrieger«, SZ, 19./20. Oktober 2002

Eine Berufsarmee bietet ähnlich sichere Arbeitsplätze wie zivile Verwaltungen; es ist deshalb nicht verwunderlich, daß ein Großteil der Armeeangehörigen Familien gründet und damit den militärischen Arbeitgeber zum Mittelpunkt des eigenen Lebens macht.

Die oberste Militärführung spricht gern von einer »family army«, wohl um die guten sozialen Beziehungen innerhalb der Streitkräfte und um die »arbeitnehmerfreundliche« Haltung des Arbeitgebers Armee hervorzuheben. Denselben Sachverhalt kann man allerdings auch anders deuten. Fast zwei Drittel der Mannschaften sind verheiratet und haben durchschnittlich 1,5 Kinder. Ist es angesichts solcher Familienbindungen wahrscheinlich, daß ein Familienvater beim Kriegseinsatz die Interessen des Arbeitgebers über seine eigenen stellt und bereit ist, sein Leben zu riskieren?

Auf psycho-soziale Probleme verweist, daß die Scheidungsrate bei Armeeangehörigen vermutlich höher ist als unter Zivilisten. Das ansonsten auskunftsfreudige Verteidigungsministerium veröffentlicht hierzu keine Angaben; bekannt ist, daß die Aufwendungen für psychologische Betreuung im letzten Jahrzehnt sprunghaft zunahm. Ein Untersuchungsbericht der 99. Medical Group der Luftwaffe aus dem Jahr 1997 kam zu dem Ergebnis, daß hier nach technischem Versagen (wie Flugzeugabsturz aufgrund defekter Triebwerke) Selbstmord die zweitgrößte Todesursache war. Diese Ergebnisse sind auf andere Waffengattungen nicht übertragbar, sie machen jedoch auf eine zunehmende psychische Belastung aufmerksam, die sich negativ auf die »Kampfmoral« auswirkt.

Die Bezahlung ist ein weiterer Faktor, der den Zusammenhalt der Truppe bedrohen könnte. Ein unterer Dienstrang verdient etwa 21.000 Dollar im Jahr bei Berücksichtigung von Familenzulagen und liegt damit nur unwesentlich über der amtlichen Armutsgrenze von 18.000 Dollar. Zwar bietet die Armee günstige Einkaufsmöglichkeiten, aber die materielle Lage der Mehrzahl der Armeeangehörigen muß als prekär bezeichnet werden. So berichtet der Kommandant der größten texanischen Militärbasis Fort Nellis, daß eine stark frequentierte Schuldnerberatung eingerichtet werden mußte. Noch einmal gefragt: Ist ein solches Personal eigentlich geeignet, langfristig globale Militärrherrschaft zu garantieren?

Tabelle 4: Sold, Zulagen und Pensionen nach Dienstgraden, in Dollar

Rang (höchste Dienststufe)	Grundgehalt (Monat)	Zulagen	Pension
General	11.335	1.300	8.356 pro Monat <sup>1)</sup>
Leutnant	1.998	700	2.895 pro Monat <sup>2)</sup>
Unteroffizier	1.385	max. 431	1.596 pro Monat <sup>3)</sup>

1) 4-Sterne General mit 30 Dienstjahren

2) Oberstleutnant mit 20 Dienstjahren

3) Feldwebel mit 20 Dienstjahren

Quelle: Donald H. Rumsfeld, *Secretary of Defense. Annual Report to the President and the Congress - 2002*

#### Militärhaushalt 2003 und die Veteranen

Der im November 2002 verabschiedete Militärhaushalt hat einen Umfang von knapp unter 400 Milliarden Dollar, der weitaus größte in Friedenszeiten. Bei einem Haushalt dieser Größenordnung werden fast sämtliche Wünsche der Militärs bzw. ihrer Hintermänner in der Rüstungsindustrie berücksichtigt, vom Raketenabwehrschild angefangen, über Arbeiten an »kleinen« Atomwaffen bis hin zu neuen Kampfflugzeugen. Ein ansonsten spendabler Präsident zeigte sich aber gegenüber einer Gruppe zurückhaltend – den Veteranen mit Behinderungen. Die 500.000 Personen, die hierunter fallen, erhielten bislang zu ihrer Pension eine Versehrtenzulage, die jetzt gestrichen wurde.

Jeder muß in diesen harten Zeiten Opfer bringen, wird sich wohl der Präsident gedacht haben. Ihm muß zugute gehalten werden, daß er ein distanzierendes Verhältnis zur kämpfenden Truppe hat. Er entzog sich der Einberufung zum Krieg in Vietnam durch eine Tätigkeit bei der texanischen Nationalgarde, wo er allerdings für mehr als ein Jahr überhaupt nicht zum Dienst erschien, also Fahnenflucht beging.

Quelle: *The Nation*, »Spending Ourselves to Death«, 22. November 2002

Bei dem hohen Anteil von Südstaatlern ist ein latenter Rassismus in den Streitkräften zu vermuten. Fraglich ist auch, ob die in den 1970er Jahren in den USA offen ausgetragenen ethnischen Konflikte wirklich konstruktiv überwunden wurden. Angesichts einer gesellschaftlichen Rückwärtsentwicklung ist das eher unwahrscheinlich. Es ist ferner anzunehmen, daß die Identifizierung mit dem militärischen Arbeitgeber auch vor dem Hintergrund einer seit Reagan ungebrochen zügig voranschreitenden sozialen Ausgrenzung gerade der African American-Bevölkerungsgruppe bei den Betroffenen begrenzt ist. Wieso für einen Staat sein Leben riskieren, der beispielsweise Kleinkriminelle aus den schwarzen Ghettos lebenslanglich wegschließt, unter dem selbst in fortschrittlichen Bundesstaaten wie New York mehr schwarze Jugendliche im Knast sitzen als im College?

Während die Armee bei ethnischen Minderheiten und den Verlierern im US-Bildungssystem als Gelegenheit gewertet wird, weiterem sozialen Abstieg zu entgehen, ist beim Offizierskorps eine Ansammlung von Privilegierten zu finden: Die überwiegende Mehrzahl hier hat ein Universitätsdiplom; fast 40 Prozent weisen Magister- oder Promotionsabschlüsse nach:

*Tabelle 5: Bildungsabschlüsse beim US-Offizierskorps*

Unterhalb BA Abschluß	12.877	5,85%
BA Abschluß	109.148	49,57%
Höhere Universitätsabschlüsse (Magister, Promotion)	87.706	39,83%
Unbekannt	10.478	4,76%
Summe	220.209	

*Quelle: Donald H. Rumsfeld, Secretary of Defense. Annual Report to the President and the Congress - 2002*

Dies ist Ergebnis einer frühzeitigen mehrgliedrigen Elitenbildung. Die Armee vergibt an begabte Schüler Stipendien im Rahmen des 1916 eingeführten ROTC-Programmes (Reserve Officers' Training Corps) bzw. des spä-

ter eingerichteten Bundesprogrammes. Die erfolgreichen Kandidaten erhalten Stipendien für den College- und Universitätsbesuch. Sie entscheiden, ob sie der Armee beitreten; andernfalls verpflichten sie sich, in der Militärreserve Dienst zu tun, um auf diese Weise die finanzielle Unterstützung abzuarbeiten. (Reservisten müssen jährlich einen vierzehntägigen Dienst leisten und an drei Wochenenden an Übungen teilnehmen.) Für angehende Mediziner gibt es ein ähnliches Programm. Mehr als die Hälfte der Offiziere wurde aus diesen Stipendienprogrammen rekrutiert. Die Militärakademien mit ihren vorgeschalteten Kadettenschulen liefern gut 14 Prozent des Führungsnachwuchses, wobei anzumerken ist, daß der Besuch einer Akademie die Voraussetzung bildet für eine Karriere auf der Generalstabsebene:

*Tabelle 6: Rekrutierung von Offizieren, 1998*

Militärakademien	2.704
ROTC Programm	6.046
Stipendienprogramm für Medizinstudenten	1.086
Bundesprogramme	2.836
Bewerbung von außen	2.109
Feldwebel	1.107
andere	2.764
Insgesamt	19.325

*Quelle: William S. Cohen, Secretary of Defense. Annual Report to the President and the Congress - 2000*

Beim Offizierskorps sind Spitzenpersonal, gehobene und mittlere Ränge zu unterscheiden. Zur ersten Gruppe zählen die Generalität bzw. Admiralität und die Truppenkommandeure im Rang eines Obersten. Hiervon gibt es im Jahr 2002 12.207 oder 5,5 Prozent; die mittleren Ränge (Oberstleutnant bis zum Hauptmann) zählen 137.300 Personen und bilden somit die zahlenmäßig stärkste Gruppe (63%). Die hierarchische Struktur führt dahin,



daß nur ca. jeder 20. Offizier den Aufstieg in den Führungskreis schafft. Es gibt also einen starken Selektionsprozeß. Anzunehmen ist, daß hier ausgeprägte Konkurrenz, ›Seilschaften‹ und ähnliche Verhaltensmuster wie bei Managementkarrieren in Unternehmen wirksam werden. Dies würde auf einen vergleichsweise schwach ausgeprägten Korpsgeist hinweisen im Gegensatz beispielsweise zur britischen Armee. Im Umkehrschluß könnte dies bedeuten, daß bei einem großen Teil der Offiziersschicht angesichts schlechter Karriereaussichten die Identifikation mit der Armee ihre Schwachstellen hat. Vermutlich ist deshalb auch im Offizierskorps die Neigung, sich gegebenenfalls für den Staat »zu opfern«, nicht sehr stark ausgeprägt.

Die politisch-militärische Führung trägt alledem Rechnung, indem sie Einsatzszenarien entwirft, die die Gefährdung von US-Soldaten minimal halten. Auch das hat wohl etwas mit einem Mangel an Vertrauen in die eigene Truppe zu tun.

In diese Richtung weist auch das Ergebnis einer medizinischen Untersuchung, die von der britischen Tageszeitung Times am 18. November 2002 auszugsweise veröffentlicht wurde: Ein Expertenteam des Pentagon hat die körperliche Verfassung der US-Soldaten untersucht und festgestellt, daß knapp 54 Prozent der über Zwanzigjährigen und jeder Fünfte aus der Altersgruppe unter 20 Jahre übergewichtig sind. In dem Bericht der Kommission steht u.a.: »Eine zahlenmäßig große Gruppe muß aussortiert werden, was negative Auswirkungen auf die Kampfbereitschaft der Truppe hat«. Der sogenannte Körpermaßindex BMI stellt unabhängig vom Alter die Körpergröße zum Gewicht nach der Formel  $\text{Körpergewicht}/(\text{Körpergröße})^2$ . Eine Person, die 1,80 Meter groß und 81,6 kg schwer ist, hat demnach einen Indexwert von 25; d.h. sie weicht um 25 Prozent von der Norm ab, ist also erheblich übergewichtig und für große körperliche Anstrengungen, wie sie beispielsweise beim Einsatz in den Wüsten Arabiens zu erwarten sind, ungeeignet. Die Militärs setzen sich aber über medizinisches Wissen hinweg und heben die Tauglichkeitsgrenze auf 27 Indexpunkte an. Mittels dieses statistischen Kniffs sind dann zwei Drittel des Personals wieder voll einsatzfähig.

Ein Kommissionsmitglied versuchte, das Problem herunterzuspielen:

»Zweifelsohne sind einige Funktionen und Rollen nicht vereinbar mit Fettleibigkeit. Aber das trifft wahrscheinlich auf weniger als die Hälfte der Streitkräfte zu«.

Auf lange Sicht steht die US-Armee vor einem kaum lösbaren Problem: Nach amtlichen Statistiken sind nahezu zwei Drittel der US-Bürger zu fett. Um aber Teenagern den Waffendienst schmackhaft zu machen, sind auf den Militärstützpunkten Fast-Food-Restaurants zugelassen; Kantinensessen ist nicht mehr verpflichtend.

Bekannt ist, daß schlechte Ernährung, wie sie die Schnellrestaurants bieten, die wesentliche Ursache für Fettleibigkeit ist. Ein durchschnittlicher US-Haushalt wendet bereits 90 Prozent des für Ernährung vorgesehenen Teils seines Budgets für Fast-Food aus. Eine Rückkehr zur gesunden Ernährung ist auf mittlere Sicht nicht zu erwarten. Jährlich sind es mehr als eine Viertelmillion Menschen in den USA, die am Verzehr von Hamburgern erkranken. Denn in den Vereinigten Staaten gibt es nur noch dreizehn Fleischfabriken, in denen die Fleischklopse hergestellt werden. Die hygienischen Verhältnisse sind miserabel; die Belegschaft ist schlecht bezahlt und arbeitet durchschnittlich 10 Stunden an Förderbändern, wo Mengenausstoß über Reinheit geht. Die Fabriken beliefern die gesamten Vereinigten Staaten; verseuchtes Fleisch wird infolgedessen flächendeckend verbreitet. Die Rinder werden mit genmanipuliertem Getreide gemästet; sie stehen fast bewegungslos in riesigen Stallungen und saufen ihre eigene Gülle, da ausreichende Wasserversorgung als ein den Gewinn schmälender Kostenfaktor angesehen wird. Ein Großteil der Rinder ist krank und an EU-Standards gemessen nicht für menschliche Nahrung verwendbar.

Zu Ende gedacht, könnten Mc Donald's et al. auf ihre Weise, wenn auch unbeabsichtigt, das Problem der globalen US-Militärhegemonie lösen – gewissermaßen Wehrkraftzeretzung auf amerikanisch.

Hierzu passen die von dem Journalisten Wayne Madsen zusammengetragenen Informationen: Die frühere Firma von Vizepräsident Cheney, Haliburton, versorgt über ihre Tochter Brown & Root sämtliche US-Truppen weltweit mit Essen. Niemand erwartet perfekt zubereitete Speisen, aber doch zumindest genießbare. Am 11. Dezember 2002 erkrankten 250 US-Soldaten

auf dem Stützpunkt Oraifjan Camp in Kuwait nach dem Verzehr der von Brown & Root zubereiteten Nahrung, von der Beteiligte später sagten, daß sie schon gammelig gerochen habe. 13 erlitten eine Nahrungsmittelvergiftung, die einen Aufenthalt im Militärhospital erforderlich machte. Am Thanksgiving Day 2002 erkrankten mehr als 100 US-Soldaten am traditionellen Truthahnbraten, den die gleiche Firma auf dem afghanischen Stützpunkt Bagram zubereitet hatte. Sie konnten für mehrere Tage ihrer eigentlichen Tätigkeit nicht nachgehen, nämlich nach den Taliban und El-Kaida-Kämpfern Ausschau zu halten. In beiden Fällen sprach die US Armee von gastritischen Verstimmungen. Vom Vizepräsidenten weiß man, daß er sich angeblich aus Sicherheitsgründen meistens an einem geheimen Ort aufhält. Diese Erklärung muß möglicherweise überdacht werden.

*Der militärisch-industrielle Komplex:* Für die in dieser Branche tätigen Unternehmen sind Waffen eine Ware. Es geht darum, diese möglichst gewinnbringend zu fertigen, zu verkaufen und für Folgeaufträge zu sorgen. Das setzt eine militärische Ausrichtung der Politik voraus, Konsumbereitschaft sozusagen. Die Haltbarkeit eines Waffensystems ist systematisch begrenzt und ein hoher Wartungsaufwand ist eingebaut. Es gilt, durch technologische Neuerungen für den Bedarf an weiteren Anschaffungen zu sorgen. An dieser Stelle ist die Zusammenarbeit mit den Militärspitzen gefordert. Ein US-General in der höchsten Besoldungsstufe verdient ca. 11.000 Dollar im Monat; ein Obristengehalt liegt bei ca. 8.000 Dollar. Nach dreißig Dienstjahren ist eine vorzeitige Pensionierung bei halbierten Bezügen vorgesehen. Es liegt dann für Laufbahnmilitärs nahe, den gewohnten Lebensstandard durch Beraterverträge mit der Rüstungsindustrie zu sichern. Es entsteht ein enges Netzwerk aus Ex-Militärs, Rüstungsindustrie und noch tätigen Militärs, die entsprechende Beschaffungsaufträge arrangieren und auf diese Weise ihren Absprung in ein wohldotiertes Zivilleben vorbereiten.

Die lange Periode des Kalten Krieges war die goldene Ära der US-amerikanischen Rüstungsindustrie. Dann deutete sich an, daß nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Nachfrage im Militärmarkt nachlassen

könnte. Der militärisch-industrielle Komplex bewies jetzt, über welche politische Reichweite er verfügt. Vorerst war vorübergehend nicht mehr mit den immensen Aufträgen zu rechnen wie zu Zeiten der Reaganschen Hochrüstungspolitik. Anfang der 1990er Jahre arbeiteten die Unternehmen die Altaufträge ab; mittelfristig stand die Branche vor einer Krise. Wie in anderen Branchen auch, kam es zunächst zu Betriebsbereinigungen: von den seinerzeit 120.000 Unternehmen gaben ungefähr 40 Prozent auf. Von den mehr als 3,6 Millionen Arbeitnehmern in der Branche verloren über 1,2 Millionen ihre Arbeitsplätze. Diese Konsolidierung war notwendig, aber noch keineswegs ausreichend. Ein Ausweg aus der Krise bot sich 1993, als die Clinton-Regierung den Rüstungsunternehmen folgenden Vorschlag unterbreitete: Die Industrie treibt Rationalisierung und Kostenmanagement weiter voran, die Regierung erklärt sich im Gegenzug bereit, die Unternehmen finanziell zu unterstützen, indem sie bei bestehenden Aufträgen einen Bonuszuschlag gewährt. Das heißt im Klartext, daß der Staat bei Massentlassungen und Betriebsstillegungen finanziellen Ausgleich leistete – »payoffs for layoffs« im Jargon.

Vor diesem Hintergrund setzte eine Fusionswelle großen Stils ein, an deren Ende einige Rüstungskonglomerate übrig blieben: die Gruppen Boeing-McDonnell Douglas, Lockheed-Martin Marietta, Raytheon-Hughes-General Dynamcis-Texas Instruments und Northrop Grumman vereinigten nahezu drei Viertel der Rüstungsumsätze auf sich. Die Börse honorierte diese Zusammenschlüsse; so stiegen die Aktienkurse von Lockheed um 48 Prozent, die von McDonnell Douglas sogar um 80 Prozent. Allerdings waren die Zuwächse bezogen auf die US-Wirtschaft insgesamt unterdurchschnittlich. Denn die Branche hatte mit einem schwerwiegenden Hindernis zu kämpfen – rückläufige Staatsaufträge und damit geringe Kapazitätsauslastung. Der Staat kam der Branche auf zweifache Weise entgegen. Erstens wurden die Exportbedingungen für hochwertige Hi-Tech-Waffensysteme gelockert, so daß nun auch Staaten außerhalb der US-Bündnisssysteme unter Duldung Washingtons in den Genuß modernster Kampfflugzeuge und anderer Hardware kamen. Die Auftragsbücher der Rüstungsindustrie füllten sich; ein unter sicherheitspolitischen Aspekten aberwitziger Vorgang, denn

die Vereinigten Staaten verringerten ihren militärtechnischen Vorsprung, indem sie andere Staaten hochrüsteten, und das auch finanziert aus US-Steuergeldern, denn die Exporte wurden größtenteils subventioniert; im Haushaltsjahr 1999 beliefen sich derartige Subventionen auf knapp 7 Milliarden Dollar. Mit einem Marktanteil von über 60 Prozent sind heute die Vereinigten Staaten der weltweit führende Waffenexporteur, Tendenz steigend:

Nach Recherchen der Federation of American Scientists kontrollierten US-Rüstungskonzerne im Jahr 2001 fast 50 Prozent des Weltmarktes für Waffen und Rüstung. Die Ausfuhren setzten sich wie folgt zusammen:

- (1) Exporte im Auftrag der US-Regierung im Umfang von 12,2 Milliarden Dollar;
- (2) Exportaufträge in Höhe von 13,1 Milliarden im Rahmen des Foreign Military Sales Program; davon entfielen 95 % auf die Staaten Israel, Ägypten und Jordanien;
- (3) Private Exporte der Rüstungsindustrie an ausländische Abnehmer im Wert von 36 Milliarden Dollar.

Trotzdem blieb die betriebswirtschaftliche Lage der Rüstungsindustrie prekär. Bei einem Auslastungsgrad von knapp unter 40 Prozent ist marktwirtschaftlich ein unternehmerisch profitables Handeln kaum möglich – erhebliche Teile der Branche waren eher konkursreif. Weitere Betriebserschließungen waren aber staatsseitig nicht erwünscht, denn hier herrschte die Intention vor, Kapazitäten vorzuhalten für den Spannungsfall. Auch hierfür wurde eine Lösung gefunden: Bei Ausschreibungen wurden die Kosten der Kapazitätsvorhaltung in den Angebotspreisen berücksichtigt; der Staat übernahm die Kostendeckung für diesen Teil. Die Stückpreise für Rüstungsgüter stiegen vereinbarungsgemäß entsprechend an: Die Luftwaffe bezahlte für jedes Flugzeug ihrer Flotte im Jahr 1989 durchschnittlich 39 Millionen Dollar; 1997 lagen die Kosten bereits bei 64,5 Millionen; bei der Kriegsmarine stiegen die durchschnittlichen Schiffspreise im gleichen Zeitraum von 325 Millionen Dollar auf 450 Millionen; Luftraketen, die Ende der 80er einen Stückpreis von 190.000 Dollar hatten, kosteten mittlerweile 314.000 Dollar und mehr.

Andererseits waren die finanziellen Mittel des Staates begrenzt, weil an-

gesichts der weltpolitischen Lage in den Neunzigern eine Wiederholung der Reaganschen Hochrüstung schwer durchsetzbar gewesen wäre. Es konnte nicht grenzenlos angeschafft werden. Die Rüstungskonzerne wiederum waren daran interessiert, die neuen Systeme so technologieintensiv wie möglich zu konzipieren, weil so die Erträge erhöht werden konnten. Dies wiederum kam der militärischen Führung entgegen, die an einer fortschreitenden Technologisierung interessiert war; der Trend ging in Richtung auf eine personal-schonende Armee mit hoher Durchschlagskraft. Das als Revolution in Military Affairs bekannte Konzept sah, zuende gedacht, einen Krieg vor, der fast ausschließlich von Maschinen geführt würde, die über Satelliten fern ab vom Kriegsschauplatz befehligt würden. Ein einseitig »sauberer Krieg« ohne Verluste beim eigenen Personal würde den Militärs völlig neue Möglichkeiten eröffnen und erschien insofern verheißungsvoll. Um Entwicklungen in diese Richtung voranzutreiben, werden mittlerweile pro Jahr gut 35 Milliarden Dollar für Forschungszwecke an die Rüstungsindustrie vergeben. Es gibt bereits ein Fortsetzungskonzept – das als Army After Next bezeichnet wird und Militärszenarien für das Jahr 2025 zu entwickeln verspricht.

In der Rüstungsbranche der USA existiert ein Oligopol. Bei solchen Verhältnissen sind Preis- und Angebotsabsprachen die Regel. Im Klartext: Die einkalkulierte Gewinnspanne steigt an.

Technologisch bedingt hohe Anschaffungspreise ziehen hohe Betriebskosten bei den militärischen Nutzern nach sich. So kostet eine Meile Fahrt eines Hi-Tech-Kampfpanzers M-12A 147 Dollar; das sind knapp 2000 Dollar pro Betriebsstunde. Eine Brigade, bestehend aus 3 Bataillionen mit jeweils 3 Kompanien zu 14 Panzern, verursacht 252.000 Dollar pro Manöverstunde. Ein mehrtägiges Manöver verschlingt demnach mehrere Millionen Dollar. Die Panzer werden aus Kostengründen nur noch über kurze Strecken bewegt; bei mehr als drei Meilen müssen sie auf Speziallaster verladen werden. Manöver sind aber erforderlich. Die Armeeführung stellt sich der Budgetherausforderung, indem sie anstatt realer Manöver virtuelle Übungen am PC durchführt, Simulationstrainings wie sie aus der Zivilluftfahrt bekannt sind. Fraglich ist, ob eine derartige Ausbildung reale Erfahrungen ersetzen kann.

Skepsis scheint allerdings im US-Generalstab nicht vorhanden zu sein,



### Militärmanagement nach Afghanistan

»In einem öffentlich nicht zugänglichen offiziellen Bericht des US-Marinekorps über erste Erfahrungen aus der Afghanistan-Operation sollen – wie kürzlich einem Bericht der »Washington Post«, die im Besitz eines Exemplars ist, zu entnehmen war – unter anderem auch kritische Anmerkungen zu den Führungsstrukturen und den Führungsabläufen auf der operativen Ebene enthalten sein. Die weitgehend zentrale Leitung der Operation »Enduring Freedom« durch das Hauptquartier des unter anderem auch für Zentralasien verantwortlichen US Central Command führe immer wieder zu Friktionen im Verkehr mit unterstellten Kommandanten, und zwar nicht nur mit der Marineinfanterie, sondern auch mit den Luftstreitkräften, im Speziellen mit dem Combined Air Operations Center auf der Prinz-Sultan-Luftwaffenbasis in Saudiarabien. Insbesondere die grosse Zeitdifferenz zwischen der MacDill Air Force Base in Tampa (Florida), wo das Hauptquartier des Central Command stationiert ist, und dem Operationsraum in Afghanistan bereite, so wird offenbar konstatiert, zuweilen Schwierigkeiten. So soll es zu einigen Unstimmigkeiten in der Befehlsgebung gekommen sein. Im Weiteren wird festgehalten, dass Arbeitstage in der Dauer von regelmässig bis 16 Stunden nötig seien, damit die engagierten Stäbe überhaupt kontinuierlich miteinander kommunizieren könnten. Eine solche Belastung sei aber auf lange Sicht kontraproduktiv. Vermisst wird deshalb ein vorgeschobenes Hauptquartier mit näherer Distanz zum Einsatzgebiet, wie dies im Golfkrieg von 1991 der Fall war... Es sind in erster Linie Fragen zur Operation »Anaconda«, die im März in schwierigem Gebirgsgelände hauptsächlich von Truppen der 10. Gebirgsdivision und der 101. Luftlandedivision (Air Assault) durchgeführt wurde und deren Erfolg unterschiedlich beurteilt werden. Im Übrigen kommen dabei vor allem auch die Einsätze der Special Operations Forces zu Sprache, welche einen massgeblichen Beitrag zum vorläufigen Erfolg der Afghanistan-Operation geliefert haben... Grundsätzliche Führungsfragen werden aber kaum je angesprochen oder dann nur in sehr allgemeiner und unverbindlicher Form gestreift... Auf Weisung des Vorsitzenden der vereinigten Stabschefs, General Richard B. Myers,

haben im Übrigen alle Befehlshaber der grossen, geographisch definierten Kommandobereiche bis zum Jahr 2005 »Standing Joint Force Headquarters« aufzustellen mit dem Ziel, in Krisenlagen rascher reagieren zu können, als dies jetzt noch der Fall ist. Wegleitend dafür ist ein Konzeptpapier des US Joint Forces Command... Dank neuester Computertechnologie können Kommunikation und Führungsabläufe praktisch zeitverzugslos und erst noch in unkonventionellen Kombinationen vernetzt werden. Dies gilt nicht zuletzt auch für moderne Aufklärungssysteme wie Satelliten und unbemannte Flugzeuge. Leistungsfähige Übermittlungseinrichtungen sind in der Lage, die gewonnenen Daten rasch über alle Kommandostufen bis auf die oberste Führungsebene zu verbreiten. Das heisst: Kommandant und Stab des Central Command können sich, wenn sie es für nötig halten, mit Details der Gefechtsführung befassen, die früher nur untergeordneten Truppenverbänden bekannt waren... Die Versuchung scheint heute gross zu sein, die vorhandene Datenfülle dafür zu nutzen, direkt, aber nicht immer stufengerecht auf die Kampfführung Einfluss zu nehmen.

Man glaubt offensichtlich, dass die technischen Möglichkeiten es endlich erlaubten, den »Nebel der Unsicherheit« auf dem Gefechtsfeld zu lüften und auf höchsten Kommandoebenen »Friktionen« selber auszuschalten, wie sie der preussische Kriegstheoretiker Carl von Clausewitz noch als typisch für die Kriegführung angesehen hatte. Damit besteht allerdings die Gefahr, dass sich hohe Befehlshaber in militärischem Mikromanagement verlieren... Zwar wird in amerikanischen militärischen Fachzeitschriften sehr ausführlich über die von der deutschen Wehrmacht entwickelte »Auftragstaktik« geschrieben, worunter ein weit gezogener Rahmen mit entsprechendem Spielraum für flexibles Handeln in heiklen Lagen zu verstehen ist. Festzustellen ist aber, dass sich der Trend zu einer Befehlsgebung bis in alle Details verstärkt. Man ist sich bei der amerikanischen Militärführung sehr wohl bewusst, dass damit Fragen eines optimalen Zeitmanagements eine zentrale Bedeutung erhalten. Man weiss auch, dass die Einflussnahme durch höchste Kommandostellen nur dann klappen wird, wenn der Verbund von Aufklärung, Informationsübermittlung, Entscheid, Befehlsgebung und Planung (Command and Control) integral, das heisst: in allen

Bereichen der Streitkräfte, verwirklicht sein wird... Alle Anstrengungen, so meinte der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, seien deshalb nun darauf zu richten, das gesamte Informations- und Führungssystem interoperabel zu machen.

Diesem Zweck soll nicht zuletzt die Übung »Millennium Challenge 02« dienen, die unter Führung des US Joint Forces Command vom 24. Juli bis zum 15. August stattfinden wird. Ziel dieser Kombination von Simulation und Truppenübungen wird es sein, die Sichtung der riesigen Datenmengen zu optimieren, neue Wege für die schnelle Nachrichtenverbreitung zu testen und Lagebilder zu erstellen, die allen Beteiligten eine Darstellung in Echtzeit ermöglichen.«

*Quelle: Neue Zürcher Zeitung, »Afghanistan-Operation mit Friktionen?«, 8. Juli 2002*

denn im Sommer 2002 fand erstmalig ein virtuelles Großmanöver (Millennium Challenge 02) statt, an dem sämtliche Teilstreitkräfte beteiligt waren. Der Gegner in diesem Kriegsspiel war übrigens der Iran...

Kritik an der Rüstungspolitik gibt es kaum; denn die Rüstungsindustrie ist ein wichtiger Standortfaktor auf Länderebene. Bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges baute die Regierung Roosevelt Fabriken in den strukturschwachen Südstaaten auf, wo sie noch heute einen wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben bilden. Landespolitiker sind daher bestrebt, Finanzmittel für diese Betriebe vom Bund anzuwerben, wobei der eigentliche militärische Nutzen nicht interessiert.

Es ist nicht auszuschließen, daß regionale Konjunkturprogramme, finanziert aus dem Rüstungshaushalt, nicht immer den Forderungen der Militärs entsprachen, daß also Beschaffungsvorgänge eingeleitet wurden mit einem fragwürdigen militärischen Nutzen. Hierzu ein Beispiel: Die Werftanlagen der Firma Newport News Shipbuilding Company sind mit einer Belegschaft von 18.000 der größte Arbeitgeber in Virginia. Die Vergabe zum Bau der beiden atomgetriebenen Flugzeugträger *Harry S. Truman* und *Ronald Reagan* im Umfang von mehr als 10 Milliarden Dollar war ein

Triumph der Regionalpolitiker; Experten bezweifeln die Notwendigkeit, diese Schiffe zu bauen, zumal die US-Kriegsmarine auch so eine konkurrenzlose Position auf den Weltmeeren einnähme. Der ehemalige Sprecher der Republikanischen Partei im Kongreß Senator Lott war über den Ausgang der Auftragsvergabe enttäuscht, denn die Pascalgoula Schiffswerft in seinem Heimatstaat Mississippi ging zunächst leer aus. Als Trostpflaster gewissermaßen erhielt er 1,5 Milliarden Dollar an Steuermitteln für den Bau eines weiteren Schiffes, von dem das Marineministerium nichts wußte und das in den Planungen nicht vorgesehen war. Ein weiteres Beispiel: Die US-Luftwaffe meldete 1978 einen Bedarf von fünf Exemplaren des Transportflugzeuges C-130 an. Die Produktionsstätte der Firma Lockheed Martin befindet sich im Wahlkreis des einflußreichen republikanischen Politikers Newt Gingrich. Ihm ist es zu verdanken, daß der Kongreß die Mittel für 256 Flugzeuge gab. Andere Politiker machten sich über Parteigrenzen hinweg für die Beschaffung stark; die neuen Maschinen wurden an die Nationalgarde der jeweiligen Heimatstaaten übergeben, was sich medienwirksam vermarkten läßt. Gingrichs Kollege Lott aus Mississippi stattete die Nationalgarde mit 13 C-130 aus, für die es keine sinnvolle Verwendung gibt, es sei denn, die Nationalgarde würde sich freiwillig an einer auswärtigen Invasion beteiligen, was jedoch verfassungsrechtlich nicht zulässig ist.

Das Pentagon hat dennoch Probleme, die überschüssigen Flugzeuge unterzubringen; so mußten 13 fast neue Maschinen ausrangiert werden. Für die Wartung der Maschinen sind nach vorläufigen Berechnungen knapp 1 Milliarde Dollar aufzubringen. Das System hat Methode: so gelang es den Politikern, in deren Bundesstaaten die Rüstungsindustrie ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, bei den Verhandlungen zum Haushalt 1999 zusätzliche neun Milliarden Dollar locker zu machen für Militärprojekte, die vom Verteidigungsministerium gar nicht vorgesehen waren.

Die Praxis der Rüstungsoligopole, Aufträge zu zerstückeln und die vorgeblichen Konkurrenten am Geschäft zu beteiligen, kommt diesen Politikern entgegen.

Ihre Stimmen im Kongreß werden bei anderen Vorhaben benötigt, woraus sich das sogenannte »Pork Barrel System« entwickelte, eine Hand wäscht

die andere, frei übersetzt. Am Vorabend der Kongreßwahlen 2002 flossen mehr als 5 Milliarden Dollar an diese Politikergruppe für Projekte, die in keinem Haushaltsentwurf vorgesehen sind – gewissermaßen Freihandvergabe auf amerikanische Art. Bundesstaaten wie Kalifornien, Texas und Virginia schöpfen jeweils mehr als 25 Milliarden Dollar im Jahr aus dem Rüstungshaushalt ab.

Legitimiert durch den »Weltkrieg gegen den Terrorismus« dreht nun die Bush-Regierung weiter an der Rüstungsspirale. Aufwendige Beschaffungsvorschläge wie die F22 der Luftwaffe, der sogenannte Joint Strike Fighter F-35 und die F-18E der Kriegsmarine sind bewilligt worden, obwohl beispielsweise die F-18E keinen der Tests bestand und von Fachleuten weitgehend als Fehlkonstruktion gewertet wird.

### Die Wunderwaffen aus dem RMA Programm...

Sprecher der NATO und des Pentagon schilderten die Wirksamkeit der neuen Wunderwaffen beim Einsatz im Kosovokrieg. So seien 120 Panzer, 220 Panzerfahrzeuge und 450 Kanonen der jugoslawischen Armee vernichtet worden vor allem dank JSTARS, einem satellitengestützten Beobachtungs- und Kommunikationssystem. Weltweit ausgestrahlte Fernsehbilder vom Rückzug der Jugoslawen widerlegten diese Behauptungen.

Insgesamt wurden 3 Panzer zerstört, was das Pentagon später als eine korrekte Angabe bezeichnete. JSTARS funktioniert prächtig, sofern klare Sicht herrscht, keine Wolken am Himmel sind und der Gegner sich bewegt. Andernfalls ist es nutzlos. Und es ist nicht in der Lage, die Fahrzeuge am Boden zu unterscheiden – einen Mähdrescher von einem Panzer etwa.

Im Kosovokrieg wurde erstmals im großen Stil der neue Stolz der US-Luftwaffe, der Tarnkappenbomber, eingesetzt. Auch hier ist den Militärstrategen ein kleines Mißgeschick passiert: Die B2 und F117 müssen von konventionellen, also vom gegnerischen Radar erfassbaren Jagdflugzeugen ins Zielgebiet begleitet werden. Wo bleibt da eigent-

lich der Tarneffekt? Eine der Maschinen (Kennung: AV-8 88-0329 Spirit of Missouri) wurde am 20. Mai 1999 um 1 Uhr Ortszeit abgeschossen; das aus den 70er Jahren stammende Radar sowjetischer Bauart reichte offenbar aus, den laut US-Militärkreisen an und für sich unsichtbaren Bomber aufzuspüren und mit einer aus Sicht des US-Militärs völlig veralteten sowjetischen SAM-Rakete abzuschießen.

Die Forschungsstelle des Kongresses hatte schon in einem Untersuchungsbericht 1997 die Mängel der Wunderwaffe aufgelistet und hervorgehoben, daß das Flugzeug nur unter besonders günstigen Witterungsverhältnissen einsetzbar sei; es müsse in Spezialhangars abgestellt werden, um Witterungseinflüsse von der höchst sensiblen Technik fernzuhalten; so sei es erforderlich, den Rumpf nach jedem Einsatz von Dreck zu reinigen, der die Radar abweisende Haut des Flugzeuges beschädige. Überhaupt sei das Flugzeug extrem wartungsbedürftig und die Technologie sei bei weitem noch nicht ausgereift.

Brigadegeneral Russell Honore, offensichtlich ein Anhänger der alten Schule, schnauzte die für das Beschaffungsprogramm Verantwortlichen mit folgenden Worten an: »Sie bringen einen Haufen Schrott ins Feld. Habe ich mich deutlich ausgedrückt?« Selbst Befürworter gestehen ein, daß bereits jetzt die Soldaten an der Front nicht in der Lage seien, die von Computer- und Datensystemen gelieferten Informationen zu verarbeiten; sie seien informationell überfrachtet.

Die Mehrheit der Generalität zeigt sich jedoch unbeeindruckt; so übte sie Druck auf das Forschungsinstitut des Kongresses aus, in einem Bericht über die Leistungsfähigkeit der im Golfkrieg eingesetzten Flugzeuge die beeindruckenden Fähigkeiten der A-10 Kampffjets zu streichen. Denn hierbei handelt es sich um ein 1977 in Dienst gestelltes Flugzeug, das der neuen Wunderwaffe F-117 in allen Belangen überlegen war und nur ein Fünftel kostete.

### ...und was die jugoslawische Armee dagegen tat

Der jugoslawischen Armee gelang es im Kosovokrieg die US Hi-Tech-Armada mit einfachen Mitteln auszutricksen. Hier einige Beispiele.

- Die Luftverteidigung setzte altmodisches Langwellenradar, sowjetischer Bauart ein, um die sagenumwobenen Tarnkappenbomber aufzuspüren. Hinzu kam, daß die Bomber ihre Unsichtbarkeit verloren, wenn sie durch Regenwolken flogen oder die Bombenschächte öffneten.
- Jugoslawische Präzisionsraketen vom Typ HARM und ALARM – so die von NATO verwendeten Bezeichnungen – wurden vom Radar der alliierten Streitkräfte nicht erfaßt, und zwar wegen eines simplen Tricks: Die Jugoslawen plazierten schweres landwirtschaftliches Gerät in unmittelbare Nähe der Abschußrampen; die von den Raketen ausgehenden elektronischen Strahlen wurden von den alten Traktoren und Pflügen reflektiert und vom NATO-Radar geortet. Die herbeigeordneten Kampfflugzeuge zerbombten dann das Gerät, nicht aber die Raketen.
- Hubschrauber landeten auf Tiefladern und stellten den Antrieb aus; anschließend wurden sie in getarnte Unterstände geschleppt. Die auf Hitze geeichten Lufraketen der US-Jets steuerten die LKWs an und zerstörten sie.
- Auf den Bergen des Kosovo stellten jugoslawische Soldaten kleine Gasöfen auf; diese wurden vom Infrarotsystem der B 52 Bomber geortet und zerbombt.
- Brücken und andere strategisch wichtige Objekte wurden geschützt, indem um sie herum Feuer aus alten Autoreifen und nassem Heu gelegt wurden. Der dichte Qualm enthält Rußpartikel, die eine Ortung durch Laserstrahlen unmöglich machen. Auf den Monitoren der Kampfjets tauchten diese Objekte also nicht auf.
- Es wurden »Panzer« aus Plastikhüllen, alten Reifen und Bauholz in die Landschaft gestellt. Damit dies echt wirkte, wurden Eimer, gefüllt mit Sand und Benzin, angesteckt. Diese Hitzeentwicklung entging dem auf Hitze geeichten Raketensystem nicht. Hunderte dieser Attrappen wurden zerstört und von der NATO als Erfolg gebucht.
- Die neuesten Bomben im Arsenal der US-Luftwaffe verfügen über das satellitengesteuerte GPS System (wie auch bei Mobiltelefonen verwendet), das es ihnen ermöglicht, die einprogrammierten Ziele genau anzusteuern. Die Verbindung Bombe-Satellit wurde mit Hilfe von simplen elektronischen Störgeräten unterbrochen.

- Gegen die unbemannten Flugzeuge (Drohnen), von der US-Luftwaffe als Wunderwaffe der Zukunft gepriesen, halfen Abwehrkanonen des Typs Hispano-Suiza aus den vierziger Jahren. Der damalige Verteidigungsminister Strauß rüstete die Bundeswehr mit diesen Kanonen aus; ob er dabei an sein privates Portfolio oder an die »Kriege der Zukunft« dachte, sei dahingestellt.

*Quellen: Ken Silverstein, Private Warriors. New York: Verso, 2000, S. 29; John Hendren, »Pentagon Moving B-2 Bombers to New Roosts Closer to Baghdad«, Los Angeles Times, 7. November 2002 und The Globe and Mail, »NATO attack on Yugoslavia gave Iraq good lessons«, 20. November 2002*

Ein Untersuchungsbericht der Forschungsstelle des Kongresses, General Accounting Office, wies 1999 beim F22 84 gravierende Mängel nach und empfahl, daß der Hersteller Boeing das Gesamtkonzept überarbeiten solle. Der Joint Striker wird als überflüssig bezeichnet, was die Regierung jedoch nicht daran hinderte, einige Tagen nach dem »11. September« an die Firma Lockheed Martin eine Bestellung über 19 Milliarden Dollar zu geben. Das Gesamtpaket bewegt sich in einer Größenordnung von 300 Milliarden Dollar. Das kam keineswegs überraschend, denn der verantwortliche Minister für die Luftwaffe war vor seiner Ernennung Vorstandsmitglied bei Lockheed, wie überhaupt in der Bush-Regierung so viele Manager und Vorstände der Rüstungskonzerne präsent sind wie bei keiner anderen Administration zuvor:

#### **Boeing:**

*Richard Armitage*, stellvertretender Außenminister, Gründer und Gesellschafter der Beratungsfirma Armitage Assoc. LLP, zu deren Hauptkunden Boeing zählt  
*Karl Rove*, »Senior Advisor to the President«, die graue Eminenz im Hintergrund; Inhaber eines Aktienpaketes bei Boeing

**Northrop Grumman:**

*I. Lewis Libby*, Bürochef im Weißen Haus; Berater der Firma Northrop Grumman

*Dov Zakheim*, Staatssekretär im Verteidigungsministerium; Mitglied des Beirates auf Honorarbasis

*Douglas J. Feith*, Staatssekretär im Verteidigungsministerium; Präsident der Anwaltskanzlei Feith and Zell; zu den Klienten zählt Northrop Grumman

*Paul Wolfowitz*, stellvertretender Verteidigungsminister; Berater der Firma Northrop Grumman

**Raytheon:**

*Richard Armitage*, stellvertretender Außenminister. Gründer und Gesellschafter der Beratungsfirma Armitage Assoc. LLP; Raytheon ist Klient der Firma; Armitage ist Mitglied des Beirates

*Lynn Cheney*, Ehefrau des Vizepräsidenten; Direktorin bei Raytheon

*Stephen Hadley*, stellvertretender Sicherheitsberater; Partner in der Anwaltskanzlei Shea and Gardner, die das Unternehmen offiziell repräsentiert

**Lockheed Martin:**

*Gordon England*, Marineminister; vormals Präsident von Lockheed Martin

*Norman Mineta*, Transportminister; ehemaliger stellvertretender Präsident; Inhaber eines Aktienpakets bei Lockheed Martin

*Larry C. Johnson*, stellvertretender Justizminister; Partner der Anwaltskanzlei King and Spalding, zu deren Klienten Lockheed Martin zählt

Rüstungspolitik in den USA ist heute in erster Linie an den Interessen der einschlägigen Branche und am Kalkül der politischen Klasse ausgerichtet und erst in zweiter Linie am »fachlich« definierten militärischen Bedarf. Bei der Suche nach Gründen für den ökonomischen Niedergang der Sowjetunion seinerzeit wird oft auf den Rüstungskomplex als vergebende »Wirtschaft in der Wirtschaft« hingewiesen; die Vereinigten Staaten haben den gleichen Weg eingeschlagen. Das deckt sich in etwa mit einer anderen gesamtwirtschaftlichen Sichtweise: Gemeinhin wird der US-Rüstungshaushalt zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Beziehung gesetzt; der so ermittelte Wert von fünf Prozent am BIP erscheint dabei nicht übermäßig hoch. Ungefähr zwei Drittel dieses Haushaltes werden für Neu- und Ersatzbeschaffungen verwendet, also drei Prozent des BIP. Die verarbeitende Industrie in den Vereinigten Staaten trägt 14 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei; der Maschinen- und Anlagenbau produziert hiervon 57 Prozent oder bezogen auf das BIP acht Prozent. Das bedeutet, daß Rüstungsaufträge für die Maschinenbaubranche mittlerweile überlebenswichtig sind.

*Die logistischen Grenzen:* Die Vereinigten Staaten betreiben ein globales Netzwerk von Militärbasen.

Knapp ein Viertel der Streitkräfte befindet sich im Ausland bei steigender Tendenz mit Blick auf die laufenden Militäroperationen in Zentralasien und im Nahen Osten. Versorgung und Nachschub erfolgen aus den USA, einmal weil auch die laufende Ausrüstung der Armee aus nachvollziehbaren Sicherheitserwägungen von der US-amerikanischen Rüstungsindustrie gestellt wird, zum andern weil das Personal bei Verpflegung und anderen Dingen des persönlichen Bedarfs auf den gewohnten Produkten besteht.

Der hiermit verbundene logistische Aufwand soll am Beispiel der Kriegseinsätze in Afghanistan gezeigt werden. Dort sind gegenwärtig 7.000 Bodentruppen stationiert. Sie werden größtenteils mit Hilfe des Schienenwegs versorgt. Die russische Regierung hatte Washington die Benutzung der Verbindungen nach dem 11. September 2001 zugesichert. US-amerikanische Versorgungsschiffe landen die Güter entweder im Nordmeerhafen Murmansk an oder in Wladiwostok am Pazifik, je nachdem von welcher Regi-



on der USA die Produkte geliefert werden. Von dort aus werden sie per Bahn zu den Stützpunkten in Usbekistan und Tadschikistan transportiert, um dann auf LKWs oder per Flugzeug zu den Bestimmungsorten in Afghanistan zu gelangen. Als Alternative gibt es die Versorgungslinie Oman-Pakistan.

Die Versorgung des Zwischenlagers Oman erfolgt entweder über den Luftweg aus den USA oder per Schiff. Zur Luftüberwachung der beiden Knotenpunkte auf der arabischen Halbinsel und in Zentralasien werden Spezialflugzeuge eingesetzt, die ebenfalls gewartet werden müssen. Diese logistischen Vorgänge betreffen den Nachschub an Munition, Medikamenten und Verpflegung. Für die kriegswichtigen Waffen gelten andere logistische Bestimmungen, die der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Erkennbar wird, daß schon die Aufrechterhaltung der Kampfbereitschaft eines kleinen Expeditionskorps von einigen Tausend Mann mit großem Aufwand verbunden ist.

Die für den zweiten Irak-Krieg vorbereiteten Kampfeinheiten umfassen nach Informationen der New York Times ca. 200.000 Personen. Der Tagesbedarf an Material, Verpflegung etc. beläuft sich auf knapp 60.000 Tonnen oder 5.000 Transportflüge.

Wartungseinrichtungen, wie sie beispielsweise die frühere Kolonialmacht Großbritannien in Bombay und Singapur unterhielt, wo die Royal Navy ihre Heimatstützpunkte hatte, gibt es nicht und wird es wohl auch nicht geben, weil dies den wirtschaftlichen Interessen der US-Rüstungsindustrie entgegenlaufen würde. Also werden auf Dauer weite und langwierige Verbindungslinien erhalten bleiben, die aus militärstrategischer Sicht höchst problematisch sind.

In den jüngsten Kriegen waren die USA gegen Streitkräfte unterentwickelter Länder angetreten, die in allen Belangen waffentechnisch unterlegen waren. Bedenken, daß die Schwachstelle Logistik der US-Kriegsmaschinerie riskant werden könnte, gab es folglich nicht. Die Vernachlässigung dieses Problems könnte sich bei einer im Rahmen der militärisch ausgerichteten Globaldominanz auf längere Sicht wahrscheinlichen Konfrontation mit einem wesentlich besser bewaffneten Gegner als folgenschwerer Fehler herausstellen.

Die Kriege im Kosovo und in Afghanistan haben den ›American Way of War‹ deutlich gemacht: Vorrangiges Vertrauen auf Hi-Tech-Waffen und den materialintensiven Erstschlag. Die Hi-Tech-Bomben erwiesen sich aber in beiden Fällen als ziemlich ineffizient, genauso wie im Golfkrieg 1991. Deshalb wurde auf Bombardements mit herkömmlichen Bomben und Waffen zurückgegriffen, wobei hier offensichtlich der Leitgedanke war, durch massive Bombeneinsätze den Gegner zu zermürben. Im Falle Jugoslawiens war das Konzept der schnellen Durchschlagskraft erfolglos. Nach wenigen Wochen ging der US-Luftwaffe die Munition aus. Bei einem Gegner, der wie Rußland oder China über strategische Tiefe verfügt, also genügend Raum hat, und möglicherweise auf einen Schulterschluß von Regierung und Bevölkerung rechnen kann, was in Jugoslawien nur bedingt der Fall war, hätte dies wahrscheinlich schlimme Folgen für die Streitkräfte der USA. Ohne den sicheren Schutz durch die Luftwaffe sind Bodenkriege heute äußerst riskant. Bei einem solchen Szenario bliebe dann tatsächlich nur der Griff nach dem Nukleararsenal übrig – und die in die Öffentlichkeit lancierten taktischen Überlegungen der jüngsten Zeit und die fortschreitenden Planungen für einen Raketenabwehrschirm deuten auf ein Denken in diese Richtung: Atomwaffeneinsatz, wenn die Strategie der schlagartigen Vernichtung ergebnislos bleibt; der Gegner kann dank des Abwehrrschirms das Territorium der Vereinigten Staaten nicht erreichen – die USA behalten die Oberhand.

Das ist keineswegs eine phantastische Deutung, sondern führt nur zu Ende, was die Bush-Regierung in ihrem Strategiepapier Nuclear Posture vom Januar 2002 festgeschrieben hat. Bis dahin waren Atomwaffen als Abschreckungsmittel gesehen worden, nun sollen sie als Teil des US-amerikanischen Vernichtungsapparates auch »präventiv« und gegen Staaten, die selbst keine solchen Waffen besitzen, verwendet werden – die bisherigen moralisch-ethischen Hemmungen sind aufgehoben. Ein Erstschlag mit atomaren Waffen ist jetzt zulässig und vom Präsidenten im Prinzip gebilligt.

Zweifellos verfügen die US-Streitkräfte über ein global einsetzbares Vernichtungspotential, das derzeit konkurrenzlos ist; die entscheidende Schlagkraft liegt bei der Luftwaffe, was im ersten Golfkrieg und im Krieg in Afghanistan demonstriert wurde. Insofern handelt es sich bei der Militärmacht

der Vereinigten Staaten beileibe nicht um einen papierenen Tiger, von dem Mao Zedong sprach.

Aber das mörderische Geschöpf hat seine schwachen Seiten. Viele Züchter und Fütterer wollen auf ihre Rechnung kommen, und oft ist strittig, wann und wo denn das Tier seine brutalen Fähigkeiten vorführen soll. Als Risiko für den Tierhalter bleibt, daß der Tiger nicht hält, was sein glänzendes Fell verspricht. Es wird ihm ja den derzeitigen geostrategischen Konzepten der USA nach weitaus mehr zugemutet als nur ein Zubiß auf den Irak. Vieles spricht dafür, daß die US-Regierung mit ihrer neuen weltpolitischen Doktrin ihre eigenen Möglichkeiten überschätzt.

## II. Imperiale Strategien

Seit 1945 ist kein US-Präsident bereit gewesen, in der internationalen Politik freiwillig auf Positionen zu verzichten, die für die Wahrnehmung von Weltmachtansprüchen als wichtig angesehen wurden. Das Modell des Kalten Krieges, von beiden Supermächten in Praxis umgesetzt, begründete eine strukturelle Militarisierung auf beiden Seiten, dies immer mit dem Argument der Systemsicherung bzw. Friedenswahrung. Auf Dauer erwies sich die Verbindung von Militarisierung und Wirtschaft im kapitalistischen Teil der Welt als eher tragbar denn im »Staatssozialismus«: Im Kern handelt es sich bei den wachstumsfördernden Staatsinvestitionen, gemeinhin als Keynesianismus bezeichnet, um ein militärisches Förderprogramm mit zivilen Ablegern.

**Modelle und Konzepte.** Vor diesem Hintergrund ist festzuhalten, daß es bei den US-amerikanischen Eliten keinen Zweifel am Konzept einer Weltmachtdominanz der Vereinigten Staaten gibt. Dies ist eine Konstante, und die aktuelle Politik in den USA steht in dieser Tradition. Der nach dem »11. September« aufflammende Diskurs über eine neue Rolle der USA als imperiale Macht lenkt von der Kontinuität US-amerikanischer Globalpolitik ab und wird auch den – aus Sicht der Elite – Leistungen der konservativen Intellektuellen und Machtmanager der 1970er und 1980er Jahre nicht gerecht.

Die Bush-Regierung ließ keinen Zweifel daran, daß sie außen- und militärpolitische Vorgehensweisen ihrer Vorgängerin ablehnte. In ihren Augen hatte Clinton in diesen Bereichen große Schwächen gezeigt und US-amerikanische Positionen preisgegeben. So kreidete die heutige Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice dem Präsidenten in einem Artikel der weithin als meinungsbildend angesehenen Zeitschrift *Foreign Affairs* »einen höchst fahrlässigen Umgang mit der Verantwortung als Oberbefehlshaber der US-Streit-

### Der neue Imperialismuskurs

Der seit dem »11. September« eingeleitete Expansionsschub führte zu einem öffentlichen Diskurs in den USA, bei dem eine pro-imperialistische Sichtweise dominiert.

➔ *Charles Krauthammer*, Kolumnist der *Washington Post* und ein Vordenker der Neokonservativen: »Fakt ist, daß kein Land seit dem untergegangenen Römischen Reich eine vergleichbare Dominanz hatte auf kulturellem, ökonomischem, technologischem und militärischem Gebiet« (zitiert in der *New York Times*, »It takes an empire say several US thinkers«, 1. April 2002).

➔ *Joseph Nye*, Dekan der *Kennedy School of Government* an der *Harvard Universität*: »Seit Rom ragt keine Nation mehr so über andere hinaus«; (einleitender Satz in seinem Buch *The Paradox of American Power*. Oxford University Press, New York, 2002).

➔ *Paul Kennedy*, Geschichtspräsident an der *Yale Universität*: »Niemand zuvor hat eine derartige Kluft bei der weltweiten Verteilung von Macht existiert« (»The Greatest Superpower Ever«, *New Perspectives Quarterly*, Winter 2002); derselbe Autor hatte übrigens in seinem Buch über Aufstieg und Fall der Großmächte Ende der achtziger Jahre den Niedergang der Vereinigten Staaten prophezeit.

➔ *Stephen Peter Rosen*, Leiter des *Olin Institute* an der *Harvard Universität*: »Unser Ziel besteht nicht darin, einen Rivalen zu bekämpfen, sondern in der Wahrung unserer imperialen Stellung« (»The Future of War and the American Military«, *Harvard Review*, Mai-Juni 2002).

➔ *Dinesh D'Souza* vom *Hoover Institut* an der *Stanford Universität*: »Die Vereinigten Staaten sind ein Imperium geworden, die großzügigste imperialistische Macht, die es je gab« (*Christian Science Monitor*, Boston, 26. April 2002). Der Verfasser war der Öffentlichkeit bekannt geworden durch seine Theorie über die »natürliche Minderwertigkeit« der *African-Americans*.

➔ *Robert Kagan* von der *Stiftung Carnegie Endowment*: »Und die Wahrheit ist, daß die wohlwollende Hegemonie, die von den USA ausgeübt wird, gut ist für die überwiegende Mehrheit der Menschheit« (»The Benevolent Empire«, *Foreign Policy*, Sommer 1998).

➔ *Robert Kaplan*, ein Berater des US-Präsidenten im Hintergrund: »Roms Sieg im zweiten Punischen Krieg begründete die Weltmacht, so wie Amerikas Sieg im zweiten Weltkrieg« (zitiert in der *New York Times*, »It takes an empire say several US thinkers«, 1. April 2002).

kräfte« an. Das heutige Führungspersonal um den US-Präsidenten ist zu großen Teilen das gleiche, das schon unter Bush Vater gedient hatte. Jetzt besteht die Möglichkeit, das nachzuholen, was wegen der verlorenen Präsidentschaftswahl 1992 zurückgestellt werden mußte.

*Erneuerung der Verteidigung.* Im September 2000 erhielt Präsidentschaftskandidat Bush ein Grundlagenpapier zugeliefert, das den Fahrplan seiner zukünftigen Militär- und Außenpolitik beinhaltete. Dieses Konzept wurde von Experten der privaten Stiftung PNAC (Project for the New American Century) ausgearbeitet.

Zu den Mitgliedern dieser am äußersten rechten Rand angesiedelten »Denkfabrik« zählen der gegenwärtige Vizepräsident Cheney sowie führende Männer des Verteidigungsministeriums. Das Memorandum »Erneuerung von Amerikas Verteidigung: Strategien, Streitmacht und Ressourcen für ein neues Jahrhundert« stellt aus Sicht der Verfasser eine Fortsetzung und Aktualisierung der 1992 ausgearbeiteten Verteidigungsrichtlinien dar. In dem Dokument, an dem auch Wissenschaftler der gemeinhin als führend angesehenen Universitäten mitarbeiteten, finden sich bemerkenswerte Aussagen, so die Behauptung, daß die Verteidigungspolitik unter Clinton, die von Budgetkürzungen und damit dem Verzicht auf die globale militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten gekennzeichnet sei, die Position der USA als Hegemonialmacht gefährde. Aufgabe müsse es vielmehr sein, dieser Gefährdung offensiv entgegenzuwirken, also sicherzustellen, daß auf lange Sicht die USA die unangefochten einzige Weltmacht blieben. Diese Hegemonie sei von der Politik Clintons auch deshalb bedroht, weil diese keine strategische Vision habe. Erforderlich sei, so die Verfasser, eine Erhöhung der militärischen Schlagkraft, um mögliche Rivalen von Anfang an klein zu



halten, woraus sich der Auftrag ableite, »Zonen demokratischen Friedens« zu schaffen. Was darunter zu verstehen ist, sollen allein die Vereinigten Staaten bestimmen.

Neben grundsätzlichen Fragen wandte sich das Memorandum auch aktuellen Geschehnissen zu, so der Lage am Persischen Golf. Die diesbezügliche Empfehlung lautete: »Die Vereinigten Staaten haben über Jahrzehnte hinweg versucht, eine mehr dauerhafte Rolle bei der regionalen Sicherheit im Golf zu spielen. Der ungelöste Konflikt mit dem Irak gibt eine unmittelbare Rechtfertigung, die Notwendigkeit einer umfangreichen Präsenz amerikanischer Streitkräfte geht über die Frage nach dem Regime von Saddam Hussein hinaus. Selbst wenn Saddam von der Szene verschwindet, werden die Stützpunkte in Saudi Arabien und Kuwait erhalten bleiben, unabhängig von örtlicher Opposition hiergegen, denn der Iran wird mit Sicherheit eine ebenso große Bedrohung darstellen, wie sie der Irak gegenwärtig darstellt«. Im Klartext – die USA sollten auf Dauer am Persischen Golf präsent sein und Stärke zeigen. Der militärische Aufmarsch soll sich jedoch nicht auf diese Region beschränken; auch China gerät ins Visier: »Es ist an der Zeit, die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Südostasien auszubauen. Das würde es ermöglichen, auf den Prozeß der Demokratisierung in China einzuwirken«.

Die Verwirklichung der Pax Americana, wie die Verfasser das neue Macht-design bezeichnen, bedeutet zweierlei; erstens die Rückstufung der Vereinten Nationen bei sogenannten Friedenseinsätzen, »Amerikanische politische Führerschaft anstelle der Vereinten Nationen«, und zweitens die Zusammenarbeit mit »Schlüsselpartnern«. Ein solcher sei Großbritannien, der auf höchst effektive und effiziente Weise die globale Führerschaft der Vereinigten Staaten fördere. Allerdings wird befürchtet, daß Europa zu einem Rivalen der USA werden könnte.

Die Verwirklichung dieser Pläne der konservativen Vordenker bedurfte eines Anlasses, der sich mit dem 11. September 2001 auch fand. In einem Interview mit dem New York Magazine im April 2002 gab die Sicherheitsberaterin des Präsidenten offen zu, daß hier eine Gelegenheit geboten war, die es beim Schopfe zu packen galt. Sie habe ihren Mitarbeiterstab angewie-

sen, zu sondieren, wie aus der neuen Situation Kapital geschlagen werden könne. »Die tektonischen Platten der internationalen Politik« hätten sich verschoben »und es sei »wichtig, dies auszunutzen und amerikanische Interessen und Institutionen zu positionieren, bevor die Erdbewegung erstartet«.

Erstmals in seiner Rede vor dem Kongreß am 20. September 2001, dann einige Monate später bei seiner Rede zur Lage der Nation und schließlich vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im September 2002 legte Präsident Bush die Karten auf den Tisch: Die Vereinigten Staaten begreifen sich als Weltmacht, die ihre Interessen ohne Rücksicht auf andere Staaten durchsetzen will. Sie dulden keinen Rivalen neben sich und sind hierfür bereit, mit Gewalt vorzugehen – die imperialen Visionen der Cheney-Gruppe bestimmen seitdem die US-Politik.

*Nationale Sicherheitsstrategie vom September 2002.* In seinem Bericht über die Nationale Sicherheitsstrategie »A National Security Strategy for a New Century«, im Dezember 1999 dem Kongreß übergeben, hatte Präsident Clinton unterstrichen, daß sich die Vereinigten Staaten auf dem Höhepunkt ihres Einflusses und Wohlstandes befänden. Da unkalkulierbare Ereignisse dies gefährden könnten, sei es vordringlich, daß »Amerika die Welt führen muß, um unsere eigene Bevölkerung und unseren Lebensstil zu schützen. Die Vereinigten Staaten bleiben die mächtigste Nation dieser Erde für Frieden, Wohlstand und die universellen Werte von Demokratie und Freiheit. Die zentrale Herausforderung besteht nun darin, diese Rolle zu untermauern... Hieraus ergeben sich drei Ziele: die Sicherheit Amerikas auszubauen; die wirtschaftliche Prosperität zu festigen und im Ausland Demokratie und Menschenrechte zu fördern... Notfalls muß Amerika bereit sein, alleine zu handeln, wenn unsere Interessen dies erforderlich machen sollten«.

In wohlgesetzten und aggressive Töne vermeidenden Worten meldete Clinton den globalen Führungsanspruch der Vereinigten Staaten an. Die eine Welt sei nur dann zu akzeptieren, so kann man die imperiale Botschaft interpretieren, wenn sie den US-amerikanischen Werten entspricht und was diese Werte sind, bestimmen die Vereinigten Staaten immer noch selbst.

### Nationale Sicherheitsstrategie

Das Dokument zur nationalen Sicherheitsstrategie, im September 2002 dem Kongreß übergeben, bietet Einsichten in die Gedankenwelt der jetzigen US-Regierung. Zwar halten die Verfasser am Grundriß des gesetzlich vorgeschriebenen Berichtes fest, weichen aber in Umfang und Präsentation von Berichten früherer Präsidenten ab. Auffällig ist, daß jedem Unterkapitel ein Zitat des Präsidenten vorangestellt wird, wobei sich die Auswahl auf wenige Reden beschränkt. Die Ausfertigungen selbst sind sehr knapp gehalten und platzgreifend angelegt, wohl um dem Format Genüge zu leisten.

Das Dokument listet die gegenwärtigen Gefahren auf, denen die USA ausgesetzt seien. Das leitet über zu den Aufgaben, die von Regierung und staatlichen Einrichtungen abgearbeitet werden sollen. Über das »Wie« schweigen sich die Verfasser allerdings aus. Wichtig ist offensichtlich, daß »amerikanische Werte« geschützt und verteidigt werden müssen, und da öffnet sich eine reichhaltige Fundgrube:

Der geeignete Leser erfährt, daß das zurückliegende Jahrhundert »den entscheidenden Sieg der Kräfte der Freiheit« sah und den Triumph »des einzig nachhaltigen Modells nationalen Erfolges: Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum«. Folglich wollen die Völker der Welt »das sagen, was sie denken; wählen, wer sie regieren soll; die Gottheit verehren, die ihnen gefällt; ihre Kinder – männlich und weiblich – unterrichten; Eigentum erwerben und den Ertrag ihrer Arbeit genießen«. Diese Werte seien universell und es »ist die Pflicht aller freiheitsliebenden Menschen, über alle Grenzen und Altersstufen hinweg, diese Werte gegen ihre Feinde zu verteidigen«. Mit dem »einzig nachhaltigen Modell« meinen die Verfasser natürlich die Vereinigten Staaten.

Es wird zu einem globalen Kreuzzug für demokratische Werte aufgerufen. »Die Vereinigten Staaten wollen eine Welt aufbauen, die in Freiheit Handel treibt und deren Wohlstand aus diesem Grund wächst. Freiheit ist die unveräußerliche Forderung nach menschlicher Würde; das Geburtsrecht jeder Person – in jeder Zivilisation. Die Vereinigten Staaten begrüßen ihre Verantwortung, diese große Mission anzuführen.«

»Diesen Augenblick von Einfluß« will die gegenwärtige Regierung umsetzen »in Jahrzehnte von Frieden, Wohlstand und Freiheit«, und zwar »über einen für Amerika typischen Internationalismus, der die Verschmelzung unserer Werte und unserer nationalen Interessen widerspiegelt. Wir werden dabei helfen, daß die Welt nicht nur sicherer, sondern auch besser wird«.

Fazit: Am amerikanischen Wesen soll die Welt genesen.

Amtsnachfolger Bush sparte nicht mit Pathos bei seinem Bericht an den Kongreß, zu dem jeder Präsident gesetzlich verpflichtet ist. Daß er die Abgabefrist um fast ein Jahr überschritt und erst im September 2002 lieferte, ist verfassungsrechtlich bedenklich. Noch nachdenklicher stimmt hingegen der Rationalitätsmangel dieses mit Phrasen und Floskeln durchzogenen Dokuments. Offenbar ging es hier nicht um eine nüchterne Einschätzung der Sicherheitslage, sondern um eine Begründung für eine weltweit ausholende Machtgebärde: »Um die [terroristische] Bedrohung zu besiegen, müssen wir von jedem Instrument in unserem Arsenal Gebrauch machen – militärische Macht, bessere Vaterlandsverteidigung, Strafverfolgung, Nachrichtendienste und Anstrengungen, die Finanzierung der Terroristen zu kappen. Der Kampf gegen Terroristen ist weltumspannend und ein globales Unterfangen mit unbestimmter Dauer.«

Der Sicherheitsbericht wimmelte von Widersprüchlichkeiten, Ungereimtheiten und grundlosen Behauptungen. Er sollte wohl offensichtlich nur dem einen Ziel dienen, die Kampfwilligkeit der USA und die Bereitschaft zum Zuschlagen zu dokumentieren. Aber er stellt keineswegs einen Bruch mit früheren Konzepten dar, sondern bringt das wesentliche Anliegen nur unverblümt zur Sprache – eine globale Führerschaft der Vereinigten Staaten, der sich der Rest der Menschheit zu fügen habe. Wenig später ergänzte der Präsident der Vereinigten Staaten die Machtansprüche um das Recht auf präventive Militärschläge.

Unter dem Vorsitz des heutigen Verteidigungsministers Rumsfeld ging schon eine auf Betreiben der Republikanischen Partei 1997 eingesetzte

Kommission (Commission to Assess the Ballistic Missile Threat to the United States) der Frage nach, ob ein Raketenabwehrschirm sinnvoll sei. Die Berufung des damals ohne politisches Amt operierenden Rumsfeld war offensichtlich ein taktischer Winkelzug der Clinton-Regierung, die hierdurch einen der schrillsten Befürworter einer Hochrüstung auf ihre Seite ziehen wollte.

Das auf Reagan zurückreichende »Star Wars Modell« war aus mehreren Gründen, vor allem wegen Finanzierungsproblemen und technischer Unzulänglichkeiten, zurückgeschraubt worden. Während der Clintonschen Präsidentschaft gingen die Forschungsarbeiten an dem Projekt auf sehr niedrigem Niveau weiter. Mit Blick auf seine bedrängte Lage im Kongreß holte Clinton im verteidigungspolitischen Bereich zu einem Befreiungsschlag aus und machte sich die republikanischen Positionen zueigen.

Die Ergebnisse der Kommission standen schon vor Beginn der eigentlichen Untersuchungen fest. Die sogenannten Schurkenstaaten hätten große Fortschritte bei der Entwicklung von Atomwaffen gemacht; die Sicherheit der Vereinigten Staaten vor Nuklearangriffen sei mittelfristig fraglich. Deshalb sei der rapide Ausbau eines eigenen Raketenabwehrschirms dringend notwendig. Der National Missile Defense Act von 1999 brachte hierfür die rechtliche Grundlage. Präsident Clinton machte das Inkrafttreten des Gesetzes vom Nachweis einer echten Bedrohung der nationalen Sicherheit abhängig, Beweise – oder was dafür gehalten werden sollte – wurden in den nächsten Monaten en masse produziert. Jedesmal wurde die Existenz von Schurkenstaaten deklariert, zu denen je nach politischer Wetterlage mal auch Rußland, mal auch China gerechnet wurden. Geflissentlich übersehen wurde bei diesem strategischen Kurs, daß es sich bei »Schurkenstaaten« ursprünglich um ein Konstrukt des damaligen Generalstabschefs Colin Powell handelte, das er benötigte, um gegenüber dem Kongreß weiterhin einen hohen Rüstungsetat – auf dem Niveau des Kalten Krieges – zu rechtfertigen. Ein empirischer Nachweis über eine aggressive und die USA bedrohende Politik der Staaten Irak, Iran, Libyen, Nordkorea etc. wurde bislang nicht erbracht. Das Schurkenstaatkonzept wurde zum Pfeiler US-amerikanischer Außenpolitik, woran auch die etwas mildere Bezeichnung SOC (States of

Concern) eigentlich nichts ändert. In allen amtlichen Berichten und solchen, die von politischen Stiftungen herausgegeben wurden, werden ausschließlich die technologischen Grundlagen betrachtet; daher ist es nicht verwunderlich, daß mittelfristig Schwellenländer generell als atomare Drohmächte definiert werden, da – kontinuierliche wirtschaftliche und technische Entwicklung unterstellt – die notwendigen technischen Standards hier erreicht werden können. Unterstellt wird außerdem, daß zur Verfügung stehende Atomraketen auch eingesetzt werden, und zwar vorrangig gegen die Vereinigten Staaten.

Kein Beteiligter an dem Diskurs hinterfragte, ob oder warum etwa Nordkorea in fünfzehn Jahren die USA angreifen werde, wie es im National Intelligence Estimate 1999 behauptet wird. Was an Kritik geäußert wurde, bezog sich vor allem auf eine überhastete Installation eines bislang weitgehend untauglichen Raketenabwehrsystems. Empfohlen wurde deshalb, politische und diplomatische Initiativen zu ergreifen, um mit den Schurkenstaaten vorübergehend Dialog und Entspannung zu suchen. Wenn das eigene Abwehrsystem funktionsfähig sei, könne zu einer harten Linie zurückgekehrt werden, so Ivan Eland und Daniel Lee vom erzkonservativen Cato-Institut.

Die frisch installierte Bush-Regierung scherte sich nicht um derartige Vorbehalte; die Absicht, den Atomwaffensperrvertrag aufzukündigen, da er den Bau des Raketenabwehrschildes störe, war eine der ersten außenpolitischen Ankündigungen. Die Rede des Präsidenten am 1. Mai 2001 vor der National Defense University stieß auf ein positives Echo. Als kurze Zeit später das Verteidigungsministerium die Öffentlichkeit über erfolgreiche Testreihen mit Abfangraketen informierte, verstummten die letzten kritischen Stimmen im Kongreß und in den Medien.

Manchen regierungsnahen Experten geht das jetzige Konzept des Raketenabwehrschirms nicht weit genug; sie weisen auf Sicherheitslücken hin, da potentielle Atomstaaten nun nach neuen Wegen suchen würden, um die Vereinigten Staaten militärisch zu bedrohen. Daher sei es notwendig, ein umfassendes Konzept der Vaterlandsverteidigung zu entwickeln. Das Grundlagenpapier (Defending America) hierfür wurde vom erzkonservativen

### Raketenabwehrschirm

Das von der Bush-Regierung beabsichtigte System der National Missile Defense basiert auf sechs Basen auf dem Territorium der USA, wo jeweils 125 Abfangraketen stationiert sein werden; zudem werden in einer erdnahen Umlaufbahn 1000 kleine Abfangwaffen plaziert. Das würde ausreichen, um 200 Raketenstarts in Rußland unschädlich zu machen. Die meisten Basen befinden sich entlang der US-amerikanischen Pazifikküste von Kalifornien bis hoch nach Alaska und können auch gegen chinesische Atomwaffen verwendet werden. Die Steuerung der Waffensysteme wird von Satelliten wahrgenommen, die mit Infrarottechnik ausgerüstet sind.

Die abgespeckte Version, die von Amtsvorgänger Clinton präferiert wurde, sah lediglich zwei Abschußbasen vor; die Kosten hierfür wurden vom Haushaltsausschuß des Kongresses mit 50 Milliarden Dollar beziffert. Das jetzige Modell ist kostenintensiver und würde mit mindestens 100 Milliarden Dollar zu Buche schlagen, was nur die Installationskosten betrifft. Hinzukommen die Kosten für die Weltraumwaffen. Genaue Berechnungsgrundlagen gibt es nicht; es wird angenommen, daß weitere 50 Milliarden Dollar veranschlagt werden müssen. Da, wie aus der Vergangenheit hinlänglich bekannt, Militäraufträge grundsätzlich die Ursprungskosten erheblich übersteigen, dürfte der tatsächliche Finanzbedarf weit mehr als 250 Milliarden Dollar betragen. Im letzten Haushalt der Clinton-Regierung verschlang die National Missile Defense etwa zwei Milliarden Dollar.

Am 17. Dezember 2002 gab Präsident Bush bekannt, daß 2004 die erste Abfangbasis in Alaska in Betrieb genommen wird. Auf die Fehler des Systems angesprochen, sagte er, dies sei besser als gar nichts.

Am Massachusetts Institute of Technology (MIT), das mit der wissenschaftlichen Begleitung des Abwehrprogramms betraut ist, werden jetzt nach längerem Zögern die Einwände überprüft, die von Wissenschaftlern gegen die Seriosität der Testreihen vorgebracht werden. Die Kritiker sprechen von bewußten Fälschungen der Leistungsfähigkeit der Sensoren, die Nuklearraketenköpfe identifizieren sollen. Eingewendet wird zudem, daß Nuklearköpfe leicht verborgen werden

können, indem sie in eine Radar abweisende Schaumgummiummantelung gehüllt werden. Die Gruppe der Kritiker wird angeführt von Dr. Theodore Postol, der schon früher die Stellungnahmen des Verteidigungsministeriums als reine Propaganda entlarvte. Damals ging es um die Effizienz des Raketenabwehrsystems Patriot, von dem das Pentagon behauptete, es habe während des Golfkrieges fast sämtliche Scud-Raketenabschüsse der irakischen Armee rechtzeitig erkannt und die Raketen vernichtet. Dr. Postol wies nach, daß das Patriotsystem höchst unbrauchbar war, was nach längerem Zögern auch vom Verteidigungsministerium zugegeben wurde. Insofern sind die neuen Vorwürfe ernst zu nehmen.

*Quellen: Michael E. O'Hanlon, »Beyond Missile Defense: Countering Terrorism and Weapons of Mass Destruction«, Brookings Institute, Policy Brief Nr. 86, August 2001; Pamela Hess, »Eighth missile defense test fails«, UPI, 11. Dezember 2002; Reuters, »U.S. General: Missile Defense System Five Years Away«, 19. November 2002; Charles Aldinger, »Officials: U.S. to Begin Deploying Missile Defense«, Reuters, 17. Dezember 2002; Roland Watson, »Physicist blows whistle on US missile defence«, The Times, 3. Januar 2003*

Center for Strategic and International Studies in Washington am 12. Dezember 2000 erstellt. Es liest sich wie ein Dokument zur totalen Aufrüstung, das keinen möglichen Gefahrenherd unberücksichtigt läßt und der auf den Machtantritt lauernden Bush-Mannschaft nahelegt, die konventionellen Aspekte der nationalen Sicherheit nicht zu vernachlässigen. Interessant ist hierbei auch, daß der Schutz der Verbündeten weder beim Raketenabwehrschirm noch bei der Homeland Defense in Erwägung gezogen wird. Die Vereinigten Staaten als »bedrohte« Weltmacht schaffen sich eine Festung, von der aus sie die Welt kontrollieren. Die Arbeiten an dem neuen Modell einer allumfassenden gigantischen Aufrüstung müssen in den ersten Amtmonaten der Bush-Regierung sehr weit vorangetrieben worden sein, wie sonst ist es zu erklären, daß wenige Tage nach dem »11. September« dem Kongreß

ein abstimmungsreifes Gesetz mit dem entsprechenden Konzept vorgelegt wurde? Manchen Architekten der Festung USA muß allerdings zugute gehalten werden, daß sie den Ausbau des nationalen Polizeiapparates und die Einschnürung von Grundrechten nicht in ihrem Kalkül hatten.

Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß die USA globalstrategisch auf ein mittelalterliches Modell zurückgreifen: Von einer uneinnehmbaren Burg aus wurden damals umliegende Landstriche beherrscht, politisch abhängig gehalten und ökonomisch geplündert. Ähnliches vollzieht sich heute im Weltmaßstab. Die Entwicklungen seit dem »11. September« verdeutlichen die überragende Bedeutung militärischen Denkens und Handelns in der Politik der USA. Hier kommt die vom US-Generalstab in seinem Grundsatzdokument »Joint Vision 2010« geforderte »Full-Spectrum Dominance« zur Anwendung. Gemeint ist damit die Herstellung einer umfassenden Hegemonie: »Vor dem Hintergrund unserer Interessen und Verpflichtungen müssen die Vereinigten Staaten die Präsenz ihrer Streitkräfte in Übersee aufrechterhalten sowie die Fähigkeit zu einer raschen weltweiten Machtprojektion wahren, um eine allumfassende Dominanz zu sichern«.

Dieses Dokument wurde im Mai 2000 verfaßt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es greift frühere Konzepte auf wie das Defense Planning Guidance for Fiscal Years 1994-1999, das seinerzeit nicht zur Umsetzung gelangte, weil Präsident Bush Senior die Wiederwahl nicht schaffte. Die darin festgeschriebenen Prinzipien der künftigen US-Politik lauten: »Erstens müssen die USA Führungsstärke zeigen, die notwendig ist, um die neue Ordnung [gemeint ist die Neue Weltordnung von Präsident Bush Vater] zu errichten und zu schützen. Die Führungsstärke sollte potentielle Konkurrenten überzeugen, daß sie erst gar nicht eine größere Rolle anstreben oder eine aggressivere Haltung einnehmen, um ihre legitimen Rechte zu schützen. Zweitens müssen wir im nicht-militärischen Bereich die Interessen der fortgeschrittenen Industrieländer ausreichend berücksichtigen, um sie davon abzuhalten, unsere Führerschaft herauszufordern oder zu versuchen, die etablierte politische und wirtschaftliche Ordnung umzuwerfen«. Diese Prinzipien finden sich in den heute gültigen Richtlinien der US-Außenpolitik nahezu wortwörtlich wieder.

### **Richtlinien für die Verteidigungsplanung der Haushaltsjahre 1994-1999**

Nach dem Fall der Berliner Mauer richtete der damalige Verteidigungsminister Cheney – heute Vizepräsident und wohl der »eigentliche« Präsident – eine Beratungsgruppe ein, die Vorschläge für eine neue Weltmachtspolitik erarbeiten sollte. Das Team setzte sich zusammen aus Donald Rumsfeld, heute Verteidigungsminister, Paul Wolfowitz, heute stellvertretender Verteidigungsminister, Lewis Libby, jetzt Büroleiter des Vizepräsidenten, Eric Edelman, zur Zeit persönlicher Berater Cheneys, und Colin Powell, gegenwärtiger Außenminister. Diese im Geheimen tagende Gruppe übergab Präsident Bush Vater ihr Konzept der sogenannten großen Strategie. Der Ausbruch des Golfkrieges – oder zutreffend: dessen Inszenierung – rückte diese Überlegungen vorübergehend in den Hintergrund.

Die Empfehlungen der Cheney-Gruppe wichen in wesentlichen Punkten von der damaligen Regierungspolitik ab. Nach verlorener Präsidentschaftswahl 1992 bestand für die Beratergruppe keine Notwendigkeit mehr, die eigenen Positionen abzumildern. Kurz vor der Amtsübergabe wurde das Dokument ausgewählten Journalisten zugänglich gemacht. Bezweckt wurde damit sicherlich auch, die neue Administration unter Druck zu setzen.

Diese »Richtlinien für die Verteidigungsplanung der Haushaltsjahre 1994-1999« enthielten Vorstellungen von einer neuen Weltordnung. Darin heißt es u.a.: »Unser erstes Ziel ist es, den Aufstieg eines neuen Rivalen zu verhindern, sei es auf dem Territorium der früheren Sowjetunion oder sonstwo, der die Ordnung bedroht, so wie es früher die Sowjetunion getan hatte. Das ist die herausragende Überlegung... und zwingt dazu, daß wir alle Anstrengungen unternehmen, eine feindliche Macht daran zu hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen... ausreichen würden, um eine globale Machtposition herzustellen. Diese Regionen schließen Westeuropa, Ostasien, das Territorium der früheren Sowjetunion und Südwestasien ein.« Daraus folge: »Erstens müssen die Vereinigten Staaten notwendige Führungsstärke zeigen, die potentielle Konkurrenten davon abhält, an eine größere



Rolle als ihre jetzige auch nur zu denken... Zweitens müssen wir in den Bereichen außerhalb des Militärischen die entwickelten Industrienationen davon abhalten, unsere Führung in Frage zu stellen oder die etablierte politische und wirtschaftliche Ordnung auf den Kopf zu stellen.« Ferner warnt die Studie vor der Verbreitung von Atomwaffen, da diese möglicherweise Staaten wie Deutschland und Japan in die Versuchung bringen könnte, eine solche Technologie zu entwickeln und »den globalen Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten« zu beginnen.

Das Augenmerk der US-Regierung solle sich in der Praxis auf den »gesicherten Zugang zu lebenswichtigen Rohstoffen, vor allem Öl aus dem Persischen Golf« richten.

Die Studie formuliert die folgenden Empfehlungen: Die USA »müssen den Status einer überlegenden Militärmacht aufrechterhalten in strategischen Regionen, um das Entstehen eines Machtvakuum oder das Aufkommen eines Staates mit regionaler Vormacht zu verhindern«.

Es sei Aufgabe der US-Regierung zu verdeutlichen, daß die USA bei der Wahrung dieser globalen Ordnung keine Interventionen, weder von Verbündeten noch von Gegnern dulden würden.

*Quelle: Information Project For Africa, Secret Planning Document Sees Expansion of U.S. Military Role Abroad, 1992*

Erste Schritte zur Anwendung sind mit Blick auf Zentralasien bereits getan und die strategischen Hintergedanken der US-Präsenz in der Region strafen die offiziellen Begründungen Lüge: Der Generalstab fordert die Zurücknahme des Raketenstoppvertrages aus dem Jahr 1972, der dem Expansionsstreben rechtliche Fesseln auferlegte. Erklärtes Ziel ist es, den Raketenabwehrschirm aufzubauen und zugleich die Volksrepublik China, in Militärkreisen als der kommende Hauptgegner gehandelt, mit einem Netz von Raketenbasen einzukreisen. Einerseits würde der Raketenschirm, so könnte man die Absichten deuten, das Territorium der Vereinigten Staaten vor einem chinesischen Angriff schützen, während andererseits US-Raketen China bedrohen, dadurch könnte China kleingehalten werden.

*Präventivkrieg und Nuklearschlag.* Die US-Militärpolitik war schon vor dem »11. September« auf Veränderungen programmiert, die dann nach den Anschlägen beschleunigt vollzogen wurden. Nun wird eine Präventionsstrategie bevorzugt, die u.a. die Enttabuisierung eines Atomschlages beinhaltet.

Präsident Bush stellte die Militärpolitik am 1. Juni 2002 vor. Die Vereinigten Staaten müßten sich, so der Präsident, der Bedrohung durch international operierende terroristische Gruppen und Staaten, die diese beherbergen oder unterstützen, stellen. Dazu zählen auch solche Länder, die über Massenvernichtungsmittel verfügen. Da sich das Wesen der Bedrohung grundsätzlich gewandelt habe, gelte es, hiergegen präventiv vorzugehen, d.h. den Krieg frühzeitig ins Lager des vermuteten Feindes zu tragen. Bush griff hier auf, was sein Verteidigungsminister Rumsfeld vorformuliert hatte: »Die Verteidigung der Vereinigten Staaten erfordert Prävention, Selbstverteidigung und manchmal auch frühzeitiges Zuschlagen«, so die Kernbotschaft seiner Rede vor der National Defence University in Washington am 31. Januar 2002; bei der Tagung der NATO-Verteidigungsminister am 6. Juni 2002 stellte er klar: »Die einzige Verteidigung [gegen Terrorismus] besteht darin, die globalen Netzwerke ausfindig zu machen und mit ihnen so umzugehen, wie es die USA in Afghanistan taten«.

Die Stellungnahmen von Präsident und Minister fassen auf öffentlichkeitswirksame Weise die Empfehlungen der Nuclear Posture Review (NPR) zusammen, das vom Generalstab gemeinsam mit dem Nationalen Sicherheitsrat ausgearbeitete Konzept der neuen US-Militärpolitik. Hier wird für eine Abkehr vom Modell der Abschreckung plädiert, mit dem in den Jahrzehnten des Kalten Krieges die Systemgegner davon abgehalten wurden, aggressive Akte gegen die Vereinigten Staaten einzuleiten.

Aus Sicht des NPR besteht das Abschreckungspotential der Vereinigten Staaten aus einer sogenannten Triade. Der erste Schenkel dieses Dreiecks wird gebildet von ballistischen Raketen, strategischen Bombern und atomar bewaffneten U-Booten. Der zweite besteht aus der Fähigkeit, Angriffe auf das eigene Territorium abzuwehren; hier kommt dem neuen Raketenabwehrschirm eine besondere Bedeutung zu. Der dritte Schenkel ist die Infrastruktur, die geeignet ist, Angriffe wie die vom »11. September« erfolgreich zu

verhindern, was die neue Behörde zur Vaterlandsverteidigung garantieren soll. Die neue Militärdoktrin stellt das bisherige Denken, was den Einsatz von Atomwaffen angeht, infrage. Nuklearabschreckung betrifft jetzt den relativ unwahrscheinlichen Fall eines massiven Angriffs auf lebenswichtige Interessen der Vereinigten Staaten, der zu einem Vernichtungsschlag seitens der USA führen würde. Andererseits gilt es jetzt als erforderlich, die US-amerikanische Atomstreitmacht flexibel zu gestalten, um die konventionellen Vernichtungsmöglichkeiten gegen nichtstaatliche Feinde und gegen »Schurkenstaaten« um den atomaren Arm zu ergänzen.

Der geschmeidige Einsatz von sogenannten taktischen Atomwaffen greift auf ein Konzept aus den 1960er Jahren zurück; damals wurde von einer abgestuften Antwort auf eine Bedrohung gesprochen, indem vor dem Einsatz der allumfassenden Vernichtungswaffen kleine Atomwaffen eingesetzt werden sollten, falls herkömmliche Waffen den Feind unbeeindruckt ließen.

### Freie Hand den USA

Wer den US-Präsidenten oder seinen Verteidigungsminister über den Krieg gegen das Böse reden hört, der glaubt sich zurückversetzt in eine Zeit, in der es noch lang kein Völkerrecht gab und in der das Recht das Recht des Stärkeren war.

Wer hat Bush zum Richter bestellt? Es ist die klassische Frage aus dem Alten Testament. Im Gegensatz zu Moses verstecken sich die USA nicht. Der US-amerikanische Internationalismus und Interventionismus soll der Erhaltung der Handlungsfreiheit dienen: man will die Spielregeln beherrschen... Amerika will durch seine Stärke führen, und zwar ohne Rücksicht auf bestehende Verträge oder Einwände von Alliierten: So redet US-Verteidigungsminister Rumsfeld, so redet sein Vertreter Wolfowitz, so schreiben viele Kolumnisten im Lande... Was gut ist für Amerika, ist auch gut für die Welt – und was gut ist, definiert Amerika ohne größere Rücksicht auf die Staatengemeinschaft. Die Vereinigten Staaten jagen zwar Leute, die Kriegsverbrechen begangen haben, aber ein Amerikaner kann per definitionem keine vor dem

Weltgerichtshof zu ahndenden Kriegsverbrechen begehen. Amerika zieht sich, wie das mittelalterliche Reich, den Mantel des Sakrosankten über. Das ist ungeschminkte imperiale Politik, und die funktioniert heute nicht anders als vor Jahrhunderten: Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns. Gegen diese Macht des Faktischen hilft kein Weltgerichtshof, solange der nicht die Kraft hat, den Hegemon zu strafen. Aber der Hegemon USA gibt ihm diese Macht nicht, weil das Recht eine Gefahr wäre für Mitglieder der amerikanischen Regierung und des Militärs – sie müßten möglicherweise Rechenschaft ablegen für die Unterstützung der Todesschwadronen in Lateinamerika, die Kriegsverbrechen in Südostasien oder für die Hilfe für das Apartheid-Regime in Südafrika... Das Schwert, mit dem Justitia dargestellt wird, ist klein und stumpf. Gegen Tarnkappenbomber kann es sehr wenig ausrichten...

Freie Hand für die USA ... kann man in jeder Nachrichtensendung hören, wenn die US-Regierung betont, daß sie sich bei einem Krieg gegen den Irak um die Vereinten Nationen und deren Rechtsregeln gegebenenfalls nicht kümmern wird. Das ist nicht die neue Ordnung der Zeiten, nicht der *Novus Ordo Seclorum*, der auf der Rückseite jeder Dollarnote angekündigt wird. Das ist die ganz alte Weltordnung: Macht geht vor Recht.

*Quelle: Heribert Prantl, »Herrscher hier auf Erden«, SZ, 5./6. Oktober 2002*

Das globale Feindbild der US-Regierung betrifft starke Gegner wie Rußland und China, die mit herkömmlichen Mitteln nicht unterworfen werden können; um sie in Schach zu halten, wird das im Kalten Krieg aufgebaute atomare Erstschlagspotential vorgehalten. Der aufzubauende Raketenabwehrschirm soll das Bedrohungspotential der USA so erhöhen, daß auch diese beiden Staaten sich Forderungen der USA beugen oder widrigenfalls mit Vernichtung rechnen müssen. Gegenüber unbotmäßigen Staaten, solchen also, die sich dem Diktat der von den Vereinigten Staaten verordneten Weltordnung widersetzen, wird ein Atomschlag als zulässig angesehen, weil dieser sie schneller zur Räsion bringt und das Risiko auf der eigenen Seite

mindert. Außenminister Colin Powell, in nicht US-amerikanischen Medien als nachdenklicher und einer harten Linie abweisend gegenüberstehender Politiker gehandelt, bewegt sich hier voll auf Regierungskurs. In einem Interview mit der Washington Post am 15. Juni 2002 äußerte er sich wie folgt: »Wenn es eine Option zum vorbeugenden Erstschlag gibt, sollte sie in einer Weise genutzt werden, die die Bedrohung ein für allemal beseitigt«.

Nukleare Massenvernichtung ist also für die USA nicht mehr eine prinzipielle Frage, sondern eine ›normale‹ strategische Option.

**Stützpunktsystem.** Imperiale Mächte haben schon seit jeher ausländische Stützpunkte benutzt, um ihrer Macht Geltung zu verschaffen. Das trifft auf das römische Reich genauso zu wie auf das britische Empire. Die Vereinigten Staaten machen dabei keine Ausnahme. Stützpunkte bieten die Möglichkeit, schwächere Staaten an sich zu binden, sie gleichzeitig gegen etwaige feindliche Mächte abzusichern, zugleich aber staatliche Unabhängigkeit formal aufrechtzuerhalten, was die Legitimationsbasis ihrer herrschenden politischen Klasse im Bedarfsfall stärkt. Das ›römische Modell‹ fand u.a. Anwendung bei der militärischen Architektur des Empire: Großbritannien herrschte auf dem Höhepunkt seiner Machtentfaltung im 19. Jahrhundert über ein riesiges Reich, das von einem weltumspannenden Netzwerk von Militärstützpunkten gesichert wurde. Dieses war entlang der Seewege aufgespannt, die von der überlegenen britischen Kriegsmarine kontrolliert wurden – der Korridor Mittelmeer-Suez-Indien; das Netzwerk Südasiens, Ferner Osten und Pazifik; Nordamerika und die Karibik sowie Westafrika und der Südatlantik. Britische Militärbasen waren über 35 Länder bzw. Kolonien verteilt.

Trotz seines Niedergangs als Weltmacht – ein Prozeß, der vor dem ersten Weltkrieg einsetzte – hielt Großbritannien zunächst an seinen Stützpunkten fest. Erst mit Auflösung des Kolonialreiches, die einherging mit der Rückführung der Metropole auf den Status einer europäischen Mittelmacht, gab Großbritannien sein globales Militärsystem weitgehend auf. Der Niedergang des Empire begründete den Aufstieg der Vereinigten Staaten, die schon am

Ende des zweiten Weltkrieges über ein einzigartiges globales Stützpunktsystem verfügten – mehr als 30.000 Einrichtungen auf 2000 Basen, verteilt auf knapp 100 Länder. Präsident Truman machte auf der Potsdamer Konferenz 1945 unzweideutig klar, daß die USA nicht bereit waren, dieses militärische Netzwerk aufzugeben: »Wir werden die Militärbasen aufrechterhalten, da sie notwendig sind für den vollständigen Schutz unserer Interessen und für den Weltfrieden. Stützpunkte, die nach Ansicht unserer Militärexperten erforderlich sind, werden wir erwerben. Wir werden sie im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen erwerben« (zitiert nach C.T. Sanders, *America's Overseas Garrisons: The Leasehold Empire*, S. 5). Ungeachtet dieser Feststellung des US-Präsidenten wurde aber die Zahl der Militärstützpunkte bis zum Ausbruch des Koreakrieges drastisch reduziert, auf etwa ein Viertel des Bestandes von 1945. Danach wurden wieder neue Basen erschlossen, besonders während des Vietnamkrieges. Die Niederlage in Südostasien leitete vorübergehend ein Umdenken ein mit dem Ergebnis, daß 1988 die Zahl der US-Basen derjenigen von 1953 entsprach:

Tabelle 7: Zahl der US-Basen nach Regionen im Zeitraum 1947 bis 1988

	1947	1953	1975	1988
Europa, Kanada, Nordatlantik	506	446	633	627
Pazifik, Südostasien	343	291	183	121
Südamerika, Karibik	113	61	40	39
Naher Osten, Afrika	74	17	9	7
Südasiens	103	0	0	0
Summe	1.139	815	865	794

Quelle: James R. Blaker, *United States Overseas Basing* (New York: Praeger, 1990), Table 1.2

Quantitative Verringerungen sind nicht unbedingt gleichbedeutend mit verminderter militärischer Schlagkraft. Die ständige Verbesserung der Waffensysteme und ihrer Leistungsfähigkeit macht einige Stützpunkte überflüssig.



sig. Die Statistik macht deutlich, daß die Vereinigten Staaten den Abwehr- bzw. Angriffsring um den seinerzeitigen Hauptgegner, die Sowjetunion, festgezurr haben, wie die Zunahme der Militärstützpunkte in Europa, Kanada und im Nordatlantik nahelegt. Andererseits zeigt sich hier auch ein verändertes Weltmachtmanagement: die Rückführung der Basen im Nahen Osten verweist auf eine Machtausübung über Stellvertreter (Israel als regionale Militärmacht seit dem Krieg von 1967), ähnliches gilt für Südamerika, wo pro-amerikanische Juntas auch im Interesse der USA agierten.

Die Strategie der Eindämmung des sowjetischen Einflusses bestimmte die Einstellung des US-Militärs, Stützpunkte nur dann aufzugeben, wenn sichergestellt war, daß das so entstandene Vakuum nicht von der UdSSR ausgenutzt würde. Dieses zum damaligen Zeitpunkt plausible »strategic denial« überdauerte allerdings das Ende des Kalten Krieges. Die Begründung lautet seitdem, daß das Stützpunktsystem erforderlich sei, um die weltweiten Interessen der Vereinigten Staaten zu schützen.«Die Machtprojektion«, so der Jahresbericht des Verteidigungsministers 1989 für den Kongreß, »ist erforderlich im Rahmen des Vorwärtseingriffs«, eine Umschreibung für Präventivkriege. Diese Position machte sich Präsident Bush Vater zueigen. Das weltweite US-Netzwerk sollte aufrechterhalten werden, auch wenn die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte bis Mitte der neunziger Jahre um 25 Prozent reduziert würde. Der erste Irakkrieg lieferte den Anlaß für eine neue aggressive Ausrichtung. Der Anker der vom »alten Bush« verkündeten Neuen Weltordnung war die militärische Macht der Vereinigten Staaten, die der politischen und wirtschaftlichen Hegemonie diene. Folgerichtig wurden vor allem im Nahen Osten neue Stützpunkte eingerichtet, mit Saudi Arabien als Zentrum.

Nachfolger Clinton betonte zwar, daß die Vereinigten Staaten ihre ausländischen Militäreinsätze einschränken würden, tatsächlich änderte er aber an der Architektur der weltweiten Militärpräsenz nichts. Die Zahl der Basen blieb erhalten; jedoch wurde das permanent in Übersee stationierte Personal reduziert. Gleichzeitig wurden in den USA stationierte Einheiten zu Kurzeinsätzen auf die Stützpunkte verlegt. Die militärische Schlagkraft wurde nicht reduziert. Vor dem 11. September 2001 waren nach Auskunft des Ver-

teidigungsministeriums im Durchschnitt pro Tag 60.000 Soldaten kurzfristig im Ausland, und zwar verteilt auf 100 Länder. Ein Heeressoldat war durchschnittlich 135 Tage im Jahr im Ausland, für die Kriegsmarine lag die Rate bei 170 Tagen und für die Luftwaffe bei 176 Tagen.

Die Nutzung der Stützpunkte änderte sich; vor dem Hintergrund des wechselnden Personaleinsatzes war es angebracht, hier schweres Kriegsmaterial einzulagern, so daß die abkommandierten Soldaten lediglich ihr persönliches Gepäck mitnehmen mußten. Militärische Planungen stützen sich auf Erfahrungen mit vergangenen Kriegen. Der erste Irakkrieg hatte deutlich gemacht, daß die Vereinigten Staaten in der Lage sind, einen Hi-tech-Krieg fernab des eigenen Staatsgebietes erfolgreich zu führen. Voraussetzung hierfür war ein riesiger logistischer Aufwand, nämlich Material, Ersatzteile und Nachschub über eine große Entfernung hinweg zu transportieren und hierfür die geeigneten Basen zur Verfügung zu haben. Hieraus wurden offenbar zwei Schlüsse gezogen; erstens ständige Verbesserungen vor allem der hochtechnisierten Luftwaffe und zweitens Einrichtung von permanenten Stützpunkten, wo militärische Vorratshaltung betrieben werden kann. Denn die Schlagkraft der US-Luftwaffe, offensichtlich das Rückgrat der Streitkräfte, hängt entscheidend von der logistischen Infrastruktur ab.

Ende der 90er Jahre richteten die USA weitere Stützpunkte auf dem Balkan ein, was als ein unvermißständliches Signal an die europäischen Verbündeten zu sehen ist, nämlich daß die Vereinigten Staaten hier Ansprüche geltend machten. Gleiches geschah in Südamerika, wo unter dem Vorwand des Antidrogenkrieges Kolumbien in das US-Militärsystem eingebunden wurde. Nach dem 11. September 2001 begann eine rapide Ausweitung von US-Militäreinrichtungen weltweit. Nach dem Bericht des Verteidigungsministeriums »Base Structure Report 2001« unterhalten die USA militärische Einrichtungen in 38 Ländern. Die Liste enthält allerdings nicht die sogenannten strategic forward bases, die aus Gründen der nationalen Sicherheit geheim gehalten werden. Darunter fallen beispielsweise fast sämtliche Stützpunkte in Saudi Arabien. Im Zuge des anfänglich verdeckten, mittlerweile aber offenen militärischen Engagements in Kolumbien haben die USA ihr Stützpunktwesen in der dortigen Region umgruppiert. Vier neue Basen

wurden in Betrieb genommen und zwar in Ekuador, El Salvador und auf den Karibikinseln Aruba und Curacao. Die Kolonie Puerto Rico ist als militärisches Regionalzentrum an die Stelle von Panama getreten.

Nach dem 11. September 2001 wurden Stützpunkte in Afghanistan, Pakistan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan, Bulgarien, Katar und der Türkei installiert. Diese Neugründungen bleiben im amtlichen Dokument des Pentagons unerwähnt ebenso wie die für die Kriegseinsätze in Asien und im Nahen Osten bedeutsame Insel Diego Garcia im Indischen Ozean. Die Vereinigten Staaten unterhalten demnach Stützpunkte in knapp 60 Ländern. Die tatsächliche Zahl dürfte allerdings bei über 90 liegen, wenn die aus Geheimhaltungsgründen nicht genannten Basen berücksichtigt werden.

Vom Balkan und den früheren Sowjetrepubliken abgesehen, sind die neuen Basen dort plaziert, wo die Vereinigten Staaten früher drastische Kürzungen vornahmen. Das trifft auf Südasien zu, den Nahen Osten und Zentral- und Südamerika, wo die Zahl der Basen zwischen 1947 und 1990 um mehr als zwei Drittel zurückgegangen war.

Aus geopolitisch-militärischer Sicht stellte dies ein Problem dar. Die gegenwärtige Expansion dokumentiert deshalb einen neuen Ansatz, nämlich den einer direkten militärischen Präsenz. Im militärischen Denken geht die Bedeutung einer Militärbasis über das unmittelbare Ziel der Einflußsicherung in dem betreffenden Land hinaus. Basen gelten als Ausgangspunkt für kommende Vorstöße bzw. Machtprojektionen. Diese Sichtweise gilt nicht nur für das US-amerikanische Militär. Deshalb wird der Aufbau von Stützpunkten in der Region Zentralasien von Rußland und China als Anfang einer Bedrohung gesehen.

Die russische Regierung macht aus ihrem Vorbehalt keinen Hehl; die Volksrepublik China fühlt sich in einer bedrohlichen Weise von den USA eingekreist: der neue Stützpunkt Manas in Kirgistan ist nur 250 Flugmeilen von der chinesischen Westgrenze entfernt. Der Osten Chinas liegt im Einzugsbereich US-amerikanischer Kampffjets und von Schiffen der Kriegsmarine, die von japanischen Stützpunkten aus operieren. Der chinesische Süden kann von US-Basen in Südkorea aus erreicht werden; und Washington liefert weiterhin umfangreiche Waffenhilfe an Taiwan. Schließlich zeichnet sich

ab, daß die USA wieder Stützpunkte auf den Philippinen erhalten, die sie vor gut zehn Jahren geräumt hatten. Das würde den militärischen Ring um China noch enger schließen.

Es wäre kurzatmig, die neuen Basen nur unter militärischen Gesichtspunkten zu betrachten. Wirtschaftliche Interessen spielen ebenfalls eine Rolle. Beispielsweise sind US-Energiekonzerne seit längerem an einem sicheren Korridor interessiert, der die Öl- und Gasvorkommen der kaspischen Region mit den Weltmeeren verbindet. Der Afghanistankrieg bietet die Gelegenheit hierzu. Wie sehr die Bush-Administration den Wirtschaftsinteressen Rechnung trägt, wird an der Ernennung von Zalmay Khalilzad zum Sondergesandten für Afghanistan deutlich. Er war nicht nur als Berater der in Asien aktiven US-Ölgesellschaften tätig, sondern hat darüber hinaus als Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates deren Interessen propagiert.

Die Vereinigten Staaten haben einen weltweiten Ring von Stützpunkten und Aufmarschplätzen eingerichtet, von denen aus in kürzester Zeit Luftwaffe und Kriegsmarine aktiv werden können. Der militärische Schirm dient der politischen und ökonomischen Hegemonie. Die Basen sind im Gegensatz zum britischen Empire nicht in ein Kolonialreich eingebunden, sondern sind isolierte Einrichtungen in formal unabhängigen Staaten. Das Wesensmerkmal der US-Weltmacht ist es gerade, ein globales Wirtschaftssystem zu dominieren, das im Normalbetrieb ohne formale politische Kontrollen auskommt und die Souveränität anderer Nationen scheinbar nicht berührt. Militärbasen bilden dabei das strategische Mittel, mit dem auf subtile Weise, nötigenfalls aber auch mit offener Gewalt, die US-amerikanischen Interessen zur Geltung gebracht werden. Angesichts der strukturell ungleichen Beziehungen, die dem globalen Kapitalismus eigentümlich sind, sind diese Basen allerdings eine Notwendigkeit, um eine Umschichtung zulasten der USA zu verhindern. Ohne die weltweite Präsenz des US-Militärs wäre, so ist anzunehmen, das hegemoniale Wirtschaftssystem nicht aufrechtzuerhalten. Das schließt auch die Fähigkeit und die politische Bereitschaft ein, rechtzeitig mit Gewalt vorzugehen: Das Konzept des Präventivschlages stellt insofern keine besonders extreme Politik einer besonders extremistischen US-Regierung dar, sondern ist die logische Folge eines auf

globale Asymmetrie angelegten Systems, bei dem frühzeitige Militärschläge einkalkuliert sind.

Die übrigen Industriemetropolen sind in dieses System einbezogen; die Reduktion auf eine Rolle als Juniorpartner erlaubt vielen von ihnen vordergründig, wirtschaftliche Möglichkeiten bei relativ geringem militärischem Kostenaufwand zu nutzen. Es wäre aber irreführend, hieraus abzuleiten, daß die USA die Kosten für den Systemerhalt trügen und die anderen Industriestaaten den Nutzen hätten. Militärische Macht und daraus abgeleitet politische Dominanz setzen sich in wirtschaftliche Vorteilsnahme um: die aktuellen Kriege und solche in Vorbereitung verdeutlichen das. Zum Beispiel: Öl, immer noch der wichtigste Energieträger der Weltwirtschaft, soll unter US-amerikanische Kontrolle gebracht werden. Es ist kein Zufall, daß die Platzierung neuer Militärstützpunkte in jenen Regionen erfolgt, die für dieses Vorhaben von großer Bedeutung sind. Das reicht von Zentralasien über den Nahen Osten bis nach Zentral- und Südamerika, und im ›kommenden Kuwait‹, so die Expertenmeinung über die Lagerstätten in Westafrika, planen die USA bereits die Einrichtung von Militärbasen.

Zweifellos betreiben die USA heute eine imperiale Politik großen Stils, die sich selbst keine Schranken setzt und militärische Machtmittel ohne Hemmungen einsetzt. Der »Antiterrorkrieg« liefert dafür eine scheinbar stichhaltige Begründung. Vor dem Hintergrund der strukturellen Verwerfungen im globalen Kapitalismus, die an Umfang und Schärfe zugenommen haben, zeichnete sich aber auch unabhängig vom »11. September« eine solche Entwicklung ab.

*Kriege und neue Stützpunkte.* Am Ende des Kalten Krieges sahen sich die Vereinigten Staaten einem wachsenden Wettbewerb der Wirtschaftsblöcke EU und Ostasien gegenüber, bei sinkender eigener Wirtschaftskraft. Die US-Militärinterventionen in den 1990er Jahren stellten auch den Versuch dar, ökonomische Rivalen zurückzudrängen und die für marktwirtschaftliche Erschließung offenen Staaten des untergegangenen Ostblocks an sich zu binden. Die Welle der US-amerikanischen Interventionen führte zu einem neuen Gürtel von Militärbasen an strategisch wichtigen Plätzen. Of-

fensichtliches Ziel war und ist es, die militärische Vorherrschaft auszunutzen, diese Regionen dem Dollarblock einzuverleiben, damit die eigene Währungszone gegenüber Euro und Yen auszudehnen und neue Akkumulationsquellen für den Wall Street-Komplex zu erschließen.

Keine der US-amerikanischen Interventionen kam überraschend; in keinem Fall wurden die Vereinigten Staaten überrumpelt. Deshalb liegt die Vermutung nahe, daß es sich hierbei um wohlüberlegte durchdachte Maßnahmen handelt, die den Verbleib von US-Streitkräften nach Abschluß der Kampfhandlungen antizipierten. D.h. die neuen Stützpunkten wurden nicht etwa notgedrungen angelegt, um die Truppen zu schützen, sondern die Interventionen lieferten die Begründung für die Einrichtung solcher ›Militäretablissemments‹.

Unter geopolitischen Aspekten betrachtet, fällt auf, daß die in der jüngsten Vergangenheit errichteten US-Stützpunkte sich entlang einer Linie Balkan-Pakistan erstrecken. Dies deutet darauf hin, daß es den Vereinigten Staaten gelungen ist, in die Landverbindungen zwischen EU-Europa, dem neuen Rußland und China Schneisen zu schlagen, frühzeitig auch Kontrollposten zwischen diese Regionen zu setzen und EU-Europa zu isolieren. Ein weiteres Motiv war es offenbar, die US-amerikanische Kontrolle der Ölfelder im Nahen Osten noch dichter zu machen.

*Golfkrieg:* Entgegen ihren ursprünglichen Zusagen an die arabischen Alliierten zogen sich die Vereinigten Staaten 1991 nach erfolgreichem Abschluß der Kriegshandlungen gegen den Irak nicht zurück. Vielmehr bauten sie ihre Militärpräsenz in der Region kräftig aus. Neben dem Stützpunktsystem in Saudi Arabien wurden neue Anlagen in Kuwait, Bahrain, Katar, Oman und den Vereinigten Arabischen Emiraten angelegt. Bahrain beherbergt mittlerweile die Zentrale der Fünften Flotte und das Zentralkommando. Die USA importieren nur einen geringen Teil ihres Ölbedarfs aus dem Nahen Osten. Andererseits sind aber die europäische und japanische Volkswirtschaft in hohem Maße von arabischen Öllieferungen abhängig. Die USA kontrollieren hier militärisch Erdölproduktion und -transport und nehmen so Einfluß auf die Energieversorgung ihrer in wirtschaftlicher Hinsicht wichtigsten Konkurrenten. Auf längere Sicht sind die Gebiete am Golf, der Irak

eingeschlossen, zweifellos auch als Reservoirs für die US-amerikanische Energieversorgung hochinteressant.

*Somalia:* Dem Einmarsch 1992/3 in das ostafrikanische Land lag eine handfeste geopolitische Kalkulation zugrunde. In den siebziger Jahren hatte es Washington verstanden, das Barre-Regime aus dem sowjetischen Einflußbereich herauszulösen, die UdSSR aus diesem Terrain zu verdrängen und deren Marinestützpunkte am strategisch wichtigen Horn von Afrika (Seeweg zwischen Suezkanal und dem Indischen Ozean) zu übernehmen. Für den geopolitischen Zugewinn waren die Vereinigten Staaten offensichtlich bereit, die Expansionspläne des Regimes zu fördern. Die militärische Niederlage gegen Äthiopien leitete dann freilich den allmählichen Niedergang Barres ein, dessen Ende gleichbedeutend war mit dem Abzug der US-Militäreinheiten am Horn. Die Bürgerkriegswirren in der Nach-Barre-Zeit gaben Washington die Möglichkeit unter humanitärer Firmierung, verlorenes Terrain wieder in Besitz zu nehmen. Allerdings betrieben sie ein klägliches Politikmanagement; sie unterstützten schwache Bürgerkriegsfraktionen, nicht jedoch den mächtigsten Kriegsherren, Mohamed Aidid, den sie erfolglos bekämpften. Der überhastete Rückzug schob den strategischen Ambitionen einen Riegel vor. Die Hafenstadt Aden, am Ostufer des Roten Meeres gelegen, bot eine Alternative, die in logistischer und infrastruktureller Hinsicht jedoch dem somalischen Stützpunkt Berbera unterlegen ist. Immerhin haben sich die USA am Eingang zum Roten Meer militärisch festgesetzt.

### Dschibuti

Verteidigungsminister Rumsfeld bestätigte anlässlich einer Visite in dem ostafrikanischen Land im Dezember 2002, daß die Vereinigten Staaten langfristig hier präsent sein werden. Gegenwärtig sind knapp 1000 Soldaten auf dem Stützpunkt Camp Lemonier stationiert, einer ehemaligen Basis der französischen Fremdenlegion. Zu ihren Aufgaben zählt die Überwachung der Gewässer am Horn von Afrika, einer der welt-

weit meistbefahrenen Schifffahrtsstraßen, ebenso wie der Einsatz gegen die im Jemen vermuteten Angehörigen der Al-Qaida. Hierin werden die US-Amerikaner von der französischen Armee unterstützt, die in Dschibuti mit ca. 3.000 Mann ihren größten Übersee-Stützpunkt unterhält, und der deutschen Bundesmarine. Der Besuch des US-Verteidigungsministers schien notwendig, um die Regierung des Landes gefügig zu machen. Im Oktober 2002 hatte Präsident Omar Ismael Guelleh verkündet: »Wir sind ein Mitglied der arabischen Nation. Wir haben hierzu eine klare Position. Und Irak ist zu weit von unserem Land entfernt. Jede einseitige Aktion (der USA) außerhalb des Völkerrechts würden wir nicht akzeptieren; sie wäre sinnlos und gefährlich.« Nach einem Vieraugengespräch konnte Rumsfeld mitteilen, daß die US-Regierung sehr zufrieden sei mit der Kooperation von dschibutischer Seite, und er sei zuversichtlich, daß sich die beiderseitigen Beziehungen positiv entwickeln werden. Das US-Militär schert sich augenscheinlich wenig um die politische Lage, denn nach Auskunft eines Sprechers wird Camp Lemonier seit längerem zügig ausgebaut. In 2003 soll der Bau eines Tiefwasserhafens in Angriff genommen werden. Die 300 Millionen Dollar teure Investition ist offenbar notwendig, um schweres Gerät anzulanden und Schiffe der US-Flotte zu versorgen.

*Quelle: Agence France Press, »US set to keep base in Djibouti for several years: Rumsfeld«, 11. Dezember 2002*

*Die Balkankriege 1995 und 1999:* Begründet wurden die Interventionen mit von Serbien vorgenommenen »ethnischen Säuberungen«. Andererseits überzogen die USA ihre kroatischen und albanischen Schützlinge nicht mit Krieg, obwohl auch diese solche Aktionen in wahrscheinlich noch größerem Ausmaß betrieben. Heute haben die Vereinigten Staaten Militärbasen in fünf Ländern: Ungarn, Albanien, Bosnien, Mazedonien und dem Kosovo, der völkerrechtlich noch immer zu Serbien gehört und wo sich die mittlerweile größte US-Basis außerhalb der USA befindet – Camp Bondsteel. Auch um Washington das Feld nicht allein zu überlassen, sobald es um die Nachkriegsordnung ging, sahen sich die europäischen NATO-Partner

teils veranlaßt, sich dem Kurs der USA anzuschließen, teils trieben sie – wie vor allem Deutschland – die Konfrontation mit Jugoslawien/Serbien aktiv voran. Außerdem war auf europäischer Seite der Versuch zu beobachten, im Zuge des Kosovokrieges militärische Strukturen außerhalb des NATO-Verbundes zu entwickeln. Die US-Stützpunkte am östlichen Rand der EU dienen zunächst der Machtprojektion im Nahen Osten, könnten allerdings auch in westlicher Richtung europäischen Separationsbestrebungen im militärischen Bereich entgegenwirken.

### Camp Bondsteel

Camp Bondsteel ist der Name des größten US-Militärstützpunktes seit dem Vietnamkrieg. Er liegt im südwestlichen Kosovo, nahe an der Grenze zu Mazedonien. Die Anlage bietet Platz für 25.000 Menschen, verfügt über 25 Kilometer geteerte Straßen, mehr als 300 Gebäude, wird von 14 Kilometern Erd- und Betonwällen sowie 11 Wachtürmen und 84 Kilometern Stacheldraht geschützt. Auf der Basis sind gegenwärtig 55 Kampfhubschrauber stationiert; eine Startbahn für Flugzeuge ist nicht vorhanden.

Die Planungen begannen allerdings lange vor dem Beginn der Kampfhandlungen im Kosovo 1999.

Im Gegensatz zu den übrigen Mitgliedern der KFOR mischen sich die US-Soldaten nicht unter die Bevölkerung; sie verlassen das Camp entweder in Hubschraubern oder in schwerbewaffneten Konvois.

Eine wesentliche Aufgabe der Basis ist es, die in Planung befindliche Trans-Balkan-Pipeline zu schützen; durch sie soll kaspisches Öl, das zuvor im bulgarischen Schwarzmeerhafen Burgas angelandet wird, an die Adria gepumpt werden. Sinn ergibt diese Trasse, weil sie die Bosphorusmeerenge vermeidet, die nur Tanker mit geringer Kapazität passieren können. Die erste Wirtschaftlichkeitsstudie wurde von der US-Regierung 1995 in Auftrag gegeben und 1999 aktualisiert. Exxon-Mobil und Chevron haben sich laut Nachrichtenagentur Reuters bereit erklärt, die Kosten einer solchen Pipeline mit mehr als 1,3 Milliarden Dollar zu tragen.

Camp Bondsteel, dessen nichtmilitärische Bereiche in der Zuständigkeit des Kontraktunternehmens KBR liegen, ist der größte Arbeitgeber im Kosovo, wo die Arbeitslosenrate bei etwa 80 Prozent liegt. Bitterste Armut der Dorfbevölkerung im Anblick des geheimnisvollen Stützpunktes ist sicherlich kaum freundschaftsbildend.

Vielleicht käme auch so mancher GI ins Grübeln, wenn bekannt wäre, daß das Camp eine üppige und höchst profitable Einnahmequelle eines Unternehmens ist, das vom jetzigen Vizepräsidenten Cheney geführt wurde. KBR hat übrigens auch die Machbarkeitsstudie für die Öltrasse angefertigt.

*Quelle: Paul Stuart, Camp Bondsteel and America's plans to control Caspian oil. Centre for Research on Globalisation, 13. Mai 2002.*

*Afghanistankrieg seit 2001:* Geostrategen werten Afghanistan als Epizentrum Südasiens, Zentralasiens und des Mittleren Osten. Durch den Krieg ist es den Vereinigten Staaten gelungen, hier Fuß zu fassen und gleichzeitig im Umfeld einen Ring von Basen in den Staaten Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan und Pakistan um das Zentrum aufzubauen. Auch hier spielt der kontrollierende Zugriff auf die kaspischen Öl- und Gasvorkommen eine vorgeblich wichtige ökonomische Rolle.

Bemerkenswert ist in allen Fällen, daß im Vorfeld der Kriege greifbare politische Lösungen nicht angestrebt wurden: Das Hussein-Regime hatte bereits mit dem Abzug aus Kuwait begonnen; die Hungersnot in Somalia war 1992 bereits im Abklingen und die Frage, ob Truppen die Not überhaupt verhindern könnten, wurde erst gar nicht gestellt; Jugoslawien hatte die wesentlichen Auflagen des Rambouillet-Abkommens bereits erfüllt, als es angegriffen wurde; Afghanistan wurde 2001 angegriffen, ohne überhaupt mit dem Talibanregime zu verhandeln und so eine Auslieferung des Chefterroristen bin Laden einzuleiten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob nicht in diesen Fällen ein der nationalen und internationalen Öffentlichkeit elegant zu präsentierender Vorwand für eine Intervention mit nachfolgender militärischer Dauerpräsenz gesucht und offenbar auch gefunden wurde.



Geopolitische Überlegungen bestimmten wahrscheinlich auch die US-amerikanische Haltung nach Beendigung der jeweiligen Kriegshandlungen. Der Irak liefert hierfür ein Beispiel: Hätte die Regierung Bush Vater den Sturz des Diktators Hussein zustandegebracht, was angesichts der militärischen Machtverhältnisse und einer damals breiten Oppositionsbewegung im Land durchaus realisierbar schien, wären die arabischen Anrainerstaaten sicherlich kaum bereit gewesen, den Bau neuer US-Stützpunkte zu dulden. Die militärisch fundierte Vormachtstellung der USA im Nahen Osten wäre damit nicht zustande gekommen. Ähnliches gilt gegenwärtig in Afghanistan. Die vermutlichen Drahtzieher der Terrorakte gegen die USA sind immer noch auf freiem Fuß, was, kurzfristig gedacht, nicht für das US-Militär und seine Spezialeinheiten spricht. Andererseits bietet bin Laden auf der Flucht der Regierung der Vereinigten Staaten die Legitimation für die Ausweitung des ›Krieges gegen den Terrorismus‹ und somit für die Verwirklichung von geopolitischen Zielen, auch im afghanischen Terrain.

Seit dem »11. September« ist das Streben nach neuen Basen unverkennbar; der Aufmarsch gegen den Irak bildet dabei nur den vorläufigen Höhepunkt. Unter dem Deckmantel des ›Krieges gegen den Terrorismus‹ sind US-Truppen auf die Philippinen entsandt; Somalia und der Jemen wurden in das US-Militärnetzwerk aufgenommen; Dschibuti ist zum Aufmarschplatz regionaler US-Operationen geworden.

*Philippinen:* Die Rückkehr der USA auf die Philippinen signalisiert die Absicht, die Anfang der neunziger Jahre geräumten Stützpunkte wieder in Betrieb zu nehmen. Die Inselgruppe war eine Säule der US-Militärarchitektur in Asien, von wo aus eine Machtprojektion gegenüber China betrieben wurde. Die Auflösung der dortigen Basen fiel zeitlich zusammen mit dem Ende des Kalten Krieges. Sicherlich wird hier auch das Interesse von US-Wirtschaftskreisen eine Rolle gespielt haben, die das sich wirtschaftlich rapide entwickelnde China als einen Zukunftsmarkt betrachteten. Eine in Südostasien zu militaristisch daherkommende US-Politik, so war anzunehmen, würde die Marktchancen für US-amerikanische Unternehmen unnötig schmälern. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sind solche Überlegungen in den Hintergrund gerückt. In konservativen Kreisen, in der Clin-

ton-Ära in der Opposition, war die Volksrepublik als der große Rivale im 21. Jahrhundert gehandelt worden. Die von ihnen propagierte Hochrüstung vor allem beim Raketenschirm war vor allem gegen die künftige Großmacht China gerichtet. Die seinerzeitigen Propagandisten sind die heutigen Macher. Ihnen kommt entgegen, daß die chinesische Regierung dem Welthandelsabkommen WTO beigetreten ist, also das von den USA der Weltwirtschaft auferlegte Modell akzeptiert: Die Interessen der US-Wirtschaft sind insoweit gesichert, das geopolitisch-militärische Interesse kann in den Mittelpunkt rücken.

### **Abu Sayyaf**

Die schätzungsweise 800 Mann starke Abu Sayyaf (Träger des Schwertes) operiert auf der abgelegenen philippinischen Insel Basilan. Sie wurde in Afghanistan gegründet; dort kam sie unter den Einfluß des ehemaligen Professors für islamisches Recht an der Kabuler Universität Abdul Rasul Sayyaf. Der fromme Mann – im Solde der CIA und ein enger Verwandter des einstigen afghanischen Präsidenten der Demokratischen Volksrepublik Afghanistan Hafizullah Amin – machte sie mit seinen Vorstellungen einer idealen islamischen Welt vertraut, offenbar so überzeugend, daß sie ihn zum Namenspatron ihrer Bewegung machten. Anfang der Neunziger brachen die Helden des Afghanistankrieges nach Mindanao auf. Offenbar konnten sie hier nicht Fuß fassen; sie blieben eine Randerscheinung, was sie durch terroristische Aktivitäten zu kompensieren versuchten. Auf ihr Konto gehen Morde an christlichen Geistlichen, nicht-moslemischen Großgrundbesitzern, Kaufleuten und Regierungsvertretern. Ziel war es offensichtlich, durch solche Akte die Verhandlungen der gemäßigten islamischen Bewegungen mit der Regierung zu sabotieren.

Nachweisliche Verbindungen zur Jihadi-Internationale sind die Ausbildung von Mitgliedern in dem als Kadenschmiede angesehenen Lager im afghanischen Mazar-e Sharif und die verwandtschaftlichen Bande des Anführers Janjalani mit dem saudischen Geschäftsmann Mohammed Jamal Khalifa, einem Schwager Bin Ladens. Khalifa betreibt

die Internationale Islamische Unterstützungsorganisation, die die Mudschahedin in Afghanistan betreute und die Aktivitäten der CIA koordinierte. Die Organisation unterhielt eine Zweigstelle in Manila, wo der Plan ausgeheckt wurde, 12 Flugzeuge von US-amerikanischen Fluggesellschaften auf ihrem Flug in die Vereinigten Staaten in die Luft zu sprengen, wie während der Gerichtsverhandlungen zum ersten Anschlag auf das World Trade Centre 1993 bekannt wurde. Nach der Ermordung Janjanis 1998 zerbrach augenscheinlich die Abu Sayyaf Gruppe. Statt weiterhin für einen islamischen Gottesstaat auf den Philippinen zu kämpfen, wandte sie sich der eher weltlichen Aufgabe zu, durch Terror und Geiselnahme reich zu werden.

Der Terror der im religiösen Gewande daherkommenden Gangster lieferte der Regierung in Manila den Vorwand, auch gegen andere islamische Gruppen vorzugehen, also den Widerstand der moslemischen Minderheit zu brechen und politische Zugeständnisse zurückzudrehen, die sie zuvor hatte machen müssen.

Es ist davon auszugehen, daß hiermit noch weitere grundsätzliche Absichten verbunden sind, nämlich die demokratische Opposition im Lande zu treffen. Denn die politische Macht auf den Philippinen wird weiterhin von einer Oligarchie/Post-Marcos-Kleptokratie bestimmt, deren Machenschaften angesichts einer grassierenden Wirtschaftskrise auf massive Kritik stoßen. Die Financial Times (4. Februar 2002) drückt diesen gleichen Sachverhalt etwas diplomatischer aus: »Die Philippinen sind eine der Gesellschaften in Asien mit der größten sozialen Ungleichheit«. Terror liefert da einen geeigneten Vorwand, ein unbeliebtes Regime zu stabilisieren, indem oppositionelle Kräfte politisch neutralisiert werden. Es waren übrigens diese Kräfte, zusammengeschlossen in der Bewegung People Power, die maßgeblich zum Sturz der Marcos-Diktatur beigetragen haben. Bei der hierzu zählenden jüngst von der Bush-Regierung in den Kreis der internationalen Terrororganisationen aufgenommenen Neuen Volksarmee handelt es um eine Bauernbewegung, deren Vorläufer, bekannt geworden als HUK (Hukbalahap), schon in den vierziger Jahren für eine radikale Landreform eintrat, aber militärisch vernichtet wurde. Die Wiederauflage deutet auf ein soziales Kernproblem hin – Fortbestand ländlicher Armut. Die

Philippinen sind eine agrarisch geprägte Gesellschaft, die vom Großgrundbesitz (lokale Oligarchie und internationale Agrokonzerne) beherrscht wird. Fast 70 Prozent der auf dem Lande lebenden Bevölkerung haben keinen eigenen Grund und Boden; sie sind Landarbeiter, die für Hungerlöhne auf den Plantagen arbeiten. Die Lage der kleinen Bauern ist ebenfalls katastrophal. Weil die Äcker zu klein sind, müssen sie zusätzliches Land pachten. Von der Ernte führen sie bis zu 80 Prozent an den Grundherren ab. Das restliche Einkommen reicht kaum fürs Überleben, so daß sie in der Zeit zwischen Aussaat und Ernte auf Kredite von örtlichen Geldverleihern angewiesen sind. Hierfür werden Wucherzinsen erhoben; 20 Prozent pro Monat sind dabei nicht ungewöhnlich. Das zwingt sie dazu, die kommende Ernte zu einem Zehntel des marktüblichen Preises vorab an Händler zu verkaufen. Aus dieser Verelendungsfälle gibt es kein Entkommen. Wenn unter solchen Umständen Bauern rebellisch werden, ist das kein Wunder. Ein Erfolg der Rebellion in einer Region könnte Signalwirkung für andere Provinzen haben und das Regime in ernsthafte Schwierigkeiten bringen. So gesehen, ist es naheliegend, den aufflammenden Widerstand im Keime zu ersticken. Das Etikett »kommunistisch« gibt dem Regime die notwendige Rechtfertigung, zumal wenn es von der Regierung der Vereinigten Staaten ausgefertigt wird.

Diese Überlegungen werden durch offizielle Äußerungen erhärtet. Zur Verbindung von Sayyaf mit dem internationalen Terrorismusnetzwerk äußerte sich die philippinische Präsidentin Arroyo auf einer Pressekonferenz am 20. November 2001 in Washington wie folgt: »Nun, es gibt Hinweise auf Verbindungen zwischen ihnen [El Kaida] und Abu Sayyaf bis 1995. In der Tat war unsere Polizei in der Lage, einige Leute zu verhaften, die mit beiden Gruppen zusammenarbeiteten, und Beweismaterial sicherzustellen, das in der Tat zur Verurteilung der ersten Bombenleger des World Trade Centres führte... Nun, nach 1995 verließ El Kaida die Philippinen. Ich denke, sie empfand die Philippinen als einen nicht gastfreundlichen Platz für internationale Terroristen«. Die Präsidentin stellte zwei Monate später in einem Interview mit der Tageszeitung USA Today (17. Januar 2002) klar, daß es sich bei Abu Sayyaf um »eine geldgeile Bande von Kriminellen ohne jegliche Ideo-

logie« handle. Der Kommandeur des südphilippinischen Wehrbezirks, Lt. Gen. Roy Cimatu, sagte gegenüber einem Journalisten der New York Times (30. Dezember 2001), die Stärke von Abu Sayyaf betrage nicht mehr als 80 Mann: »Die Zerschlagung von Abu Sayyaf... hat keine Auswirkungen auf den internationalen Terrorismus«, so Anthony Spaeth (»Rumbles in the Jungle«, *Asiaweek*, 3. April 2002).

Der »Kampf gegen den Terrorismus« liefert den USA den Vorwand, verlorenes geopolitisches Terrain erneut zu besetzen. Der Beschluß der ASEAN Staaten vom November 2001, eine regionale Anti-Terrorfront einzurichten, wurde von den Vereinigten Staaten begrüßt – eine ideale Plattform, die sich für Angriffe auf Oppositionelle aller Couleur bestens eignet. Auch das Regime in Manila kann, wenn geschickt genutzt, den Vorzug bringen, sich die dauerhafte Unterstützung durch die Vereinigten Staaten zu sichern.

Gloria Macapagal-Arroyo, die philippinische Präsidentin, benutzt die US-Präsenz als Vorwand, den Krieg gegen oppositionelle Kräfte vor allem auf dem Lande zu intensivieren, was auch eine neue Kampagne der Dämonisierung und der Übergriffe gegen die verschiedensten legalen und progressiven Organisationen auf den Philippinen einschließt. Dies geschieht gerade ein Jahrhundert nach dem philippinisch-amerikanischen Krieg, in dem schätzungsweise 10% der philippinischen Bevölkerung in einer blutigen genozidalen Eroberung ausgelöscht wurden; und etwas mehr als 10 Jahre, seit die Philippinos die US-Militärbasen vor die Türe setzten.

Doch die Bush-Regierung, ermutigt durch die gemeinsamen philippinisch-/amerikanischen Manöver, an denen Tausende US-amerikanischer Soldaten beteiligt sind, sehen die Philippinen schon wieder als strategische Plattform in Südost-Asien. Manila wird unter Druck gesetzt, ein Abkommen über gegenseitige logistische Unterstützung zu realisieren. Dies würde es den US-Militärs nämlich erlauben, philippinische Militäranlagen im ganzen Lande zu nutzen.

*Zentralasien:* Im September 2001 bat die Bush-Regierung den usbekischen

Präsidenten Karimov um Nutzung der früheren sowjetischen Luftwaffenbasis Khanabad nahe der Grenze zu Afghanistan. Einige Wochen später unterzeichneten beide Regierungen ein Abkommen, das den USA die Rechte an mehreren Basen gab; im Gegenzug verpflichteten sich die Vereinigten Staaten, die Sicherheit Usbekistans zu gewährleisten. Im Dezember 2001 gab die Regierung Tadschikistans bekannt, daß sie den USA Luftwaffeneinrichtungen zur Verfügung stelle. Im gleichen Monat unterzeichneten die Regierungen der Vereinigten Staaten und Kirgistans einen Vertrag über den Bau eines Stützpunktes in Bischkek. Laut Vertrag beträgt die Laufzeit lediglich 12 Monate. Die umfangreichen Bauarbeiten deuten auf etwas anderes hin. Der kirgisische Präsident Akayew hat schon vorbeugend seine Bereitschaft signalisiert, den Vertrag zu verlängern, so lange wie erforderlich. Der usbekische Stützpunkt Khanabad soll angeblich für eine Dauer von 25 Jahren verpachtet worden sein.

Der militärische Nutzen der Neuerwerbungen ist begrenzt, denn sie tragen nicht zur Erhöhung der Einsatzkraft der US-Luftwaffe bei, die auf Flugzeugträger, Langstreckenbomber und Luftbetankung zurückgreifen kann. Bezeichnenderweise wurden die Stützpunkte bislang nicht in die Luftoperationen im Afghanistankrieg einbezogen. Ihr Wert ist geopolitisch: Die USA sind geographisch an die Grenzen zu Rußland und China vorgerückt; das chinesische Atomversuchszentrum in Sinkiang liegt nun in bequemer Reichweite US-amerikanischer Jets. Gleiches gilt für die russischen Installationen in Kasachstan und im südwestlichen Sibirien.

Die US-Militärpräsenz in der Region verleiht außerdem den Interessen der US-Konzerne, die vermuteten Ölvorkommen auszubeuten, Nachdruck. Die dortigen Eliten haben ihre Macht aus der Sowjetzeit in die Gegenwart herübergerettet. Sie brauchen wie früher den Rückhalt eines starken Verbündeten. Ölförderung und -transport eignen sich für eine Rentenökonomie, wo Kapital akkumuliert wird, das im Gegensatz zur Industrialisierung keine tiefgreifenden sozialen Umschichtungen erfordert. Die Beteiligung an den Öleinnahmen beschert den herrschenden Eliten üppigen Wohlstand, den sie wie die Herrscher über die arabischen Ölquellen mit der Bevölkerung nur in Maßen zu teilen brauchen. Insofern besteht ein großes ökonomisches

Interesse an einer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und diese ist offenbar auf Dauer angelegt, wie die folgenden Aussagen bestätigen:

- Außenminister Colin L. Powell vor dem Komitee des Kongresses für internationale Beziehungen am 6. Februar 2002: »Amerika wird beständiges Interesse und ständige Präsenz in Zentralasien haben in einer Weise, von der wir früher nur träumen konnten«.
- Der Fraktionsvorsitzende der Demokratischen Partei Daschle stellte anlässlich einer Stippvisite in Usbekistan im Januar 2002 klar, daß die US-Truppen dort auf lange Sicht stationiert würden; offenbar gibt es einen Konsens im Kongreß über die US-Strategie.
- Thomas Donnelly, stellvertretender Direktor der Stiftung Project for the New American Century: »Der imperiale Einzugsbereich dehnt sich nach Zentralasien aus«. Die Stiftung hat das außenpolitische Konzept des Präsidentschaftskandidaten Bush erarbeitet und gilt als das heimliche Außenministerium.
- Der stellvertretende Verteidigungsminister Paul D. Wolfowitz läßt keinen Zweifel an der langfristigen Stationierung von US-Truppen in Zentralasien aufkommen. »Im Kern sind die Stützpunkte mehr politischer als aktueller militärischer Natur«.
- Brigadegeneral Christopher Kelly, Kommandeur der Militärbasis Manas: »Das ist eine Möglichkeit, die Kampfkraft der Luftwaffe näher an das Ziel heranzubringen als von Deutschland oder Kuwait aus. Ich sehe keine Hinweise darauf, daß wir hier für drei Monate sein werden. Ich sehe, was wir hier machen und welche Anweisungen ich vom Hauptquartier bekomme. Das deutet darauf hin, daß wir hier für eine lange Zeit sein werden«.
- Kommandeur des Stützpunktes Oberst Billy Montgomery: »Ich denke, es ist zutreffend, daß unsere Anwesenheit hier langfristiger Natur ist«. Das gegenwärtige Expansionsmuster deutet darauf hin, daß die Ausweitung einer weltumspannenden Militärpräsenz der Vereinigten Staaten das Ziel hat, deren Einfluß auf die Weltwirtschaft zu sichern; das bedeutet gleichzeitig, mittels des militärischen Arms die als Rivalen verstandenen Wirtschaftsblöcke EU-Europa und Ostasien auf Distanz zu halten. Beim ›Krieg gegen der

Terror: geht es gleichzeitig darum, vorhandene Widerständigkeit gegen das US-Globalmodell zu beseitigen, mit den Worten von Verteidigungsminister Rumsfeld beim Truppenbesuch im Kosovo am 5. Juni 2001: »Wieviel sollten wir für die Streitkräfte ausgeben? Nach meiner Meinung, geben wir nicht für sie aus, sondern investieren in sie. Die Männer und Frauen der Streitkräfte höhlen unsere Wirtschaftskraft nicht aus. Vielmehr schützen sie diese. Sie sind keine Belastung für unsere Wirtschaft, sondern Sie sind die entscheidende Grundlage des Wachstums«.

Die Kontrolle des Öls, in vielen Deutungen als das eigentliche Triebmittel der Expansion angesehen, ist dabei nur ein Faktor, wenn auch ein höchst profitabler.

*Auf der Warteliste: Indonesien.* Die Vereinigten Staaten hatten nach 1992 ihre Militärhilfe für Indonesien schrittweise zurückgeführt und eingestellt, zunächst wegen Veruntreuung von Geldern durch die indonesischen Streitkräfte, dann 1998, als das Suharto-Regime den Auflagen des Internationalen Währungsfonds nicht nachkam, und schließlich wegen der Verbrechen der Armee gegenüber der Zivilbevölkerung in den langen Jahren der Besetzung Osttimors. Die Regierung Bush hat die Maßnahmen ihrer Vorgängerin geändert; Indonesien erhält wieder umfangreiche Waffen- und Ausbildungshilfe. Die entsprechende Begründung liefert eine sogenannte Independent Task Force, die von der US-Regierung im Mai 2001 eingesetzt wurde. Der Abschlußbericht betont: »Die indonesische Armee erhält immer noch weniger als die Hälfte ihrer Mittel aus dem Staatshaushalt, so daß sie gezwungen ist, Geschäfte zu machen. Offiziere üben eine erhebliche Macht und Einfluß in Regionen außerhalb Javas aus, besonders in den fernen Provinzen. Und inmitten des Machtvakuumms scheint es so zu sein, daß persönliche Interessen viele militärische Elemente animieren«. Die 2002 angelaufene Militärhilfe sieht allerdings keineswegs Maßnahmen vor, diese Mißstände zu beseitigen. Daher ist anzunehmen, daß nun mit Segnung Washingtons die Einübung in Bereicherung, Willkür und Korruption noch effizienter gestaltet wird. Was scheren mich meine Erkenntnisse von gestern, so könnte man die politischen Statements erklären, mit denen die Bush-Re-

gierung im Juni 2002 vor dem Kongreß um weitere Mittel für Indonesien warb. Plötzlich gibt es laut Verteidigungsminister Rumsfeld nun doch El-Kaida-Nester, die es auszumerzen gelte. Moderatere Regierungsvertreter – die liberalen Abgeordneten und Senatoren im Blick – geben die Unterstützung des Militärs deshalb als notwendig an, weil es die einzige Instanz sei, die beim schwierigen Übergangsprozeß zu Demokratie und Dezentralisierung Stabilität und Ordnung garantieren könne. Ein solches Szenario war notwendig, um das vom Kongreß verhängte Verbot einer militärischen Kooperation aufzuheben.

### Terrorschauplatz Bali

Eine Einschätzung von John Pilger (»Bali und der Imperialismus«, *ZNet*, 25. Oktober 2002):

»Die Greuelat, die sich letzte Woche in Bali ereignete, ereignete sich gleich den Anschlägen auf Amerika vom 11. September nicht unabhängig. Wie alles andere auch waren sie Produkte der Vergangenheit. Laut George W. Bush, Tony Blair und neuerdings Australiens Premierminister John Howard haben wir kein Recht, sie zu verstehen. Wir müssen nur die Verbrecher finden, tot oder lebendig.

Die Tatsache, dass George Bushs Schergen seit dem 11. September keines Terroristen von bewiesener Wichtigkeit habhaft geworden sind, bietet zu Bushs Drohungen und Blairs missionarischen Betrügereien eine düstere Parodie, da sie einen terroristischen Angriff auf den Irak planen, der den Schrecken von Bali vielfach darbieten wird. »Terroristischer Angriff« ist nicht rhetorisch; der [britische] Justizminister Lord Goldsmith teilte der Regierung mit, dass sie sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof wiederfinden könnte, wenn sie so weitermache.

»Staatsterrorismus« ist ein Tabuwort. Politiker äußern es nie. Zeitungen beschreiben es selten. Akademische »Experten« unterdrücken es; und doch hilft es in vielen Fällen, die den nichtstaatlichen Greueln zugrunde liegenden Ursachen wie in Bali oder am 11. September zu verstehen. Von den Terrorismusformen ist er bei weitem die bedrohlichste, denn er hat Kapazitäten, nicht 200, sondern hunderttausenden

de Menschen zu töten. In jedem Schauer von Klusterbomben, der auf den Irak niedergehen wird, werden zahllose Sari-Klubs liegen. Der Abwurf der Atombombe auf Hiroshima entsprach den Schrecken bei den Zwillingstürmen in hundertfacher Ausführung.

Staatsterrorismus, gestützt von Amerika, Großbritannien und Australien, hat Indonesien über die letzten 40 Jahre in Schrecken versetzt. Beispielsweise ist die Quelle der schlimmsten Gewalt die indonesische Armee, die der Westen ausgerüstet und bewaffnet hat. Heute fahren militärische Truppen fort, die Provinzen Aceh und Westpapua, wo sie die Besitzungen der amerikanischen Ölgesellschaft Exxon und die Freeport-Mine bewachen, zu terrorisieren.

In Westpapua unterstützt die Armee offen eine islamische Gruppe namens Lashkar Jihad, die Kontakte zu El Kaida unterhält.

Die australische Regierung ließ dieselbe Armee über Jahrzehnte hinweg trainieren und sie verteidigte sie auch öffentlich, wenn ihr Terrorismus allzu offenbar wurde...

Wer war verantwortlich für den Anschlag in Bali? Wir wissen es nicht, aber Indonesiens Generale haben viele Motive, die Regierung der gewählten Präsidentin Megawati zu erschüttern. Ein Teil von ihnen war in Kriegsverbrechen verwickelt und anders als auf dem Balkan gab es kaum Druck aus dem Westen, die Schuldigen vor Gericht zu stellen. Die Demokratie hat wichtige Armeevorrechte abgeschafft, so auch einen Block garantierter Sitze im Parlament.

Wahrscheinlich ist, daß der Druck, der von den USA, Australien und Großbritannien auf die nicht religiös gebundene Regierung in Jakarta ausgeübt wird, damit sie islamistische Gruppierungen zerschlage, in einem vorwiegend islamischen Land die Gesellschaft polarisiert. Manchen wird dies wie ein gut bekanntes Spiel der Mächtigen erscheinen. In den 60er Jahren stützte der Westen die islamischen Gruppen, als er dachte, Indonesien würde »kommunistisch werden«. Sie wurden verzichtbar. Wenn Bush, Blair und Howard das nächste Mal ihre Krokodilstränen vergießen und die Sprache zu einer Lobeshymne auf Klischees über den »Krieg gegen den Terror« zerstampfen, möge man den Indonesiern mit weit zurück reichenden Erinnerungen verzeihen, daß sie denken, es habe sich nichts geändert.«



Auch Indonesiens Präsidentin scheint mittlerweile alle Skrupel über Bord geworfen zu haben. Bei der Verabschiedung von Kadetten der Militärakademie in Jakarta äußerte sie sich wie folgt: »Sie können Ihren Pflichten nachkommen, ohne sich um Menschenrechte zu kümmern«.

Unter dem Vorwand, gegen Terrorismus einzuschreiten, wird in Wirklichkeit eine militärische Absicherung der reichen Rohstoffvorkommen (Tropenhölzer und Edelmetalle) in den Provinzen Aceh und West Irian vorbereitet, wo es separatistische Bestrebungen gibt. Wichtiger noch ist die Sicherung der off-shore Erdölvorkommen Osttimors. Beim Unabhängigkeitsvertrag hatte Indonesien die Ansprüche auf diese Lagerstätte für sich reklamiert, was völkerrechtlich zweifelhaft ist. US-amerikanische Großkonzerne wie Atlantic Richfield im Ölgeschäft, an der übrigens Bush Vater Beteiligungen hält, und Freemont-McMoran – Aufsichtsmittglied Henry Kissinger – haben bei der Rohstoffausbeutung in diesen Gebieten handfeste Wirtschaftsinteressen.

Eine solche Unterstützung erscheint dringend geboten, weil in den zurückliegenden Jahren Kapital in Milliardenhöhe aus Indonesien abgezogen wurde und Neuinvestitionen wegen der unsicheren Lage ausblieben; Konzerne mit beträchtlichen Investitionen, die bei der Rohstoffextraktion erforderlich sind, rufen daher nach einer starken Hand bzw. üben Druck aus, nicht vergebens, wie es scheint. In dieser Situation ist es sicherlich hilfreich, daß der stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz schon Präsident Reagan in allen Indonesien betreffenden Angelegenheiten beriet.

Nach dem Terrorakt auf Bali im Oktober 2002 mehrten sich Stimmen in Jakarta und Washington, die sich für eine Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit aussprachen. Anzunehmen ist, daß dies eine dauerhafte Präsenz von US-Streitkräften nach sich ziehen wird, denn mit Indonesien wäre das letzte Glied des Stützpunktringes gegenüber dem asiatischen Festland geschlossen – geopolitisch-militärisch wäre dann die Volksrepublik China, in Washingtoner Planungszirkeln als aufsteigende Großmacht gehandelt, vom Westen, Süden und Osten eingekreist.

Von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen, haben die Vereinigten Staaten 2002 bereits auf Sri Lanka Fuß gefaßt:

Ein Großteil der Luftoperationen im Afghanistankrieg wurde über die Flugzeugträgergruppen der 5. Flotte abgewickelt. Die logistische Versorgung dieser Einheiten war schwierig, weil es keine entsprechenden Einrichtungen in Reichweite gab. Der Tiefwasserhafen von Trincomalee auf Sri Lanka, von Experten als einer der besten natürlichen Häfen weltweit bezeichnet, war von der Flotte des Britischen Empire gebaut worden, lag aber seit dem britischen Rückzug aus Asien brach. Die Vereinigten Staaten hatten schon seit langem die Absicht, Trincomalee als Basis zu nutzen. Der Bürgerkrieg auf der Insel machte dies lange Zeit unmöglich. Seit dem Afghanistankrieg hat sich das geändert. Indien, insoweit US-Verbündeter, ist offensichtlich bereit, seine eigenen politischen Optionen in bezug auf Sri Lanka zu opfern, wohl in der Hoffnung, mit den USA an der Seite die Konflikte mit Pakistan und in Kaschmir zu seinen Gunsten zu lösen. Dafür veranlaßte Dehli die von ihm abhängige Widerstandsorganisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), den Kampf gegen die Regierung in Colombo einzustellen und in Verhandlungen über eine friedliche Beilegung des ethno-nationalen Konfliktes einzutreten.

Die Übernahme des Hafens schreitet zügig voran. Als erstes wurden im Rahmen der Operation Balanced Style Angehörige der Streitkräfte Sri Lankas von Spezialisten der US-Armee ausgebildet; sie sollen die Bewachung des Stützpunktes übernehmen. Die Polizei des Landes wird im Anti-Terrorkampf in den USA geschult; die Luftwaffe wird modernisiert und mit Flugzeugen der israelischen Streitkräfte ausgerüstet.

Trincomalee bietet den USA mehrere strategische Vorteile. Neben der logistischen Versorgung, deren Modernisierung gegenwärtig von indischen Staatsunternehmen durchgeführt wird, kann von dem Hafen aus der Zugang zum Indischen Ozean kontrolliert werden. Mit Diego Garcia verfügen die USA über eine weitere Basis im Epizentrum. Die Nutzung von Hafeneinrichtungen in Dschibuti (am Eingang zum Roten Meer) und Oman (am Eingang zum Persischen Golf) versetzt die US-Kriegsmarine in die Lage, sämtliche Zugänge zum Indischen Ozean zu kontrollieren. Mit Trincomalee wird der »asiatische Zugang« kontrolliert – der Indische Ozean ist – strategisch – zum American Lake geworden.

*Die militärische Tauglichkeit der neuen Basen.* Die Bush-Regierung hat in ihrem jüngsten Strategiepapier »National Security Strategy« keinen Zweifel daran gelassen, daß »im Hinblick auf feindliche Aktionen unserer Gegner die Vereinigten Staaten nötigenfalls vorbeugend zuschlagen werden«. Am Ende des Dokuments findet sich folgende Aussage: »Die Vereinigten Staaten benötigen [in ihrem Krieg gegen den Terror] Stützpunkte und Anlaufstellen in Westeuropa und Nordostasien und weit darüber hinaus und ferner einen geregelten Zugang für die Entsendung von US-Truppen über große Distanzen«. Aus Kreisen von Forschungsinstituten werden Zweifel hieran geäußert. Das den Konservativen nahestehende Center for Strategic and Budgetary Assessments (CBSA) in Washington setzt sich mit Blick auf künftige Militäraktionen in Asien mit geostrategischen Möglichkeiten und Grenzen auseinander. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Einsatztauglichkeit der neuen Stützpunkte in Zentralasien gelegt.

Die Tauglichkeit der Stützpunkte sei erwiesenermaßen sehr begrenzt; es fehle eine entwickelte Infrastruktur, die für moderne Kampfjets notwendig ist. Das, so der CSBA-Bericht, habe sich im Afghanistankrieg gezeigt, wo die Maschinen der Luftwaffe weniger als 10 Prozent der Einsätze flogen.

Die Luftwaffenbasen in Asien seien für die Zwecke einer Hi-tech-Armee kaum geeignet. Zudem befinde sich die Mehrzahl der asiatischen Basen in Australien, Japan und Südkorea, also weitab von den erwarteten Einsatzgebieten im Nahen Osten und Südasien. Zeitgemäße Luftwaffenstützpunkte hingegen müßten zwei Bedingungen erfüllen: Betonierte Start- und Landebahnen und armonierte Unterstände für die Maschinen und ebensolche Befestigungen der Treibstofflager. Präzisionswaffen wie Lenkraketen sind mittlerweile so preiswert geworden, daß sie weitverbreitet sind und sich mit Sicherheit auch im Arsenal der US-Gegner befinden. Gegenwärtig erfüllen im asiatischen Raum nur 52 Basen diese Anforderungen; fast die Hälfte befindet sich in Südkorea, der Rest in Japan und Australien. Im Ernstfall ist nach Berechnungen der US-Luftwaffe ein Stützpunkt nur dann verwendbar, wenn er nicht mehr als 1500 Meilen vom Einsatzgebiet entfernt ist. Damit scheiden die vorhandenen Anlagen aus.

In Zentral- und Südasien gibt es insgesamt 69 Flugplätze mit 75 Start-

und Landebahnen, von denen lediglich 19 unter Einschränkungen verwendbar sind. Sie befinden sich jedoch in Indien bzw. Pakistan.

Der CSBA-Report kommt zu dem Ergebnis, daß die US-Luftwaffe ein hohes Risiko eingeht, die Basen in Usbekistan, Tadschikistan etc. in ihrer jetzigen Ausstattung zu benutzen. Ihr Kriegsmaterial bietet sich gegenwärtig wie auf einem Präsentierteller dar und lockt den Gegner geradezu an. Deshalb, so die Empfehlung, müssen die Neuerwerbungen dringend geschützt werden, was sehr kostspielig ist (man geht dabei von fast dreistelligen Milliardenbeträgen aus). Außerdem müsse Personal zum Schutz der Basen eingesetzt werden. In den aktuellen Militärbudgets sind hierfür aber kaum Mittel vorgesehen.

Militärstützpunkte sind auch auf ihre sozialen Auswirkungen hin zu betrachten. Dazu die folgenden Beobachtungen:

#### **Umgang mit der Umwelt**

Gesetzliche Bestimmungen zur Einhaltung von ökologischen Standards gelten nur für Stützpunkte innerhalb der Vereinigten Staaten.

Das Pentagon nutzt diese Gesetzeslücke in kostensparender Weise aus, indem auf den Basen in Übersee toxische Stoffe ungeschützt gelagert werden und ungefiltert in das Grundwasser einsickern können. Abwasserbestimmungen, wie sie beispielsweise für deutsche Gemeinden zwingend vorgeschrieben sind, gelten im Einzugsbereich des US-Militärs nicht.

Wenn die USA einen Stützpunkt räumen, hinterlassen sie normalerweise Umweltschäden. Da keine entsprechenden Bestimmungen existieren, gibt es folglich keine Inventarliste der zurückgelassenen Schadstoffe. Auf den Philippinen hinterließen die US-Militärs hochgiftige Chemikalien, die dort offen lagerten. In Panama starben 21 Menschen durch zurückgelassene scharfe Munition.

Im Budget des Verteidigungsministeriums gibt es keinen Posten für die Säuberung von verlassenen Stützpunkten.

Im Jahresmittel werden ca. 500 Millionen Dollar für die Beseitigung

von Umweltschäden auf Militäreinrichtungen in den USA aufgewendet; für die Basen in Übersee jedoch nur 20 Millionen und das in Gastländern wie Japan und Deutschland, wo die Regierung der Vereinigten Staaten Rücksicht nehmen muß.

In Einrichtungen in der Dritten Welt fallen keine Ausgaben hierfür an.

Quelle: John Lindsay-Poland and Nick Morgan, 'Overseas Military Bases and Environment', *Foreign Policy in Focus*, Juni 1998

*Soziale Eingriffe am Beispiel Khanabad:* Seitdem die US-Luftwaffe den usbekischen Stützpunkt nutzt, hat sich das Leben der Ortsansässigen geändert. Positiv schlägt zu Buche, daß der Dorfjugend gutbezahlte Arbeitsplätze geboten werden bei unqualifizierten Tätigkeiten wie Wäschewaschen, Küchenarbeiten und Reinigung. Aber negative Folgen überwiegen. Das Dorf Khanabad mit seinen etwa 5000 Einwohnern ist jetzt militärisches Sperrgebiet. Es ist von Stacheldraht umgeben; am Dorfeingang patrouillieren usbekische Wachposten, die nur Berechtigten den Zutritt gewähren. Das führt dazu, daß der Kontakt mit der Außenwelt, d.h. mit Verwandten und Freunden in Nachbardörfern, so gut wie abgeschnitten ist. Zwar ist das Wachpersonal bestechlich, aber die für usbekische Verhältnisse üppigen Geldmittel, die auf der US-Basis verdient werden, treiben auch die Bestechungssummen in die Höhe. Feste und Beerdigungen, die im traditionellen Dorfleben einen hohen Stellenwert einnehmen, sind hier kaum noch möglich und wenn, dann nur bei exorbitanten Schutzgeldzahlungen.

Das Dorf lebt von der Landwirtschaft. Ein Großteil der besten Weideplätze für Kühe ist der Basis zugeschlagen und damit nicht mehr erreichbar. Die Vertreter der Vereinigten Staaten sicherten zwar Entschädigungszahlungen zu, was sich jedoch als leeres Versprechen herausstellte. Kuhhaltung bildet die Existenzgrundlage der Dörfler. Die Tiere liefern Milch, Fleisch und Dung als Brennmaterial. Das alles ist nicht mehr in ausreichendem Umfang vorhanden. Der Bewässerungskanal verläuft über das militärische Sperrgebiet. Dringend erforderliche Reparaturarbeiten können deshalb nicht durchge-

führt werden, so daß die Ernte beim Winterweizen mangels Wasser bedroht ist. Beschwerden der Dorfbewohner stoßen bei den US-Militärs auf taube Ohren.

Die Arbeit auf dem Stützpunkt bildet zunehmend die überlebenswichtige Einnahmequelle im Dorf. Hier sind Jugendliche am Zug, was die soziale Hierarchie und das traditionelle Wertesystem erschüttert.

Ein derartiger Umgang schafft keine Freunde.

### Toskana

Das Bild von der Toskana ist um eine weitere Facette anzureichern. Auf halbem Weg zwischen Pisa und Livorno lagern die größten Munitionsbestände der US-Armee außerhalb der Vereinigten Staaten.

Das toskanische Camp Darby war schon seit längerem ein wichtiges Depot, von dem aus die US-Streitkräfte im Golfkrieg und in den Balkankriegen mit Ersatzmaterial versorgt wurden. Nach Expertenangaben wurden zwei Drittel der über Serbien abgeworfenen Bomben von diesem Stützpunkt bereitgestellt. Die jüngsten Recherchen der Global Security Foundation wurden der angesehenen italienischen Tageszeitung *Corriere della Sera* zur Verfügung gestellt und am 13. Januar 2003 veröffentlicht. Die italienische Bevölkerung reagiere mit Schock und Empörung auf diese Enthüllungen, kommentiert die konservative britische *Times*. Camp Darby wurde Anfang der Fünfziger eingerichtet. In dem aktuellen Pressebericht wird dokumentiert, daß ein Großteil der Bunkeranlagen verrottet ist; Versuche von Pioniereinheiten der US-Armee, die Schäden zu beheben, scheiterten. Daraufhin seien 100.000 Raketen und Bomben sowie 23 Tonnen hochexplosiven Sprengstoffs mit Hilfe von ferngesteuerten Robotern beseitigt worden. Es sei ein Wunder, kommentiert der *Corriere*, daß dabei keine Katastrophe geschehen sei. Pressesprecher der US-Armee versuchen zu beschwichtigen, denn auf dem Stützpunkt befänden sich auch mehrere tausend Betten und Tonnen von Kleidung für Hilfsaktionen auf dem Balkan, in kurdische Siedlungsgebiete und Afrika. Außerdem gebe es dort Planierdraht und anderes schweres Gerät speziell für Katastrophenein-

sätze. Aber, sagt die Armee, im Notfall könne eine gesamte Panzerbrigade ohne zusätzliche Ausrüstung verlegt werden. Alles, von Socken bis zur Unterhose, könne von Camp Darby nachgeliefert werden.

*Quelle: Richard Owen, »Italians alarmed at discovery of huge US munitions base«, The Times, 14. Januar 2003*

*Militäretablissemments:* Sexismus ist Bestandteil einer militärisch orientierten Männlichkeit, die körperliche Stärke, Unterdrückung von Emotionen, die Fähigkeit zur Gewalt und zum Töten und den Anspruch auf Unverwundbarkeit einschließt. Männliche Sexualität wird in diesem Milieu als unkontrollierbar angesehen, und das gelegentliche »Dampfablassen« gilt als eine Notwendigkeit – Prostitution gehört daher zum militärischen Alltag.

Prostitution bildet in rückständigen Ländern eine wichtige Einnahmequelle entweder in Ermangelung geregelter Beschäftigung oder wegen der sonstigen Hungerlöhne. Die Ware »Frau« ist billig und für die schlecht besoldeten US-Soldaten erschwinglich. Das erklärt, warum die US-Basen auf den Philippinen oder in den abgelegenen Regionen Südkoreas die Prostitution anziehen. Es wird berichtet, daß um den philippinischen Stützpunktkomplex Clark Base herum sich etwa 50.000 Prostituierte anboten. Nach Räumung der Anlagen Anfang der Neunziger versank die Region im Elend, Geschlechtskrankheiten und HIV grassierten.

Die US-Regierung trägt auf eigenartige Weise dem Bedürfnis ihrer Soldaten nach Sex Rechnung – ihnen wird Immunität zugesichert. Die vertraglichen Regelungen mit den jeweiligen Gaststaaten (Status of Forces Agreements, SOFAs) nehmen US-Soldaten von Strafverfolgung durch örtliche Behörden aus; zumindest gilt dies für schwache Staaten. Ausnahmen gibt es für Japan und Deutschland, wo Straftaten vor einheimischen Gerichten verhandelt werden. Unter Druck vor allem der US-amerikanischen Frauenbewegung sahen sich die Streitkräfte veranlaßt, das Prinzip der sogenannten Nulltoleranz einzuführen. Übergriffe gegen Frauen sollten demnach geahndet werden. Die Realität sieht hingegen anders aus. Einheimische Frauen, die

von US-Soldaten geschwängert wurden, haben keine Möglichkeit, die biologischen Väter auf Alimente und Unterhaltszahlung zu verklagen. Die SOFAs sehen dies nicht vor, und die militärische Leitung sieht offenbar keine Notwendigkeit, hier tätig zu werden. Jedenfalls ist kein Fall bekannt, berichten Frauenrechtsorganisationen, wo eine betroffene Frau mit ihrer berechtigten Forderung durchgedrungen wäre.

### Südkorea

Am 13. Juni 2002 verlegte eine Infanteriedivision des US-Heeres schweres Gerät auf einen Übungsplatz in der Nähe der Hauptstadt Seoul. Die Fahrer nahmen Kurs durch eine viel zu enge Straße und überrollten dabei zwei 14 Jahre alte Schulmädchen, die an den Folgen des Unfalls starben. Ein US-Militärgericht untersuchte den Vorfall und kam zu dem Ergebnis, daß die Fahrer unschuldig seien. Das Ende November 2002 erlassene Urteil brachte die südkoreanische Bevölkerung gegen die US-amerikanische Besatzungsmacht auf, es war das jüngste Beispiel einer langen Kette von US-amerikanischer Arroganz, so die mehrheitliche Meinung der örtlichen Presse. Besonders bei der Altersgruppe der gebildeten Dreißig- bis Vierzigjährigen, der »Mc Donald's Generation«, wie sie genannt wird, sind Vorbehalte gegen die US-Militärpräsenz stark ausgeprägt. Sie sei dem Prozeß der Annäherung der beiden koreanischen Teilstaaten eher hinderlich, und außerdem benötige Südkorea keinen ausländischen Schutz, da es sich selbst verteidigen könne.

Mehr als 50.000 Menschen beteiligten sich an Demonstrationen gegen das US-Militär; sie forderten die Regierung auf, die Anwesenheit von US-Truppen grundsätzlich zu überdenken. Erinnerungen wurden wach an die frühen Achtziger, als gegen die Kooperation der Vereinigten Staaten mit dem damaligen Militärregime massiv protestiert wurde.

*Quellen: Doug Struck, »Resentment Toward U.S. Troops Is Boiling Over in South Korea«, The Washington Post, 9. Dezember 2002; The Straits Times, »50,000 rally in Seoul for change in rules for US troops«, 15. Dezember 2002.*

Nach einer Dokumentation der Okinawa Women Act Against Military Violence kam es dort seit 1972 zu mehr als 4.200 kriminellen Handlungen von US-Soldaten gegenüber einheimischen Frauen und Mädchen. Der Fall eines zwölfjährigen Mädchens, das 1995 von drei Marineinfanteristen entführt und vergewaltigt wurde, erregte weltweite Aufmerksamkeit. Der Stützpunktkommandeur warf seinen Soldaten lediglich vor, dumm gehandelt zu haben, denn es wäre billiger gewesen, für ihr Vorhaben einen Wagen anzumieten und eines der Bordelle nahe dem Stützpunkt aufzusuchen. Die Politik der Vertuschung war dieses Mal nicht erfolgreich; erstmalig wurden US-Soldaten einem japanischen Gericht übergeben und zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt. Ansonsten zieht es das Militär vor, einen kriminell auffälligen Soldaten zu einer anderen Einheit in einem anderen Land zu verlegen oder bei besonders ernsten Fällen in die USA zurückzuschicken, wo Strafverfolgung erst recht nicht droht.

Asien nimmt in den militärischen Planungen einen herausragenden Platz ein. Es ist anzunehmen, daß die US-Streitkräfte dort wegen ihres Auftretens nicht sehr beliebt sind. Die Ereignisse während der Fußballweltmeisterschaft 2002 in Südkorea deuten dies an; die Auftritte der US-Nationalmannschaft wurden von bis dahin nicht gekannten Sicherheitsmaßnahmen begleitet, weil Massenproteste befürchtet wurden.

Militärbasen sind charakteristisch für die US-Weltmachtspolitik. Zu überprüfen ist, inwieweit sie die Funktion der Machtpräsenz wirklich ausfüllen können und wo ihre Schwachstellen liegen.

### III. Verdeckte Operationen im Gewaltmarkt

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist eine Tendenz festzustellen, Konflikte namentlich in der Dritten Welt privaten Akteuren zu überlassen. Die Großmächte haben sich aus dem Geschehen weitgehend zurückgezogen; an ihre Stelle treten Privatunternehmen, die den Konfliktparteien Waffen liefern, sie in Militärtechniken schulen oder ihnen Spezialisten zur Seite stellen. Rohstoffkonzerne, die in Konfliktzonen ihren Geschäften nachgehen, greifen ebenfalls auf diese Dienstleistungen zurück. Der Gewaltmarkt wird zudem von Überschußwaffen aus den Arsenalen der nicht mehr existenten Ostblockarmeen überschüttet; freigesetztes Personal sucht ebenfalls neue Betätigungsfelder, vorzugsweise im vormals ausgeübten Beruf.

Diese nichtstaatlichen Akteure verfügen über enge Beziehungen zu Nachrichtendiensten, Großkonzernen, einflußreichen Politikern und zum organisierten Verbrechen. Außerdem wäre es falsch, anzunehmen, daß westliche Regierungen kein Interesse mehr hätten, in den Konfliktgebieten Einfluß auszuüben. Die sogenannten Privaten Militärunternehmen (Private Military Companies, PMC) sind Sendboten einer neuen Politik, die es westlichen Regierungen erlauben, hinter den Kulissen Macht auszuüben, ohne jedoch offen aufzutreten.

Weltweit gibt es ca. 90 solcher Unternehmen, die in schätzungsweise 110 Staaten agieren. Ein Großteil dieser Firmen ist US-amerikanischen Ursprungs; aber auch in den ehemaligen Kolonialmächten Großbritannien, Frankreich und Belgien sind solche Unternehmen beheimatet; angesichts des geringen weltpolitischen Einflusses der Herkunftsländer gehören diese jedoch nicht zu den Hauptakteuren am ›Gewaltmarkt‹. Eine Sonderrolle fällt Südafrika zu, wo derartige Dienstleister in den Jahrzehnten der Apartheid für verdeckte Einsätze in Afrika herangezogen wurden, um befreundete Regimes zu unterstützen, beispielsweise im Zaire unter der Mobuto-Diktatur, oder Gegner des Apartheidsystems zu bekämpfen wie in Angola und Mozambique.



Die von den PMC angebotenen Dienstleistungen, die früher von regulären Armeen bereitgestellt wurden, umfassen das Training von Führungspersonal und die Ausbildung an modernen Waffensystemen, aber auch Kampfeinsätze, die früher von Söldnern durchgeführt wurden.

»Auch heute arbeiten Söldner für Geld, aber im Kontext des globalen Kapitalismus sind einige Gruppen moralisch weniger anfechtbar geworden. Die Organisation von Söldnern in Unternehmen, die wie Beratungsfirmen funktionieren, schafft Distanz zwischen ihnen und ihren Tätigkeiten. Das unternehmerische Auftreten der Söldnerfirmen macht es Regierungen leicht, sie als Instrumente staatlicher Politik zu benutzen« (Sean Creehan, »Soldiers of Fortune 500: International mercenaries«, *Harvard International Review*, Januar 2002).

Söldnereinsätze verstoßen gegen das Völkerrecht. Da solche Aktivitäten von Unternehmen ausgeführt werden, bieten sich mannigfache Möglichkeiten, die rechtlichen Hindernisse zu umgehen. Ein typisches PMC präsentiert sich als ein Dienstleistungsunternehmen, das sich auf Beratung und Schulung von Militärpersonal spezialisiert hat und das daneben auch informationstechnologisches Wissen anbietet. Der eigentliche Unternehmenszweck bleibt hierunter verborgen. Kommt ein Auftrag zustande, wird er eben als Beratungsleistung rubriziert und verbucht. Den staatlichen Aufsichtsbehörden fällt es bei einem solchen Konstrukt schwer, Rechtsbrüche nachzuweisen. Im Falle der Vereinigten Staaten fallen Auslandsaktivitäten der PMC unter das Waffenexportgesetz (*Arms Export Control Act*). Demnach muß eine staatliche Genehmigung eingeholt werden. Das heißt nichts anderes, als daß solche Auslandseinsätze gebilligt werden, wenn sie dem US-amerikanischen Interesse dienen. Verfassungsrechtliche Vorbehalte gibt es nicht; es gilt hier das Prinzip der politischen Opportunität. Ende der 1990er Jahre haben Großbritannien und Südafrika das US-Modell übernommen.

**US-amerikanische PMC.** Der US-Regierung bietet der Einsatz privater Unternehmen mehrere Vorteile. Erstens können sie eingesetzt werden, ohne daß das Verteidigungsministerium die Zustimmung des Kongresses einholt;

zweitens sind sie billiger als reguläre Truppen, da nur im Bedarfsfall und zeitlich befristet eingesetzt. Drittens nehmen sie US-amerikanische Interessen in solchen Gebieten wahr, wo der Einsatz von Armee oder CIA eine parlamentarische und öffentliche Diskussion auslösen würde. Viertens kann das Pentagon hierdurch Auflagen des Kongresses umgehen; so wurde die Zahl der US-Soldaten in Bosnien auf 20.000 begrenzt. Der vom Militär als notwendig erachtete Mehrbedarf wurde mit Söldnern gedeckt, die von PMCs zur Verfügung gestellt wurden. Fünftens argumentiert die militärische Führung, daß vor dem Hintergrund eines allgemeinen Truppenabbaus die privaten Militärunternehmen wichtige Hilfsfunktionen übernehmen und so Personal für Front- und Waffendienst freigesetzt würde.

Seit 1994 hat das US-Verteidigungsministerium 3061 Kontrakte mit 12 der insgesamt 24 in den Vereinigten Staaten ansässigen privaten Militärunternehmen geschlossen. Nach Angaben des Pentagon belief sich der Wert dieser Verträge auf mehr als 300 Milliarden Dollar. Knapp 2700 Aufträge wurden an zwei Firmen vergeben, Kellogg Brown & Root und Booz Allen Hamilton. Den pauschalen Angaben konnte nicht entnommen werden, um welche Aufträge es sich im einzelnen handelte. Üblicherweise hatten die jeweiligen US-Regierungen militärische Trainingsprogramme für ausländische Armeen an die eigenen Streitkräfte vergeben. Das änderte sich 1975, als die bislang als Baufirma für militärische Anlagen in Erscheinung getretene Firma Vinnell Corp. (»unsere private Söldnerarmee in Vietnam«, so die CIA damals) einen 77 Millionen Dollar schweren Auftrag von der Regierung Saudi Arabiens erhielt, die Nationalgarde des Landes auszubilden, der erste Auftrag dieser Art. Anfangs stieß der Vertrag auf ein großes Echo in der US-amerikanischen Öffentlichkeit, bei dem die skeptischen und ablehnenden Stimmen überwogen. Die 1991, 1995 und 2000 vollzogenen Vertragsverlängerungen hingegen wurden kaum noch kommentiert, obwohl sie eine Erweiterung der Beratungsleistungen um die Bereiche Gegenspionage und chemische Kriegsführung beinhalten. Nebenbei haben diese Verträge nach Ermittlungen der Zeitschrift *US News and World Report* einen Gesamtwert von knapp einer halben Milliarde Dollar.

Vinnell Corp. ist dem Konzernverbund BDM eingegliedert, dessen an-

dere Töchter zwischen 1995 und 2000 Umsätze im Umfang von mehr als 150 Millionen Dollar mit der saudischen Luftwaffe tätigten. Im Bereich logistischer Unterstützung hat das US-Verteidigungsministerium zunehmend Aufträge an private Kontraktoren vergeben. So kam während des Bosnien-einsatzes der US-Armee auf einen Soldaten bereits ein Angestellter einer privaten Militärfirma. Auslöser war die Erfahrung im ersten Golfkrieg, wo nach Ansicht des Militärs die Privatunternehmen gute Dienste geleistet haben sollen. Der wissenschaftliche Beirat des Pentagon (Defense Science Board) ermittelte, daß das Verteidigungsministerium bis zu 6 Milliarden Dollar jährlich einsparen könne, wenn sämtliche nicht auf direkte Kampfhandlungen bezogenen Hilfstätigkeiten an private Firmen vergeben würden. Die Logistikabteilung des Ministeriums hat zwischenzeitlich ihre landesweiten Lager und Verteilungsstellen an private Unternehmen übergeben, immerhin ein Auftrag im Wert von 1,6 Milliarden Dollar. Geplant ist, Staatsbedienstete auch anderer Behörden (betroffen hiervon sind ca. 900.000 Mitarbeiter) zu entlassen, um die Tätigkeiten zu privatisieren.

Der gegenwärtige Verteidigungsminister Rumsfeld ist Befürworter dieser Art von Einsparungspolitik: In seinem jüngsten Rechenschaftsbericht für den Kongreß unterstreicht er den Erfolg der Auslagerung von Militäraufgaben; wörtlich: »ich werde zusätzlichen Möglichkeiten nachgehen, auszulagern und zu privatisieren«. Das kommt nicht von ungefähr, denn es geht nur vordergründig um Kosteneinsparungen, im Kern hingegen um Gefälligkeiten an die Privatwirtschaft. 1992 vergab der damalige Verteidigungsminister und heutige Vizepräsident Cheney einen mit knapp 4 Millionen Dollar honorierten Auftrag an die Firma Brown & Root Services, die Empfehlungen erarbeiten sollte, wie private Unternehmen die Armee im Kriegsfall unterstützen könnten. Kurze Zeit später spendierte der Minister dem gleichen Unternehmen einen mit 5 Millionen Dollar etwas üppigeren Vertrag, der die Überarbeitung des ersten Berichtes zum Gegenstand hatte. Das Unternehmen, heute unter Kellogg Brown & Root firmierend, ist eine Tochtergesellschaft des Mischkonzerns Halliburton Corporation, dessen Chef kein anderer als Cheney selbst war, nachdem er sein Amt als Verteidigungsminister nach der verlorenen Präsidentschaftswahl 1992 hatte aufgeben müssen.

Die gleiche Firma erhielt übrigens weitere Aufträge vom Pentagon vor allem für logistische Dienstleistungen auf dem Balkan. Sie beliefen sich bis 2002 auf die stattliche Summe von 2,2 Milliarden Dollar.

In ihrer Ausgabe vom 13. Juli 2002 berichtet die New York Times, daß die frühere Firma von Vizepräsident Cheney »sehr unmittelbar vom Kampf gegen den Terrorismus profitiert... Das Pentagon ist in zunehmendem Umfang auf KBR [Kellogg Brown & Root] angewiesen, den exklusiven Lieferanten von logistischem Material für Marine und Heer«.

### Die Geschäfte des Vizepräsidenten Cheney

Richard Bruce Cheney, Vizepräsident der heutigen Bush-Administration, blickt auf eine wechselvolle Karriere zurück, mal als Verteidigungsminister unter Vater Bush, danach als Chef eines texanischen Mischkonzerns, und seit 2001 im jetzigen Amt. Dick, wie ihn seine Freunde nennen, hat es vortrefflich verstanden, Amt und Geschäft zum eigenen geldwerten Vorteil zu verknüpfen.

Zu seiner Zeit als Verteidigungsminister beauftragte er die texanische Baufirma Brown & Root mit der Übernahme von Logistikaufgaben der US-Streitkräfte. Diese Privatisierung war, so die offizielle Lesart, aus Kostengründen notwendig. Sie brachte dem Unternehmen millionenschwere Aufträge: für die Versorgung des US-Expeditionskorps in Somalia kassierte die Firma 62 Millionen Dollar, in Bosnien 740 Millionen und in Saudi Arabien 5,1 Millionen. Nach den verlorenen Wahlen 1992 wechselte Cheney in die Vorstandsetage des Mischkonzerns Halliburton. Das geschah sicherlich nicht zufällig, denn Brown & Root ist eine Tochtergesellschaft des in Houston beheimateten Konzerns.

Unter Cheney's Führung wuchs Halliburton. Die Zahl der ausländischen Tochterfirmen wuchs von 9 auf 44. Bis 2000 siedelte er eine ganze Reihe davon in Steueroasen auf den Bermudas und den Cayman-Inseln an. Dank der alten Seilschaften mit dem Pentagon gelang es Cheney, seinem Unternehmen Aufträge in einer Größenordnung von mehr als 2 Milliarden Dollar zuzuführen. Daneben hatte er keine Bedenken, Geschäfte mit dem Irak zu tätigen, von der Regierung Clin-

ton damals schon in die Riege der ›Schurkenstaaten‹ aufgenommen: Halliburtons versteckte Irak-Deals von 1997 bis 2000 hatten ein Auftragsvolumen von 73 Millionen Dollar – Ausrüstungen für Ölproduktion und Ersatzteile. Der Ex-Politiker wurde bei Halliburton sehr vermögend. Als dessen Direktor verdiente er jährlich zwei Millionen Dollar und war zugleich der größte Aktionär des Konzerns; Wert des Aktienpakets: 40 Millionen Dollar. Offiziell trennte sich Cheney von seinen Aktien, als er der jetzigen US-Regierung beitrug. Nach nicht dementierten Behauptungen soll es sich dabei um Scheingeschäfte gehandelt haben. Dafür spricht auch, daß der Vizepräsident einen engen Vertrauten, Admiral Lopez, als Vermittler zwischen Regierung und Halliburton einsetzte. Seitdem machen Halliburton und insbesondere das Tochterunternehmen Brown & Root richtig Kasse. Ihnen fließen die Verträge vom Pentagon nur so zu.

»Dick Cheney ist mein Freund«, läßt Präsident Bush die Öffentlichkeit wissen. Und das, obwohl ein Gerichtsverfahren gegen den Freund wegen Bilanzfälschung und Anlegerbetrugs anhängig ist. Pikant dabei ist, daß es sich bei der Klägerin um Judicial Watch handelt, Kontrollorgan der US-Justiz, die vor nicht allzu langer Zeit das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Clinton betrieben hatte.

*Quelle: Jürgen Külbel, ›Das Dream-Team‹, Konkret, 10/2002*

Das General Accounting Office des Kongresses überprüfte die Tätigkeiten dieses Unternehmens und wies in seinem Bericht »Army Should Do More to Control Contract Costs in the Balkans« Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung und überhöhte Kosten nach. Demnach habe das Unternehmen zusätzlich zu der vereinbarten Summe von 2,2 Milliarden noch einmal 2,1 Milliarden eingestrichen für weitere Leistungen, die sich aus den selbst verursachten Mängeln beim Hauptvertrag ergeben hätten. Man einigte sich außergerichtlich, wohl deshalb, um weitere Aufträge zu bekommen. Tatsächlich vergab das Heer im Dezember 2001 an die Firma einen auf zehn Jahre befristeten Großauftrag über logistische Unterstützung sämtlicher US-Basen in Übersee (Essenszubereitung, Wäsche, Versorgung mit Kraftstoffen,

Wasser und Energie), der nach Expertenmeinung mehrere Milliarden Dollar wert sein dürfte. Etwas umsatzschwächer dürfte da ein anderer Auftrag sein, nämlich die Gefängnisstrakte für die Al-Qaida- und Taliban-Mitglieder auf dem US-Stützpunkt Guantanamo zu bauen. Möglicherweise ist eine andere Dienstleistung, die logistische Wartung der US-Militäreinrichtungen in Usbekistan, gewinnträchtiger. Die wechselseitige Vorteilsgewährung hat nur dann Bestand, wenn auch andere in ihren Genuß kommen. Ein früherer Verteidigungsminister der Reagan-Ära, Frank Carlucci, war Vorstandsvorsitzender des Unternehmens BDM International Inc., als es die Firma Vinnell Corp. schluckte. BDM gehört dem Investmentfonds Carlyle, dem u.a. der Ex-Präsident Bush-Vater, sein Außenminister Baker und sein Büroleiter Darman als Führungspersonal angehören. Das Vermögen des Fonds wird mit 12 Milliarden Dollar veranschlagt; er sei der größte seiner Art weltweit. Kein Wunder, daß BDM seine Umsätze mit dem Pentagon in den neunziger Jahren von 295 Millionen Dollar auf knapp 800 Millionen steigern konnte.

Nach Dokumenten, die auf Anfrage der Öffentlichkeit gemäß dem Freedom of Information Act zugänglich gemacht werden müssen, steht fest, daß das Unternehmen allein für die Ausbildung der saudischen Nationalgarde, zusammengesetzt aus vier mechanisierten und fünf Infanteriebrigaden, 800 Millionen Dollar erhielt. Nach Einschätzung von Militärexperten habe Vinnell hier gute Arbeit geleistet; so habe sich die König Abdul Aziz Brigade im Golfkrieg 1991 besonders hervorgetan und als erste die Verteidigungslinien der irakischen Armee in Khafji gestürmt. Das US-amerikanische Unternehmen stellt darüberhinaus das Personal für fünf Militärakademien in Saudi Arabien und stellt die Kurse zusammen. Ferner betreibt es dort mehrere Schießanlagen.

Der Wall Street blieb das profitable Geschäft mit privatisierten Militärdiensten natürlich nicht verborgen; die Kursnotierungen solcher Unternehmen verzeichneten in den neunziger Jahren einen Zuwachs, der doppelt so hoch war wie derjenige ›normaler‹ Betriebe. Experten schätzen, daß der sogenannte Sicherheitsmarkt in naher Zukunft einen Jahresumsatz von mehr als 200 Milliarden Dollar haben dürfte; die seit dem ›11. September‹ für diese Geschäftstätigkeiten besonders günstige Entwicklung ist bei dieser Prognose nicht

berücksichtigt. Zu erwähnen ist, daß Anfang 1990 das Umsatzvolumen etwas mehr als 55 Milliarden Dollar betrug. Wie in der Rüstungsindustrie gibt es auch hier eine Fusionswelle. Das Unternehmen L-3 Communications entstand 1997 aus den Unternehmensbereichen, die bei der Fusion der Rüstungsfirmen Loral Corp. und Lockheed Martin ausgegliedert wurden. Es kaufte 2000 die Militärfirma MPRI auf und verzeichnet einen Jahresumsatz von 2 Milliarden Dollar. Die auf Sicherdienste jeglicher Art spezialisierte Firma Armor Holdings übernahm im August 2001 den Weltmarktführer bei Sicherheitstransporten Eisenhardt Armoring Company. Für das 2001 wurden Gewinne über 292 Millionen Dollar erwirtschaftet. Das Unternehmen wurde neulich von der britischen Regierung beauftragt, die Sicherheitsdienste an sämtlichen britischen Botschaften weltweit zu übernehmen.

### Kapitalwertberechnung

Catherine Austin Fitts, frühere Vorstandsvorsitzende der Investmentbank Hamilton Securities, liefert Einblicke in die Kalkulationsmethoden an der Börse. Die Erfolgsbemessung des Unternehmens DynCorp bei seinen auswärtigen militärischen Aufträgen (Kolumbien, Kosovo und im Golfkrieg von 1991) richtet sich nach dem Kriterium Umsatz bezogen auf getötete Gegner. Da es sich hierbei um ein neues Geschäftsfeld handelt, greifen die Banker auf die Erfahrungen einer vergleichbaren Branche zurück, der privaten Knastbetreiber. Deren Börsenwert liegt der Faktor Umsatz pro belegter Knastzelle zugrunde.

Unterstellt, daß DynCorp bei seinen Operationen in Kolumbien 100 Menschen tötet und der Auftrag 200 Millionen Dollar beträgt, dann ergibt sich hieraus ein interner Gewinn von 200.000 Dollar pro Kopf bei einer Gewinnmarge von 10 Prozent. An der Börse steigt der Kurswert des Unternehmens um 6 Millionen Dollar. Demnach lohnt es sich, in Massen zu töten, jedoch nicht zuviel, weil dadurch die Umsatzpro-Kopf-Quote sinken würde und damit die Rendite.

*Quelle: Uri Dowbenko, »Part Two: Dirty Tricks, Inc. DynCorp drug trafficking and cover-up?«, Online Journal, März 2002*

MPRI (Military Professionals Resources Inc.) ist ein weiterer Paradebeispiel des militärisch-industriellen Komplexes. Das Unternehmen zählt zu seinen Vorstandsmitgliedern den ehemaligen Chef des Generalstabes Carl Vuono, der den Golfkrieg 1991 leitete und für die Invasion Panamas zuständig war; ferner General Crosbie Saint, ehemals Kommandeur der US-Streitkräfte in Europa, und General Ron Griffith, ehemaliger stellvertretender Chef des Generalstabes. MPRI kann außerdem auf 10.000 ehemaligen Soldaten zurückgreifen, die sich auf Abruf bereithalten.

Das Unternehmen setzt mehr als 100 Millionen Dollar im Jahr um, fast ausschließlich mit dem Pentagon und dem Außenministerium. Im Juli 2000 wurde die Firma an L-3 Communications veräußert, ein an der New Yorker Börse registriertes Unternehmen.

Es fällt nicht leicht, die Grenzlinie zwischen dem US-Militär und dem Unternehmen MPRI zu ziehen. In den vergangenen vier Jahren hat die Firma das Ausbildungsprogramm ROTC an 200 US-amerikanischen Universitäten wahrgenommen.

Ferner leitet sie die Management Schule des Heeres in Fort Belvoir, übernimmt Kurse an der Weiterbildungsakademie Fort Leavenworth und auf weiteren Stützpunkten wie Fort Knox. Schließlich war MPRI maßgeblich bei der Erstellung der neuen Militärdoktrin der jetzigen Bush-Administration beteiligt.

Die Tätigkeiten des Unternehmens reichen auch nach Übersee. Im Rahmen des Programms der US-Regierung »Demokratischer Wandel« hat MPRI die Armeen Nigerias, Bosniens, Saudi Arabiens, Taiwans, der Ukraine, Kroatiens und Mazedoniens in US-amerikanische Kriegsführung eingewiesen, was militärische Schulung, Ausbildung an Waffen und Kriegsspiele einschloß.

In Kroatien, beispielsweise, wurde die Firma 1990 damit beauftragt, die Grenzen des Landes zu beobachten. Kurze Zeit später war die Clinton-Regierung besorgt über den schlechten Ausbildungsstand der kroatischen Armee. Das von den Vereinten Nationen verhängte Waffenembargo, dem auch die USA beigetreten waren, verbot eine direkte Hilfe. Deshalb fädelte das Pentagon einen Deal mit dem kroatischen Verteidigungsminister ein, der MPRI engagierte.

### USA verstoßen gegen das Jugoslawien-Embargo

In der Nacht des 4. Dezember 1994 explodierte auf dem Flughafen von Zagreb der persönliche Helikopter des bosnischen Präsidenten Izetbegovic. Die Detonation war wesentlich heftiger, als man das von einem einfachen Helikopter erwarten konnte, und blieb auch Beobachtern nicht verborgen. In Wirklichkeit war der Hubschrauber mit Waffen und Munition voll gestopft gewesen, die die bosnische Regierung aus Iran via Kroatien an Izetbegovics Kämpfer geliefert hatte, die sich in Enklaven Ostbosniens und um Sarajevo gegen die besser ausgerüsteten bosnischen Serben verteidigten. Die Lieferung war ein klarer Verstoß gegen das UN-Waffenembargo, das seit September 1991 für Jugoslawien galt. Doch die Waffenhändler konnten auf die stillschweigende Zustimmung der US-Regierung zählen, die einerseits die Aufhebung des Embargos befürwortete, es andererseits aber nicht offen brechen wollte, um Konflikte mit ihren europäischen Bundesgenossen zu vermeiden, die das Gros der in Bosnien stationierten Blauhelme stellten.

Aus Furcht vor undichten Stellen verhinderte damals Clintons Sicherheitsberater Anthony Lake sogar geheime Lieferungen der CIA an Bosnien. Stattdessen betrieb die Clinton-Administration an der CIA und dem State Department vorbei eine Politik der »freundlichen Tolerierung« regelmäßiger Waffenlieferungen Irans an Bosnien. Dabei behielt das Transitland Kroatien einen Teil der Lieferung als »Gebühr« ein, das Verfahren wurde deshalb auch als »kroatische Pipeline« bezeichnet. Sie versiegte erst 1996, als die USA selbst Bodentruppen in Bosnien stationierten.

*Quelle: Klaus Bachmann, »Immer wenn US-Boys Dienst hatten, kamen Waffen«, Frankfurter Rundschau, 7. Juni 2002*

Anfang 1995 begann das Unternehmen mit dem Ausbildungsprogramm, das von Mitarbeitern geleitet wurde, die noch aktiv am Golfkrieg 1991 teilgenommen hatten. Die Ausbildung muß in kürzester Zeit erfolgreich gewesen sein, denn die kroatische Armee begann Ende 1995 mit der

Operation Sturm, einer der blutigsten Episoden der »ethnischen Säuberungen« auf dem Balkan, die das militärische Gleichgewicht in der Region zugunsten Kroatiens veränderte. Im Rahmen dieser Operation wurden in knapp vier Tagen mehr als 100.000 Serben vertrieben. Sogar der internationale Kriegsgerichtshof in Den Haag wies Massenhinrichtungen durch Angehörige der kroatischen Armee nach ebenso wie wahllose Bombardements der Zivilbevölkerung. »Flächendeckend und systematisch«, so der Bericht des Tribunals, »begingen kroatische Truppen Morde und andere inhumane Akte«. MPRI bestreitet, daß Firmenangehörige an diesen Aktionen beteiligt waren, mußte aber einräumen, daß dies sehr wohl für einige von MPRI ausgebildete Kroaten zutrifft.

Die Schulungserfolge von MPRI beeindruckten andere Akteure; so wandte sich die Gruppe der bosnischen Muslime an die Firma mit der Bitte um Unterrichtung in dieser Art der Kriegsführung. Die Regierung in Washington brachte die Parteien zusammen und sicherte die Finanzierung: Gelder aus den islamischen Staaten Saudi Arabien, Kuwait, Brunei, Malaysia und den Vereinten Arabischen Emiraten wurden auf einem Konto in den Vereinigten Staaten geparkt, aus dem MPRI bezahlt wurde.

In Afrika bildet die Firma Führungspersonal und Truppen im Rahmen des von den USA geleiteten ACRI-Programmes [African Crisis Response Initiative] aus. Seit kurzem ist das Unternehmen in Äquatorial Guinea tätig, wo es die Küstenwacht ausbildet. Dieses Land verfügt über große off-shore Ölvorkommen, die vom US-Konzern Exxon Mobil ausgebeutet werden. Das US-Außenministerium verweigert momentan noch seine Zustimmung zu dem Projekt, MPRI die Schulung der gesamten Streitkräfte des afrikanischen Landes anzuvertrauen. Der Hinweis auf die diktatorischen Verhältnisse unter Präsident Teodoro Obiang Nguema und die Verstöße gegen die Menschenrechte wird wahrscheinlich gegenstandslos werden, denn einflußreiche Kreise in Washington wollen die Region Westafrika wegen ihrer großen Ölvorkommen zur US-amerikanischen Interessenzone erklären.

An anderen Stellen ist MPRI in Verruf gekommen; die Armee Kolumbiens kündigte einen Ausbildungsvertrag auf wegen schlechter Leistungen seitens des US-Unternehmens. Der Generalstab der Armee Nigerias kündigte



den Beratungsvertrag, weil das Unternehmen Lösungsvorschläge zur Militärreform unterbreitete, die eine Reduktion der Streitkräfte um ein Drittel vorsahen, ohne diese Straffung auf tragfähige Strukturen zu übertragen. Der eigentliche Grund der Kündigung ist wahrscheinlich in der Forderung des US-amerikanischen Unternehmens zu suchen, Einblick und Zugang zu sämtlichen sensiblen Akten wie Aufmarschpläne, Kommunikationswege u.a. im Kriegsfall zu bekommen.

DynCorp, eine in Virginia ansässige Firma, setzt mehr als 2 Milliarden Dollar mit militärischen Dienstleistungen um. Zu den Kunden zählt der US-afghanische Präsident, dessen Schutzstaffel von Angehörigen der Firma DynCorp gestellt wird. Ein weiteres lukratives Betätigungsfeld ist die Luftüberwachung Kolumbiens und der Anrainerstaaten im Rahmen des von der US-Regierung finanzierten Antidrogenkrieges.

Ins Gerede kam das Unternehmen im September 2002, als bekannt wurde, daß Angestellte im Bosnieneinsatz einen Sex- und Prostitutionsring betrieben. Skandalös war, daß die Firmenleitung zunächst den Mitarbeiter feuerte, der dies aufgedeckt hatte, nicht aber die Betreiber selbst. Mittlerweile hat die für die UN-Hilfsprogramme in Bosnien zuständige Leiterin Klage gegen die Firma erhoben, weil sie Kenntnis über einen Sexring hatte, der von durch jene ausgebildetes bosnisches Militärpersonal betrieben wurde. DynCorp unterließ es, so der Vorwurf, die Behörden zu informieren. Die Kette der Klagen geht weiter. Vor einem Gericht in Washington ist eine Sammelklage von 10.000 ecuadorianischen Bauern anhängig: Im Rahmen des US-finanzierten Antidrogenkrieges in Südamerika erhielt die Firma den Auftrag, Cocafelder zu vernichten. Das geschieht mittels Pestiziden, die von Spezialflugzeugen aus über die Felder gesprüht werden. Die ecuadorianischen Bauern werfen der Firma vor, daß ihre Felder außerhalb der Coca-Produktionszone liegen, sie mitten bei der Feldarbeit besprüht wurden und schwere körperliche Schäden erlitten hätten. Die besprühten Felder sind unbrauchbar, die bäuerlichen Existenzgrundlagen vernichtet. Das Land eignet sich jedoch hervorragend für Viehzucht, und US-Agrargroßbetriebe sind dabei, die Grundstücke für einen Spottpreis aufzukaufen – ein Fall von ursprünglicher Akkumulation. Am Rande vermerkt, bezieht DynCorp in seine Geschäfte

in Südamerika die Firma EAST (Eagle Aviation Service and Technology, Inc) als Subkontraktor ein. Diese war in den achtziger Jahren offiziell für die Reagan-Administration im Kampf gegen die Regierung Nicaraguas tätig, verdiente allerdings das große Geld im Drogenschmuggel.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Aktivitäten der Firma DynCorp:

<i>Einsatzgebiet</i>	<i>Zeitraum</i>	<i>Einsatzgebiet</i>	<i>Zeitraum</i>
Bosnien-Herzegowina	unbekannt	Ecuador	2000/02
Haiti	1996	Aruba	2000/02
Osttimor	2000	Niederländische Antillen	2000/02
Afghanistan	2002	Bolivien	1996
Peru	1996	Albanien	unbekannt
Angola	1998	Kolumbien	1996
Sierra Leone	2000	Kolumbien	ca. 1996
Sudan	2001	Bolivien	ca. 1996
Sierra Leone	1998	Peru	ca. 1996
Bosnien-Herzegowina	1995	Liberia	1996/98

Die eigentliche Bedeutung DynCorps geht weit über das ausländische Geschäft hinaus. Die Firma pflegt gemeinsam mit anderen Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes wie Lockheed Martin die Datensysteme und wartet die Datenbanken des Verteidigungs-, Außen- und Justizministeriums, der Bundessteuerbehörde Internal Revenue Service, der Kontrollbehörde für das Börsenwesen (Securities and Exchange Commission), der Drogenbehörde DEA, der Bundeskriminalpolizei FBI, des Geheimdienstes CIA und der Behörde für Haus- und Stadtentwicklung HUD. DynCorp hat demnach Einsicht in und Zugang zu allen wichtigen Informationen der US-amerikanischen Geschäftswelt; im Fachjargon werden diese Tätigkeiten als Knowledge Management bezeichnet. Dies schlägt sich im Kapitalwert des Unternehmens nieder, der an den Börsen mit dem

Faktor 30 gewichtet wird. Im Klartext heißt das, daß ein Auftrag über 100 Millionen Dollar mit einer Gewinnmarge von 10 Prozent dem Unternehmen einen Gewinn von 10 Millionen beschert; der Börsenwert dieses Geschäftes beträgt demnach 300 Millionen Dollar. Das macht DynCorp attraktiv für Beteiligungen, die natürlich einem ausgewählten Personenkreis vorbehalten bleiben. Es sind dies Personen aus den Chefetagen der Politik, die dafür sorgen, daß das Unternehmen weitere Aufträge erhält. Es ist daher anzunehmen, daß DynCorp fest in das System der Wirtschafts- und Politikelite des Landes eingebunden ist.

Auf dem ›Militärmarkt‹ tummeln sich neben den großen Drei auch kleinere Anbieter, die sich spezialisiert haben. Die Firma TASK mit Sitz in London und Miami bildet vorrangig Polizeikräfte aus; gegenwärtig die Polizei Jamaikas, davor die Präsidentengarde in Nigeria, die Royal Police Malaysias und die Special Forces der Vereinigten Arabischen Emirate.

Klein steht hier keineswegs für umsatzschwach. Nach dem ›11. September‹ erhielten beispielsweise die Firmen Blackwater Lodge und Surgical Shooting Inc. Aufträge vom Pentagon, die US-Navy zu trainieren. Jeweiliger Wert des Auftrages: über 60 Millionen Dollar.

Für Aufträge ausländischer Kunden benötigen die Militärunternehmen die Einwilligung des Außenministeriums gemäß dem Gesetz über den Internationalen Waffenhandel (International Traffic in Arms Regulation Law). Das Ministerium überprüft, ob mögliche Verstöße gegen Sanktionen vorliegen und ob gegen Prinzipien der US-Politik verstoßen wird. Die Unternehmen können sich jedoch einer Kontrolle entziehen, indem sie ihr Vorhaben dem Verteidigungsministerium vorlegen. Das sogenannte Foreign Military Sales Programm kommt hierfür in Betracht. Genehmigungen sind nicht erforderlich. Das Pentagon bezahlt nämlich den Auftragnehmer; es ist demnach ein Binnengeschäft. Der Auftraggeber begleicht dann die Ausgaben des Verteidigungsministeriums.

Ein Bericht von 2001 des unabhängigen Centre for Defense Information »US Arms Exports to Countries Where Terror Thrives« fand heraus: »Es gibt gegenwärtig 28 terroristische Gruppen, die in 18 Ländern operieren, wie das Außenministerium ermittelte. Im Zeitraum 1990-99 haben die

Vereinigten Staaten 16 von 18 Staaten auf der Liste des Außenministeriums mit Waffen versorgt. Außerdem haben die US-Armee und die CIA die Streitkräfte in vielen dieser 18 Länder in Kampftaktik geschult, einschließlich solcher Personen, die heute im Terrorismusgeschäft tätig sind«.

Die gesetzlichen Bestimmungen sehen vor, daß sämtliche Geschäfte mit dem Ausland, die den Wert von 50 Millionen Dollar übersteigen, dem Kongreß vorzulegen sind. Dies wird auch eingehalten, jedoch hat der Präsident die Möglichkeit, im nationalen Sicherheitsinteresse Einzelheiten nicht preiszugeben. Die Öffentlichkeit erfährt normalerweise nur, daß Verträge mit einer ausländischen Regierung bestehen und welche US-Firma der Kontraktor ist. Lobbyarbeit und vor allem Spenden an die Parteien sind dabei sehr hilfreich. Es ist daher kein Zufall, daß der gesamte militärisch-industrielle Komplex ein großzügiger Spender ist.

Unter der gegenwärtigen US-Regierung wurden weitere Vergünstigungen eingeführt. Das früher für die Kontrolle von Waffenexporten zuständige Bureau of Export Administration wurde dem Handelsministerium eingegliedert. Die neue Abteilung Bureau of Industry and Security hat u.a. den Auftrag, den Export von Waffen zu fördern!

**Operationfeld Afrika.** Im geopolitischen Design Washingtons war Afrika bislang ein weißer Fleck. Einerseits war der Kontinent in den Vorstellungen der westlichen Politikplaner Hinterhof der europäischen Ex-Kolonialmächte; zum anderen waren die meisten afrikanischen Staaten zu arm, um lukrative Geschäftspartner für die US-Wirtschaft zu sein. Seit Mitte der neunziger Jahre gibt es jedoch Bemühungen auf Seiten der USA, die politische Landkarte Afrikas neu zu vermessen. Private Militärunternehmen spielten dabei eine wichtige Rolle.

Das Ende des Kalten Krieges veranlaßte die Vereinigten Staaten und andere westliche Staaten, sich aus den kleinen Kriegen in der Dritten Welt zurückzuziehen: Der Systemgegner UdSSR war untergegangen, geopolitische Notwendigkeiten für ein Engagement bestanden nicht mehr. Das US-amerikanische Debakel in Somalia 1993, wo 19 US-Soldaten und ca. 1.000

Somalis bei dem Bemühen umkamen, den Warlord Mohammed Aidede dingfest zu machen, gab den endgültigen Ausschlag. Diese Einstellung prägte auch die Vorgehensweise der USA und anderer europäischer Staaten auf dem Balkan; dort wurde vorübergehend der Kleinkrieg zwischen Restjugoslawien und den unabhängigen Teilrepubliken geduldet.

Die Großmächte entzogen den früheren Verbündeten die Unterstützung, so daß diese nun gezwungen waren, ihre Kriege aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Jonas Savimbi, in den achtziger Jahren ein von der Reagan-Regierung gefeierter Freiheitskämpfer, mußte seinen Kampf gegen die Zentralregierung Angolas alleine weiterführen. Dafür eroberte er die Diamantenfelder im Nordosten des Landes. Für die Minen wurden Arbeitskräfte aus dem damaligen Zaire angeworben, die Vermarktung der Edelsteine wurde belgischen und südafrikanischen Experten übertragen. Der Kriegsherr erhielt auf diese Weise die Finanzmittel für seine militärischen Aktivitäten. Das gleiche Muster wiederholte sich in Sierra Leone.

### Afrikas neue Kriege

In Afrikas neuen Kriegen geht es nicht um politische Ziele, um religiöse Kämpfe oder originär »ethnische« Konflikte. Es geht nur um eines: um wirtschaftliche Macht, um den Zugang zu Ressourcen. Die maßlose Gewalt in Afrika zielt auf Öl, Diamanten, Gold, Coltan, Edelhölzer. Die Gewaltzone reicht von Sudan (Öl) über lukrative Regionen Westafrikas wie Sierra Leone (Diamanten), die Demokratische Republik Kongo (Diamanten, Gold, Coltan, Uran) bis in den Süden. Rechtlosigkeit, Terror und Chaos bieten ideale »Produktionsbedingungen« für das, was Experten eine »neue Kriegsökonomie« nennen.

Die Warlords neuen afrikanischen Stils verschaffen sich mit allen kriminellen Mitteln (Raub, Mord, Entführung, Drogen und moderne Formen des Sklavenhandels) wirtschaftliche Macht. Sie setzen – wie auch einige reguläre Armeen – Kindersoldaten ein und sichern ihre Herrschaft des Schreckens, indem sie Greueltaten und Massaker verüben lassen.

Die Menschen in Afrikas Zonen der Gewalt werden in mehrfacher Hinsicht Opfer und Spielball der neuen Kriegsökonomie. Hunderttausende werden getötet oder reihen sich ein ins riesige Flüchtlingsheer, oft in Nachbarstaaten. Für Hunderttausende, vor allem hungernde Jugendliche, bleiben nur die Armee oder die Warlord-Banden als »Überlebensmöglichkeit« – mit Gewalt und Gewehr.

Die »neue Produktionsform« Krieg wird in Afrika nur dann unrentabel, wenn beiden Seiten die Ressourcen zu seiner Fortsetzung fehlen: Wären die transnationalen Konzerne bereit, die materielle Unterstützung der Konflikte einzustellen und die Wirtschaftsbeziehungen der Kriegsherren zu blockieren, dann würde das Geschäft mit der Gewalt unrentabel.

*Quelle: Brigitte Kols, »Die Kriege der Warlords«, Frankfurter Rundschau, 21. Oktober 2002*

Aber der Konfliktgegner griff auf die gleiche Praxis zurück; im Falle Angolas war das die Überlassung der Ölförderung an westliche Konzerne, die der Zentralregierung auf verschlungenen Pfaden an den offiziellen Kanälen vorbei Geldmittel verschafften, die für eine verdeckte Finanzierung der eigenen Armee benötigt wurden. Daß auf beiden Kriegsseiten Gelder für Privatzwecke abgezweigt wurden, versteht sich. In Sierra Leone war es ähnlich.

Kriege, die früher von der Konkurrenz der beiden Weltmächte geprägt waren und deshalb als Stellvertreterkriege bezeichnet wurden, werden gegenwärtig von Regierungen, Rebellengruppen und kriminellen Organisationen – meist als Handlanger westlicher Konzerne – geführt, wobei es im wesentlichen um den Zugriff auf Bodenschätze, Lagerstätten von Rohstoffvorkommen und Verbindungswege geht. Befriedung, Herstellung ziviler Ordnung oder gar Wiederaufbau sind mittlerweile zu Fremdworten geworden: Bürgerkriege haben ihre eigene politische Ökonomie geschaffen, von der alle Beteiligten profitieren. Mitunter ist es für alle günstiger, den Bürgerkrieg fortzusetzen als ihn zu beenden.

Die Vorgänge in der Demokratischen Republik Kongo (Zaire) belegen dies. 1998 begann ein Bürgerkrieg zwischen der Regierung und ihren früheren Verbündeten aus Ruanda und Uganda, stellvertretend auch für die hinter ihnen stehenden konkurrierenden Kapitalinteressen. Die Streitkräfte beider Lager waren überhaupt nicht an der Lösung des Konfliktes interessiert, sondern ausschließlich am Zugriff auf die Bodenschätze des Landes – private Plünderung und Ausbeutung großen Stils gelingen hier nur, wenn staatliche Ordnung verhindert bleibt.

Die Übergänge zwischen Krieg, organisierter Kriminalität und Terrorismus sind fließend. Der Zerfall staatlicher Autorität und der Zusammenbruch von Regierungen vor allem in Afrika müssen in größere Kontexte gestellt werden. Viele Staaten sind auf agrarische und mineralische Rohstoffexporte angewiesen; die extreme Abhängigkeit vom Weltmarkt erschwert eine eigenständige Entwicklung auf im Hinblick auf Demokratie. Diese Strukturschwäche kam in der Ära des Kalten Krieges nicht zum Vorschein, weil aus geopolitischen Überlegungen heraus solche Staaten unterstützt wurden, um der Gegenseite einen möglichen Zugewinn zu blockieren. Die von Weltbank, IWF und den westlichen Industriestaaten verordneten Reformen hohlten die wirtschaftlichen Grundlagen aus. Verteilungskämpfe um knappe Ressourcen setzten ein, in vielen Fällen von ethnischen bzw. regionalen Komponenten zusätzlich angeheizt. Weil in der Ära der New Economy Afrika aus Renditegesichtspunkten uninteressant war, wurden Bürgerkriege und Räuberregimes hingenommen. Hier tat sich nun ein neuer Markt auf. Die überflüssigen Waffenlager der ehemaligen Ostblockarmeen konnten liquidiert werden; beschäftigungslose Berufssoldaten fanden als Söldner eine neue Beschäftigung. Da westliche Militärhilfe ausbleibt, wenden sich Bürgerkriegsparteien, aber auch Regierungen von noch intakten Staaten an die darauf spezialisierten PMC. Diese Art der privaten Zusammenarbeit wird staatlicherseits geduldet und seitens der Vereinigten Staaten sogar ausdrücklich gewünscht, um über diesen Weg Einfluß zu nehmen auf einem Kontinent, der immer noch zur festen Interessenszone der alten Kolonialmächte zählt.

Andererseits gibt es wirtschaftliche Interessen an den reichen Boden-

schätzen, vor allen Dingen an Erdöl und strategisch wichtigen Mineralien. Auf den ersten Blick scheint eine Produktion unter Bürgerkriegsverhältnissen wenig sinnvoll zu sein. Aber gegenüber einem schwachen Partner, der auf Gelder angewiesen ist, sind wesentlich günstigere Verträge durchzusetzen als gegenüber einer »ordentlichen« Regierung. Offensichtlich lohnen sich die Deals, auch wenn für den Schutz der Förderstätten und des Transportes firmeneigene Söldner angestellt werden müssen. Viele der Transaktionen: Waffengeschäfte und Geldwäsche sind illegal und erfordern Experten aus dem Milieu organisierter Kriminalität.

*Aufmarschgebiet Congo/Zaire:* Am Vorabend der ersten Invasion Zaires durch ruandische Truppen 1996 wurden Angehörige der verschiedenen US-Geheimdienste aktiv; sie sondierten die Lage im östlichen Zaire bei tatkräftiger Unterstützung durch die US-Botschaft in Ruanda. Es gibt konkrete Hinweise darauf, daß das private Militärunternehmen MPRI zeitgleich die Rebellentruppen schulte. Vermutlich hat das Unternehmen auch die ruandische Armee seit der Machtübernahme nach dem blutigen Bürgerkrieg 1994 ausgebildet. Das gleiche Unternehmen ist auch verantwortlich für die Ausbildung der Armee Ugandas, das gemeinsam mit der Regierung Ruandas die kongolesische Rebellengruppierung RCD (Rassemblement Congolais pour la Démocratie) förderte, dabei aber keineswegs wirtschaftlichen Eigennutz aus dem Blick verlor. Ein Expertenpanel der Vereinten Nationen »Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the DRC« beschuldigt beide Staaten, den Bürgerkrieg in Zaire benutzt zu haben, um die wichtigsten Bodenschätze des Landes systematisch zu plündern. Die Experten resümieren: »Führende Militärkommandeure aus den verschiedenen Ländern benötigen den Fortgang des Konfliktes aus Profitgründen, daneben, um vorübergehend von internen Problemen in den eigenen Staaten abzulenken, und schließlich, um Zugriff auf die Reichtümer zu haben«. Der anschließende offizielle UN-Bericht (The Ba-N'daw Report) wirft den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik Deutschland, Belgien und Kasachstan vor, die Hauptabnehmer der unrechtmäßig ausgebeuteten Bodenschätze zu sein.

Nach französischen Quellen gibt es eine US-Militärbasis dicht an der ruandisch-zairischen Grenze. Sie soll von der US-Firma Kellogg Brown & Root gebaut worden sein, die darüber hinaus das Expeditionskorps der ruandischen Armee im Zaire logistisch unterstützt habe. Die Regierung Clinton bestätigte am 4. Dezember 1996 vor dem Untersuchungsausschuß der Kongresses zu Menschenrechtsfragen (House International Operations and Human Rights Subcommittee), daß das US-Militär der ruandischen Armee im Rahmen des Programmes »Enhanced International Military Education and Training« Ausbildungshilfe gewähre. Menschenrechtsorganisationen nennen dieses Programm »Killer trainieren Killer«. Die Regierung gestand nur einen Teil der Wahrheit ein; Spionagesatelliten und -flugzeuge überwachten die östlichen Regionen Zaires, um die vorrückenden Rebellen Gruppen und die sie leitende ruandische Armee mit Informationen über den Gegner zu versorgen. Auch am Boden wurden US-Militärangehörige aktiv; nach französischen Quellen soll es sich hierbei um etwa 100 Mitglieder der Special Forces gehandelt haben. Diese sollen mittelbar an einem Gemetzel an Hutu-Flüchtlingen beteiligt gewesen sein; vermutet wird, daß Söldner von US-Militärunternehmen selbst das Massaker leiteten. Unbestritten ist, daß die ruandische Armee dieses Verbrechen verursachte; unstrittig ist auch, daß die Vereinigten Staaten ihren Verbündeten daran nicht hinderten. Das renommierte Fachblatt *Jane's Foreign Report* berichtete in seiner Ausgabe vom September 1997, daß der Geheimdienst des US-Heeres DIA ruandische Jugendliche für die Rebellen Gruppen angeheuert habe. Sie sollten bis 1000 Dollar erhalten, falls die Hauptstadt Zaires, Kinshasa, erobert würde. Das Blatt beruft sich auf den deutschen Nachrichtendienst.

Bekannt ist, daß Angehörige der US-Armee mit den siegreichen Rebellen und Ruandern in Kinshasa einmarschierten. Bekannt ist ferner, daß der kommende Mann des Kongo, wie das Land nach dem Sturz des Diktators Mobutu wieder genannt wurde, Laurent Kabila von US-Konzernen rechtzeitig hofiert wurde.

Die neue Freundschaft währte allerdings nicht einmal zwei Jahre. Das Kabila-Regime schien die hochgesteckten Erwartungen der Vereinigten Staaten, der großen US-Bergbaukonzerne, aber auch die seiner ugandischen

und ruandischen Verbündeten zu enttäuschen. Ruanda und Uganda begannen Mitte 1998 mit der zweiten Invasion des Kongo mit dem Ziel, das neue Regime zu stürzen und eine Marionettenregierung zu installieren. Das US-Verteidigungsministerium mußte zugeben, daß sich zwanzig seiner Armeeangehörigen, Mitglieder des U.S. Army Rwanda Interagency Assessment Team (RIAT), bei Beginn des Einmarsches in Ruanda aufhielten; die Truppe gehört dem US European Command, stationiert in Deutschland, an und ist spezialisiert auf Anti-Terror-Operationen. Die Beteuerung des Sprechers des Nationalen Sicherheitsrates, daß es sich hierbei um reinen Zufall handele, klingt nicht sehr überzeugend. Kabila stand aber nicht alleine da; er erhielt Unterstützung von Zimbabwe, Namibia und Angola. Die Vereinigten Staaten gerieten in eine schwierige Lage, denn bis auf Angola zählten alle am neuen Krieg um den Kongo beteiligten auswärtigen Staaten zu ihren Kunden im Rahmen der Programme Joint Combined Exchange Training oder Enhanced International Military Education and Training. Die damalige US-Außenministerin Albright bezeichnete die afrikanischen Freunde der USA als »Fackelträger der Hoffnung«; die müssen diese Bezeichnung wohl mißverstanden haben, denn wie in der Vergangenheit kam es zu Massakern unter der Zivilbevölkerung. Der Bürgerkrieg zieht sich hin bis heute.

Die Minenkonzerne mischten auf ihre Weise mit; sie heuerten Söldnerpersonal der Militärunternehmen an, die vordergründig die Produktionsstätten und Transportwege sichern sollten, daneben aber auch auf Seiten der jeweiligen Kriegspartei in die Kämpfe eingriffen. Zwei Protagonisten sind erwähnenswert. Die Gruppe America Mineral Fields Inc. aus Arkansas unterstützte Präsident Kabila; die andere ist Barrick Gold Inc., registriert in Kanada. Sie präferierte die ruandische Seite. Mitten in Afrika prallten auch zwei US-Präsidenten aufeinander: Präsident Clinton war Gönner des arkanischen Konzerns, während Ex-Präsident Bush der kanadischen Gruppe als Berater nahestand.

Mittlerweile scheint sich die Waage Bush-Vater zuzuneigen. Der noch von ihm ernannte Staatssekretär für Afrika im Außenministerium, Walter Kansteiner, macht kein Hehl aus dem Modell der »Balkanisierung des Kongo«. Demnach soll der Staat Kongo nach ethnischen Kriterien aufge-



teilt werden. Es würde dann beispielsweise ein Großstaat Ruanda entstehen, dem weite Teile des östlichen Kongo zufließen. Uganda, ein treuer US-Verbündeter, könnte ebenfalls mit Geländezugewinn rechnen. Beide Regierungen sind bereits jetzt ohne Unterstützung durch die USA kaum überlebensfähig. Sie würden willfähige Erfüllungsgehilfen bleiben, was den Minenkonzernen entgegen käme; wahrscheinlich mit Ausnahme von America Mineral Fields, das nach Lage der Dinge auf den Falschen setzte.

*Die geopolitischen Interessen der Vereinigten Staaten.* Das Interesse der Vereinigten Staaten am Kongo reicht zurück bis zur Unabhängigkeit des Landes 1960. Befürchtungen, daß die erste frei gewählte Regierung einen pro-sowjetischen Kurs einschlagen würde, veranlaßten die Verantwortlichen in Washington zum Regimewechsel, wobei sie vor der Ermordung des Präsidenten Patrice Lumumba nicht zurückschreckten. Ein bis dahin unbekannter Unteroffizier Mobutu Sese Seko stieg zum starken Mann auf. Bis 1997 regierte er das Land mit diktatorischen Mitteln und plünderte es aus. Bis 1991 flossen ungeachtet dieser Verhältnisse finanzielle Zuwendungen in Milliardenhöhe nach Zaire, das nach Ansicht aller US-Regierungen »eine stabilisierende Kraft und ein bedingungsloser Unterstützer der US-Politik« war (1991 Congressional Presentation, zitiert von William D. Hartung und Bridget Moix, »Deadly Legacy: U.S. Arms to Africa and the Congo War« World Policy Institute Arms Control Report, Jan. 2000). Andererseits waren US-Konzerne an der Ausbeutung der riesigen Bodenschätze interessiert. Geopolitische und wirtschaftliche Interessen bestimmten auch hier die Politik der Vereinigten Staaten. Die veränderte Lage nach dem Abtritt der Sowjetunion von der weltpolitischen Bühne eröffnete nun die Aussicht auf eine andere Politik, vor allem weil das Mobutu-Regime an den Besitzständen der Minenkonzerne rüttelte. Die Suche nach einer Alternative begann. Mitte der Neunziger hatte Washington enge Beziehungen zu den Regierungen Ugandas und Ruandas aufgebaut. Der spätere Staatschef Ruandas, Paul Kagame, lebte im ugandischen Exil, wo er als Oberst der dortigen Armee beitrug. Danach erhielt er eine Weiterbildung an der Militärakademie des US-Heeres in Fort Leavenworth, die er abbrach, um die Rebellenarmee zu

befehligen, die dabei war, die Regierung Ruandas zu stürzen. Nach dreijährigem Bürgerkrieg kam ein Waffenstillstand zustande, der von Kagame hintertrieben wurde, was die ethnischen Massaker von 1994 auslöste, bei denen mindestens eine halbe Million Menschen starben. Mehr als eine Million flüchteten in das benachbarte Zaire. Kagame gelangte an die Macht, die er bis heute als Präsident ausübt. Ungeachtet dieser von ihm mitverursachten Verbrechen wurde Kagame von Washington als Friedensstifter gewürdigt. In der Folgezeit rüsteten die USA die ruandische Armee großzügig auf. Dies geschehe, weil Ruanda nach US-amerikanischen Plänen ein wichtiger Baustein bei der Bildung einer US-Einflußzone in Ostafrika sei, so ein Sprecher des Pentagon gegenüber der Washington Post (Lynne Duke, »U.S. Military Role in Rwanda Greater Than Disclosed« Washington Post vom 16. August 1997).

Weitere Bausteine im neuen geopolitischen Konstrukt sind Uganda, Burundi und am Rande Äthiopien. Hierbei handelt es sich um Militärregimes, die bei der Lösung innen- und außenpolitischer Probleme vor Gewaltanwendung nicht zurückschrecken. Dabei nutzen sie geschickt die ethnischen Mischungen in den Staaten der Region aus, um Landsleute jenseits der Grenzen gegen die jeweilige Regierung zu mobilisieren und um anschließend zu intervenieren. Dieses Muster liegt den Ereignissen in Zaire 1996 zugrunde. Die Frage stellt sich, wieso kleine und ressourcenschwache Staaten wie Ruanda und Uganda eigentlich in der Lage waren, eine solch großangelegte Militär-offensive durchzuführen. Die Antwort führt nach Washington. Ohne die Rückendeckung durch die Regierung der Vereinigten Staaten wäre ein solches Vorhaben nicht möglich gewesen. Aber die USA gewähren diese Art von Solidarität nicht uneigennützig. Vieles deutet darauf hin, daß die Parzellierung des Kongos und das Zuschneiden neuer Staaten als vorteilhaft gesehen werden. Da wären zunächst Aspekte des politischen Managements: anzunehmen ist, daß Regierungen solcher Staaten leicht zu lenken sind. Vorteile auf wirtschaftlicher Ebene bestehen darin, daß US-Verbündete sich hierfür erst qualifizieren, wenn sie Reformen entlang eines ungehemmten Kapitalismus einleiten. Und dabei sind die an den Bodenschätzen interessierten Großkonzerne in einer starken Verhandlungsposition. Außerdem ist

es politische Tradition, daß überall dort, wo die Vereinigten Staaten Einfluß ausüben, die eigenen Wirtschaftsinteressen zu Lasten rivalisierender Konzerngruppen durchgesetzt werden. Entscheidend bei den Plänen ist wahrscheinlich der geopolitische Aspekt: Afrika, wo bislang der Einfluß der europäischen Kolonialmächte noch wirksam ist, würde der US-Zone einverleibt, was mit Rücksichtnahme auf die europäischen Verbündeten nicht öffentlich gemacht wird. Bezeichnend ist, daß das Thema ethnische Zerklüftung und gescheiterte Staaten Eingang in den öffentlichen Diskurs gefunden hat, wo die Meinung vorherrscht, daß die gegenwärtigen Verwerfungen vorrangig aus der Willkür europäischer Kolonialherrschaft herrühren. Unterstellt wird, daß die europäischen Mächte im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten nicht in der Lage seien, andere Gesellschaften zu entwickeln. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür sei die Etablierung einheitlicher ethnischer Grundlagen. In diese Richtung zielte ein Artikel auf der Frontseite der New York Times vom 12. Januar 1999 ( »Congo's Struggle May Unleash Broad Strife to Redraw Africa«), dem einige Tage später eine ausführliche Analyse folgte ( Howard W. French, »The African Question: Who Is to Blame? The Finger Points to the West, and Congo Is a Harsh Example«, New York Times vom 16. Januar 1999).

Die Invasion Zaires mußte als einheimische Aktion dargestellt werden. Der für die Rolle des Rebellenführers ausgewählte Laurent Kabila war anfänglich eine Marionette; seine Truppen wurden von ruandischen Offizieren befehligt. Ohne die Unterstützung durch ugandische, ruandische und angolische Streitkräfte wäre der rasche Vormarsch auf die Hauptstadt Kinshasa nicht möglich gewesen. Auf dem Wege dorthin »säuberten« die Ruander dann gleich die Flüchtlingslager von ethnisch nicht genehmen Menschen.

Der mit Hilfe seiner ausländischen Freunde an die Macht gelangte Präsident Kabila füllte indessen die Marionettenrolle nicht lange aus. Die Aufbruchstimmung im Lande nach dreißig Jahren Willkürherrschaft und materiellem Elend griff auf Kabila über, der sich augenscheinlich auf seine marxistischen Wurzeln besann. Die Bereitschaft, volksdemokratische Ideen zu verwirklichen, entfremdete ihn zusehends seinen Freunden. In einem

gewagten Schritt begann der neue Präsident, die Herrschaft der ruandischen Offiziere über die kongolesische Armee zu brechen. Ein populärer Schritt bei der Bevölkerung, die ohnedies die sich als Besatzer aufführenden ausländischen Soldaten ablehnte.

Die Clinton-Regierung ging nun auf Distanz zur kongolesischen Regierung; Bitten um Aufbauhilfe wurden abschlägig beschieden, und die US-Presse warf Kabila schwere Verletzungen der Menschenrechte vor. Daß die neuerlichen Übergriffe von der ruandischen Soldateska verübt worden waren, blieb im Verborgenen. Am 28. Juli 1998 forderte der Präsident die Besatzungstruppen auf, das Land zu verlassen, was diese unter Mitnahme der Barbestände der kongolesischen Zentralbank auch taten. Am 2. August marschierten dann Ruanda und Uganda mit ihren regulären Armeen im östlichen Kongo ein. Zwei Tage besetzten ugandische Fallschirmjäger strategische Plätze im Westen des Kongo, was nach Expertenmeinung ohne logistische Unterstützung durch die USA nicht möglich gewesen wäre. Mitte August war die Hauptstadt Kinshasa eingeschürt. Eine Aufforderung der Organisation für Afrikanische Einheit, die Kampfhandlungen einzustellen, blieb unerfüllt. Daraufhin beschlossen die Regierungen Zimbabwes, Angolas und Namibias, dem bedrängten Kabila beizustehen. Mit Unterstützung der Bevölkerung gelang es, die Invasoren zurückzuschlagen, die Ende August nur noch ihre Ausgangsbasen im östlichen Kongo besetzt hielten. Die militärische Unterstützung hatte allerdings ihren Preis; so verlangte und erhielt die angolische Regierung Konzessionen zur Ausbeutung der Ölvorkommen an der Atlantikküste des Kongo; die zimbabwischen Freunde übernahmen die Kontrolle der größten staatlichen Rohstoffgesellschaft Gecomine, die die Kupfer- und Diamantenvorkommen in der Provinz Shaba, dem früheren Katanga, betreibt.

Der Bürgerkrieg hält bis in die Gegenwart hinein an. Im rohstoffreichen Osten teilen sich die Besatzer die Pfründe auf, wobei gewaltsame Auseinandersetzungen um die profitabelsten Claims zur Tagesordnung gehören. Die Vereinigten Staaten haben kurzfristig zumindest eine empfindliche Niederlage einstecken müssen – ihre Pläne eines Regimewechsels wurden durchkreuzt.

Aber: Das mühsam ausgehandelte Abkommen von Lusaka, das den Abzug aller fremden Truppen vom Staatsgebiet des Kongo vorsah, wurde nicht eingehalten, obwohl die USA Druck auf ihre Verbündeten ausübten. Dies könnte die Voraussetzungen für eine Teilung des Kongo bilden, womit die Pläne einer geopolitischen Neuordnung in greifbare Nähe rücken würden.

Entgegen aller Erwartungen hat sich die Regierung Kabila behaupten können; nach der Ermordung des Vaters im Januar 2001 übernahm der Sohn Joseph das Präsidentenamt. Er scheint einen wirtschaftsfreundlichen Kurs einzuschlagen und gibt sich konzessionsbereit gegenüber den westlichen Minenkonzernen. Der Kongo ist heute ein Gebilde, das im Osten von den Invasoren aus Ruanda und Uganda besetzt und ausgeplündert wird; die afrikanischen Staaten, die die Regierung unterstützen, bedienen sich auf ihre Weise an den Bodenschätzen des Landes. Die Regierung selbst muß als schwach bezeichnet werden. Bei derartigen Zuständen rücken Wiederaufbau und Entwicklung in weite Ferne – der Kongo ist heute im Zustand »geordneter Instabilität«.

*Die militärische Flankierung – ACRI:* Die Privatisierung von militärischen Dienstleistungen erstreckt sich auch auf Ausbildung und Training von Klientenarmeen in der dritten Welt, die in der Vergangenheit von der US-Army selbst durchgeführt worden waren. Im Auftrag des Außenministeriums übernimmt die Firma MPRI das gesamte Schulungsprogramm für sieben afrikanische Armeen, die der sogenannten African Crisis Response Initiative (ACRI) angehören. Aufgabe von ACRI, der auf afrikanischer Seite die Staaten Benin, Ghana, Malawi, Mali, Senegal, Uganda und Elfenbeinküste beigetreten sind, ist es, eine kontinentale »Friedenstruppe« aufzubauen.

Nach dem Scheitern der US-Mission in Mogadischu, die die USA knapp 3 Milliarden Dollar und 26 tote Soldaten kostete – die Kollateraltoten der somalischen Zivilbevölkerung nicht eingerechnet – ordnete Präsident Clinton mit seiner Presidential Decision Directive PDD 25 an, daß zukünftige Einsätze des US-Militärs in Afrika nur noch in solchen Fällen erfolgen dürften, wo US-amerikanische Interessen oder die internationale Sicherheit bedroht seien. Vor diesem Hintergrund wurde die ACRI als Ersatz konzi-

piert. Die USA stellen Finanzmittel und Schulungspersonal zur Verfügung; die afrikanischen Partner kommandieren insgesamt 10.000 Mann für die Friedenstruppe ab. Es werden turnusmäßige Übungen abgehalten, geleitet von der 3. und 5. US Special Forces Group, die unterstützt werden vom 18. Fallschirmjägerkorps. Dies wird von Kreisen des US-Militärs mit Hinweis auf Überschneidungen von Zuständigkeiten heftig kritisiert. Wie es sich für eine Supermacht gehört, kommentiert John E. Peck (Remilitarizing Africa for Corporate Profit, Foreign Policy, Oktober 2000), wurden die ausgewählten Partner nicht vorab konsultiert.

Im März 1999 wurden Einheiten der ghanaischen Armee von Instruktoren der Firma MPRI ausgebildet; Mitglieder der US Special Forces überwachten den Lehrgang. Einige Zeit später wurde die Armee des Senegal geschult.

Kritikern der Privatisierung begegnet das Außenministerium mit Hinweisen auf die damit verbundenen Einsparungen und den Charakter von ACRI als Friedensmission, die lediglich mit Waffen zur Selbstverteidigung ausgerüstet sei. Das mag auf den ersten Blick stimmig wirken. Aber die in modernsten Kampftechniken geschulten Soldaten sind auch andernorts verwendbar. Bei ACRI handelt es sich um eine Gruppe, die im Bedarfsfall zusammentritt. Ansonsten gehen die hierfür vorgesehenen Einheiten ihrem normalen Dienst nach. Die Armee Ugandas beteiligte sich an der zweiten Invasion des Kongo. Ausrüstungsgegenstände aus dem ACRI-Arsenal wurden hierbei nachweislich verwendet. Amnesty International wirft den Ugandern Beteiligungen an Massakern und Vergewaltigungen vor. Die Armee Senegals unterstützt Rebellen aus dem benachbarten Guinea-Bissau, die das Regime von General Asumane Mane stürzen wollen. Auch dort kamen ACRI-Waffen zum Einsatz, auch dort wird von Massakern und Vergewaltigungen berichtet. Und MPRI hat die kroatische Armee geschult, die kurze Zeit später zur »ethnischen Säuberung« aufbrach.

Es ist ein Merkmal von sogenannten Kleinkriegen, daß sie militärtechnisch mit einfachen Waffen geführt werden, weil den Kriegsparteien die finanziellen Mittel für zeitgemäße Ausrüstungen fehlen. Daher macht eine nach modernen Maßstäben geschulte Armee oft den entscheidenden

Konkurrenzvorsprung aus. So gesehen, ist die Argumentation des US-Außenministeriums haltlos.

Auf der afrikanischen Szene bedeutet das Engagement von US-amerikanischen Militärunternehmen einen geopolitischen Wandel. In der Vergangenheit waren es vor allem südafrikanische und britische Unternehmen gewesen, die ihr Personal bei Konflikten anboten. Für das damalige Apartheidregime in Pretoria war diese Art der verdeckten Konfliktbeteiligung ein ideales Mittel zur Einmischung. Die Gruppe Executives Outcome (EO) war lange Zeit der Marktführer. Schwerpunkte der Geschäftstätigkeiten waren Beratungsaufträge der Regierungen Angolas und Sierra Leones; zu den Kunden aus der Wirtschaft zählten der US-Ölkonzern Gulf Chevron und die staatliche angolische Ölgesellschaft Sonangol. Die Nach-Apartheidregierung setzte schließlich das Verbot von Söldnerfirmen jeglicher Art durch. EO löste sich offiziell auf, scheint jedoch im Ausland weiterzuarbeiten. Es ist bekannt, daß ein Ableger der EO, die Firma Saracen in Uganda tätig ist; Hauptgesellschafter ist Verteidigungsminister Salim Saleh, ein Halbbruder des Präsidenten Museveni. Eine andere Tochter Lifeguard Security arbeitet in Sierra Leone.

Es ist anzunehmen, daß gegenüber der südafrikanischen Regierung auch sanfter Druck von Washington zum Tragen kam. So wurde die Zusammenarbeit mit der angolischen Regierung an die Forderung geknüpft, den Beratervertrag mit EO zu kündigen, offensichtlich um Platz für die eigenen Militärunternehmen zu schaffen.

In Angola, seit der Unabhängigkeit 1974 Schauplatz eines der langwierigsten und blutigsten Stellvertreterkriege, stand die Regierung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion am Scheidewege. Die Abkehr vom sozialistischen Wirtschaftsmodell bei Einführung von Prinzipien der ungezügelter Marktwirtschaft öffnete der Regierung dos Santos die Tür zum Weißen Haus. Präsident Clinton forderte und erhielt großzügige Konzessionen für die US-amerikanische Ölindustrie und als Beigabe die Öffnung des angolischen ›Sicherheitsmarktes‹ für US-Militärunternehmen.

Die britischen Unternehmen der Branche gingen Partnerschaften mit US-amerikanischen Firmen ein; so ist die größte britische Gruppe Sandline heute

in den USA registriert und kann mit ihren US-Partnern auf Regierungsaufträge rechnen.

*Der Faktor Öl:* Gegenwärtig beziehen die Vereinigten Staaten 15 Prozent ihrer Ölimporte aus Afrika. Experten gehen davon aus, daß in den nächsten fünf Jahren der Anteil aus den Fördergebieten Nigeria, Äquatorial Guinea und Angola verdoppelt wird. Schon stellt der für Afrika zuständige Staatssekretär im Außenministerium Kansteiner fest: »Das afrikanische Öl ist von strategischem nationalem Interesse, und diese Rolle wird in nächster Zeit noch wachsen«.

Vizepräsident Cheney, mit der Ölindustrie eng verbandelt, unterstützt diese Position, die er mit Blick auf die Instabilitäten im Nahen Osten wie folgt präzisiert: »Gemeinsam mit Lateinamerika ist Westafrika vermutlich eine der am schnellsten wachsenden Öl- und Gasquellen für den amerikanischen Markt«. Die Ölvorkommen liegen unter dem Küstenschelf des Golfs von Guinea, das sich von Nigeria im Norden über Gabun bis nach Angola im Süden erstreckt. Die Region gehört zu einer ölhaltigen geologischen Formation, die in nordöstlicher Richtung von Brasilien nach Nigeria verläuft. Die vermuteten riesigen Vorkommen am Boden des Südatlantik können gegenwärtig nicht erschlossen werden, da die produktionstechnischen Voraussetzungen für derartige Tiefenförderung auf hoher See vorerst nicht vorhanden sind; auch ist die Ausbeutung der küstennahen Lagerstätten wesentlich kostengünstiger.

Der Inselstaat Äquatorial Guinea, der nach internationalem Recht Anspruch auf große Teil der Lagerstätten hat, liegt im geographischen Zentrum der westafrikanischen Ölfelder. Er wird als das Kuwait Afrikas gehandelt; bis Ende 2002 investierten US-amerikanische Konzerne hier mehr als 5 Milliarden Dollar. Aber auch andere Staaten melden Ansprüche an. Frankreich hat aus der kolonialen Vergangenheit gute Beziehungen zu seinen Klienten, vor allem nach Gabun, dessen Staatschef Bongo ein Diktator von französischen Gnaden ist. Der Staatskonzern Elf, jetzt unter TotalFinalElf firmierend, wurde 1965 gegründet, um nach der Entkolonialisierung die Interessen Frankreichs an Öl zu sichern. Weitere Akteure im afrikanischen Ölspiel sind

neben der britischen BP, die sich auf die nigerianischen Vorkommen konzentriert, der malaysische Staatskonzern Petronas, der für seine Aktivitäten in Afrika ein Gemeinschaftsunternehmen mit südafrikanischen Investoren, Energy Africa, gründete.

Die dominante Rolle, die heute von US-amerikanischen Firmen in Äquatorial Guinea ausgefüllt wird, basiert im wesentlichen auf den Tätigkeiten privater Militärunternehmen. Die seit 1968 unabhängige spanische Kolonie wird von verschiedenen Gruppen beherrscht, denen brutale Herrschaft und Ausbeutung der bis zu Beginn der Ölbonanza eher dürftigen Ressourcen der Inselgruppe (Bevölkerung knapp eine halbe Million Menschen) gemeinsam ist. In besonderer Erinnerung bleibt dabei das Weihnachtsmassaker 1975; Diktator Nguema ließ 150 Oppositionelle im Fußballstadion zu den Klängen des Popsongs »Those were the days my friend« abschlachten. Zwei Drittel der Parlamentsabgeordneten verschwanden; ein Drittel der Bevölkerung wurde ermordet oder floh aus dem »Insel-Gulag«. 1979 stürzte Neffe Obiang seinen Onkel Nguema, und ist seitdem an der Macht. Von seinem Onkel übernahm er augenscheinlich nicht nur das Amt, sondern auch die Herrschaftsmethoden. Auf dem Papier weist das Land eine konstitutionelle Demokratie auf, jedoch können die Präsidentschaftswahlen 1996 und die Wahlen zum Parlament 1999 alles andere denn als frei und geregelt bezeichnet werden. Zwar gibt es nominell Meinungsfreiheit, was den Präsidenten aber nicht daran hindert, unter Bezugnahme auf die nationale Sicherheit, unliebsame Kritiker wegzuschließen. Der gescheiterte Staatsstreich vom April 2002 weist darauf hin, daß die politische Situation alles andere als stabil ist. Die soziale Lage ist katastrophal; nach einem Bericht der Weltbank aus dem Jahr 2000 beträgt das Prokopfeinkommen weniger als zwei Dollar am Tag; Äquatorial Guinea zählt zur Gruppe der ärmsten Länder weltweit.

Vor nicht allzu langer Zeit hat die US-Regierung ihre Botschaft geschlossen (1995); in den Jahresberichten des Außenministeriums zur Lage der globalen Menschenrechte wurde das Regime Obiang regelmäßig angeklagt. Der Internationale Währungsfonds strich eine Kapitalzusage mit dem Hinweis auf die endemische Korruption der Regierung. Das war gestern. Obiang und Familie sind inzwischen hochangesehene Eigentümer von Prachtvillen in

Hollywood, Washington und Maryland (Kaufsumme: 9,55 Millionen Dollar). Der Diktator gehörte zum ausgewählten Kreis, der von Präsident Bush anlässlich der Gedenkfeiern zum ersten Jahrestag des 11. September im Weißen Haus empfangen wurde. Der so Hofierte hat etwas wichtiges anzubieten: Öl und Öllerserven im geschätzten Umfang von 30 Milliarden Barrel.

Vor dem Hintergrund der höchst instabilen politischen Lage ist es naheliegend, daß die Ölkonzerne ihre Bohrinseln und sonstigen Fördereinrichtungen gesondert schützen, eine in der Branche übliche Vorsichtsmaßnahme. Der Armee wird nicht viel Vertrauen entgegengebracht; nicht einmal der Präsident verläßt sich auf sie. Zu seinem persönlichen Schutz hat er eine 350 Mann starke Leibgarde installiert; das Personal stellt die Armee Marokkos. Wie rekrutieren nun die Konzerne ihr Sicherheitspersonal? Offiziell sind sie gehalten, die Dienste des einheimischen Unternehmens Sonavi in Anspruch zu nehmen. Hierbei handelt es sich um eine Dienstleistungsfirma, die dem Chef des Geheimdienstes, General Nguema gehört, einem Bruder des Präsidenten. Weder der Staatschef selbst noch das ausländische Kapital haben aber offensichtlich allzu großes Vertrauen in das Unternehmen. Deshalb greifen beide auf unterschiedliche Weise auf US-amerikanische Sicherheitsunternehmen zurück.

1998 wandte sich die äquatorianische Regierung an das Unternehmen MPRI mit dem Auftrag, die Ausbildung und Modernisierung der Armee zu übernehmen. MPRI kam offenbar deshalb in Betracht, weil das Unternehmen von der US-Regierung bei Ausbildungsprogrammen der ACRI-Teilnehmerstaaten eingesetzt wurde und darüber hinaus mit der Reform der Streitkräfte Nigerias befaßt war. Der neue Kontrakt stieß anfänglich auf Widerstände im Außenministerium und im Kongreß, die mit Hinweis auf die Verstöße gegen die Menschenrechte die Lizenzvergabe verweigerten. Widerstände wurden beseitigt, als Präsident Obiang US-Diplomaten glaubhaft versicherte, daß die Dienste der Firma und die Hilfe der USA notwendig seien, um den Weg zur Demokratie zu festigen und die Armee auf demokratische Prinzipien einzuschwören. Der Hinweis der US-Diplomaten, daß andere Staaten wie Rußland, Frankreich und China nur darauf warteten, in



die Bresche zu springen, tat ein übriges. MPRI mußte jedoch zunächst sein Tätigkeitsfeld auf die Schulung der Küstenwache beschränken.

Nach dem »11. September« erhielt Westafrika einen höheren Stellenwert in der US-Weltmachtspolitik. Der entscheidende Faktor hierbei ist Öl. Anfang 2002 setzte der Bush-nahe Think-Tank »Institute for Advanced Strategic and Political Studies« eine »African Oil Policy Initiative Group« (Aopig) ein. Diese schlug vor, für Afrika eine ähnliche US-Kommandozentrale zu errichten wie Eucom für Europa – und zwar in São Tomé. Außerdem sollten die USA ihre militärische Zusammenarbeit mit der von Nigeria geführten »Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft« (Ecowas) ausbauen. US-Militärs bilden bereits die Armeen mehrerer westafrikanischer Länder aus, unter anderem auch Soldaten, die in Nigerias Ölfeldern stationiert sind. Afrikas Öl, so die Studiengruppe Aopig, sei von »vitalem Interesse« für die USA. Sie hat dem Afrikaausschuss des US-Repräsentantenhauses einen Bericht mit dem Titel »African Oil: A Priority for US National Security and African Development« vorgelegt, der nun vom US-Außenministerium verbreitet wird. Der Präsident des Afrikaausschusses begrüßt die Thesen der Studiengruppe: »Es ist ganz klar in unserem nationalen Interesse, unsere Energiequellen zu diversifizieren, besonders angesichts des turbulenten politischen Klimas in Schlüsselregionen der Welt«, sagte er bei einer Tagung. »Die Expansion der Energieförderung in Afrika entspricht diesem Interesse. Heute kommen über 15 Prozent unserer Ölimporte aus Afrika. Dieser Anteil wird sich in den kommenden Jahren erheblich erhöhen.«

Die US-Ölimporte aus Schwarzafrika sind laut Aopig bereits größer als die aus Saudi-Arabien. Bis 2003 dürften US-Konzerne zehn Milliarden Dollar in die afrikanische Ölförderung investieren – wichtigste Projekt sind die Erschließung von Ölfeldern im Tschad und der Bau einer Pipeline an die Atlantikküste Kameruns, nicht weit von São Tomé. Nach Projektionen des US-Geheimdienstkomitees National Intelligence Council, die vom Londoner Informationsbrief »Southscan« wiedergegeben wurden, soll der Golf von Guinea bis zum Jahr 2015 ein Viertel des US-Ölimportbedarfs decken. Vor diesem Hintergrund nehmen Pläne der Bush-Regierung Gestalt an, die militärische Präsenz in der Region auszubauen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei

der Inselstaat São Tomé e Príncipe, der im Atlantischen Ozean südlich von Nigeria liegt. Laut einem Abkommen, das Ende August zwischen den Regierungen São Tomés und der USA unterzeichnet wurde, soll der Mini-staat eine riesige US-Militärbasis erhalten. Das Pentagon bekäme damit vor der Küste Westafrikas eine mit der Luftwaffenbasis von Diego Garcia im Indischen Ozean vergleichbare Einrichtung. Diego Garcia spielte eine wichtige Rolle beim Afghanistankrieg und ist auch beim Irakkrieg wichtig. São Tomés Präsident Fradique de Menezes bestätigte, dass er mit US-Verantwortlichen Gespräche über einen Tiefseehafen auf seiner Hauptinsel geführt habe. Dort könnten US-Kriegsschiffe Station machen. General Carlont Fulford, Vizechefkommandant des US-Europakommandos (Eucom) in Stuttgart, besuchte São Tomé bereits im Juli. Das Eucom ist auch für Afrika zuständig. Das offizielle Washington verneint, daß es solche Pläne gäbe. Andererseits ist die ACRI-Initiative aufgestockt und ausgeweitet worden. Das nunmehr unter ACOTA (African Contingency Operations Training and Assistance) firmierende Kooperationsprogramm erhält seit Mai 2002 wesentlich mehr Mittel, sein Aufgabenbereich erstreckt sich nun auf die Schulung der Partnerarmee primär für die jeweiligen nationalen Bedürfnisse. Vom ursprünglichen Gedanken einer afrikanischen Friedenstruppe ist dabei keine Rede mehr. Zu den langfristigen Plänen zählt die Einrichtung eines neuen US-Militärkommandos, zuständig für den Südatlantik und die Anrainerstaaten. Die Achse soll hierbei von Südafrika und Brasilien gebildet werden – eine Wiederauflage des kurzlebigen Militärbündnisses zwischen dem Apartheids- und einem Obristenregime aus den sechziger Jahren.

MPRI kann unter der neuen Lage mit dem Zuschlag rechnen, die Armee Äquatorial Guineas auszubilden. Das ist sicherlich notwendig, denn in der Vergangenheit war es zu Scharmützeln mit den Nachbarstaaten Nigeria und Kamerun wegen der maritimen Grenzziehung um die Ölvorkommen gekommen. Der aktuelle Konflikt über das Bakassi-Feld zwischen Nigeria und Kamerun ist äußerst brisant, weil er auch Interessen Gabuns und Äquatorial Guineas berührt, und Staaten, die einen mächtigen Verbündeten im Rücken haben, verhalten sich oft äußerst aggressiv.

Die US-Ölkonzerne, nun fest im »afrikanischen Kuwait« etabliert, haben

bereits einen neuen Übernahmekandidaten im Visier: Angola. Das Staatsunternehmen Sonangol ist an allen Explorationen am Küstenschelf beteiligt, was die Gewinnmargen der ausländischen Konzerne schmälert. Teile der Öleinnahmen von Sonangol wurden auf verschlungenen Wegen am Staatshaushalt vorbei ins Ausland transferiert, einmal zur privaten Bereicherung der höchsten Repräsentanten des Staates, zum wesentlichen aber, um den Bürgerkrieg zu finanzieren. Das Land befindet sich seit der Unabhängigkeit 1974 im permanenten Krieg. Der Konflikt überdauerte das Ende des Kalten Krieges. Die Regierung Bush Vater behandelte die Rebellen weiterhin als Freiheitskämpfer, obwohl es sich hierbei mittlerweile um ein kriminelles Syndikat handelt, das die Bodenschätze des Landes, vor allem Diamanten plündert und am regulierten Markt vorbei veräußert. Die an der Ausbeutung der Öllager von Cabinda beteiligten US-Konzerne bezahlen mit ihren Konzessionen die Streitkräfte des angolanischen Staates, mit dem die eigene Regierung einen halbwegs verdeckten Krieg führte. Nach Eliminierung des Rebellenchefs Savimbi 2002 scheint ein Ende des Bürgerkriegs in Sicht zu sein.

Es scheint, daß die Vereinigten Staaten beim Zugang zum westafrikanischen Öl die Oberhand behalten werden. Fast sämtliche Regierungen sind kaum legitimiert und daher sehr instabil. Es ist verständlich, daß sich solche Regimes nach einer Schutzmacht umsehen, und die Vereinigten Staaten sind im Rahmen ihrer ungezügelter Weltmachtspolitik nur zu bereit, den entsprechenden militärischen Schirm zu liefern, was kein anderer Staat leisten kann. Aber diese Freundschaft hat ihren Preis. Die parlamentarische Initiative, den Golf von Guinea zur strategischen Zone von nationalem Interesse zu erklären, hält da einiges bereit. Gefördert werden dabei u.a. die Privatisierung des Bodens einschließlich der Off-Shore-Öllager. Die afrikanischen Staaten sollen natürlich nicht leer ausgehen. Um die wirtschaftliche Entwicklung zu finanzieren und zu fördern, sollen Treuhandfonds eingerichtet werden. In sie fließen sämtliche Einnahmen, sofern der Weltmarkt die Grenze von 16 Dollar pro Faß überschreitet. D.h. im Klartext, daß die Ölkonzerne satte Gewinne einstreichen, denn bei Förderkosten, die etwa 3-4 Dollar pro Faß betragen, liegt die Gewinnmarge bei 300 Prozentpunkten und höher.

Beides, Privatbesitz am Ölvorkommen und Gewinnmargen, übertreffen die sicherlich nicht unvorteilhaften üblichen Verhältnisse bei weitem, und das dürfte der eigentliche Antrieb dafür sein, die afrikanischen Lagerstätten auszubeuten. Faktoren wie der niedrige Sulphatgehalt, was eine kostengünstige Verarbeitung ermöglicht, der leichte und schnelle Abtransport ohne Rücksichtnahme auf Nadelöhre wie die Straße von Hormus oder den Suezkanal, bilden zusätzliche Vorteile.

**Willige Helfer: Militärs in Südamerika.** Zentral- und Südamerika wurden von den Vereinigten Staaten als Regionen behandelt, in denen sie seit dem 19. Jahrhundert Vorzugsrechte vor anderen Großmächten beanspruchten. Dies galt besonders seit dem Zweiten Weltkrieg. In wirtschaftlicher Hinsicht wurde der Subkontinent zunächst vernachlässigt, obwohl die Agrar- und Bergbausektoren, Betätigungsfelder der lokalen Oligarchien und US-amerikanischer Konzerne, immer noch unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise nach 1930 litten und die herrschenden Kreise dadurch in innenpolitische Bedrängnis gerieten.

Wie nirgendwo sonst hatte sich in Südamerika bislang die US-Militärhilfe als erfolgreich erwiesen, was vor allem den dortigen sozialen Verhältnissen geschuldet war. Das Militär, verlängerter Arm der herrschenden Kreise und im Bedarfsfall Entscheider bei internen Auseinandersetzungen, war erzkonservativ, strikt anti-kommunistisch und pro-amerikanisch. Deshalb war eine derartige Hilfe herrschaftsstabilisierend bei einem vergleichsweise geringen Aufwand. Das macht beispielsweise die von den südamerikanischen Eliten mehrheitlich tolerierte US-Intervention in Guatemala im Jahr 1954 verständlich ebenso wie die Einflußnahme auf die Entwicklung in Bolivien, wo über Wirtschaftshilfe und Sozialprogramme eine radikale Arbeiterbewegung vom Zugang zur Macht abgeschnitten wurde. Die kubanische Revolution zwang die USA, Südamerika in den eigenen strategischen Planungen einen gebührenden Raum zu gewähren und eine Politik zu überprüfen, die offensichtlich nicht in der Lage war, Kuba wieder der US-amerikanischen Dominanzsphäre zuzuführen, und noch weniger, soziale Protestbewegungen zu len-

ken. Kennedys Allianz für den Fortschritt wurde als Antwort auf die drängenden Probleme angesehen. Die Bereitstellung von umfangreicher Kapitalhilfe, die Unterstützung einer moderaten Eingrenzung des Großgrundbesitzes und von Sozialprogrammen und die Förderung von Gesundheits- und Schulwesen schienen einen neuen Ansatz zu beinhalten. Tatsächlich war die US-Entwicklungshilfe aber der zivile Arm der Counter-Insurgency, eines Programmes zur Aufstandsbekämpfung, das eine geschickte Steuerung von sozialem und politischem Protest darstellte, mit dem einzigen Ziel, diesen als möglichen Gefahrenherd zu beseitigen.

Die Counter-Insurgency sieht eine Zusammenarbeit mit lokalen Eliten vor, verzichtet jedoch auf eine offene US-amerikanische Präsenz, die ein derartig unterstütztes Regime eventuell in weiteren Mißkredit bei der eigenen Bevölkerung gebracht hätte.

Im zivilen Bereich wurde nun das nachgeholt, was im militärischen schon seit 1946 bestand – die Einbindung von Eliten in den US-amerikanischen Herrschaftsapparat. Eine zentrale Rolle spielte dabei die School of the Americas (SOA), eine von der US-Armee betriebene Führungsakademie, an der die Generalstäbe fast sämtlicher südamerikanischer Armeen geschult wurden. Seit 1946 sind mehr als 60.000 Offiziere und Fachkräfte der Polizeidienste an der SOA ausgebildet worden, zuerst am Standort Panama und seit 1984 auf dem Militärstützpunkt Fort Benning im US-amerikanischen Georgia. Im Jahre 1993 kam eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu dem Ergebnis, daß zwei Drittel der Offiziere der Armee El Salvadors, denen vorgeworfen wurde, während des Bürgerkrieges Foltern vorgenommen zu haben, die SOA durchlaufen hatten.

Offenbar kein Einzelfall: die Militärdiktatoren Argentinien, Panamas, Perus und Ekuadors, die Herren Viola, Galtieri, Noriega, Torrijos, Alvarado und Rodriguez waren allesamt Schüler dieser Einrichtung. Die Leiter der Todesschwadronen in Peru, Honduras, El Salvador, Chile und Guatemala absolvierten SOA-Lehrgänge. Die Chefs der Konzentrationslager in Chile, der Chef der Geheimpolizei und Diktator Pinochet selbst zählen ebenfalls zu den Absolventen.

In der Fernsehdebatte 1984 mit seinem Herausforderer Walter Mondale

gab Präsident Reagan die Existenz eines Handbuchs zu Sabotage und Mordanschlägen zu, das die CIA maßgeschneidert für ihre Klientel in Zentralamerika konzipiert hatte. Der Sturm der Entrüstung hielt sich allerdings in Grenzen, offensichtlich weil die großen US-Mediengesellschaften auf die Berichterstattung über tatsächliche oder unterstellte Verbrechen der Gegenseite, in diesem Fall der sandinistischen Revolutionsregierung in Nicaragua, eingeschworen worden waren; sie gaben sich mit der dubiosen Erklärung des Weißen Hauses zufrieden, wonach Mordanschläge nur lokalen Politikern galten, nicht jedoch der politischen Führung eines großen Landes, was gesetzlich verboten war.

Es gab Bestrebungen von Kongreßabgeordneten, die Einrichtung, von den Kritikern als School of Assassins bezeichnet, zu schließen, was von einer hauchdünnen Parlamentsmehrheit abgelehnt wurde. Immerhin wurde eine Umbenennung in Western Hemisphere Institute for Security Cooperation (WHISC) angeordnet. Auslöser für den Skandal war die auf Druck der Öffentlichkeit erzwungene Veröffentlichung von Schulungsmaterial der SOA. Neben technischen Kursen in Militärstrategie, Logistik etc. wurden Kurse in Verhörmethoden und Anleitungen zum Foltern angeboten. »Das Curriculum der Schule«, so die offizielle Stellungnahme gegenüber dem General Accounting Office des Kongresses 1996 »hat sich seit den Anfängen geändert, wo PKW-Reparaturen, Geschützwartungsarbeiten und Kochen unterrichtet wurden.

In den 70ern enthielt das Curriculum Kurse in Counter-Insurgency Operationen mit dem Ziel, die Streitkräfte Lateinamerikas im Kampf gegen Aufstände in der Region zu trainieren.« Hierzu ein Augenzeuge der in Fort Benning eingeübten Anwendungen: »Wir betrauern die Opfer des 11. September, können aber nicht die 75.000 Toten des Bürgerkrieges in El Salvador vergessen, die Opfer der an der SOA ausgebildeten Folterspezialisten sind«, sagte Jesuitenpater Roy Bourgeois anlässlich einer Anhörung vor dem US-Kongreß.

Die Hauptkundschaft des WHISC stammt heute aus Kolumbien, wo ein schmutziger Bürgerkrieg tobt. Die USA haben seit zwei Jahren mit ihrem Plan Columbia im wörtlichen Sinne Stellung bezogen; sie agieren dort über

Militär- und Geheimdienstspezialisten, rüsten die Armee mit modernen Waffensystemen aus und haben die Leitung im Kampf gegen die linke Guerilla übernommen.

*Ausgangspunkt Argentinien: Peron und die Nazis.* Argentinien bildete den Endpunkt der Nazi-Fluchtlinien aus Europa. Die sozialen Verhältnisse in diesem Land, die als Peronismus bekannte Sozialpolitik eines moderaten Faschismus, boten günstige Standortbedingungen. Die politische Klasse des Landes war für autoritäre Lösungen ohnehin empfänglich, bei denen die Neankömmlinge ihren reichhaltigen Erfahrungsschatz einbringen konnten. Es ist kein Zufall, daß sich Argentinien zu einem Zentrum des kontinentalen Kampfes gegen die Linke und andere ›subversive Elemente‹ entwickelte bis hin zu dem von Alt-Nazis inspirierten Putsch in Bolivien 1980 und der Beratung der Contraterroristen in Zentralamerika.

Juan Domingo Peron, Sohn eines einflußreichen Rinderzüchters aus der Provinz Buenos Aires, begann seine Karriere im argentinischen Militär. 1939 wurde er als Mitglied des Generalstabs nach Italien geschickt, um dort das faschistische System zu studieren. Zurück in Argentinien bekam Peron seine große Chance, als 1943 die Kommunistische Partei für einen Generalstreik gegen den drohenden Militärputsch mobilisierte: Durch eine Mischung aus offener Repression gegen linke Gewerkschafter und einer Politik der Zusammenarbeit mit den rechten Gewerkschaftsverbänden und materiellen Zugeständnissen an die Forderungen der Lohnabhängigen sollte Peron die ArbeiterInnenbewegung unter Kontrolle bringen.

Perón, der von 1946 bis 1955 argentinischer Präsident war, erließ damals eine Reihe sozialpolitischer Gesetze, mit denen er sich eine Massenbasis in der Arbeiterschaft sicherte. Er förderte einerseits die Gewerkschaften, praktizierte eine Politik der – allerdings eng begrenzten – Umverteilung von Reichtümern und verstaatlichte einige Unternehmen. Andererseits band er die Gewerkschaften aber in ein von oben gesteuertes, korporatives System ein und säuberte sie auf höchst repressive Art von allen sozialistischen, anarchistischen und kommunistischen Einflüssen.

Da Argentinien ökonomisch vom fernab ausgetragenen Zweiten Welt-

krieg stark profitiert hatte, funktionierte das peronistische Umverteilungsmodell in jener Zeit, ohne der Oberschicht allzu große Konzessionen abzuverlangen. Als dann die wirtschaftliche Lage in den 50er Jahren schwieriger wurde und Perón zu Steuererhöhungen zwang, war der peronistische Traum schnell zu Ende, und der Oberst mußte ins Exil. Was weiterlebte, war die Legende, Perón und seine erste Frau Evita hätten die Interessen der Armen vertreten. Auf Grund dieser populistischen Mischung von Sozialpolitik und Autoritarismus wurde Perón zu Lebzeiten sowohl von der linken peronistischen Jugend als auch von stramm rechten Gewerkschaftsfunktionären zum Hoffnungsträger stilisiert.

Doch als er dann 1973 aus dem Exil zurückkehrte, begannen schon wenige Monate später die ersten politischen Morde in den Reihen der Juventud Peronista und der peronistischen Guerilla Montoneros. Letztlich verfolgte Perón dieselbe Politik wie in den 40er Jahren: Einen paternalistischen Regierungsstil, bei gleichzeitiger Liquidierung aller radikalen linken Strömungen. Nur daß in den siebziger Jahren eine ganz neue Generation junger Aktivisten an dem Glauben zerbrach, ausgerechnet Perón würde im brodelnden Argentinien den revolutionären Umsturz anführen. Perón selbst starb wenig später am 1. Juli 1974, und seine zweite Frau Isabel führte mit einem reaktionären Beraterstab den schmutzigen Krieg gegen die linksgerichtete peronistische Jugend fort, bis 1976 die Militärs die Macht übernahmen.

Der Untergang des Nationalsozialismus hatte nichts an der pro-faschistischen Haltung Juan Perons geändert. Über seinen Privatsekretär Rudolfo Freude, der gleichzeitig Chef des argentinischen Geheimdienstes war, ließ er die Flucht von mehreren tausend Nazis organisieren. Der Vater Freudes, Ludwig, war Direktor der Banco Aleman Transatlantico in Buenos Aires, wo er treuhänderisch die rechtzeitig ins Ausland transferierten Privatvermögen des Nazi-Führungspersonals verwaltete, nach Schätzungen mehrere hundert Millionen Reichsmark.

Nach Recherchen des Schweizer Journalisten Georg Hodel wurde nach dem 8. Mai 1945 Evita Peron tätig, die über die Verbindungen zum spanischen Diktator Franco und zum Vatikan Kontakte zu den zahlungskräftigen und ausreisewilligen Nazis knüpfte. Die Mission war in mehrfacher

Hinsicht erfolgreich: Mit Hilfe des argentinischen Reeders Alberto Doderro wurden ab 1947 mehrere tausend Nazis nach Südamerika transportiert, unter ihnen Mengele und Eichmann und der Führer der kroatischen Ustascha, Pavelic, dem nach seiner Ankunft in Buenos Aires ein Posten bei der örtlichen Daimler Benz Vertretung angeboten wurde. Als Gegenleistung wurden mehrere Millionen auf die Privatkonten der Perons in der Schweiz überwiesen. Dies war nur möglich aufgrund der Mitwirkung von Schweizer Banken, wobei sich ein hoher Mitarbeiter des Außenministeriums, Jacques-Albert Cuttat, hervortat. Die Zusammenkunft der argentinischen Präsidentengattin mit den Schweizer Bankern fand im Nobelhotel Baur au Lac in Zürich statt; offenbar ein geeigneter Ort, an dem sich Jahrzehnte später auch die Geldwäscher der CDU trafen.

Perons Nazi-Connection überstand offenbar alle politischen Wechselfälle. Die Entourage bei seiner Rückkehr aus dem spanischen Exil 1973 setzte sich zusammen aus Mitgliedern der exilkubanischen Terrorgruppe Alpha 66, der italienischen Ordine Nuovo, der kroatischen Ustascha und korsischer Gangstergruppen aus dem Drogenmilieu. »Juan Peron hatte sein siebzehnjähriges Exil überstanden als eine der Hauptfiguren der neofaschistischen Elite Europas«, kommentiert Robert Reed (Juan Peron & »Cocaine Politics«, Consortium News vom 12. November 1999). »In den folgenden Monaten nutzten seine Schützlinge den körperlich hingefälligen Patron aus, um hinter seinem Rücken neofaschistische Gruppen und Drogendealer ins Land zu schleusen«. Dies war das Personal, das das Rückgrat der Antikommunistischen Allianz Argentiniens bildete, des Vorläufers der südamerikanischen Todesschwadronen.

*Netzwerk Condor.* Es hielten sich lange Zeit Gerüchte, daß die Vereinigten Staaten gemeinsam mit faschistischen Kräften und Regierungen in Südamerika in den siebziger Jahren ein Netzwerk unterhielten, das der Liquidierung von Oppositionellen diene. Grundlage der Vermutungen über die Operation Condor – die Anlehnung im Namen an die Legion Condor, mit der die Nazis zugunsten der Franco-Faschisten militärisch in den spanischen Bürgerkrieg eingriffen, ist auffällig – war lange Zeit das Telex eines FBI-

Mitarbeiters an der US-Botschaft in Buenos Aires an den Direktor des FBI in Washington vom 28. September 1976. Die Nachricht war als geheim klassifiziert und lautete:

»Am 28. September 1976 übermittelte eine vertrauenswürdige ausländische Quelle ... folgende Information: »Operation Condor« ist der Codename für die Sammlung, den Austausch und die Speicherung von Geheimdienstdaten über sogenannte »Linke«, Kommunisten und Marxisten, die kürzlich organisiert wurden zwischen Geheimdiensten in Südamerika mit dem Ziel, marxistische terroristische Aktivitäten in der Region zu beseitigen. Zusätzlich schafft »Operation Condor« die Voraussetzungen für gemeinsames Handeln gegen terroristische Ziele in den Mitgliedsländern der »Operation Condor«. Chile ist das Zentrum für die »Operation Condor«; weitere Mitglieder sind Argentinien, Bolivien, Paraguay und Uruguay. Brasilien hat andeutungsweise seine Bereitschaft erklärt, die »Operation Condor« mit Informationen zu versorgen. Die Mitgliedsstaaten mit dem höchsten Interesse und Eifer sind bislang Argentinien, Uruguay und Chile. Diese Länder haben gemeinsame Operationen gegen terroristische Ziele durchgeführt, vor allem in Argentinien. In der Woche vom 20. September 1976 die... [2 Zeilen entfernt].

Die dritte und geheimste Phase der »Operation Condor« beinhaltet die Bildung von Spezialteams aus den Mitgliedsstaaten, die weltweit in Nichtmitgliedsländer reisen, um Sanktionen bis hin zu Anschlägen gegen Terroristen oder Unterstützer von terroristischen Organisationen aus den Mitgliedsstaaten durchzuführen. Als Beispiel: Sollte ein Terrorist oder ein Unterstützer aus einem Mitgliedsland der »Operation Condor« in einem europäischen Land geortet werden, würde ein Spezialteam der »Operation Condor« geschickt werden, um das Ziel zu lokalisieren und zu überwachen. Nach Abschluß der Überwachungsoperation würde ein zweites Team der »Operation Condor« entsandt werden, um die tatsächliche Sanktion durchzuführen. Die Spezialteams erhalten falsche Dokumente von den Mitgliedsstaaten der »Operation Condor«; sie können entweder ausschließlich von Personen eines Mitgliedsstaates der »Operation Condor« gebildet werden oder zusammengesetzt sein aus verschiedenen Mitgliedsstaaten der »Operation



Condor«. Europäische Länder, die besonders für mögliche Einsätze in Betracht kommen, waren Frankreich und Portugal. [5 Zeilen entfernt]

Erwähnenswert ist, daß keine Informationen gewonnen wurden, die andeuten, daß in der dritte Phase der ›Operation Condor‹ Sanktionen in den Vereinigten Staaten durchgeführt würden. Jedoch kann es nicht ausgeschlossen werden, daß der jüngste Anschlag auf Orlando Letelier in Washington, DC im Rahmen einer Aktion der dritten Phase der ›Operation Condor‹ durchgeführt wurde.«

Das US-Verteidigungsministerium war an diesem Netzwerk sehr interessiert. Ein Bericht des militärischen Geheimdienstes Defense Intelligence Agency (Department of Defense Intelligence Information Report, October 1, 1976; REC'D DS-4B 13 OCT'76) ergänzt die Berichterstattung des FBI:

»Im Zeitraum vom 24. bis 27. September 1976 führten Angehörige des argentinischen Geheimdienstes (SIDE) mit ihren Kollegen vom Militärgeheimdienst Uruguays einen Einsatz gegen die uruguayische Terroristenorganisation, OPR-33, in Buenos Aires durch. Offizielle des SIDE behaupten, daß die gesamte Infrastruktur von OPR-33 in Argentinien eliminiert worden sei.«

Mit Blick auf die Aufmerksamkeit, die die Ermordung des chilenischen Oppositionspolitikers Letelier in der US-amerikanischen Öffentlichkeit erregte, erging die Empfehlung des Weißen Hauses, sich aus der ›Operation Condor‹ zukünftig herauszuhalten und alle Verbindungslinien zu verwischen. Das wurde allerdings nur teilweise befolgt, denn in einem Telex des US-Botschafters in Paraguay, Robert White, an den Außenminister Cyrus Vance am 13. Oktober 1978 wurde auf die Nutzung von US-Kommunikationsanlagen in Panama durch die Mitgliedstaaten der ›Operation Condor‹ hingewiesen (Aktz.: 0 1319052 Oct 78). Es muß daher angenommen werden, daß die USA über ihr Militär und ihre Geheimdienste das Netzwerk zumindest gefördert haben; eine verdeckte Zugehörigkeit ist nicht auszuschließen.

Journalistische Recherchen bestätigen diese Deutung; zugleich weisen sie nach, daß ›Condor‹ viel umfassender angelegt war.

Die Verästelungen des Condor-Netzwerkes kamen 1992 ans Tageslicht; in einer Polizeistation nahe der paraguayischen Hauptstadt Asuncion wurden nach Ermittlungen des französischen Journalisten Pierre Abramovic tonnenweise Unterlagen gefunden. Demnach hatten Vertreter der Vereinigten Staaten die Befehlshaber der südamerikanischen Armeen auf einer Zusammenkunft im Februar 1945 vor der heraufziehenden »kommunistischen Bedrohung« gewarnt. In den nächsten Jahren wurden bilaterale Militärverträge zwischen den Vereinigten Staaten und den einzelnen südamerikanischen Staaten geschlossen, die neben Waffenlieferungen und finanzieller Unterstützung die Entsendung von US-Militärberatern, die Ausbildung südamerikanischer Stabsoffiziere an der von der US-Armee in der Panamakanalzone eingerichtete School of the Americas beinhalteten.

Das Konzept der »Kontinentalen Verteidigung gegen den Kommunismus« nahm nach der Revolution in Kuba Gestalt an. Die jährliche ›Konferenz der Amerikanischen Armeen‹ (CAA) diente der Abstimmung und der Planung nächster Operationen. Tagungsort war zunächst die US-Militärakademie West Point, wo offenbar 1964 die Operation Condor aus der Taufe gehoben wurde.

Die südamerikanischen Militärs waren über den propagandistisch immer wirkungsvollen »Kampf gegen den internationalen Kommunismus« hinaus vor allem an einer Zusammenarbeit auf Geheimdienstebene interessiert. Angesichts der unsicheren innenpolitischen Lage in allen Staaten ein verständliches Anliegen, zumal oppositionelle Gruppen mit Gleichgesinnten in anderen Ländern zusammenarbeiteten. In der von den USA kontrollierten Panamakanalzone wurde zu diesem Zweck eine ständige Kommission (Permanent Executive Secretariat of the Conference of American Armies, PESCAA) eingerichtet. Neben dem kontinentalen Netzwerk bestanden bilaterale Verflechtungen wie etwa zwischen Argentinien und Paraguay, Argentinien und Uruguay, Argentinien und Brasilien, Paraguay und Bolivien. Es waren aber nicht nur die militärischen Geheimdienste, die an dem Netzwerk, Agremil genannt, beteiligt waren, sondern auch die berüchtigten Todesschwadronen. Die 10. Jahrestagung der CAA 1973 in Caracas lieferte hierfür eine Begründung: »Die einzigen effektiven Methoden [gegen Terro-

rismus und subversive Elemente] sind der Austausch von Erfahrungen und Informationen und technische Unterstützung im Bedarfsfall«. So konnten Bürgerrechtler nach dem Ende der Militärdiktatur in Argentinien nachweisen, daß die uruguayische Organisation ›Organismo Coordinador de Operaciones Antisubversivas (Ocoa)‹ Verfolgungen, Folterungen und Verhöre in Argentinien durchgeführt hat.

In den siebziger Jahren wandte sich die Mehrheit der südamerikanischen Staaten dem brasilianischen Modell einer ›aufgeklärten Militärdiktatur‹ zu. Nach dem Putsch in Chile 1973 war Argentinien das einzige Land, das noch nach demokratischen Prinzipien regiert wurde, dies allerdings nicht mehr lange. Die Sicherheitskräfte, Polizei und Armee, richteten mit tatkräftiger Unterstützung ihrer Kollegen vom PESCAA Todesschwadronen ein wie die AAA (Antikommunistische Allianz Argentiniens). Der stellvertretende Chef der argentinischen Bundespolizei und Gründungsmitglied der AAA traf im März 1974 mit seinen Amtskollegen aus Chile, Uruguay und Bolivien zusammen, um die gemeinsame Beseitigung von Subversion im Lande einzuleiten. Damals befand sich ein Großteil der chilenischen Exilanten in Argentinien. Auch die in Uruguay Verfolgten hatten am Gegenufer des Rio de la Plata Zuflucht gefunden, ebenso zahlreiche politische Flüchtlinge aus Bolivien. Die Ergebnisse der Beratungen sind in dem zitierten FBI-Kabel zusammengefaßt.

Den Worten folgten Taten: Im August 1974 fanden sich auf den Müllkippen von Buenos Aires zahllose Leichen bolivianischer Flüchtlinge. Im September des gleichen Jahres wurde der frühere Generalstabschef der chilenischen Armee, General Carlos Prats, in der argentinischen Hauptstadt auf offener Straße erschossen. Das chilenische Killerkommando wurde von einem CIA-Agenten geleitet. Kommandotrupps der argentinischen und uruguayischen Armee durchkämmten das Land nach Dissidenten. Für besonders heikle Missionen wurde auf die Terrorspezialisten der Exilkubaner in Miami zurückgegriffen.

Die Nationale Kommission für Wahrheit und Versöhnung, die 1992 nach der Rückkehr Chiles zur Demokratie eingesetzt wurde, fand heraus, daß bei fast sämtlichen Terroraktionen die US-amerikanische CIA direkt beteiligt

oder vorab von den Maßnahmen in Kenntnis gesetzt worden war. Die US-Botschaft in Buenos Aires soll demnach ihre Informationen an den chilenischen Geheimdienst DINA weitergeleitet haben. Der für die »Ausmerzung des kommunistischen Krebses«, so der Wortlaut der Anweisung von Machthaber Pinochet, zuständige Oberst Manuel Contreras beriet sich ständig mit dem stellvertretenden Direktor der CIA, Vernon Walters – später US-Botschafter in Bonn –, zu dessen Zuständigkeit Südamerika gehörte.

Die in den CIA-Dokumenten erwähnten Formen der Zusammenarbeit lassen sich nach neueren Recherchen auf den chilenischen Geheimdienst zurückführen. Auf einem Geheimtreffen im November 1975 in Santiago de Chile beschlossen die CAA-Staaten, mit Ausnahme Venezuelas, eine Interpol ähnliche Zusammenarbeit gegen ›Subversion‹. Chile übernahm die Koordination. Unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung wurden die über Südamerika verteilten chilenischen Exilanten verfolgt, gestellt und ermordet. Das hinderte den US-Außenminister Kissinger nicht daran, dem Chef der chilenischen Junta seine Glückwünsche auszusprechen und ihm zu versichern, daß »das Volk der Vereinigten Staaten geschlossen hinter Ihnen steht«, so ein Dokument, das die spanische Tageszeitung El Pais am 28. Februar 1999 veröffentlichte.

Diese Art von Reinigungsaktion rief Widerstände hervor. Als im September 1976 der frühere chilenische Außenminister Letelier in Washington erschossen wurde, waren die US-Behörden gezwungen, das Attentat aufzudecken. Die Wahl des neuen US-Präsidenten Jimmy Carter tat ein übriges. Ihm waren verdeckte Geheimoperationen suspekt; der Rückzug der CIA aus der Operation Condor wurde angeordnet. Damit entfiel zwar die schützende Hand des großen Bruders, was aber die Militärmachthaber in Südamerika nicht daran hinderte, fortzufahren. Das Zentrum der Aktivitäten verlagerte sich nun nach Argentinien, wo seit dem März 1976 die Militärs an der Macht waren. Mit Hilfe Paraguays leiteten sie die Terroraktionen gegen die politische Linke über unverfängliche Partner wie etwa die Lateinamerikanische Antikommunistische Föderation (CAL), Zweig der World Anti-Communist League (WACL). Auf dem Treffen der CAL im März 1977 in Asuncion beschlossen die Führer der Militärjuntas, die neue US-Politik des demokrati-

schen Wandels in Südamerika zu sabotieren, gegen die Befreiungsbewegungen in Zentralamerika vorzugehen und die linken Gruppen innerhalb der katholischen Kirche (Befreiungstheologie) auszuschalten. Unter dem nach dem bolivianischen Diktator Banzer benannten Plan wurden der Erzbischof von San Salvador, Oscar Romero, ermordet ebenso wie mehrere hundert Nonnen, Priester und Vertreter von Laienorganisationen.

Die Argentinier gingen noch rücksichtsloser vor als die chilenischen Unterdrückungsspezialisten. Todeskommandos durchkämmten den Kontinent. Argentinische Experten wurden nach Zentralamerika entsandt, wo sie die örtlichen Streitkräfte unterstützten. In Buenos Aires wurden Lehrgänge in Folterungen und Verhörmethoden abgehalten, um hierbei unabhängig von den USA zu werden. Nach dem Sieg der Sandinistas in Nicaragua wurde die harte argentinische Linie von allen Staaten des Netzwerks übernommen. Eine neue internationale Organisation gegen den Terrorismus wurde konzipiert.

Diese Gespräche und Treffen fanden auch jetzt nicht an den US-Amerikanern vorbei statt, diese waren entweder informiert oder unmittelbar beteiligt. Der Regierungswechsel in Washington 1981 kam dem noch entgegen. Die Reagan-Regierung begann, wie in ihrem Wahlprogramm verkündet, die Befreiungsbewegungen in Zentralamerika mit militärischen Mitteln zu bekämpfen. Der verdeckte Krieg wurde gemeinsam von der CIA und der CAA-Staatengruppe geführt. Argentinische Terrorspezialisten spielten hierbei eine herausragende Rolle bis zum demokratischen Wandel 1985. (Offensichtlich hielt die Zusammenarbeit, obwohl die USA im Falkland/Malvinaskrieg Großbritannien unterstützten.) Nachdem auch in Chile einige Jahre später die Militärdiktatur gestürzt wurde, waren die institutionellen Grundlagen für Condor nicht mehr vorhanden. Es hinterließ eine bestürzende Bilanz: mehr als 50.000 Morde, 400.000 Verhaftungen und über 35.000 Personen, deren Schicksal ungeklärt ist.

Obgleich es seitdem kein kontinentales Netzwerk wie Condor mehr gibt, wäre es abwegig anzunehmen, daß damit auch der von der Hegemonialmacht in Washington betriebene Kampf gegen »linke Subversion« eingestellt worden wäre. Die paramilitärischen Gruppen in Kolumbien werden in

ihrem Kampf gegen die Guerrilla vom einheimischen Militär unterstützt; sie erhalten finanzielle Zuwendungen von der US-Regierung, die ihre personelle Hilfe über private Beratungsfirmen abwickelt, um so jeden Verdacht einer Einmischung zu vermeiden.

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist die Begründung mit einer kommunistischen Bedrohung nicht mehr stichhaltig. Sie wurde durch den Krieg gegen Drogen ersetzt. Aus den kommunistischen Guerrilleros ist nun die Narco-Guerrilla geworden.

Die CAA tagte wieder, so im März 1999 in Bolivien. Teilnehmerstaaten waren Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Ekuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela. Die Vereinigten Staaten wurden vom Chef des US Southern Command vertreten: Condor scheint seine Schwingen erneut auszubreiten.

*Contras, Exilkubaner und Drogenbarone.* Mit dem Wahlsieg Ronald Reagans begann eine konservative Politik, abwechselnd als Zweiter Kalter Krieg oder Kehrtwende (rollback) bezeichnet. Reagans Wahlprogramm legte den Schwerpunkt auf den Niedergang der USA als Weltmacht, den es zu stoppen gelte. Exemplarisch für den Machtverfall wurden die Entwicklungen in Zentralamerika herangezogen, wo nach konservativer Lesart durch die Revolution in Nicaragua ein zweites Kuba drohe. Der Sturz des US-Klienten Somoza, dem in der Ahnengalerie brutaler Diktatoren Südamerikas ein Ehrenplatz einzuräumen ist, durch eine breite, ideologisch und parteipolitisch heterogene Volksfront der Sandinistas wurde jetzt als Bedrohung empfunden. Selbst wohlmeinende Konservative hätten Schwierigkeiten mit dieser Deutung gehabt. Deshalb wurde vom Weißen Haus – empirisch kaum haltbar – ein regionales Szenario erfunden, demzufolge durch das revolutionäre Nicaragua ähnliche Oppositionsbewegungen in anderen Staaten Zentralamerikas militärisch unterstützt würden, gesteuert, kontrolliert und beraten von Kuba. Kommunistische Verschwörung und Unterwanderung erweist sich vor allem bei der US-amerikanischen Gesellschaft als geeignete Begründung für eine Intervention. Dem Reagan-Team reichte der Mobilisierungseffekt der kommunistischen Bedrohung offenbar nicht aus; deshalb wurde der »Narcoterrorismus« erfunden. Dabei handele es sich um

eine perfide Absicht der Linken (Befreiungsbewegungen in Kooperation mit ›Moskau‹ und ›Havana‹), die Vereinigten Staaten mit Drogen zu überschwemmen, also die Wehrhaftigkeit der US-Bevölkerung zu unterminieren, und mit dem Geld aus diesen Geschäften die eigene militärische Schlagkraft gegen die USA und ihre Verbündeten zu erhöhen, so die Deutung in der Zeitschrift der US-Armee *Military Review* vom Februar 1987. Dieses Mal nahmen die Verfasser die eigenen Übertreibungen ernst, die sonst aus propagandistischen Zwecken im Wahlkampf so formuliert wurden. Ernst nehmen hieß hier auch, alle moralischen Bedenken über Bord zu werfen und den politischen Abschaum: exilkubanische Terroristen, argentinische Folterspezialisten und die mexikanische Drogenmafia für die Sache von »Demokratie und Freiheit« einzuwerben.

Das Condor-Netzwerk lieferte die technische Infrastruktur und den institutionellen Rahmen. Ausführendes Organ des antikommunistischen Kreuzzuges wurde die CIA. Der Geheimdienst, während der Carter-Präsidentschaft einer Revision unterzogen und in die öffentliche Kritik geraten, feierte unter Präsident Reagan eine Wiederauferstehung. Er richtete die Contra-Gruppe ein, wie die terroristischen Aktivitäten gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua bezeichnet wurden, unterstützte sie finanziell und mit militärischer Ausrüstung und koordinierte die internationalen Hilfstruppen. Die Contra war weniger eine Widerstandsbewegung nicaraguanischer Bürger gegen die Revolutionsregierung als vielmehr eine ›Terrorinternationale‹, die sich Nicaragua als Betätigungsfeld ausgesucht hatte. Ziel der US-Politik war es, mit Hilfe der Contras in Nicaragua zunächst ›befreite Gebiete‹ einzurichten; dies würde mit Hinweis auf die notwendige Unterstützung demokratischer Kräfte eine militärische Intervention mit US-Truppen rechtfertigen.

Der Plan kam so nicht zustande, weil die nicaraguanische Bevölkerung mehrheitlich den zu Demokraten Gewendeten mißtraute, rekrutierten sie sich doch aus der Militärelite des verjagten Somoza-Regimes. Ferner waren die Klienten Washingtons nicht die Vorzeigedemokraten, wie sie in den Medien dargestellt wurden, sondern vornehmlich an Profit interessiert und sie schreckten weder vor Drogendeals noch vor Waffenschiebereien zurück

– der vorgebliche Befreiungskampf war für das Leitungspersonal im wesentlichen eine Möglichkeit zur Bereicherung.

Die Schlüsselrolle bei der Mobilisierung gegen die Revolutionsregierung in Nicaragua kam der Reagan-Regierung zu; sie warf den Sandinistas vor, einen Kommunismus kubanischen Stils einzuführen und die linke Guerilla in El Salvador tatkräftig zu unterstützen. Reagan veranlaßte umfangreiche Militärhilfe für die Contras. Der Kongreß untersagte jedoch diese Art der Finanzierung (Boland Amendment vom Dezember 1982), so daß die militanten Antikommunisten in der Regierung nach neuen Wegen suchten. Über ein geheimes Waffengeschäft mit dem Iran der Mullahs, das von israelischen Mittelsmännern eingefädelt wurde, gelang dies auch. Die Einnahmen aus diesem Deal flossen auf verwundenen Kanälen an die Contras. Der Skandal, die Iran-Contra Affäre, flog 1987 auf. Reagan selbst entging nur durch dreiste Lügen einer Amtsenthebung.

Die US-Regierung war gleichzeitig bemüht, die kleinen Splittergruppen, die gegen die Sandinistas zu kämpfen vorgaben, zu einer politischen Organisation zusammenzufügen, sicherlich in der Absicht, eine vorzeigbare Alternative zur Regierung in Managua zu haben. Der Nicaraguanische Widerstand (RN) wurde zum Ansprechpartner bei den Verhandlungen um eine Beilegung des »Bürgerkrieges«. Die Bemühungen der Regierungen Zentralamerikas waren erfolgreich; die Contras ließen sich entwaffnen und waren bereit, sich in die nicaraguanische Gesellschaft zu re-integrieren. Im Gegenzug wurden für 1990 Neuwahlen vereinbart, die dank massiver finanzieller und logistischer Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten von einer anti-sandinistischen Rechtskoalition gewonnen wurden.

Das Ende des sandinistischen Experimentes macht deutlich, daß die von den USA verhängten, gegen das Völkerrecht verstoßenden Wirtschaftssanktionen ihre Wirkung nicht verfehlten. Die Regierung konnte ihre Pläne zur Beseitigung der ärgsten sozialen Mißstände nicht verwirklichen, da sie in ihrem Außenhandel schwer geschädigt und von fast sämtlicher internationaler Unterstützung abgeschnitten wurde. Außerdem handelte es sich bei den Sandinistas um eine Sammelbewegung unterschiedlicher politischer Strömungen, was zu Konflikten um den politischen Kurs führte; die äußere Be-

drohung durch die US-Contra-Achse war schließlich die einzige einigende Klammer.

Der Iran-Contraskandal deutet auf andere Zusammenhänge hin, die, weil amtlicherseits bestritten, gerade deshalb bedenkenswert sind. Es gibt mehr als nur Verdachtsmomente, daß der Ausgang der Präsidentschaftswahlen 1980, bei denen Reagan gegen Amtsinhaber Carter antrat, manipuliert worden ist. Unmittelbar vor den Wahlen, im Oktober, führte das Reagan-Team unter Leitung von George Bush Geheimgespräche mit Vertretern der iranischen Regierung in Paris. Es ging um die Freilassung der in der US-Botschaft in Teheran gefangen gehaltenen Geiseln. CIA-Kreise hatten dem Opponenten von Präsident Carter mitgeteilt, daß eine Lösung des Geiseldramas gefunden sei und die Freilassung rechtzeitig vor dem Urnengang stattfinden würde – was die Wahlaussichten Reagans vernichtet hätte. Daß die CIA sich gegenüber ihrem obersten Vorgesetzten illoyal verhielt, erklärt sich aus den von Carter eingeleiteten Reformen des Geheimdienstes, bei denen eine Vielzahl von Agenten gefeuert wurde. Offenbar gelang es dem Reagan-Team, den Iranern eine bessere Lösung zu unterbreiten. Der ursprünglich verabredete Austausch fand nicht statt, Reagan wurde gewählt, die Geiseln kamen erst am Tag von dessen Amtseinführung frei. Diese Vorgänge, unter *October Surprise* bekannt, sind ungeheuerlich, denn sie bedeuten, daß sich ein US-Präsidentschaftskandidat erpressen ließ, um an die Macht zu kommen. Für diese These sprechen mehrere Indizien. Der vom Irak kurze Zeit später begonnene Krieg gegen den Iran sollte offenbar die Kleriker in Teheran stürzen; Bagdad galt damals als verlässlicher Partner der Vereinigten Staaten. Es galt, die alten Machtverhältnisse im Nahen Osten wieder herzustellen, also die Vormachtstellung der USA über einen Stellvertreter zu sichern. Das faßt in etwa die herkömmliche Interpretation zusammen. Die Waffenhilfe, die der Iran, schon zu Zeiten des Schah mit modernsten US-Ausrüstungen ausgestattet, in dem Abnutzungskrieg dringend neu benötigte, kam zustande, und das spricht gegen diese Interpretation. Doch die Reagan-Regierung konnte vermutlich nicht anders handeln, um den Skandal zu vermeiden; sie war tatsächlich erpreßbar.

Nach dem Desaster in der Schweinebucht 1961 waren die in Florida exi-

lierten Kubaner ohne eigentliche Mission. Zwar setzten die USA ihren schmutzigen Kleinkrieg gegen Kuba fort, aber ein Sturz der sozialistischen Regierung rückte in weite Ferne, auch deshalb, weil die kubanische Bevölkerung die neuen Verhältnisse gut hieß. Mitte der 60er Jahre rückten die USA von Massenaktionen ab, von Attentatsversuchen gegen Fidel Castro abgesehen; sie hatten nun ein Problem, das sich auch bei anderen Aktionen zeigen sollte: die ›Entsorgung‹ der Hilfstruppen. Nach halbamtlichen Schätzungen gab es ungefähr 15.000 im Terrorhandwerk ausgebildete Exilkubaner, die nicht ohne weiteres ins Zivilleben integrierbar waren. Aus diesem Milieu schöpfte sich das Personal für weitere Terrormaßnahmen gegen Havana; Exilkubaner wurden zudem als Söldner nachgefragt für Aktionen des Terrornetzwerkes Condor. Schließlich verdingten sie sich im internationalen Drogengeschäft.

Wenn mit politischen Mitteln nicht zum Erfolg gegen das revolutionäre Kuba zu kommen war, dann eben mit Terror, so könnte man die Maxime beschreiben, der die Aktivitäten der Exilkubaner in den nächsten Jahrzehnten folgten. Dies kam der US-Regierungspolitik entgegen, für die ein Ausgleich mit Kuba nicht in Betracht kam. Anerkennung der Revolutionsregierung hieße, ähnliche Entwicklungen in Südamerika zu tolerieren und die Rechtfertigung für das eigene Weltmachtstreben, nämlich die globale Ausdehnung des US-Wertesystems, hinterfragen zu lassen. In den siebziger Jahren, der Dekade der Entspannung, waren die Vereinigten Staaten (Niederlage in Vietnam, Watergateskandal, Krise der Weltwirtschaft) geneigt, eine Verständigung mit dem Systemgegner Sowjetunion einzugehen. Indem Präsident Carter das Prinzip der Menschenrechte zum internationalen Maßstab erhob, war sichergestellt, daß die moralische Rechtfertigung für die US-Machtpolitik erhalten blieb, und das Definitionsmonopol über das, was Menschenrechte eigentlich beinhalten, blieb fest in US-amerikanischen Händen: all diejenigen, die gegen Systeme zu kämpfen vorgaben, die von den USA als totalitär bezeichnet wurden, waren grundsätzlich Verfechter der Menschenrechte und damit unterstützungswürdig. Der Umfang an Unterstützung richtete sich nach der jeweils günstigsten politischen Investition. So setzte die Reagan-Regierung die Politik ihrer Vorgängerinnen fort.



Die wichtigste Organisation der Exilkubaner war CORU, die Kubanische Nationale Befreiungsfront. In ihren Anfängen verlegte sie sich darauf, mit Hilfe der CIA, Entführungen, Mordanschläge gegen Einzelpersonen sowie Anschläge auf Industrieanlagen auf Kuba auszuführen oder an kubanischen Frachtschiffen Sprengsätze anzubringen und den Schiffsverkehr mit Kuba gelegentlich zu bedrohen. Mitte der siebziger Jahre nahmen die Terrorakte plötzlich zu. Ein kubanisches Zivilflugzeug mit 73 Personen an Bord wurde über der Karibik in die Luft gesprengt; zeitgleich wurden mehr als 50 Bombensätze in Miami, New York, Mexiko, Argentinien und Venezuela gezündet. Nach Recherchen von John Dinges und Saul Landau geschah dies unter voller Billigung der Regierung der Vereinigten Staaten. Der damalige CIA-Chef und spätere Präsident George Bush Vater habe demnach diese Aktionen ausdrücklich unterstützt mit der Begründung »Machen Sie, was Sie wollen, aber außerhalb der Vereinigten Staaten«.

Die Exilkubaner benötigten Geld, und das kam aus dem Mafia-Drogenmilieu. Bekanntlich war Kuba vor der Revolution von der US-amerikanischen Mafia infiltriert worden – Hotels, Casinos und Prostitution; über die Insel wurde außerdem der Drogenhandel nach den Vereinigten Staaten abgewickelt. Das organisierte Verbrechen finanzierte den Terrorismus der Exilkubaner, nachdem die von Präsident Kennedy betriebene offizielle Bestrafungspolitik nicht zum gewünschten Ziel geführt hatte. Die Mafia ist kein Wohltätigkeitsverein, und die exilierten Kubaner mußten für die finanziellen Zuwendungen Gegenleistungen erbringen. Sie wurden im Drogenhandel des hier führenden Mafiaklans von Santos Trafficante eingesetzt. Für diesen Job waren sie besonders prädestiniert, weil sie zum einen von der CIA ausgebildet worden waren und zum anderen mit der Rückendeckung durch den Geheimdienst rechnen konnten. So wurden zahlreiche Festnahmen, die von der Drogenbehörde DEA vorgenommen wurden, mit dem Hinweis auf nationale Sicherheitsinteressen verworfen. Besonders skandalös ist der Vorgang um die Ermordung des exilierten chilenischen Außenministers Letelier in Washington 1976. Zwei Jahre später wurden die mutmaßlichen Täter aus dem exilkubanischen Milieu verhaftet, aber bald wieder freigelassen, ohne daß Anklage oder weitere Strafverfolgung angeordnet worden wäre.

Die Täter gehörten einer noch radikaleren Terrorgruppe, der CNM (Kubanische Nationalistische Bewegung), an, die u.a. Granatwerferangriffe auf das Gebäude der Vereinten Nationen in New York und auf die kubanische Handelsmission in Montreal ausführte. Die CNM war Klient des berühmten chilenischen Geheimdienstes DINA.

Die Verbindungen von Bush Vater zum exilkubanischen Milieu hielten an; als Vizepräsident unter Reagan wurde er mit der Bereinigung des Drogennetzwerkes in Florida beauftragt. Das kolumbianische Medellín-Kartell hatte den Kokainhandel im Südosten der Vereinigten Staaten an sich gerissen und die Mafia-Kubaner verdrängt. Die daraufhin eingesetzte Bush-Kommission blies zum Kampf gegen das Medellín-Kartell, ließ aber die Kubaner unbehelligt. Die früheren Besitzstände wurden wiederhergestellt. Die Kubaner zeigten sich Bush erkenntlich, so bei der anrühigen Präsidentschaftswahl vom November 2000. Sie rekrutierten den Mob, der afro-amerikanische Wahlgänger, die mehrheitlich für den Bewerber der Demokratischen Partei gestimmt hätten, von den Wahlurnen fernhielt; kurze Zeit später war es diese Gruppe, die in den Wahllokalen die nachträgliche Auszählung der Stimmzettel sabotierte. Die Exilkubaner waren es auch, die einem anderen Bush-Sohn, Jeb, auf ihre Weise bei der Gouverneurswahl in Florida behilflich waren. Soviel Zusammenarbeit setzt sich auch auf geschäftlicher Ebene fort – die Bush-Familie besitzt gemeinsam mit führenden Exilkubanern zahlreiche Immobilien in Miamis bester Lage.

Für Washington war die Bereitschaft Argentiniens zum Aufbau einer gegen die Linke gerichteten Front in mehrfacher Hinsicht willkommen. Die Militärjunta verfügte über Terrrorspezialisten, die ihr Handwerk skrupellos ausführten; sie war mit anderen Regimes wie demjenigen in Chile eng verbündet und sie hatte als erste begriffen, daß Terroraktionen mit dem Drogenhandel gerechtfertigt und finanziert werden konnten. Die Anden-Brigade wurde aus Freiwilligen des Ersten Armeekorps in Buenos Aires gebildet; sie führte anfänglich den Kampf gegen die linken Bewegungen des Landes, wie die Montoneros, die das Militärregime ablehnten. Die Montoneros finanzierten sich über Drogengeschäfte, jedenfalls behaupteten dies die neuen Machthaber, so daß es sinnvoll zu sein schien, das Militär gegen sie einzu-

setzen, gleichzeitig das internationale Drogennetzwerk zu durchdringen und am illegalen Reichtum teilzuhaben. Die Eliminierung der Montoneros gelang in kurzer Zeit mit einer Brutalität, die die Verfolgspraktiken der Junta in Chile noch übertraf. Den Machthabern Argentiniens war eine Sendungsmission eigentümlich; sie gab dem Condor-Netzwerk einen offensiven Anstrich: Es ging jetzt nicht mehr allein darum, »subversive Elemente« auf dem Kontinent zu bekämpfen, sondern auch um die Ablösung von linken Regierungen. Bolivien war ein solcher Fall. Argentinische Agenten bereiteten gemeinsam mit ortsansässigen Alt-Nazis im Solde der CIA, unter ihnen der Kriegsverbrecher Barbie, einen Staatsstreich vor, »um einer Situation im Herzland Südamerikas vorzubeugen, die derjenigen Kubas in Zentralamerika ähnelt«, wie es der argentinische Militärmachthaber Videla formulierte. Die Umstürzler konnten auf das einheimische Militär zählen; am 17. Juli 1980 wurde losgeschlagen. Der Coup entwickelte sich äußerst blutig. Wie vorher in Chile und Argentinien wurde die politische Linke, Gewerkschafter und Arbeiterführer verfolgt, eine Arbeit, die von den argentinischen Spezialisten und eigens hierfür angeworbenen Killertrupps aus Europa, dem Phoenix Kommando, wie es genannt wurde, erledigt wurde. Das Gladio-Netzwerk der NATO hatte die Rekrutierung in Europa vorgenommen. Die neuen Herren Boliviens waren Drogenbarone, die in der demokratischen Wahl zwei Jahre zuvor von der Macht verdrängt worden waren. Das Regime konnte sich nicht länger als ein Jahr an der Macht halten; die neue Lage bedeutete jedoch keineswegs das politische Ende für die Drogenbarone, die nun nur verdeckter und vorsichtiger agieren mußten. In jedem Fall zeigten sie sich erkenntlich durch finanzielle Zuwendungen an ihre Partner, die zwischenzeitlich daran gingen, in Zentralamerika für die Rückkehr zu den alten Verhältnissen tätig zu werden.

Drogenbarone oder -mafia sind ideale Partner bei politischen Vorhaben, die eine Abkehr von demokratischen Verhältnissen zum Ziel haben. Denn die auf Illegalität angelegten Drogengeschäfte müssen sich, um überhaupt erfolgreich sein zu können, dem staatlichen Zugriff entziehen, was in einer »offenen« Gesellschaft nicht ohne weiteres möglich ist. Der Drogenanbau, die örtliche Verarbeitung und die Logistik haben quasi-feudale Strukturen

auf dem Lande zur Voraussetzung. Pachtbauern können so vom Grundherren zum Anbau einer hochpreisigen Frucht gezwungen werden; elende Sozialverhältnisse wie landlose Bauern, Tagelöhner spiegeln die Machtverhältnisse wieder, so daß aus diesem Milieu heraus die billigen Arbeitskräfte für Verarbeitung und Transport rekrutiert werden können. Diese Gruppe hat in Ermangelung von Beschäftigungsalternativen keine Wahl und wird normalerweise staatliche Drogenfahnder nicht unterstützen. Die Drogenherren sind in ihrer politischen Orientierung reaktionär; in den bäuerlich verfaßten Gesellschaften Süd- und Zentralamerikas ist Landreform das Hauptziel von linken Regierungen. Dies zu verhindern, ist auch das Ziel der übrigen Landoligarchen. Die Einnahmen aus dem Drogengeschäft stellen Schwarzgeld dar. Für einen erfolgreichen Absatz auf dem Hauptmarkt, den Vereinigten Staaten, ist ein ausgeklügeltes Vertriebssystem erforderlich, das auf eine Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden angewiesen ist. Die entsprechende Bestechung ist angesichts der umgesetzten Geldmengen und der hohen Gewinnspannen unproblematisch. Aber die langen Kommunikationswege zwischen Produktionsort und dem Endkunden macht die Betreiber dieses Systems anfällig, denn eine vollständige Geheimhaltung ist kaum möglich. Das System wird vom Geheimdienst angezapft und benutzt, einmal weil es sich für politische Ziele instrumentalisieren läßt und weil es jenem zum anderen die Möglichkeit bietet, an Schwarzgeld heranzukommen, mit dem andere Aktivitäten an der parlamentarischen Aufsicht vorbei finanziert werden können.

Unter den politischen Vorgaben, wie sie von der Reagan-Regierung kamen, ergänzten sich Drogen- und Geheimdienstmilieu. Natürlich durfte diese Verbindung nicht öffentlich gemacht werden. Offiziell trat die Regierung für eine harte Drogenpolitik ein, für die der damalige Vizepräsident Bush die Bezeichnung »Krieg den Drogen« prägte. Die First Lady war Patronin einer nationalen Antidrogenkampagne, deren Motto »Say No to Drugs« auch anderswo übernommen wurde, so von der deutschen Bundesregierung und der deutschen Fußballnationalmannschaft. Aber hinter den Kulissen sah es anders aus. Die Drogenbehörde DEA war äußerst aktiv; anstehende Festnahmen führender Köpfe der Drogenmafia wurden von der CIA mit

Hinweis auf nationale Sicherheitsinteressen unterbunden; im Gegenzug wurden der DEA in regelmäßigen Abständen entbehrliche Mitglieder aus der Drogenszene geopfert. Die zwischenbehördlichen Konflikte wurden erst von der Clinton-Regierung einigermaßen begründet, als mit dem ehemaligen Oberbefehlshaber der Einsatzgruppe South Command, Barry MacCafrey, ein General die Leitung der Drogenbehörde übernahm, der das Konzept Krieg den Drogen übernahm, also die Tätigkeit seiner Behörde den militärisch-strategischen Belangen unterordnete.

Für die geschätzte Zahl von 40 Millionen (regelmäßigen) Marihuana-Konsumenten in den Vereinigten Staaten war Mexiko der Hauptlieferant. Daneben war es das ideale Transitland für die Drogenlieferungen aus Südamerika, denn die mehr als 2000 Kilometer lange Grenze zu den USA, das hohe Aufkommen an grenzüberschreitendem Personen- und Güterverkehr erschweren eine Kontrolle. Das mexikanische Drogenmilieu wurde von Exilkubanern modernisiert, die offenbar aus den Prä-Castro-Zeiten über gute Beziehungen in die Vereinigten Staaten verfügten; da sie gleichzeitig politische Spanndienste für die CIA ausführten, war die Protektion durch die ›unsichtbare Hand‹ gewährleistet. Nach dem Ende der French Connection 1972 begannen Exilkubaner, die Versorgungslücken im Heroinhandel durch Anbau in Mexiko zu schließen. Dies erforderte die Kooperation mit lokalen Partnern. In den fast sieben Jahren seit der Revolution war das politische System Mexikos durch und durch korrupt geworden. Es war unter diesen Umständen nicht schwer, selbst die Präsidenten des Landes für den Drogenhandel zu gewinnen, auch deshalb, weil die hier geschöpften Gelder im Verborgenen blieben und übrige Pfründe, die ansonsten von der Clique an der Macht vereinnahmt worden waren, anderen Gruppen zugänglich wurden. Die äußerst geschickte Vorgehensweise zeigt sich daran, daß die nationale Sicherheitsbehörde DFS, eigentlich auch für den Kampf gegen Drogen zuständig, zur ersten Adresse bei Drogengeschäften wurde. Die DFS tat sich nach außen bei der Bekämpfung der zahlreichen Bauern- und Guerillabewegungen im Lande hervor und war somit als verlässlicher Partner der CIA ausgewiesen. Die Mitarbeit im Condor-Netzwerk und die Unterstützung der exilkubanischen CORU taten ein übriges.

Reagans Kreuzzug gegen die Revolution in Nicaragua macht verständlich, daß die Zustände in Mexiko toleriert wurden; dennoch ist es eine Dreistigkeit, daß das Außenministerium die Zusammenarbeit mit der DFS als beispielhaft für einen erfolgreichen Kampf gegen Drogen hinstellte. Weil im Drogenhandel sehr viel Geld verdient wird und weil er illegal ist, sind Gewaltakte in diesem besonders kriminellen Milieu unausweichlich. Die blutig ausgefochtenen Kämpfe um die Kontrolle des Handels, die gewaltsame Ablösung der Exilkubaner durch einheimische Kartelle waren publizitätsträchtig. Nur so ist es zu erklären, daß die Hintergründe etwas ausgeleuchtet wurden. Eine vom Kongreß 1985 eingesetzte Untersuchungskommission enthüllte zwar die geschilderten Mißstände, schreckte aber offensichtlich auf »Weisung von ganz oben« davor zurück, gründlicher zu recherchieren. Die Risiken, die mit solchen Vertuschungsaktionen einhergehen, veranlaßten die Entscheidungsträger im Weißen Haus, die Mexiko-Connection zurückzufahren und neue, momentan unverdächtige Verbindungen aufzubauen: Die Kolumbianer wurden ins Boot geholt.

Die kriegstreiberischen Verlautbarungen des Weißen Hauses, das rhetorische Feuerwerk des Altmimen Reagan zum Kreuzzug gegen das Reich des Bösen (gemeint war die Sowjetunion) passen so gar nicht zu den Aktionen der Regierung, die, was Zentralamerika angeht, im Verborgenen blühten. Wenn man Freiheit und Demokratie bei unterdrückten Massen einführen wollte, müßte dies in aller Offenheit geschehen. Das Projekt Demokratie, wie die Beseitigung der als unterdrückerisch bezeichneten Sandinistas in Nicaragua bezeichnet wurde, war im wesentlichen eine Geheimdienstaffäre – warum? Völkerrechtlich gab es große Bedenken gegen eine solche Aktion, und damals mußte eine US-Regierung die Vereinten Nationen noch ernst nehmen: Ein Mandat für einen Einmarsch in Nicaragua hätten die Vereinigten Staaten niemals erhalten. Die früher erprobte Rechtfertigung, man stehe einer demokratischen Opposition im Kampf für Freiheit bei, gab es im vorliegenden Fall nicht. Folglich mußten andere Wege beschritten werden. Es galt nicht nur, eine Opposition erst einmal aufzubauen, sondern auch Personal zu rekrutieren, das in Nicaragua für »die Sache der Freiheit« eintrat. Hier konnte die US-Regierung auf die zahlenmäßig große Gruppe

von Staatsterroristen aus Chile und Argentinien zurückgreifen und auf militant antikommunistische Organisationen. Deren ideologische Standfestigkeit hinderte sie jedoch keineswegs daran, Terror auch als Mittel zur Bereicherung einzusetzen – die strammen Antikommunisten waren ebenso glühende Drogendealer. Andererseits nutzten die etablierten Drogenherren die Gunst der Stunde, indem sie sich auf die Seite der antikommunistischen Kreuzzügler schlugen. Politik vermischte sich mit dem Geschäftlichen, und da der Regierung der Vereinigten Staaten am Erfolg ihrer politischen Mission gelegen war, nahm sie die kriminelle Umtriebigkeit ihrer Klientel hin: Beim Kampf gegen Revolutionäre, seien sie an der Macht wie in Nicaragua oder wie im restlichen Zentralamerika als Befreiungsbewegung unterwegs, nahm die Reagan-Regierung es hin, daß die Vereinigten Staaten mit Drogen überschwemmt wurden. Um Kritiker auf eine falsche Fährte zu lenken, wurde der Drogenhandel in Verbindung gebracht mit »antiamerikanischen« Kräften und vorrangig der Regierung Kubas; Reagan erfand hierfür den Begriff Narcoterrorismus. In den Jahresberichten der CIA war seit längerem von einer »kommunistischen narcoterroristischen Verschwörung« die Rede. Die Recherchen von Bob Woodward für eine Biographie über den CIA-Direktor William Casey legen den Schluß nahe, daß dieser seine Untergebenen anhielt, Unterlagen so aufzubereiten, daß Präsident Reagan einer erstaunten Öffentlichkeit mitteilen konnte, »die Spitzen der nicaraguanischen Regierung würden tief im Drogenhandel drinstecken«. Vizepräsident Bush wurde konkreter; ihm zufolge habe die Regierung Nicaraguas mit dem Medellín-Drogenkartell den Anschlag auf den obersten Gerichtshof Kolumbiens veranlaßt, bei dem es zahlreiche Tote gegeben hatte. Damit wurde den wahren Terroristen des Contra-Netzwerkes ein Freibrief ausgestellt, denn die Eliminierung von Elementen, die solche Taten veranlassen, stellt kein Verbrechen dar.

Die Invasion der Karibikinsel Grenada 1983 durch US-Truppen sollte in mehrfacher Weise Signale setzen: gegenüber dem angeblichen Zentrum der »Narcoterroristen« Kuba, daß die USA zum Kampf bereit waren; gegenüber den Sandinistas in Nicaragua, daß es die Vereinigten Staaten ernst meinten, gewaltsam gegen sie vorzugehen; gegenüber der US-Öffentlichkeit, daß ihre

Regierung die Karibik als Drehkreuz des internationalen Drogenhandels ins Visier genommen hatte. Die auf Bush zurückgehende Identifizierung des Medellín-Kartells war ein publizitätsträchtiges Manöver, denn so konnte ein Faktor im Drogenmilieu ausgeschaltet werden, ohne die für die politischen Ziele wichtigen Verbindungen zum Drogen-Neofaschisten-Komplex zu gefährden. Hier deutet sich ein weiterer Zusammenhang an: General Noriega, der starke Mann Panamas, ehemaliger CIA-Mitarbeiter und treuer Gefolgsmann der Vereinigten Staaten, war, wie seine Amtskollegen anderswo auch, ins Drogengeschäft verstrickt. Er begriff die Veränderungen nicht und war weiterhin für das in Verruf geratene Medellín-Kartell tätig. Es ist denkbar, daß die vom Präsidenten Bush Vater veranlaßte Invasion des Landes und die Absetzung und Inhaftierung Noriegas auch vor diesem Hintergrund erfolgten. Träfe das zu, hätte ein demokratisch gewählter Präsident der Vereinigten Staaten die Armee im Interesse eines Drogenkartells in Marsch gesetzt.

Kolumbien war in den siebziger Jahren zum wichtigsten Kokainlieferanten auf dem US-Markt geworden; der geschätzte Marktanteil belief sich damals auf 70 Prozent; die beiden in Kartelle gegliederten Hauptproduktionsstätten um Cali und Medellín beherrschten die kolumbianische Drogenindustrie. Sie werden zwar als Kartelle bezeichnet, unterscheiden sich von Kartellen industrieller Art aber darin, daß sie weder den Marktpreis noch den Absatz kontrollieren. Der Begriff »Arbeitsgemeinschaft« wäre da eher zutreffend. Dies erklärt die sporadisch aufbrechenden und fast immer gewaltsam ausgetragenen Konflikte zwischen den Drogenringen. Das internationale Drogengeschäft erfordert eine komplexe Logistik, angefangen bei sicheren Transportwegen, effizienten Verteilern bis hin zum Weißwaschen der Einnahmen. Die CIA war hierbei ein zwar wichtiger, aber keineswegs alleiniger Faktor. Behörden (Zoll und örtliche Polizeistellen) mußten ebenso bestochen werden wie Bankdirektoren. Daß Miami zu einem der größten Finanzplätze der Vereinigten Staaten wurde, hängt mit der Korruptionsneigung der dort ansässigen Banken zusammen: Der hier anfallende Überschuß an Bankguthaben (aufgerechnet gegen Kredite) übertraf seit Anfang der 80er Jahre beständig den anderer Finanzzentren, obwohl in der Region selbst keine

wachstumsträchtigen Industrien, etwa aus der Informationstechnologie, beheimatet sind. Miami als Einfallstor zur Karibik und hispanisch beeinflusst bot sich als günstiger Standort an; hinzukam die geographische Nähe zum nur 30 Flugminuten entfernten ›Steuerparadies‹ der Bahama-Inseln.

### Öl und nochmals Öl

Worum geht es in Südamerika – abgesehen davon, die Kontrolle über den Hinterhof zu behalten? Worum geht es in Kolumbien, außer darum, den Drogenhandel auszurotten? In einer Anweisung des US-Militärkommandos Southern Command, das für Lateinamerika verantwortlich ist, heißt es: »Das US-Militär muß Prioritäten der Politik durchsetzen, zum Beispiel den Zugang zu strategischen Ressourcen sichern, vor allem Erdöl.« Seit 1992 liefert Lateinamerika mehr Öl in die USA als die Golfstaaten. Kolumbien ist zum siebtgrößten Lieferanten avanciert – und seine Kapazitäten sind ausbaufähig. Riesige unerschlossene Ressourcen werden vor allem in den Gebieten, die bisher von der Guerilla kontrolliert wurden, vermutet. Das heißt, damit man die Ölreserven ungestört fördern kann, muß erst die Guerilla ausgeschaltet werden. Genau das wird momentan versucht. Die US-Botschafterin in Kolumbien, Anne Patterson, ließ vor kurzem verlauten: « Um es ganz offen zu sagen, nach dem 11. September ist der sichere Zugang zu Erdöl eine Priorität für uns«. Im Haushalt für 2003 sind 537 Millionen Dollar zusätzliche Hilfe für Kolumbien vorgesehen, ausdrücklich bestimmt zur Aufstandsbekämpfung. Und der Präsident hat zwischenzeitlich beim Kongreß weitere 98 Millionen beantragt, mit denen der Schutz einer bestimmten Ölpipeline finanziert werden soll – der von Cano Limón. Durch sie fließen 75 Prozent des Öls, das in die USA geliefert wird. Die Frage ist, wie die 770 Kilometer lange Pipeline, die in unzugänglichem Gelände liegt, überhaupt geschützt werden kann. Im vergangenen Jahr sprengte die Guerilla der ELN die Pipeline 170 mal. Pikanterweise hat gerade die ELN ihre Existenz Cano Limón zu verdanken: Im Jahr 1983 war sie nur eine kleine, unbedeutende Guerillaformation, die allerdings den Bau der Trasse ständig sabotierte. Die

Firma Mannesmann zahlte ihr daraufhin 20 Millionen Dollar an Bestechungsgeld, damit störungsfrei gearbeitet werden konnte – und diese Starthilfe sollte die ELN erst richtig auf die Beine stellen. Es sieht nicht so aus, als ob die Ölfelder Südamerikas kampfflos irgendwelchen Guerilleros überlassen werden. Bei Manövern jüngst an der ecuadorianischen Pazifikküste wurden uniformierte Truppen gesichtet, die niemand identifizieren konnte. Es handelte sich nicht um Ecuadorianer.

*Sheila Mysorekar, ›Mit beschränkter Haftung‹, Freitag, 26. Juli 2002*

Kokain war lange Zeit eine hochpreisige Droge, die bevorzugt von Angehörigen der Oberschichten konsumiert wurde. Erst eine verarbeitungstechnische Neuerung verhalf ihm zum Durchbruch als billiges Massenprodukt: Die Verarbeitung des Kokainpulvers zu Kristallen, Crack genannt, machte es möglich, das Rauschmittel in kleinen Mengen zu rauchen und – so Experten – eine Rauschwirkung zu erzielen, für die ansonsten eine größere Menge an Pulver notwendig war. Hauptabnehmer von Crack wurden vor allem die sozial und ethnisch Ausgegrenzten in den Slumvierteln der sogenannten Inner Cities und der Ghettos der US-amerikanischen Großstädte. Die Nachfrage nach der Billigdroge wuchs sprunghaft; die Produktion in Kolumbien wurde ausgedehnt; das Geldvermögen der Drogenringe stieg immens. Vor diesem Hintergrund wird nun verständlich, warum die Herren von Cali und Medellín bemüht waren, gestaltenden Einfluß auf das politische Leben Kolumbiens zu nehmen, um hierdurch ihre Geschäftsgrundlage dauerhaft abzusichern. Die sozialen Verhältnisse des Landes waren maßgeblich geprägt vom Gegensatz zwischen Großgrundbesitz, dem ca. 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche gehörten, und der Masse an verarmten und landlosen Bauern. Agro-Exporte bildeten das wirtschaftliche Rückgrat Kolumbiens, das wie andere südamerikanische Staaten den Weg einer Industrialisierung über Importsubstitution beschritt. Das politische Leben spiegelte die wirtschaftlichen Strukturen wider; es oszillierte zwischen Landoligarchie und neuer Industriebourgeoisie, die beide jedoch



darin übereinstimmten, die eigentlich zentrale Frage nach einer Landreform erst gar nicht zu stellen. Dies wiederum macht verständlich, daß sich auf dem Lande revolutionäre Bauernbewegungen herausbildeten, die das kolumbianische System in Gänze hinterfragten. Die Machthaber in Bogotá gaben sich offensichtlich damit zufrieden, die Revolutionäre regional einzudämmen. Dialog war dem Selbstverständnis nach nicht vorgesehen. Im Rahmen der auch Kolumbien erfassenden Schuldenkrise Anfang der 80er Jahre wurde diese Art der Politikgestaltung zunehmend problematischer, und in dieser Szene traten die Drogenherren als neue Kraft auf. Die Terrorangriffe gegen Justiz und andere Staatsbehörden hatten offensichtlich zum Ziel, Regierung und Institutionen so einzuschüchtern, daß sie die Drogenbarone akzeptieren würden. Diese Rechnung ging nur für den Cali-Ring auf, der es verstand, seine eigentlichen Geschäftsinteressen in eine politische ›Message‹ einzubinden und sich als unterstützende Kraft im Kampf gegen die Linke zu präsentieren, wozu neben den Bauernbewegungen auch Gewerkschaften und Liberale zählten. Diese Botschaft kam an in Bogota und auch in Washington. Die paramilitärischen Gruppierungen der »Muerte a Sequestradores« (Tod den Kidnappern) wurden vom Militär gefördert, da sie die schmutzige Arbeit, wie Massaker unter Bauern in den von den Befreiungsbewegungen kontrollierten Regionen, verrichteten. Als Gegenleistung schützte die Armee Einrichtungen der Drogenringe; so wurde nachgewiesenermaßen von einer Spezialeinheit der Armee eine komplette Drogenproduktionsstätte ausgelagert, weil der bisherige Standort aufgrund der dortigen Guerrilla-Aktivitäten zu unsicher geworden war. Die Transportaktion vom Ort Villavicencio nach einem Platz nahe der Grenze zu Brasilien dauerte 26 Tage; 5 Offiziere und 26 Unteroffiziere waren damit beschäftigt.

Die Planer in Washington hatten einen neuen Verbündeten im Kampf gegen die vorgeblich kommunistischen Kräfte Zentralamerikas gefunden, einen Verbündeten, der außerdem in der Lage zu sein schien, im eigenen Land die ›subversiven Elemente‹ niederzuringen.

Die Partnerschaft wurde mit dem Plan Colombia im Jahr 2000 besiegelt. Demnach erhält die kolumbianische Regierung milliardenschwere Darlehen für ihr Bemühen, die Subversion im eigenen Lande mit militärischen Mit-

teln zu besiegen. So lautet die offizielle Lesart. Tatsächlich sind mittlerweile Spezialkommandos der US-Streitkräfte in Kolumbien tätig; da die ›subversive Linke‹ regional operiert, so jedenfalls die Analysten in Washington, ist es naheliegend, sie auf regionaler Ebene zu bekämpfen. Es deutet sich an, daß die Vereinigten Staaten im Begriff sind, von Kolumbien als Basis ausgehend die Anrainerstaaten Ecuador, Bolivien und Venezuela mit verdeckten Mitteln gefügig zu machen.

## IV. Globaler Militarismus

Präsident Bush versprach der US-amerikanischen Bevölkerung einen »Krieg gegen den Terrorismus«, den er »sicher gewinnen werde«. Alles, was er bis jetzt geschafft hat, war der Sturz der schwachen und völlig verarmten Taliban. Bin Laden hat er nicht gefangen. Pakistan bleibt unsicher. Saudi Arabien ist labil. Also muß er in den Irak einmarschieren, um nicht dort als Schwächling zu erscheinen, wo er es am meisten fürchtet – in den Augen der Wähler. »Bushs hohe Akzeptanz in Umfragen«, so Immanuel Wallerstein (Aufhaltsamer Abstieg, SZ, 12. August 2002), »spiegelt ihn als Kriegs-Präsidenten. Als Präsident des Friedens wird er in ernste Schwierigkeiten geraten – um so mehr, wenn er Versprechen aus Kriegszeiten nicht einhält. Deshalb bleibt Bush keine andere Wahl, als gegen Irak Krieg zu führen.«

Die Bush-Regierung, genauer das Kriegskabinet, dem der Außen- und der Verteidigungsminister, der Chef des Generalstabes und die Sicherheitsberaterin angehören, beschloß eine zweistufige Vorgehensweise nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Es galt, die US-amerikanische Bevölkerung zu beruhigen, was durch einen raschen, medial spektakulären und sicheren Erfolg verheißenden Militärschlag geschehen sollte. Bin Laden und seine talibanischen Helfer boten sich dafür an; man möchte meinen, sie waren die idealen Objekte. Parallel dazu wurde der zweite Schritt schon »mitgedacht«, der Krieg gegen den Irak. Was der Öffentlichkeit als Krieg gegen den Terrorismus verkauft wurde, war schon als imperialer Einmarsch in strategisch wichtige Regionen angelegt.

Afghanistan wurde zum Einstieg in den neuen US-Globalmilitarismus. In wenigen Monaten wurden geopolitische Traumziele in Zentralasien dem US- Einflußbereich einverleibt. Der dortige Lagerwechsel weg vom post-sojjetischen Rußland hin zu den Vereinigten Staaten war eine Scheckbuch-affäre. So wie in Afghanistan kaufte sich Washington in den zentralasiatischen Staaten Loyalitäten. Wie tragfähig dies auf Dauer sein wird, bleibt dahingestellt. Parallel hierzu konnte die Bush-Regierung ein weiteres Defizit ausglei-

chen – die militärische Rückkehr auf die Philippinen nach zehnjähriger Abwesenheit. Auch hier gab Cash den Ausschlag, dieses Mal in Form von milliardenschweren Kreditzusagen und wohlwollender Prüfung von Finanzierungsprogrammen durch den Internationalen Währungsfonds. Vom schnellen Erfolg geblendet, machten sich die Mannen um Bush an die nächste Aufgabe, den Irak. Der Nahe Osten mit seinen Ölvorkommen ist einer der Hauptpreise bei der Neuordnung der Welt. Zwar läßt die Bush-Regierung keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie hier ihre militärische Überlegenheit zur Anwendung bringen wird, aber ein militärischer Erfolg ohne entsprechende politische Umsetzung wandelt sich bald zur Niederlage. Ungeachtet hiervon greifen strategische Überlegungen bereits weiter aus – schon ist der Iran im Visier.

Militärisch stehen die Vereinigten Staaten glänzend da. Dagegen ist es ihnen bisher nicht gelungen, die kooptierten Regierungen bzw. kooperierenden Regimes politisch zu stabilisieren: Afghanistan existiert als Staat nicht; der US-Satrap ist ein besserer Bürgermeister von Kabul, geschützt von ausländischen Soldaten. Pakistan, immer noch ein strategisch notwendiger Rückraum, erlebt einen politischen Wandel: Die Erstarkung radikal-islamistischer Parteien macht deutlich, daß weite Bevölkerungskreise dem Krieg gegen Glaubensbrüder, wie sie es empfinden, ablehnend gegenüber stehen, und die pro-amerikanische Militärdiktatur verliert zunehmend an Rückhalt auch deshalb, weil die von den USA zugesagten Finanzhilfen nicht im erwarteten Umfang eintrafen, dadurch die schwere Wirtschaftskrise anhält und die säkularen Mittelschichten sich vom Regime abwenden. Die letzten Überlebenden der Breschnew-Ära, wie die Machthaber in Zentralasien klassifiziert werden sollten, stehen repressiven Regimes vor, denen es an breiter Zustimmung schon vor dem Eintreffen der US-Truppen mangelte. Im Nahen Osten sind die USA, von Israel abgesehen, politisch isoliert. Ihre Präsenz stützt sich weitestgehend auf ihre Militäreinheiten. Auf Ablehnung stoßen sie nicht nur bei einer breiten Bevölkerungsmehrheit, auch in den Kabinetten ist eine solche Haltung vermutlich stärker vertreten, als nach außen sichtbar wird.

Audauernder Militarismus ohne politische Perspektive birgt große Risiken.

**Naher und Mittlerer Osten.** Öl ist ein wichtiger, aber nicht der einzige Faktor, der die Handlungsweise der Vereinigten Staaten hier prägt. Auf der Habenseite der US-amerikanischen Bilanz ist zu verbuchen, daß sie in der Lage ist, einen freien Zugang zum Erdöl, zum Treibmittel der Weltwirtschaft, zu sichern. Die anstehenden Verteilungskämpfe um die Post-Saddam-Ressourcen im Irak sind dabei unter strategischen Gesichtspunkten von untergeordneter Bedeutung. Außerdem wäre es kurzatmig, die US-Politik im Nahen Osten in Vergangenheit und Gegenwart ausschließlich aus ökonomischem Blickwinkel zu betrachten: Die Ereignisse des 11. September stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit einer mehr als fünfzigjährigen Einmischung in dieser Region. Sie hat zu einer großräumigen Destabilisierung geführt, vom westlichen Mittelmeer bis nach Südasien – die Sollseite der US-Bilanz.

*Die Ablösung des britischen Imperialismus.* Am Ende des 2. Weltkrieges wurde deutlich, daß Großbritannien seine bisherige Weltmachtrolle nicht länger ausfüllen konnte. Das offizielle Gesuch Londons um US-amerikanische Unterstützung bei der Niederwerfung des vorgeblich sowjetisch gelenkten Aufstandes in Griechenland 1946 gab den Vereinigten Staaten die Chance, das britische Erbe anzutreten. In wirtschaftlicher Hinsicht bot sich bald darauf eine weitere Gelegenheit: Großbritannien wollte mit US-amerikanischer Rückendeckung das sogenannte Red Line Agreement aus dem Jahr 1928 aufrechterhalten. Dieses Abkommen beinhaltete die Kontrolle der nahöstlichen Erdölvorkommen – mit Ausnahme Saudi Arabiens – durch britische Unternehmen. Die Regierungen Iraks und Irans boten US-Firmen Beteiligungen an, um so die britische Vormacht, die aus ihrer Sicht unvorteilhaft war, zu konterkarieren. Natürlich wurde diese Chance genutzt, zumal die US-Regierung befürchtete, daß angesichts der finanziellen Schwäche des britischen Empires ein Machtvakuum vom Nahen Osten bis nach Südasien entstehen würde. Wirtschaftliche Interessen verbanden sich mit strategischen.

Der von Washington geförderte Sturz der Monarchie in Ägypten 1952 sowie die Sicherung der Herrschaft des Schahs im Iran durch die von der

CIA maßgeblich geleitete Konterrevolution ein Jahr später bildeten Meilensteine auf dem Weg, Großbritannien aus dem Nahen Osten zu verdrängen. Das Debakel der britisch-französisch-israelischen Militäraktion gegen Ägypten 1956 (Suezkrieg) besiegelte das Schicksal der britischen Hegemonie. Die Vereinigten Staaten übernahmen die Kontrolle der Erdölproduktion und gleichzeitig aber auch große soziale und politische Altlasten: Zum Schutz der Ölvorkommen und seiner strategischen Interessen förderte Washington traditionale Herrschaftsformen, die aus Gründen des Machterhalts jeglichem sozialen Wandel feindlich gegenüberstanden und ihn unterdrückten. Opposition und Widerständigkeit, anderswo stimulierende Elemente im Prozeß gesellschaftlicher Modernisierung, fanden keinen Eingang in den politischen Diskurs; sie wurden in den religiösen Raum abgedrängt. Moslemisierung bildete den maßgeblichen Faktor für Veränderung und Wandel; er wurde zur Hoffnung der Benachteiligten und Unterprivilegierten, was auch fundamentalistische Deutungen und Fanatismus einschloß. Diese Verhältnisse machen auch verständlich, warum sozialistische oder kommunistische Ideen im gesellschaftlichen Leben des Nahen Ostens keine Chance hatten – oder diese verloren.

*US-Machtpolitik bis 1978.* Die Vereinigten Staaten steuerten ihre Nahostpolitik anfänglich über Ägypten. Oberst Nasser als neuer Machthaber paßte zunächst in das US-amerikanische Modell; er war stramm antikommunistisch eingestellt, und die finanzielle Unterstützung durch Saudi Arabien tat ein übriges. Das änderte sich jedoch rasch, als Nasser einen außenpolitisch neutralen Kurs einschlug, was nichts anderes beinhaltete, als von beiden Lagern, dem westlichen und dem sowjetischen, soviel Ressourcen wie möglich abzuschöpfen. Mit der Anerkennung der Volksrepublik China 1956 überspannte Nasser dann den Bogen. Die Weigerung Washingtons, den für die wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens als notwendig angesehenen Assuan-Damm zu finanzieren, nutzte die Sowjetunion, um in einem der arabischen Kernländer als Kreditgeber und politischer Verbündeter Fuß zu fassen. Mit dem Ende der britischen Präsenz seit dem Suezkrieg standen die USA allein im Nahen Osten. Hier hatten sie, so möchte man meinen,

die ersehnte Konstellation – selbstherrliches Agieren gegen »sowjetisches Weltmachtstreben« und arabischen Nationalismus, in dessen Gewand nach Washingtoner Lesart der lokale Kommunismus daherkam. Die Regierung Eisenhower fand im Januar 1957 die entsprechende Antwort: Die Vereinigten Staaten, so die neue Doktrin, seien bereit, »jedes Land zu unterstützen gegen offene militärische Aggression, die von einem Land unter dem Einfluß des internationalen Kommunismus ausgeht«. Der Libanon, Syrien und Jordanien wurden als bedrohte Länder definiert. Bis 1965 unternahm die Vereinigten Staaten militärische Interventionen unterschiedlicher Intensität; dabei ging es vor allem darum, »Flagge zu zeigen« und machtpolitische Ansprüche zu dokumentieren. Auch hier offenbarte sich ein strukturelles Defizit der US-amerikanischen Politik: komplexe politische Konstellationen, soziale Prozesse und gesellschaftliche Dynamik werden nicht berücksichtigt; stattdessen geht es um Sicherung einer für die USA günstigen Ausgangslage und das um jeden Preis.

Bis dahin hatten die Vereinigten Staaten eine eher zurückhaltende Position gegenüber Israel eingenommen; die Mobilisierung von umfangreicher Finanz- und Entwicklungshilfe kam im wesentlichen über den »Zionistischen Block« im Kongreß zustande, wie er von Kritikern in den USA genannt wurde. Washington hatte sich dem arabisch-israelischen Konflikt ferngehalten. Das änderte sich schlagartig seit dem »Sechstagekrieg« von 1967. Ein vollständiger und noch größeren Landgewinn verheißender Sieg Israels wurde durch die Sowjetunion verhindert, die bereit schien, notfalls militärisch zu intervenieren. Die sowjetische Unterstützung Ägyptens und jetzt auch Syriens beantworteten die USA mit der dauerhaften Hinwendung zu Israel.

Mit Israel und dem Iran – gewissermaßen im Ersatz für Großbritannien, das 1971 seine letzten Stützpunkte am Persischen Golf geräumt hatte – fand Washington regionale Verbündete, von denen es glaubte, daß sie US-amerikanische Interessen in der Region wahrnehmen könnten. Saudi Arabien kam später hinzu. Seitdem werden die Vereinigten Staaten in der arabischen Welt mehrheitlich als Förderer einer aggressiven Politik Israels angesehen, zusätzlich zu dem schlechten Ruf, gesellschaftlichen und sozialen Wandel in der Region zu verhindern.

Für die USA galt es zunächst, die Statthalter zu stabilisieren und zu verteidigen. So während des Oktoberkrieges von 1973. Vorübergehend schien die US-Politik erfolgversprechend und sogar entspannend; der Lagerwechsel Ägyptens unter Präsident Sadat stellte eine Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes in Aussicht. Mit dem Schah-Regime stand ein militärisch starker Partner an der Seite Washingtons, der als »Ordnungsmacht« am Persischen Golf agierte und ein Gegengewicht zum Irak bildete. Der Ölreichtum unter staatlicher Kontrolle und eine nationalistische Politik machten Bagdad damals zum einzigen ernsthaften Gegenspieler der USA im Nahen Osten.

Die Grenzen der US-Machtpolitik über Stellvertreter wurden Ende der 1970er Jahre deutlich. Am Beispiel des Iran wird erkennbar, daß der Einfluß der Vereinigten Staaten nur so groß war wie die innere Stabilität ihres Statthalters. Der Schah hatte offensichtlich begriffen, wo die US-amerikanischen Interessen lagen und wie er diese für seine eigenen Ziele nutzen konnte. Seine autoritäre, auf das Militär gestützte Herrschaft wäre ohne Billigung des großen Verbündeten nicht möglich gewesen. Die blutige Niederschlagung eines Aufstandes von Kleinbauern und Landarbeitern gegen die sogenannte Landreform 1963 fand die Billigung Washingtons, das gemeinsam mit Israel später den iranischen Geheimdienst SAVAK aufbaute, ein äußerst brutales und in der Bevölkerung gefürchtetes Repressionsinstrument. Es war töricht, daß die USA die Wahrnehmung ihrer regionalen Interessen bedingungslos einem Regime übertrugen, das wenig soziale Verankerung hatte und dem die national eingestellten Mittelschichten und die Geistlichkeit, Fürsprecherin der Masse verarmter Bauern und Deklassierter in den städtischen Ballungsräumen, ablehnend gegenüberstanden. Vorkehrungen der USA für innenpolitische Wechselfälle im Iran gab es nicht. Dieses Defizit machte die Katastrophe nach 1978 unausweichlich; es ist bemerkenswert, daß keine US-Regierung bis heute diesen Fehler erkannte. Der Sturz des Schahregimes 1978 führte geradewegs in die Islamische Revolution, wodurch die US-amerikanische Machtposition im Nahen Osten ins Wanken geriet. Die Reaktion der Carter-Administration bestand in der Proklamation einer neuen Doktrin; sie besagte, daß die Vereinigten Staaten es nicht hinnehmen würden, wenn eine fremde Macht versuchen sollte, die Kontrolle über den Persischen Golf

### CIA-Aktivitäten im Nahen Osten

**Sudan (Mitte der 90er).** Der regierenden National-Islamischen Front wird von den USA vorgeworfen, Oppositionelle in Ägypten, Eritrea, Äthiopien und Uganda zu unterstützen und radikale islamische Gruppierungen wie Hizbollah, Hamas, algerische Extremisten und Abu Nidal zu beherbergen, so der CIA-Direktor Deutch vor dem geheimen Ausschuß des US-Senats zu Geheimdienstangelegenheiten (Senate Select Committee on Intelligence); daher sei es sinnvoll, über die Regierungen Äthiopiens, Eritreas und Ugandas auf verdecktem Wege oppositionelle Gruppen zu fördern, die das Regime in der Hauptstadt Khartum stürzen wollen. Hierbei handelt es sich um die Sudanesisische Befreiungsarmee von John Garang, die seit fast zwei Jahrzehnten im christlichen Süden des Landes gegen die Zentralregierung in Khartum kämpft. In Eritrea würde – so zitiert die Washington Post (10. November 1996, S. 34) den Geheimdienstchef – eine 300 Mann starke Gruppe ausgerüstet, die gemeinsam mit der eritreischen Armee die lebenswichtige Straßenverbindung Khartum-Port Sudan am Roten Meer unter ihre Kontrolle bringen will.

**Libyen (1990-96).** Seit 1990 unterstützt die CIA eine Gruppe fundamentalistischer Rebellen, die sich im Bergmassif Jabal Akhdar im östlichen Libyen verschanzt haben. Ihr Anführer ist der ehemalige Armeee-Oberst Khalifa Haftar, der nun die Libysche Nationalarmee befehligt, die der bewaffnete Arm der Heilsfront zur Befreiung Libyens sei. Der Gruppe hätten sich nach Informationen von intelligence online (1. April 1996) geflohene Sträflinge angeschlossen. Die Quelle erwähnt, daß die Heilsfront schon seit längerem zur Kundschaft des US-Geheimdienstes zähle. Die erzkonservative Washington Times (26. März 1996, S. 13) feiert Oberst Haftar als Führer einer neuen Contra-Bewegung. Die Washington Post (26. März 1996, S. 9) berichtet von Kämpfen in der Bergregion, bei denen 23 Menschen umgekommen seien.

**Irak (1991-96).** Nach dem Golfkrieg läßt die CIA ungefähr 1.500 Agenten zurück; hierbei handelt es sich um Mitglieder des Irakischen

Nationalkongresses (INC). Der Geheimdienst nimmt es offenbar hin, daß seine Mitarbeiter im Untergrund vom Regime in Bagdad sukzessive enttarnt und liquidiert werden. So werden fast alle Mitarbeiter eines verbotenen und von der CIA finanzierten Fernsehsenders ausgeschaltet. Angehörige des INC erfahren ein ähnliches Schicksal. Das Vorhaben der CIA, die oppositionellen Kräfte vor Ort zu einer Allianz gegen Saddam Hussein zu bündeln, wird zu einem Desaster: Einer der Führer der kurdischen Opposition, Massud Barzani, macht heimlich gemeinsame Sache mit Bagdad, was dem Geheimdienst entgeht. Es kommt zu einer – aus Sicht des Regimes – erfolgreichen Säuberungsaktion, bei der auch die gesamte hochwertige Ausrüstung der CIA verloren geht. Die Widerstandszellen der kurdischen Gruppen und des INC werden vernichtet (Time Magazine vom 23. September 1996). Einer der führenden Oppositionellen versichert nach seiner Verhaftung, daß der CIA Bombenanschläge in Bagdad in Auftrag gegeben habe, bei denen es zahlreiche Tote unter der Zivilbevölkerung gab (Washington Post vom 31. März 1996, S. 7).

**Iran (1995).** Auf Veranlassung der Republikanischen Partei genehmigt der US-Kongreß zusätzliche Mittel in Millionenhöhe für verdeckte Operationen mit dem Ziel, den Iran zu »destabilisieren« (Intelligence online, 24. April 1995). Gleichzeitig startet die CIA eine Medienkampagne als Teil der sogenannten »psych operations«. Es gilt, Stimmung gegen den Iran zu machen, um die Zusammenarbeit des Landes mit Rußland und China auf dem Gebiet der zivilen Nutzung von Nukleartechnologie zu sabotieren. Dazu zählt beispielsweise die Mitteilung an die Medien, daß Teheran einen Budgetposten zur Förderung des internationalen Terrorismus in Höhe von ca. 100 Millionen Dollar bereitgestellt habe (Intelligence online, 22. Mai 1995). Die Clinton-Regierung weigert sich anfänglich, den Forderungen des Senats nachzugeben, iranische Oppositionelle, die vom Nachbarland Irak aus Aktionen vornehmen, zu unterstützen, da es sich hierbei um Mudschahedin handele. Auf Druck des American Israel Public Affairs Committee lenkt sie jedoch ein und erteilt der CIA den entsprechenden Auftrag (Washington Post vom 22. Dezember 1995, S. 27).



an sich zu reißen. Der Golf wurde zu einer Region ernannt, in der die USA »vitale Interessen« zu vertreten hätten.

*Irak, der zeitweilige Verbündete.* Eine Überprüfung der US-Politik nach dem Desaster im Iran fand nicht statt; im Gegenteil wurde an dem alten Modell festgehalten. Die Regierung Reagan fand dann in Saddam Hussein einen würdigen Nachfolger für den Schah. Hussein, lange Zeit der Drahtzieher im Hintergrund, riß 1979 die Macht in Bagdad an sich. Skrupellos, opportunistisch und machtbesessen, hatte Hussein seinen Aufstieg in der Hierarchie vorbereitet und vollzogen. Aber ihm kam zugute, daß er es verstand, die Bodenschätze des Landes für eine erfolversprechende nachholende Industrialisierung zu verwenden. Hindernisse hierbei waren das koloniale Erbe und die politische Kultur des Irak. Entstanden als britisches Protektorat aus der Erbmasse des Osmanischen Reiches, war der Irak ein künstliches Gebilde ohne eigene Identität. Am gravierendsten hierbei war die Aufteilung des kurdischen Siedlungsgebietes, das den Staaten Türkei, Irak und Iran zugeschlagen wurde. Mit dem »arabischen Nationalismus« schien sich ein Identitätsersatz anzubieten, der jedoch die schiitische Bevölkerungsmehrheit vernachlässigte. Sozialismus schien eine Alternative, die ethnische und ethno-religiöse Differenzen zu überwinden versprach; sein Durchsetzungsvermögen scheiterte anfänglich an der engen sozialen Basis, und kurdische Interessen wurden von Feudalherren usurpiert. Die sozialistischen Organisationen im Irak hatten sich aus Gründen, die bislang noch nicht umfassend aufgearbeitet sind, von der Baath-Bewegung vereinnahmen lassen, die als Sprachrohr des »arabischen Nationalismus« 1967 an die Macht kam. Sie ermöglichten den neuen Machthabern mit Saddam Hussein als dem Organisator der Geheimdienste einen Zugang zur lohnabhängigen Bevölkerung. Danach wurden sie überflüssig und folgerichtig liquidiert. Nebenbei: Hussein war der Drahtzieher der Massenliquidationen, Tarik Aziz, in westlichen Medien als moderater Diplomat gepriesen, einer der Ausführenden.

Um von Problemen mit der eigenen kurdischen Minderheit abzulenken, hatte das Schahregime die Kurden im Irak mit Waffen unterstützt und sie

zum Aufstand gegen Bagdad angestachelt; diese Politik in den sechziger Jahren und die Anfang der Siebziger erfolgte Besetzung von strategischen Inseln am Schatt el Arab durch den Iran prägten die irakisch-iranischen Beziehungen schon zu Zeiten des Schah. Die islamische Revolution in Teheran erschien den neuen Machthabern in Bagdad als äußerst bedrohlich, weil die eigene schiitische Bevölkerungsmehrheit sich ihr möglicherweise anschließen würde. Die US-Diplomatie begann schon in den letzten Amtsmonaten von Präsident Carter, den Irak zu militärischen Handlungen gegen den östlichen Nachbarn zu ermuntern. Carters Amtsnachfolger setzte dies fort; die US-Geheimdienste versorgten Saddam Hussein mit gefälschten Informationen über die angebliche Schwäche der iranischen Armee. Für Hussein war die Lage verheißungsvoll. Er hoffte, mit offensichtlicher Rückendeckung der USA einen durch die Revolutionswirren geschwächten Gegner besiegen, hierdurch zur regionalen Vormacht aufsteigen und einen Großteil der innenpolitischen Probleme lösen zu können.

Für Washington schien sich damit das Machtvakuum nach dem Untergang des Schah-Regimes aufzufüllen. Zu fragen ist, warum die Reagan-Regierung dann zögerlich und eher verdeckt agierte. Erwähnenswert ist hier zunächst die globale Konfrontationspolitik gegenüber der sowjetischen Supermacht. Der Irak zählte in der Vorstellungswelt der Planer in Washington zu den Klientenstaaten der UdSSR; deshalb war vorsichtiges Handling geboten. Zum zweiten war Saudi Arabien zum neuen Ersatzpartner auserkoren worden, und eine allzu offene Unterstützung Bagdads hätte da störend gewirkt. Und schließlich war die irakische Regierung kein williger Befehlsempfänger, sondern vertrat ihre eigene politische Agenda. Mit Blick auf die Situation im Nahen Osten nach dem Zusammenbruch der kurzlebigen ägyptisch-israelischen Annäherung Ende der Siebziger war Bagdad dabei, sich als Fürsprecher der arabischen Belange und Speerspitze der antiisraelischen Front zu etablieren. Es ist zu vermuten, daß das Hussein-Regime US-amerikanische Avancen zurückwies.

Im Verlauf des langwierigen iranisch-irakischen Krieges unterstützten die Vereinigten Staaten beide kriegführenden Parteien. Es hätte in ihrer Macht gelegen, den blutigen Konflikt rasch zu beenden. Denn die iranische Armee

verwandte noch das vom Schah angeschaffte US-amerikanische Material; ein Nachschubstop hätte die Kampffähigkeit Irans erheblich beeinträchtigt. Andererseits versorgten die USA den Irak beispielsweise mit Satellitenaufnahmen und anderen Hi-Tech-Informationen, die es Bagdad erst ermöglichten, Raketenangriffe gegen den Iran durchzuführen. Die heute von Experten der Vereinten Nationen inspizierten Waffenfabriken und sonstige Anlagen, die Material für Kriegszwecke produzieren können, wurden in den achtziger Jahren unter ausdrücklicher Billigung der Regierung der USA mit westlicher Technologie gebaut. Übrigens nutzte Washington die iranische Abhängigkeit von US-amerikanischem Waffennachschub aus, um hierüber eine verdeckte Finanzierung der Contras in Zentralamerika zu arrangieren. Diese Handlungsweise war illegal, da gegen Gesetze und die Auflagen des Kongresses verstoßend. In der Rückschau läßt sich sagen: Die US-Politik zielte offenbar darauf ab, beide Staaten in einen Abnutzungskrieg zu bringen und sie dadurch entscheidend zu schwächen, ganz im Interesse des neuen Klienten Saudi Arabien. Das politische System des Irak galt als fortschrittlich und der Staat als ein entschlossener Verfechter der arabischen Sache. Die islamische Revolution andererseits besaß Strahlkraft über die Landesgrenzen hinaus: Ein islamischer Staat war Wirklichkeit geworden. Da drohten Eigenständigkeiten. Der Krieg schwächte beide Protagonisten; die Bedrohungsszenarien für die US-Weltpolitik schienen sich zu verflüchtigen.

*Der ›lange Golfkrieg‹.* Die Politik der Vereinigten Staaten und ihrer beiden wichtigsten Verbündeten, Saudi Arabien und Kuwait, bestand also auch darin, Irak als Instrument der Eindämmung gegen den Iran zu benutzen. Aus diesem Grund wurde Bagdad mit umfangreichen Krediten unterstützt. Bei Kriegsende war es dann vor allem Kuwait, das die vermeintliche Schwäche des Hussein-Regimes ausnutzen wollte, um offene Grenzfragen zu seinen Gunsten zu lösen. Es ging um die Aufteilung eines riesigen Ölfeldes, das sich über irakisches und kuwaites Staatsgebiet erstreckte; ferner ging es um die Insel Bubiyan, die dem irakischen Ölterminal Umm Qasr vorgelagert war und auf die der Irak Gebietsanspruch erhob. Kuwait betrachtete seine finanzielle Unterstützung an den Irak, nach Expertenschätz-

zung mehr als 40 Milliarden Dollar, als Kredit und drängte auf Rückzahlung. Für Wiederaufbau und Schuldendienst benötigte Bagdad dringend Devisen, die einen florierenden Erdöllexport zur Voraussetzung hatten. Auch Kuwait war wie andere Ölproduzenten in der Region an der Steigerung des Ölumsatzes interessiert. Dies hatte massive Preissenkungen zur Folge, was den irakischen Interessen widersprach. Denn nur ein hoher Ölpreis bot Bagdad die Möglichkeit, seine Schulden rasch abzubauen und die Kriegsschäden zu beseitigen. Kuwait setzte sich über diese Bedenken hinweg und steigerte seine Förderung über die von der OPEC zugewiesene Quote hinaus. Vor diesem Hintergrund erschien die militärische Besetzung Kuwaits im August 1990 aus irakischer Sicht als aussichtsreiche Alternative. Wo, und das ist hier die entscheidende Frage, blieb bei alledem und in dieser Konfliktlage eigentlich die US-amerikanische Politik?

In den Vorgängen im ersten Halbjahr 1990 machten sich erneut die Strukturdefizite der US-Nahostpolitik bemerkbar: Sie war konzeptionslos, nur auf die Lösung momentaner Probleme ausgerichtet, ihr fehlte jegliche Perspektive. Hinzu kam, daß aus Sicht Washingtons der Interessenkonflikt im Nahen Osten immer noch von der Systemauseinandersetzung mit der UdSSR bestimmt wurde. Die eklatanten Schwächen und der sich abzeichnende Niedergang der Sowjetunion als Weltmacht änderten offenbar nichts am US-amerikanischen Feindbild. Man kann zugunsten der (Vater-) Bush-Regierung annehmen, daß sie damals ihren kuwaitischen Verbündeten freie Hand gab und sich nicht einmischte, um Moskau nicht zu provozieren. Washington warnte also nicht, und der Irak wurde gegenüber Kuwait aggressiv. Diese Untätigkeit der USA war auch unter machtpolitischen Gesichtspunkten unsinnig, denn sie mußte indirekt den Status des Iran als Regionalmacht am Persischen Golf fördern, und dies zu verhindern, war der entscheidende Grund dafür gewesen, den Irak zum Krieg gegen die islamische Revolution zu bewegen. So gesehen, war die US-Politik wieder einmal gescheitert. Das einzige Mittel zur ›Bereinigung‹ der Lage, das der US-Regierung in den Sinn kam, war ein Militärschlag.

Washington begann die Kriegsplanungen im Oktober 1990; Ziel war es, die Eliteeinheiten des Regimes, die Republikanischen Garden, zu vernich-

### Nachdenken über Kriegspropaganda

Die gegenwärtige US-Regierung wirft dem Regime in Bagdad vor, eine aggressive Politik zu betreiben, über Massenvernichtungsmittel zu verfügen und enge Verbindungen zum Terrornetzwerk al-Qaida zu haben. Sie hat es bisher versäumt, diese schweren Anschuldigungen zu belegen. Die heutige Propaganda erinnert an die Vorgehensweise beim Golfkrieg 1991.

#### 1. Eine irakische Bedrohung?

Präsident Bush Vater verglich die irakische Invasion Kuwaits mit der Besetzung des Rheinlandes durch die Nazis: »Wenn uns Geschichte etwas lehrt, dann dies, daß wir uns Aggression widersetzen müssen, da sie andernfalls unsere Freiheit zerstört«, tonte der Präsident. Die Regierung unterrichtete die Washingtoner Medien über Aufmarschpläne der Irakisis, die wohl darauf hinauslaufen würden, die wichtigsten Ölfelder auch in Saudi Arabien zu besetzen. Die Weltwirtschaft würde bald zur Geisel des Irak, so Bush.

Am 11. September 1990 erklärte der Präsident vor beiden Kammern des Kongresses: »entgegen seiner Zusage, keine Gewalt einzusetzen, hat der irakische Diktator Saddam Hussein seinen viel schwächeren Nachbarn Kuwait, der sich auf das Wort Husseins verließ, mit starken Armeeverbänden besetzt. Innerhalb von drei Tagen strömten 120.000 Mann mit 850 Panzern nach Kuwait und bewegten sich nach Süden, um Saudi Arabien zu bedrohen. An dieser Stelle beschloß ich, dieser Aggression entgegenzutreten«.

Nach Recherchen der Journalistin Jean Heller log der Präsident. Es lagen Aufnahmen von sowjetischen Satelliten vor, auf denen kein Truppenaufmarsch an der saudischen Grenze zu sehen war. Sie ließ die Photos, die nebenbei von den sowjetischen Behörden verkauft wurden, von Experten überprüfen, die dies bestätigten. Der offensichtliche Phantomaufmarsch der irakischen Armee ging jedoch rasant weiter. So ließ das US-Verteidigungsministerium am 18. September verlautbaren, daß jetzt 360.000 Irakisis und 2.800 Panzer in Kuwait in Stellung gebracht worden seien.

#### 2. Diplomatische Angebote

☛ Am 12. August 1990 unterbreitete die Regierung des Iraks den Vorschlag, in Verhandlungen einzutreten; sie sei zu Zugeständnissen bereit. Die Bush-Regierung ging hierauf nicht ein. Der Präsident verkündete am 30. November, daß sein Außenminister vor Ablauf des Ultimatums am 15. Januar 1991 sein mit Saddam Hussein konferieren würde. Dies wurde nicht eingehalten.

☛ Am 15. Februar 1991, zwei Tage nachdem US-Bomber einen zivilen Luftschutzbunker in Bagdad angegriffen und mehrere hundert Frauen und Kinder getötet hatten, ließ die irakische Führung Washington wissen, daß sie zum Rückzug aus Kuwait bereit sei. Die USA negierten dies. Drei Tage später stimmten die Irakisis dem sowjetischen Vorschlag zu, alle Forderungen der Vereinten Nationen uneingeschränkt zu erfüllen. Auch jetzt zeigte sich Washington unbeeindruckt – vier Tage später begann der Bodenkrieg.

☛ Die Haltung der US-Regierung entspricht der Rede von Außenminister Baker Anfang September 1990: Es gehe nicht um die Befreiung Kuwaits, sondern um die Zerschlagung der militärischen Infrastruktur des Irak.

*Quellen: Jean Heller, ›Public Doesn't Get Picture with Gulf Satellite Photos‹, St Petersburg Times, January 6, 1991. Reprint. In These Times, February 27-March 19, 1991; Speech by Secretary of State James Baker, New York Times, September 4, 1990; Victor Marshall, ›The Lies We Are Told About Iraq‹, Los Angeles Times, 5. Januar 2003*

ten. Die Operation Wüstensturm begann am 17. Januar 1991. Saddam Hussein erwies sich als ein äußerst beschränkter und unfähiger Stratege, der nach den Regeln der konventionellen Kriegsführung operierte und so ein ideales Ziel für die überlegene US-amerikanische Luftwaffe bot. In 47 Tagen wurden die irakische Armee und ihre modernen Ausrüstungen aus den Achtzigern, von den Kuwaitis und Saudis finanziert, zerschlagen. Der militärische Erfolg war im wörtlichen Sinne durchschlagend.

Die Verluste auf Seiten der irakischen Bevölkerung waren hoch, noch

höhere »Kollatoralschäden« erlitt diese aufgrund der Kriegsfolgen und des auferlegten Embargos. Das vor dem Krieg vergleichsweise entwickelte Land war zurückgebombt in einen Armutstatus, die Infrastruktur zu weiten Teilen zerstört, auch militärisch stellt der Irak seitdem keine eindrucksvolle Macht mehr dar. Durch die Flugverbotszonen und die faktische Abtrennung kurdischer Gebiete im Norden wurde das Hoheitsgebiet der irakischen Regierung erheblich geschmälert, Luftangriffe der US-amerikanischen und britischen Streitkräfte wurden weiterhin geflogen, um das Regime kleinzuhalten. Oppositionelle Regungen in der irakischen Bevölkerung wurden erst ermuntert und dann fallengelassen, politisch also eine trübe Bilanz.

Weshalb führte Washington den Krieg 1991 nicht fort bis zur völligen Auflösung des Saddam-Regimes? Darüber lassen sich nur Vermutungen anstellen; plausibel ist, daß diese Unentschiedenheit der Lage günstige Voraussetzungen schuf für eine Umgruppierung der Kräfte im Nahen Osten und für die andauernde Präsenz US-amerikanischen Militärs in dieser Region.

*Saudi Arabien – die zwischenzeitliche Stütze.* Die westliche Zusammenarbeit mit dem Familienbesitz des Saudi-Clans, fälschlicherweise als Staat bezeichnet, geht auf die dreißiger Jahre zurück. Damals ging es ausschließlich um Öl. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges übernahmen die Vereinigten Staaten von Großbritannien die Protektion der nahöstlichen Ölvorkommen – dabei immer die Interessen der eigenen Rohstoffkonzerne mitbedenkend – und besonders der saudischen, der mit Abstand größten. Protektion Saudi Arabiens bedeutete zweierlei: erstens die Sicherung der Ölquellen und zweitens den Schutz Saudi Arabiens vor jedweder äußeren Bedrohung. Es ist erklärtes Ziel der USA, den Zugang zu den saudischen Ölvorkommen zu sichern; erklärtes Ziel der Saudi-Herrscher ist es, an der Macht zu bleiben. Hierüber bildete sich ein bis in die Gegenwart gültiges beidseitiges Abhängigkeitsgeflecht, wobei die USA die internen politischen und sozialen Verhältnisse eines repressiven Regimes tolerieren, was dem Herrschaftsclan genügend Rückendeckung gibt, mit der bisherigen Politik fortzufahren. Im wirtschaftlichen Bereich bedeutet dies, daß die Saudis den Ölpreis niedrig halten und durch eine entsprechende Politik im Rahmen

der OPEC dafür Sorge tragen, daß kurzfristige Preisanstiege wieder zurückgenommen werden. Man kann hier von einer verdeckten Schutzgeldzahlung an die Patronatsmacht sprechen, die noch weitere Forderungen an den Klienten hat: Saudische Gelder fließen an andere arabische und moslemische Staaten, um diese so von einem zu militanten Kurs gegen die USA abzubringen. Das ist auch im Eigeninteresse der Saudis. Darüberhinaus unterstützten die Saudis ihre Schutzmacht in Bereichen, in denen sie selbst keine Ambitionen hatten: beispielsweise durch finanzielle Zuwendungen an die Contras in Zentralamerika und die Rebellengruppe der UNITA in Angola oder Öllieferungen an Südafrika während der Apartheidsjahre

Fraglich ist, ob die USA dabei eigentlich politische Gestaltungsmöglichkeiten haben und ob nicht eher von einer Paralyse zu sprechen ist, die an die Stelle von internationaler Politik getreten ist. Es wiederholt sich hier das auch anderswo praktizierte Herrschaftsmodell, bei dem lokale Statthalter US-amerikanische Interessen wahrnehmen und ansonsten absurde Dinge treiben können, solange sie die strategischen Wünsche der Herren in Washington erfüllen. Diese Art US-amerikanischer Interessenwahrnehmung ist weltpolitisch äußerst riskant.

Das saudische Herrschaftssystem steht auf zwei Säulen, der politischen Führung in den Händen der al-Saud Familie und der geistlichen Führung, ausgeübt von der al-Wahhab Familie, Gralshüterin des extrem rückwärtsgewandten islamischen Wahhabismus. Dieses Arrangement reicht ins 18. Jahrhundert zurück und wurde seitdem von einer Generation an die nächste vererbt. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist politisch ohnmächtig. Alle Versuche, diesen Anachronismus durch Reformen zu beseitigen, sind gescheitert. Die Herrscherfamilie, ca. 7.000 Personen, ist unter sich zerstritten, die Nachfolge des siechen Herrschers ist derzeit offen und Anlaß für neue Konflikte.

Die wirtschaftliche Lage in Saudi-Arabien ist mittlerweile angespannt. Das Prokopfeinkommen ist in den neunziger Jahren um fast zwei Drittel zurückgegangen, was einerseits auf sinkende Einnahmen aus dem Ölgeschäft hinweist, andererseits aber die Defizite einer Wirtschaftspolitik offenlegt, die an der Einkommensmaximierung der Herrscherfamilie (bis zu vierzig Prozent

der Öleinnahmen des Landes fließen direkt in die Taschen des herrschenden Clans), nicht jedoch an stabilen Grundlagen für Wirtschaftsentwicklung ausgerichtet ist. Ökonomisches Missmanagement, Korruption und das offene Ausplündern der Ölreserven tragen zur schlechten Finanzlage des Landes bei. Die Staatsverschuldung beträgt 120 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP), und 1999 belief sich das Haushaltsdefizit auf 6,5 Prozent des BIP. Die Regierung hat ihre Sozialprogramme gekürzt und Investitionen in die Ölförderung, den Energiesektor und die Infrastruktur zurückgefahren. Die Arbeitslosenrate beträgt unter männlichen Saudis ca. 25 bis 30 Prozent. Viele Menschen hier haben keine hinreichende Ausbildung, was besonders auf Frauen zutrifft. Wirtschaftsanalysten zufolge wird in den nächsten fünf Jahren eine Million neuer Arbeitsplätze für saudische Männer benötigt (Frauen werden bei den Berechnungen nicht berücksichtigt). Soziale Unzufriedenheit im Land findet gegenwärtig keinen zugelassenen politischen Ausdruck. Ein Bericht von Amnesty International schildert die Lage so: »Geheimhaltung und Furcht durchdringen jeden Aspekt der staatlichen Struktur Saudi Arabiens. Es gibt keine politischen Parteien, keine Wahlen, kein unabhängiges Parlament, keine Gewerkschaften, keinen Anwaltsverein, keine unabhängige Justiz und keine unabhängigen Menschenrechtsorganisationen. Jeder, der in Saudi Arabien lebt und das System kritisiert, wird hart bestraft. Politische und religiöse Gegner der Regierung werden nach der Verhaftung für unbegrenzte Zeit ohne Prozeß festgehalten oder nach völlig unfairen Prozessen eingesperrt. Folter ist allgegenwärtig. Arbeitsmigranten sind ständig bedroht.«

Unmut gegen die politischen Verhältnisse nimmt unter diesen Bedingungen religiöse Prägungen an, zumal Opposition, die sich religiös begründet, die einzig zulässige Form von Dissens darstellt. Darin unterscheidet sich Saudi Arabien zunächst kaum von anderen arabischen Staaten mit autoritärer Herrschaft. In den achtziger Jahren fanden solche Kritiker ein Betätigungsfeld außerhalb des Landes, beim von den Vereinigten Staaten organisierten und von den Saudis finanzierten Dschihad im fernen Afghanistan.

Der militärisch erfolgreiche Golfkrieg von 1991 stürzte die US-Machtpolitik in ein tiefes Dilemma. Mit dem geschlagenen Irak wurde auch das

einzige säkulare Gegenmodell zum islamischen Gottesstaat in der arabischen Welt gestürzt. Ägypten und Syrien sind zu schwach, um diesen Platz einnehmen zu können. Beim Ideologieangebot stehen seitdem die Islamisten ohne Konkurrenz da, und ein Zentrum ist hier Saudi Arabien. Die vom erfolgreichen Dschihad in Afghanistan Zurückgekehrten erlebten aber ihre Heimat im kulturellen Banne der Vereinigten Staaten. Nicht nur die Anwesenheit US-amerikanischer Truppen wird als frevelhaft gewertet, noch schwerer dürfte der Umstand wiegen, daß die heiligen Stätten Mekka und Medina nach US-Vorbild baulich verändert wurden und Mc Donald's und andere Zeichen des »Unglaubens« das heutige Stadtbild prägen. Der innenpolitische Druck auf die saudischen Herrscher wächst, was u.a. deren zögerliche Haltung erklärt, den US-Krieg in Afghanistan oder neuerdings im Irak zu unterstützen. Eine anachronistische, über zweihundert Jahre alte Gesellschaftsordnung ist reif für Veränderungen. Das probate Mittel der Vergangenheit, Wohlverhalten durch materielle Zuwendungen zu erkaufen, ist angesichts der selbstverschuldeten Wirtschaftskrise nicht mehr anwendbar. Ein Umbau der Ordnung ist unausweichlich, und weil die Vereinigten Staaten in den zurückliegenden mehr als fünfzig Jahren immer bedingungslos und tatkräftig die Herrscherfamilie unterstützt haben, stehen sie – wie schon einmal im Iran – ohne Alternative da. Eine weitere Analogie: Die Vereinigten Staaten betrachteten die irakische Besetzung Kuwaits auch als unmittelbare Bedrohung Saudi Arabiens. Die dauerhafte Anwesenheit US-amerikanischer Truppen im Lande, eine weitere Aufrüstung der saudischen Armee und eine nur notdürftige verdeckte Leitung der Nationalgarde durch US-Personal belegen dies. Bei der Garde handelt es sich um eine Eliteeinheit, größer als die reguläre Armee und ausschließlich für die innere Befriedung vorgesehen. Ein derartiges Engagement der USA war nicht unumstritten innerhalb der Herrscherfamilie. Es gibt Kräfte, die eine Distanz zu den USA präferieren, und mutmaßlich sind sie es, die auf vielfältige Weise radikale Islamisten, zu denen auch Bin Laden zählt, bis in die Gegenwart hinein tatkräftig unterstützen.

Vor diesem Hintergrund erscheint das seit 1991 von Washington gesteuerte Innganghalten des Irakkonfliktes auch als willkommene Begründung für



### Religion und arabische Identität

Die Bedeutung des Faktors Religion in islamischen Gesellschaften hängt zunächst mit dem Aufstieg und Niedergang der arabisch-islamischen Zivilisation zusammen, die in Gestalt des osmanischen Reiches ihre endgültige politische Gestalt annahm. Der Islam bildete das über regionale Besonderheiten hinausgehende Identitätselement, wobei die Eigentümlichkeit des Islam als Religion mit flacher Hierarchie sektiererische Strömungen begünstigte.

Diese nahmen nationale Ausprägungen an, gefördert von der sich über ein Jahrhundert hinziehenden Parzellierung des osmanischen Reiches im Interesse europäischer Kolonialmächte. Die Reduktion dieses Reiches auf seinen 1924 säkularisierten Kern Türkei bedeutete das Ende des Kalifats, um dessen Erbe Ägypten, intellektuelles Zentrum islamischer Gelehrsamkeit, und Saudi Arabien als Ort der heiligen Stätten des Islam stritten.

So gesehen, ist es kein Zufall, daß beide Staaten auf ihre Weise die Sinnstifter des heutigen Islamismus geworden sind.

Die ersten Jahrzehnte nach der Entkolonialisierung – etwa von 1950 bis in die 70er Jahre – verhiessen in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht eine Überwindung von Verkrustung und Rückständigkeit. Gemessen an Indikatoren wie Wirtschaftswachstum und Industrialisierung war tatsächlich ein Aufbruch zu verzeichnen.

Die nachholende Entwicklung bedeutete hier wie bei der ersten Industrialisierung im Europa des 19. Jahrhunderts eine tiefgreifende Veränderung in der Landwirtschaft. Die Freisetzung von Bauern, Landarbeitern und Pächtern führte zu einer Land-Stadt-Bewegung großen Stils, wobei anfänglich die urbanen Neuankömmlinge lebenswürdige Unterkünfte und Beschäftigung im neuen Industriesektor fanden.

Hierbei handelte es sich allerdings um eine für nachkoloniale Gesellschaften typische abhängige Entwicklung; Kapitaleinsatz, Technologieanwendung und Absatz der Produktion wurden vom Weltmarkt bestimmt und unterlagen nahezu ungeschützt dessen Schwankungen. Gesellschaftliche Kräfte, die diese Entwicklung hätten bremsen können, setzten sich nicht durch.

Das Modernisierungsprojekt kam ins Stocken mit dem Beginn der langen Stagnationsperiode der Weltwirtschaft nach 1973; der moderne Sektor war nicht länger in der Lage, die freigesetzten Schichten zu beschäftigen, dem Staat fehlten die Mittel für eine angemessene Grundversorgung. Massenarbeitslosigkeit und urbane Verelendung waren unvermeidlich.

Die kleine Oberschicht, die von dieser Art wirtschaftlicher Entwicklung profitierte, griff auf autokratische Politikmethoden zurück, manchmal unter direkter Beteiligung des Militärs, um Stabilität herzustellen. Soziale Gruppen wie etwa Gewerkschaften und sozialistische Parteien wurden an den Rand gedrängt und – oft mit härtester Repression – weitgehend ausgeschaltet.

In dieser Lage wandten sich die marginalisierten Massen der letzten ›unverbrauchten‹ Instanz zu – der Religion. Die nachweislich schärfsten Kritiker der nun gescheiterten Modernisierung fanden damit nachhaltig Gehör.

Weil die ›Sackgassenentwicklung‹ auch große Teile der gebildeten Mittelschichten erfaßte, tat sich für diese ein neues Betätigungsfeld auf, das ihnen eine materielle Grundlage und soziales Ansehen gab: die Organisation von Religion.

Die religiös organisierte Politisierung, wie man die neuen islamischen Bewegungen bezeichnen könnte, bildete das neue Gegenmodell. Hinweise auf einen von Armut, Unsicherheit und grassierender Kriminalität geprägten Lebensalltag boten ausreichende Mobilisierungseffekte; Fingerzeige auf Opulenz und Dekadenz der Oberschicht ersetzten konkrete Auswege aus der Misere.

Die Heilserwartungen an den Islam sind trügerisch, besonders weil Religionsvermittlung in einem gesellschaftlichen Kontext steht. Die autorisierte Geistlichkeit, die von den Führern der neuen islamischen Bewegungen nicht infrage gestellt wird, lehnt überwiegend die kapitalistische Moderne ab.

Sie hat ihre Verbindungen zu den alten, von der Modernisierung bedrängten Schichten des Grundbesitzes und der Notabeln, an denen sie festhält: Emanzipatorische Ansätze sind von alledem nicht zu erwarten.

die starke US-Präsenz in Saudi Arabien und soll gleichzeitig die pro-amerikanische Haltung der momentan regierenden Gruppe rechtfertigen.

Viele der terroristischen Gruppen und Netzwerke, soweit sie moslemisch-fundamentalistisch auftreten, so auch die Bin-Laden-Truppe, sind zu Kräften gekommen, weil vor allem US-Dienststellen sie zunächst gefördert haben, mit Waffen, Geld und Beratung. Solcherart »Freiheitskämpfer« (so die damalige westliche Definition) waren als gewalttätige Gehilfen in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion oder anderen kommunistischen Regimes und Organisationen willkommen. Auch die Taliban, hochgezüchtet durch den pakistanischen Geheimdienst, galten der US-amerikanischen Regierungspolitik zeitweise als nützlich. Generell herrschte ein Politikmuster vor, das Feinde des Feindes für die eigenen Zwecke einsetzte, ohne Rücksicht darauf, ob diese »Freunde« menschenrechtlichen und demokratischen Anforderungen entsprachen. Auch Saddam Hussein genoss lange Zeit US-amerikanische Förderung, als Instrument im Konflikt mit dem Iran. Die saudiarabischen Herrscher gelten immer noch als Bundesgenossen, obwohl sie zweifellos ein »fundamentalistisches« Regime verkörpern. Unter solchen Bedingungen entstehen immer wieder terroristische Verselbständigungen, die sich dann auch gegen bisherige Förderer richten.

Der moderne islamische Fundamentalismus ist auch Resultat politischer Manipulationen der USA – seit den Zeiten des Außenministers John Foster Dulles. Die Niederlage der europäischen Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien beim Versuch von 1956, den Nahen Osten weiter zu kontrollieren, beflügelte »anti-westliche« Regierungen wie diejenige von Gamal Abdel Nasser in Ägypten, die ihrerseits als Vorbild für Syrien und den Irak diente, wo bald darauf reaktionäre Regimes abgelöst wurden. Beim Kontorn dieser Vorgänge aktivierten die Vereinigten Staaten Gegenkräfte, die sie aus dem religiös-konservativen Milieu rekrutierten: Der Appell an traditionelle islamische Werte war ein Mittel zum Zweck, nämlich die die wirtschaftlichen und politischen Interessen des Westens bedrohenden Kräfte zu zügeln. Er stieß auf Gehör, weil es in den erwähnten Gesellschaften Gruppen gab, die jedem sozialen Wandel ablehnend gegenüber standen, sei es, daß sie um ihre Privilegien oder – wie im Falle der islamischen Geistlichkeit – um ihre tra-

ditionelle Einflußnahme fürchteten. In Ägypten und Syrien, beispielsweise, waren es die Moslemischen Bruderschaften (Ikhwan), die gegen die dortigen Regierungen mobilisierten. Das ging so weit, daß in Indonesien die einflußreichste islamische Gruppierung (Sarakat-Islam) nicht zögerte, beim Militärputsch 1965 den neuen Machthabern die untergetauchten Kader der kommunistischen Partei und Gewerkschaftler zu denunzieren, sie also wissentlich den Todeskommandos auszuliefern. Höhepunkt der unheiligen Allianz bildete der Afghanistankonflikt nach 1979. Islamistische Gruppen in Pakistan lieferten im Interesse des damals frisch an die Macht geputschten Generals Zia-ul-Haq Gegner der Militärdiktatur, Gewerkschaftler, Sozialisten und andere demokratische Kräfte, an die Machthaber aus. Als Ergebnis bleibt festzuhalten, daß der Westen und allen voran die Vereinigten Staaten einen Schulteranschluß mit Diktaturen praktizierten, der wiederum die islamistische Bewegung seit den siebziger Jahren gestärkt und dazu beigetragen hat, in vielen islamischen Staaten emanzipatorische Bewegungen fast vollständig zu verdrängen. Nicht bürgerliche Demokraten, sondern Feudalherren, aber auch Islamisten (diese mit zwiespältigen Gefühlen), Warlords und Diktatoren sind die Protagonisten der Politik der USA in der islamischen Welt. Selbstverständlich genießen sie die Gunst Washingtons nur solange, wie sie den machtpolitischen Interessen der USA nicht zuwiderhandeln.

Der ungelöste israelisch-palästinensische Konflikt hat sich immer mehr zum negativen Fixpunkt islamischer Politik herausgebildet, sowohl auf der Seite der Potentaten als auch der Seite der Fundamentalisten und terroristischer Gruppierungen. Die Politik der USA hat dazu wesentlich beigetragen, indem sie jene Richtung israelischen staatlichen Handelns begünstigte, die auf ein Konzept der Gewalt setzt.

Die USA agierten im Nahen Osten ohne einen Verbündeten, der über den Tag hinaus in der Lage wäre, gesellschaftliche Stabilität anzubahnen und die Region zu pazifizieren. In dieser Hinsicht stehen die Vereinigten Staaten mit ihrer Nahostpolitik vor einem Desaster. Eben deshalb neigen sie, um ihre geostrategischen und ökonomischen Interessen in dieser Region zu realisieren, zu militärischen Interventionen.

Ein Krieg gegen Saddam Hussein stand zwar ganz oben auf der Liste der

Vorschläge, die die Bush-Regierung nach dem 11. September für eine geeignete Antwort auf die Terroranschläge erstellte. Die Wahl fiel zunächst aber auf Bin Laden, weil er besser in das Schurkenprofil paßte, so Bob Woodward in seinem Buch »Bush At War«. Die Veröffentlichung stützt sich auf Interviews mit den Spitzen der Regierung und ist authentisch, da die Wiedergabe solcher schriftlich fixierten mündlichen Äußerungen üblicherweise von den Befragten genehmigt wird. Demnach ging es Bush vor allem darum, Tatkraft und Handlungsfähigkeit zu beweisen; anderes, wie etwa Ursachenforschung, war da nebensächlich. Der Schock, den die Anschläge in der Bevölkerung auslösten, wurde zugleich für weitere Ziele instrumentalisiert: Es gehe im wesentlichen um die globale Sicherung der amerikanischen Lebensweise, betonte der Präsident mehrfach, u.a. in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2002. Diese nur auf den ersten Blick vage Äußerung hat einen harten Handlungskern, der spätestens bei der Kriegsvorbereitung gegen den Irak sichtbar wurde. Zur amerikanischen Lebensweise gehört eben nach Auffassung der politischen Klasse in den USA eine auf lange Sicht gesicherte Versorgung mit der Ressource Erdöl, was den ungehinderten Zugriff auf die globalen Ölvorkommen einschließt. Nach Expertenmeinung wird der tägliche Ölkonsum in den Vereinigten Staaten von gegenwärtig knapp 19 Millionen Faß (barrel) auf circa 26 Millionen steigen; es ist davon auszugehen, daß die einheimische Förderung konstant bleiben wird, so daß folglich die Importe steigen müssen. Gegenwärtig beträgt der Importanteil bereits mehr als 60 Prozent, davon wird knapp ein Viertel aus Saudi Arabien bezogen. Es muß im Interesse der Vereinigten Staaten sein, so das griffige Argument, die Versorgung langfristig zu sichern. Zweifellos kommt eine derartige Argumentation bei der Bevölkerung an.

Allerdings haben sich die Vereinigten Staaten durch ihr eigenes politisches Handeln in Engpässe bei der Versorgung mit Erdöl gebracht. Sanktionen, offene und verdeckte Kriege gegen so wichtige Förderländer wie Libyen, Iran und Irak haben den Ölmarkt zum Politikum gemacht. Weitaus wichtiger noch: Die bisherigen Wirtschaftsmethoden wären auf energiesparende Techniken hin zu überprüfen. »Rohstoffsicherung und Absatzmärkte« waren die gängigen Festbegriffe des europäischen Imperialismus im 19. Jahrhundert;

### Ölpolitik der Regierung Bush

Die Ölpolitik der Bush-Regierung wurde im Mai 2001 von der Expertenkommission National Energy Policy Development Group, geleitet vom Vizepräsidenten Cheney, ausgearbeitet:

Es sei von einem Anstieg der Nachfrage um ein Drittel bis 2020 auszugehen; die einheimische Produktion werde im gleichen Zeitraum um 12 Prozent fallen, so daß von steigender Importabhängigkeit auszugehen sei.

Trotz Zugangs zu anderen Fördergebiete bilde der Nahe Osten die wichtigste Bezugsquelle, aus der mittelfristig zwei Drittel der Weltölexporte stammen werden.

Ein US-Protectorat Irak – die wahrscheinliche Variante beim sogenannten Regimewechsel – würde US-Konzernen den Zugriff auf die nach Saudi Arabien zweitgrößten Ölquellen und -reserven bringen. Zugleich bestünde eine Alternative zu Saudi Arabien, mit der Einfluß auf die Mengen- und Preispolitik des Ölproduzentenkartells OPEC zugunsten der Vereinigten Staaten ausgeübt werden könnte.

Schließlich könnten sich der US-Regierung neue Möglichkeiten bieten, die Abhängigkeit anderer Industriestaaten und hier vor allem Chinas vom Erdöl auszunutzen.

In den Post-Saddam-Szenarien wird von einer mittelfristigen Militärpräsenz ausgegangen.

Diese erscheint als notwendig im Hinblick auf die Sicherung der irakischen Ölförderung und – wie gehabt – der anderen Produzenteländer.

*Quellen: National Energy Policy Development Group, Reliable, Affordable, and Environmentally Sound Energy for America's Future (Washington: US Government Printing Office, May 2001); US Department of Energy, Energy Information Administration (EIA), Iraq Country Analysis Brief, October 2002; Fadhil J. Chalabi, »Iraq and the Future of World Oil«, Middle East Policy, Oktober 2000; Dan Morgan and David B. Ottoway, »In Iraqi War Scenario, Oil Is Key Issue«, The Washington Post, September 15, 2002*

### Kriegsplanungen gegen den Irak

- 17. September 2001: Präsident Bush unterzeichnet ein zweieinhalbseitiges Dokument, das den Vermerk »Top Secret« trägt. Darin ist der Plan skizziert, Krieg gegen Afghanistan zu führen. Außerdem wird das Verteidigungsministerium angewiesen, militärische Optionen für eine Invasion Iraks auszuarbeiten.
- 19. und 20. September 2001: Eine Beratergruppe im Verteidigungsministerium – Defense Policy Board – beginnt, die Notwendigkeit eines Krieges gegen den Irak zu diskutieren. Der Verteidigungsminister nimmt an den Gesprächen teil.
- 28. Januar 2002: In seiner Rede zur Lage der Nation erwähnt der US-Präsident erstmalig den Irak als einen Staat, von dem Gefahr ausgehe. »Ich werde nicht den Anlaß abwarten, bis sich Gefahren bilden«, sagt Bush.
- Februar 2002: Bush unterzeichnet einen geheimen Auftrag an die CIA, ein umfassendes verdecktes Programm auszuarbeiten, wie Saddam Hussein gestürzt werden könnte verbunden mit der Ermächtigung, tödliche Gewalt anzuwenden, um den irakischen Präsidenten gefangen zu nehmen.
- April 2002: Präsident Bush erklärt in einem Interview mit der BBC: »Ich habe mich entschlossen, daß Saddam gehen muß. Das ist alles, was ich bereit bin, mit Ihnen an Information zu teilen.«
- April 2002: Das Verteidigungsministerium beginnt mit detaillierten Ausarbeitungen zu einem Angriff auf den Irak. Der Kommandeur des Zentralkommandos setzt den Präsidenten unter vier Augen über den Fortgang der Kriegsvorbereitungen in Kenntnis. Diese Treffen finden in einem dreiwöchigen Turnus statt.
- 1. Juni 2002: Vor Kadetten der Militärakademie West Point gibt der Präsident den verschlüsselten Angriffsbefehl: »Wenn wir abwarten, bis die Bedrohung heranreift, haben wir zu lange gewartet«. Der innere Führungskreis weiß nun, daß der Präsident entschlossen ist, einen Krieg gegen den Irak zu führen.

Quelle: Glenn Kessler, »U.S. Decision On Iraq Has Puzzling Past«, *The Washington Post*, 12. Januar 2003

die aktuelle Begründung der Bush-Regierung knüpft an diese Tradition an. Daß eine solche Politik den Konzerninteressen dient, ist ein unstrittiger, aber von der breiten Öffentlichkeit zu wenig wahrgenommener Effekt.

Der propagandistisch geschickt inszenierte militärische Aufmarsch gegen den Irak folgte dem Drehbuch eines klassischen Westernfilms, wo der Schurke lange Zeit sein Unwesen treibt, auf gutgemeinte Ratschläge nicht hört, so daß schließlich alles auf ein Show-down hinausläuft. »Könnte es sein, daß die lange gehegte Einstellung Hollywoods, aus der Darstellung von Gewalt und Zerstörung Unterhaltungswert zu schöpfen, die unmittelbare Reaktion der US-amerikanischen Bevölkerung auf die Ereignisse vom 11. September bestimmt hat«, fragt David Sterritt (*Christian Science Monitor*, 26. September 2001). Er beantwortet die Frage mit einem eindeutigen Ja und meint, die öffentliche Einstellung zu Rache und Krieg entstamme mehr Jahrzehnten populärer Unterhaltung als dem Nachdenken und der Auseinandersetzung mit Geschichte und Moral. Die Lektüre des Buches von Bob Woodward bestätigt diesen Eindruck auch für das Führungspersonal, das seine Handlungen vorrangig und fortlaufend auf die öffentliche Wirkung hin überprüft. Der Medienkritiker Michael Wolff (*The Unspun*, New York Magazine, 13. Januar 2003) bezeichnet die Tätigkeit der Mannschaft um Bush Sohn als »managing media«: »Sie weiß, daß sie nur erfolgreich dasteht, wenn sie die Medien positiv gestaltet«. Verteidigungsminister Rumsfeld nimmt auch in dieser Hinsicht kein Blatt vor den Mund; gegenüber der *New York Times* (14. Oktober 2002) äußerte er sich wie folgt: »Falls die öffentliche Unterstützung anfangs gering sein sollte, muß die US-Führung bereit sein, politisches Kapital zu investieren, um den benötigten Rückhalt zustande zu bringen«.

Ein Gewinner beim neuen Militarismus steht schon fest – die Rüstungsindustrie. »Amerika zieht in den Krieg, und an den Börsen breitet sich die Erwartung steigender Kurse der Rüstungskonzerne aus. Die Branche macht sich, und gewiß nicht ohne Grund, Hoffnungen auf neue Geschäfte, weit über die jetzt drohende militärische Aktion hinaus. Die Bereitschaft, für Waffen zu zahlen, hängt viel stärker vom Gefühl einer akuten Bedrohung ab als von der öffentlichen Kassenlage, zeigt eine Studie der Deutschen Bank

### Das künftige Führungspersonal im Irak

Mitte Dezember 2002 fand in London das erste Treffen der sogenannten irakischen Opposition statt; die dreihundert hier Versammelten versuchten jeder auf seine Weise, sich frühzeitig für Führungsposten im künftigen US-Protektorat Irak zu empfehlen. Diese Versammlung von Rolex- und Armani-Trägern leidet allerdings unter erheblichen Defiziten.

Keiner der Versammelten kann für sich in Anspruch nehmen, auch nur Fraktionen der irakischen Bevölkerung zu repräsentieren, und im Gegensatz zu den afghanischen Kollegen verfügt niemand über einen eigenen militärischen Apparat. Davon abgesehen, boykottierten solche oppositionellen Kräfte wie die sunnitische und schiitische Geistlichkeit die Londoner Tagung. Die irakische Frauenbewegung war ebenfalls nicht vertreten.

Daß diese Versammlung die Frechheit besitzt, im Namen des irakischen Volkes zu sprechen und zu behaupten, die Konferenz sei vom irakischen Volk gewollt, ist eine maßlose Selbstüberschätzung, erreicht aber andererseits bei den westlichen Medien den erhofften Zweck – nach dem Sturz der Hussein-Diktatur gäbe es Kräfte, die einen demokratischen Wiederaufbau garantieren.

Knapp siebzig Anwärter gibt es für den Posten des Oberhauptes einer Interimsregierung im Irak. Die meisten gehören zu den rund 1500 ehemaligen irakischen Offizieren im Exil. Sie träumen davon, nach einem Sturz des Hussein-Regimes der »nächste Karsai« zu werden, ein Herrscher von US-Gnaden. Die besten Chancen werden dem Ex-General Najib al-Salhi eingeräumt, dem Favoriten des US-Außenministeriums und der CIA.

Der heute in Washington lebende Militär befahl im August 1990 den Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait. Nach eigenem Bekunden war er jedoch ein heimlicher Systemgegner, und das seit 1979, dem Jahr des Machtantritts Saddam Husseins.

Seine Einstellung sei ganz deutlich geworden, als er nach dem Waffenstillstand den Aufstand in Basra unterstützt habe, wo er einige Oppositionelle vor dem sicheren Tod bewahrt habe, weil er die Befeh-

le aus Bagdad einfach nicht an seine Offiziere weitergab. Und 1995 mußte er sowieso nach Jordanien fliehen.

»Und dann hat der General noch die Trumpfkarte des Patriotismus im Ärmel. Die Liebe zu seinem Land, seinem Volk, das verstehen die Amerikaner. Außerdem läßt er damit genügend Spielraum für alle anderen Interessen. Wobei er betont, das irakische Atomprogramm sei ein Mythos. Die brutale Unterdrückung der Iraker sei das wahre Drama. Er selbst wird ja immer noch verfolgt... Die Zeit bis zum Angriff wird dem General quälend lang erscheinen. Vorerst lebt er in Washington. Da plagt ihn das Heimweh. Doch er wird in den USA bleiben müssen... Denn letztendlich entscheidet nicht das irakische Volk die Zukunft seines Landes, sondern die Regierung Bush... Weiß der General, wie abhängig er vom Schutz der Amerikaner ist? Er zuckt mit den Schultern. Sicher gäbe es viele verschiedene Interessen im Irak. Aber auf eines könne sich doch die ganze Welt einigen. Saddam muß weg. Es sei doch nur die Frage wie« (Andrian Kreye, »Wer wird der nächste Karsai?«, SZ, 29. November 2002).

Glücklicherweise hat der General seinen früheren Chef aus Bagdader Zeiten ausgestochen. General Nisar al-Chasradschi, lange Zeit als der kommende Mann gehandelt und von den USA aufgebaut, sieht in seinem dänischen Exil einem häßlichen Prozeß entgegen. Ihm wird vorgeworfen, während des Iranisch-Irakischen Krieges gegen die Genfer Konvention verstoßen zu haben, also Kriegsverbrechen begangen zu haben.

Noch schwerer wiegt die Anschuldigung, für die Giftgasangriffe auf die kurdische Stadt Halabja verantwortlich zu sein. Das ist denn doch selbst den in solchen Dingen sonst nicht so ganz kleinlichen US-Amerikanern zuviel.

Der dritte Kandidat, Ahmed Chalabi, steht dem irakischen Nationalkongreß vor, einer von der CIA ins Leben gerufenen Organisation. Er wird zwar von den Justizbehörden Jordaniens wegen Betrugs und Unterschlagung steckbrieflich gesucht. Ihn erwartet eine zwanzigjährige Haftstrafe, was ihn aber offenbar nicht abqualifiziert. Jedoch lebt er in London und hat – so wird kolportiert – sehr enge Beziehungen zur britischen Regierung. Das gefällt Washington überhaupt nicht; selbst



die Männerfreundschaft Bush-Blair muß vor höheren Zielen zurückstehen. Chalabi steht scheinbar im Abseits. Da macht es sich gut, sich mit dem Vorschlag zurück ins Spiel zu bringen, sämtliche Verträge, die der Irak mit hauptsächlich französischen, italienischen und russischen Ölkonsortien geschlossen hat, aufzukündigen und sie zu Vorzugsbedingungen an US-amerikanische Konzerne zu vergeben.

Und dann gibt es noch einen Exilmönarchen. Sherif Ali bin Hussain hat den Irak nach dem Sturz der Monarchie vor 43 Jahren verlassen. Sein Cousin, König Faisal, war wie die gesamte Herrscherfamilie korrupt und äußerst gewalttätig. Nun strebt der Nachkomme die Wiedereinführung der Monarchie an.

Anfang Januar 2003 lud US-Präsident eine kleine Gruppe irakischer Exilanten ins Weiße Haus. Es ist anzunehmen, daß aus ihrer Mitte die Post-Saddamsche Führungsriege gebildet wird. Neben dem Führer des INC Ahmed Chalabi und dem Monarchisten Sherif Ali bin Hussain gehören dem erlauchten Kreis noch Adnan Pachachdj, Generalsekretär der Gruppierung Demokratisch Zentristische Tendenz, und Wafiq Al-Samarai, ehemaliger Offizier, an.

In der anschließenden Pressekonferenz wurde betont, der US-Präsident habe eine feste Zusage gegeben, Demokratie und Entwicklung im Irak nach Kräften zu fördern. Herr Bush Sohn hat bekanntlich eine eigentümliche Auffassung von Demokratie; aber andererseits steht er formal der größten Weltmacht vor und dieses Amt sollte ihn etwas vorsichtiger stimmen bei der Auswahl von Führungskräften, die nach Herkunft und Sozialisation ein noch fragwürdigeres Verständnis von Demokratie vorzuweisen haben als der gegenwärtige Mieter des Weißen Hauses.

Was wäre eigentlich davon zu halten, das irakische Volk in freien und geheimen Wahlen darüber abstimmen zu lassen, wie es seine Zukunft gestalten möchte?

*Quellen: Firas Al-Atraqchi, »When the rats come out of the sewers«, YellowTimes.org, 27. Dezember 2002; Dilip Hiro, »The Post-Saddam Problem«, The Nation, 6. Januar 2003; Dina Ezzat, »Jockeying for position«, Al-Ahram Weekly, 16. Januar 2003.*

über die amerikanische Rüstungsbranche...Teuer genug wird die Operation auf jeden Fall. Auf eine Summe zwischen 100 und 200 Milliarden Dollar schätzen Militärexperten die Kosten des Einsatzes im Irak. Doch das ist nur das Startgeld für weiter steigende Rüstungsausgaben: Der amerikanische Militärhaushalt wird auch in den nächsten Jahren kontinuierlich weiter aufgestockt, von 365 Milliarden im Jahr 2003 auf 408 Milliarden 2005 und 450 Milliarden im Jahr 2007. So sehen es jedenfalls die Planungen von US-Präsident George W. Bush vor. Kein Wunder, daß in den Rüstungskonzernen, im Gegensatz zur Weltlage, Entspannung ausbricht. Allein für die Beschaffung von neuem Gerät will die amerikanische Regierung in diesem Jahr 74 Milliarden Dollar ausgeben... Hinzu kommen die staatlichen Ausgaben für die Entwicklung neuer Waffen. Dafür sind bis 2007 jährlich rund 60 Milliarden Dollar in den Haushaltsansätzen berücksichtigt. Alles zusammen ein warmer Regen für die Rüstungsbranche... Der tatsächliche Ausgang des Showdown am Golf ist für die amerikanischen Rüstungskonzerne gar nicht mehr entscheidend. Sie kämpfen nicht gegen den Irak, sondern in Washington um das Geld der Steuerzahler für ihre Produkte: »Das Gewinnen neuer großer Waffenprogramme ist der Schlüssel für einen steten Fluß an Einnahmen, für künftiges Wachstum und für ein ausgeglichenes Verhältnis von Entwicklungsaufträgen und Waffenproduktion«, analysieren die Deutsche-Bank-Analysten...

Die Wachstumschancen für die US-Rüstungsindustrie sind gut wie lange nicht mehr. Amerika zieht in den Krieg«, (Manfred Fischer, »Volle Kassen für die Rüstung«, Welt am Sonntag, 19. Januar 2003).

**Afghanistan, Pakistan, der Iran.** In den strategischen Kalkülen der militärischen Planungsabteilungen Washingtons spielt »Verhinderungspolitik« eine wesentliche Rolle, also das Bemühen, andere Staaten nicht »groß« werden zu lassen oder nicht als regionale Vormächte zu dulden. Hierbei geht es derzeit darum, das Machtvakuum in Zentralasien, entstanden durch die Implosion der UdSSR, zu kontrollieren. Die Chance, die sich im »Kampf gegen den Terrorismus« bot, wurde genutzt; die USA sind in die

ser Region jetzt militärisch präsent und im Begriff, hier eine eigene Vormachtstellung aufzubauen. Kernstück bildet Afghanistan.

*Protektorat Afghanistan.* Anfangs schien es ein leichtes Spiel zu sein, das Land zu erobern, ein funktionsfähiges System zu implantieren, also in strategischer Hinsicht eine solide Basis zu haben, von der aus die regionweite Machtprojektion begonnen werden könnte. Mittlerweile ist Ernüchterung eingetreten. Nahezu die Hälfte des Landes entzieht sich einer Kontrolle durch US-Truppen, die Zentralregierung hat einen Einflusssphärenradius bis zur Stadtgrenze Kabuls, und selbst in den ›befreundet-befriedeten‹ Provinzen tummeln sich Warlords. Figuren wie General Abdul Rashid Dostum in der nordafghanischen Stadt Masar-i-Sharif und Ismael Khan in Herat im Westen sind in ihren eigenen Gebieten selbst das Gesetz, haben ihre eigenen Milizen, erheben eigene Zölle und Steuern und verhängen nach eigenem Gutdünken Strafen. Und sie tun das mit dem stillen Einverständnis der USA, die diese Warlords im Zuge ihrer Operationen zum Sturz der Taliban unterstützt und zum Teil finanziert und bewaffnet hatten.

Im Norden Afghanistans streiten sich Dostum und der Tadschike Mohammed Atta um die Macht. In den Westprovinzen um die Stadt Herat herum hat der Tadschike Ismail Khan sein vortalibanisches Fürstentum reorganisiert. Im Osten in den Provinzen Khost und Paktia fordert der Paschtune Pascha Khan die Kabuler Führung heraus. Der Süden rings um Kandahar gilt ohnehin als das Gebiet, in dem die Taliban sich auf ihre Wiederauferstehung vorbereiten. Und der wahrscheinlich Schlimmste von allen, Gulbuddin Hekmatyar, ist aus seinem iranischen Exil zurückgekehrt nach Afghanistan. Seine erste Amtshandlung: Die Ausrufung des Dschihad gegen die US-Besatzer. Macht wird in Afghanistan immer noch allein durch Waffenstärke dokumentiert – nach Schätzungen der Vereinten Nationen verteilen sich zehn Millionen Waffen auf rund 20 Millionen Afghanen. 700.000 Kämpfer sollen noch in den diversen Milizen aktiv sein. Marc Herold, Professor an der Universität New Hampshire, gilt international als anerkannter Chronist des aktuellen Afghanistankrieges. In einem Interview mit der australischen Tageszeitung Sydney Morning Herald am 12. Dezember

2002 (Afghanistan: Rogues on the loose) gibt er folgende Einschätzung: »Militärisch ist die Lage mit derjenigen vergleichbar, die die Russen 1981 vorfanden. Spezialeinheiten werden regelmäßig von Raketen getroffen; Kabul wird gelegentlich von Raketen und Bomben getroffen; und eine Opposition ist im Entstehen, die Elemente der Taliban, Al-Kaida, die Gruppe von Hekmatyar und Angehörige des pakistanischen Geheimdienstes umfaßt. In der Bevölkerung macht sich das Gefühl breit, daß sich in weiten Teilen des Landes nichts verbessert habe. Die Überfälle der US-Truppen auf Dörfer haben Menschen, die ihnen früher wohlgesonnen waren, gegen die Anwesenheit von ausländischen Truppen aufgebracht... Dubiose Charaktere üben die Macht aus, durch und durch korrupt und mit engen Verbindungen zur wiedererstarkten Drogenindustrie. Ökonomisch präsidieren Karsai und eine Gruppe viertklassiger Weltbank-Typen über Kabul und mehr nicht. Es gibt mehrere beunruhigende Vorfälle: die Anschläge auf Karsai und andere politische Führer; die Ermordung von 4 bzw. 6 Studenten an der Universität Kabul; Übergriffe der Karsai unterstehenden Polizei und des Geheimdienstes gegen Menschen, die den rivalisierenden Kriegsherren nahe stehen, nebst gewaltsamer Entführung, Folterpraktiken der Kabuler Polizei. Grotesk, aber bezeichnend ist die Eröffnung einer Kosmetikschule auf dem Gelände des Ministeriums für Frauenangelegenheiten. Die einzige blühende wirtschaftliche Betätigung ist der riesige Schwarzmarkt. In steigendem Maß bedrohlich ist die Rückkehr von hunderttausenden Flüchtlingen in die pakistanischen Flüchtlingscamps, da sie feststellen mußten, daß das Leben im ›befreiten‹ Kabul für sie unerträglich ist. Für die Armen bleibt die Lage hoffnungslos.«

Vor diesem Hintergrund erscheinen die Militärschläge von 2001 und die fortlaufenden Operationen in einem anderen Licht. Die militärischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten unterliegen einer Pressezensur. Die folgenden Angaben sind dem US-amerikanischen Informationsdienst Geostategy-Direct (U.S. soldiers executed in Afghanistan?, 11. Dezember 2002) entnommen, der sich auf russische Geheimdienstquellen beruft.

Zwischen dem 7. Oktober 2001 und September 2002 wurden 152 US-

Soldaten getötet, 215 wurden verletzt. Der blutigste Kampf fand im März 2002 in der Provinz Paktia statt, dabei wurden mindestens 60 US-Amerikaner getötet oder verwundet. Das deckt sich in der Tendenz mit Augenzeugenberichten; demnach werden seit einiger Zeit Armeestiefel, schußsichere Westen, Nachtsichtgeräte und nagelneue M16 Gewehre auf dem Basar von Miran Shah, einer pakistanischen Kleinstadt an der Grenze zu Afghanistan, feilgeboten. Die dortige Bevölkerung erzählt von einem Kampf im Dezember 2001, bei dem 37 Taliban 200 US-Soldaten in einer Gebirgsschlucht eingekreist und fast vollständig aufgegeben hätten. Wahrscheinlich sind diese und ähnliche Angaben übertrieben; aber die offiziellen Versionen der US-Regierung bilden sicherlich die größte Desinformation.

Nach Berichten westlicher Nachrichtensender (BBC, CNN, UPI, NBC und MSNBC) sind im ersten Halbjahr 2002 93 US-Amerikaner gefallen; die Zahl der Verwundeten beläuft sich auf 134. Insofern scheint die russische Quelle glaubwürdig zu sein. Die Website Jihad Unspun, eine Pro-Taliban Quelle, spricht sogar von 867 getöteten und 537 verwundeten US-Soldaten.

18 US-Soldaten seien von den Taliban gefangen genommen und hingerichtet worden, als ein Waffenstillstandsabkommen von US-amerikanischer Seite nicht eingehalten worden sei; der Vorgang habe sich am 10. April 2002 ereignet.

Nach anfänglichen Erfolgen seien die Streitkräfte der Vereinigten Staaten in einen Guerillakrieg hineingezogen worden, bei dem es ihnen bisher nicht gelungen sei, Al-Qaida und die Reste der Taliban dingfest zu machen oder deren Infrastruktur im Berggebiet entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze zu zerstören.

Mittlerweile gibt es seriöse Quellen über die vorgeblichen US-amerikanischen Kriegserfolge im Herbst 2001. Bob Woodward gibt in seinem Buch *Bush At War* vom November 2002 Einblicke in die Entscheidungsprozesse der Bush-Regierung. Demnach wurden im Rahmen der Operation Jawbreaker, von der CIA vorgeschlagen und vom Präsidenten genehmigt, afghanische Kriegsherren der Nordallianz mit Bargeld gekauft; die martialisch daherkommenden Lokalmilitärs erwiesen sich jedoch als untauglich bzw. zu feige für einen Kampf gegen die Taliban. Daraufhin seien für Geld empfäng-

liche Talibanführer bestochen worden. Große Teile des von den Taliban kontrollierten Afghanistan seien »freigekauft« worden. Die US-Luftwaffe erledigte dann den Rest. Buchhalterisch gesehen, war dies ein guter Deal, denn der finanzielle Aufwand von geschätzten 300 Millionen Dollar Schmiergelder nimmt sich gering aus gegen die monatlich fünf Milliarden Dollar, die die US-Regierung für Luftwaffeneinsätze und Stationierung in Afghanistan aufwenden muß. Die Militärführung habe mit Blick auf die steigenden Verluste einen Rückzug auf die strategisch wichtigen Zonen angeordnet, um diese großräumig zu sichern. Eine solche Einschätzung deckt sich in etwa mit der Aussage von Generalstabschef Myers auf einem Empfang des Brookings Institutes am 8. November 2002, daß die USA die militärische Initiative in Afghanistan verlören, weil die Reste von Al-Qaida und der Taliban sich besser auf die US-amerikanische Taktik eingestellt hätten als die US-Truppen auf ihren Gegner.

Nach Expertenmeinung hatten die Taliban im Oktober 2001 die militärische Lage völlig falsch eingeschätzt und angenommen, die US-Streitkräfte auf die gleiche Weise bekämpfen zu können wie die gegnerischen Truppen der Nordallianz im Bürgerkrieg nach 1996. Den modernen Hi-Tech-Krieg hatten sie nicht bedacht. Dies erklärt den Zusammenbruch des militärischen Widerstandes innerhalb von wenigen Wochen. Aber offensichtlich kam den Taliban die Geologie Afghanistans zu Hilfe: das unwegige Bergland im Osten bot einen Rückzugsraum und die Möglichkeit, sich neu zu formieren. Wie einst gegen die technisch überlegene Sowjetarmee setzte dann die Taliban/Al-Qaida-Allianz auf eine Guerillataktik; es gilt, den Gegner zu beschäftigen, seinen Nachschub anzugreifen, Konvois aus dem Hinterhalt zu überfallen, aber niemals den direkten Kampf zu suchen. Die Verhaftung von führenden Mitgliedern der Taliban Ende 2001 brachte nicht die erhofften Informationen, allerdings nicht so sehr deshalb, weil diese eine Zusammenarbeit mit den US-Amerikanern verweigerten, sondern weil eine völlige Umgruppierung der Taliban hin zu kleinen, unabhängig voneinander operierenden Zellen gelang, wie ein hoher US-Offizier dem angesehenen britischen Journalisten Robert Fisk in einem Interview berichtete (With runners and whippers, al-Qa'ida outfoxes US forces, *The Independent*, 6. Dezember 2002). Tak-

tisches Geschick allein reicht nicht aus, um das Wiedererstarken der Taliban zu erklären. Hinzu kommt, daß die USA offenbar keine Perspektive für die Mehrheit der Bevölkerung bieten können.

Die Vereinigten Staaten haben es nicht geschafft, die Paschtunen zu cooptieren, sie also in die politischen Entscheidungsprozesse des post-talibanischen Afghanistan einzubinden. Ursächlich hierfür ist der von der Regierung in Washington so gewünschte rasche und medial gut vermarktbarere Erfolg – die Befreiung Kabuls. Dafür wurden zwielichtige Kriegsherren instrumentalisiert und bestochen. Wie Woodward dokumentiert, waren die Militäroperationen 2001 im wesentlichen ›cash and carry‹ Aktionen. Das zahlt sich nun auf eine andere als die gewünschte Weise aus.

Fazit: Afghanistan ist bislang nicht die notwendige stabile Basis für weiteres Vorgehen in der Region; Instabilität ist dabei, auch Pakistan zu erfassen, das den strategischen Rückraum für die Operation in Afghanistan bildet. Andererseits verfügen die USA jetzt über die Militärstation Afghanistan; insofern haben sie ihre Ambitionen realisieren können.

*Ein destabiles Pakistan.* Die paschtunischen Siedlungsgebiete entziehen sich einer Kontrolle durch die Kabuler Regierung. Eine antiamerikanische Einstellung bildet nun auch für die in Pakistan lebenden Paschtunen einen neuen Identitätsfaktor, der sich einfügt in einen von konservativen Vorstellungen geprägten Islam. Erste Zeichen eines aufflammenden Antiamerikanismus waren die gewaltsamen Übergriffe auf diplomatische Vertretungen der USA und die Ermordung von westlichen Technikern in Karachi im Mai 2002. Die Parlamentswahlen vom Oktober 2002 brachten der Allianz aus sechs religiösen Parteien deutliche Gewinne. Die Muttahida Majlis-e-Amal (Vereinigte Aktionsfront MMA) bildet jetzt die stärkste politische Kraft in den mehrheitlich von Paschtunen bewohnten Provinzen. Der Allianz gehören schiitische Gruppierungen ebenso an wie Anhänger der Wahhabismussekte und talibanische Vertreter der Jamiat Ulema-i-Pakistan. Ziel der MMA ist es offenbar, sämtliche US-Basen im Lande zu schließen und die Teilnahme Pakistans am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beenden.

Daneben sollen die von der MMA gebildeten Provinzregierungen das islamische Rechtsmodell einführen, so Führungsmitglied Samiul Haq, Leiter einer der angesehensten Koranschulen, wo u.a. Mullah Omar und Osama bin Laden geschult wurden. Die MMA unterstützt ihre Glaubensbrüder auf der anderen Seite der Grenze; es zeichnet sich ab, daß die afghanischen Glaubenskrieger eine gesicherte Operationsbasis haben. Aus innenpolitischen Gründen ist es für die pakistanische Armee kaum möglich, gegen das im Entstehen befindliche Kämpfernetzwerk vorzugehen, was die Erfolgsaussichten der US-Truppen beim Krieg gegen Taliban und al-Qaida sicherlich nicht erhöhen wird. Das deckt sich mit der Lageeinschätzung der New York Times vom 16. Juni 2002: »Wie die zuständigen Stellen berichten, haben geheime Untersuchungen des FBI und CIA hinsichtlich der Bedrohung durch Al-Qaeda zu dem Schluss geführt, daß der Krieg in Afghanistan nicht dazu geführt hat, die Bedrohung der Vereinigten Staaten zu verringern. Stattdessen hat der Krieg möglicherweise die Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus verkompliziert, da mögliche Angreifer nun über ein größeres geographisches Gebiet verstreut sind.« Das ›größere geographische Gebiet‹ schließt auch das benachbarte Pakistan mit ein. Der derzeitige Militärdiktator dieses Landes ist Washingtons engster Verbündeter. »Für den ersten Afghanistankrieg (1979 – 89) benötigte man einen pakistanischen General, der bereit war, die islamische Karte zu spielen. Zia-ul-Haq erfüllte diesen Wunsch. Das Ergebnis waren die Taliban. Dieses Mal war die Hilfe eines nicht-religiös orientierten Generals gefragt, um die Taliban zu vernichten. Das war der Auftritt von General Musharraf (oder Busharraf, einheimischen Zungen zufolge). Er etablierte die pakistanische Armee, die nur sich selbst und dem Pentagon Rechenschaft schuldet, als die führende politische Kraft des Landes. Die pakistanische Armee ist stolzer Besitzer von Nuklearwaffen und kann diese auch einsetzen. Dasselbe gilt für Indien, die regionale Vormacht. Ein nukleares Gerangel um Kaschmir hat zwar den Rest der Welt beunruhigt, aber nicht die Generäle in Indien und Pakistan. Die politische Führung in Neu Delhi ist bereit, Washingtons Diktat auf globaler Ebene zu akzeptieren, wenn sie es dafür auf lokaler Ebene nachahmen darf. Bis jetzt wurde die Erlaubnis dazu verweigert und

### Islamistische Reaktionen

Die Vorgehensweise der Vereinigten Staaten in Asien und im Nahen Osten deutet auf die Etablierung einer dauerhaften militärischen Präsenz hin. Dies hat zu spürbaren Reaktionen bei den radikal-islamistischen Gruppierungen und ihren im Untergrund operierenden militanten Kräften geführt. Recherchen der Tageszeitung *Asia Times* (»Islamic militants join forces for global struggle«, 9. Januar 2003) ergaben, daß die Militanten dabei sind, eine Doppelstrategie zu betreiben. Erstens soll ein regionalweiter Massenprotest gegen die US-Präsenz organisiert werden, der zum Ziel hat, die pro-amerikanischen Regimes zur Abkehr von ihrer bisherigen Politik zu zwingen. Zweitens sind kleinere Gewaltakte gegen US-amerikanische Einrichtungen (wie diplomatische Vertretungen, Handelsmissionen, Büros von US-Konzernen) geplant; die Verantwortlichen sprechen hier von der Errichtung neuer Fronten, die im günstigen Fall die USA veranlassen würden, aus der Region abzuziehen. Hinter diesen Überlegungen stehe die Einsicht, daß trotz sämtlicher Vorbehalte auch in Regierungskreisen es sich kein Staat erlauben könne, dem Irak offen beizustehen. Dies könne sich jedoch ändern, wenn die Vereinigten Staaten in Schwierigkeiten kämen oder wenn der Massenprotest unüberhörbar würde.

Folgende Anzeichen sprechen dafür, daß es die radikal-islamistischen Kräfte ernst meinen:

- (1) Am 1. Januar rief der Präsident der Moslemischen Bruderschaft, Mohammad Mamoun el-Hodaibi, die Regierungschefs aller arabischen und islamischen Staaten auf, Druck auf die Arabische Liga und die Organisation der Islamischen Konferenz auszuüben, einen anti-amerikanischen Kurs einzuschlagen.
- (2) Am 3. Januar organisierte die Muttahida Majlis-e-Amal (Vereinigte Aktionsfront) einen nationalen Protesttag in Pakistan, der auf große Resonanz stieß. Die Demonstrationen richteten sich gegen den bevorstehenden US-Krieg im Irak.
- (3) Mitte Januar treffen sich die Führer sämtlicher islamischer Gruppierungen aus Ägypten, Sudan, Malaysia, Indonesien, Bangladesch, Indien, Marokko, Algerien und der Türkei zu einer Konferenz im

sudanesischen Khartum. Wichtigster Tagesordnungspunkt ist die Koordination des Widerstandes.

(4) In Afghanistan hat sich die Konfliktlage verschärft. Guerillatätigkeiten, die vor wenigen Monaten auf die Provinzen Khost, Paktia und Paktika beschränkt gewesen waren, sind ausgedehnt worden auf Jalalabad, Ghazni, Kunar, Logar, Kandahar und Kabul. Der Widerstand hat sich neu gruppiert: Taliban und al-Qaida führen den Kampf aus religiösen Gründen, während die Organisation von Gulbuddin Hekmatyar ihren Widerstand an nationalistischen Zielen ausrichtet. Die Sicherheitslage in Kabul sei sehr angespannt, so der Chef der International Security Assistance Force, dem auch die Einheiten der Bundeswehr unterstehen. Auch im Lager der Nordallianz gebe es Vorbehalte gegen die US-Politik im Nahen Osten. Einige Warlords duldeten sogar die Guerilla in ihrem Einflußbereich.

*Quelle: Islamic militants join forces for global struggle, in: Asia Times, 9. Januar 2003*

die Anwesenheit von US-Soldaten und Piloten in Pakistan dient als Barriere gegen Indien. Aber wie lange noch?«, (Tariq Ali, *Doing As The Romans Did*, Al Ahram, 12. September 2002).

*Iran im Visier.* Das Herzstück der Region, in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht, bildet der Iran, mit dem Washington offenbar noch einige Rechnungen zu begleichen hat. Das jedenfalls legt die Rede zur Lage der Nation vom Januar 2002 nahe; darin bezeichnete der US-Präsident den Iran als Mitglied der Achse des Bösen. Die Beziehungen USA-Iran bieten weiteres Anschauungsmaterial für US-amerikanische Politikgestaltung. Offenbar haben die Vereinigten Staaten den Mullahs an der Macht immer noch nicht die Geiselnahme Anfang der achtziger Jahre verziehen; Demütigung und Rache bestimmen ihr Handeln. Diplomatie und Verhandlung als Mittel zur Interessenwahrnehmung sind hier Fremdworte. Die Dämonisierung zu einem »Schurkenstaat«, der vorgeblich zum Kampf gegen den Westen an-



getreten ist, hält keiner Überprüfung stand, sofern man einem bedrängten Land das Recht zugesteht, sich zu wehren.

Ein nüchterner Blick auf die Außenpolitik des Iran macht deutlich, daß das von den westlichen Medien verkündete Bild eines militant-aggressiven islamischen Regimes nicht zutrifft. Es handelt sich um einen Staat mit sehr begrenzten Machtmitteln, der nach einer kurzen Phase der Revolutionseuphorie erkennen mußte, daß er die Welt nicht verändern kann.

Die US-Regierung begründet ihre aktuelle Haltung mit dem Massenvernichtungsarsenal des Iran, außerdem seien die politischen Reformen der letzten Jahre vom radikalen Klerus erfolgreich sabotiert worden. Es gelte also, die radikalen antiamerikanischen Kräfte zu entmachten, die möglicherweise, wie diejenigen im Irak, nicht davor zurückschrecken würden, ihr Arsenal gegen die USA selbst bzw. deren vitale Interessen am Persischen Golf zu aktivieren. Hingegen könne ein befreiter Iran mit Freiheit und Demokratie rechnen.

Zwar besteht das iranische Waffenarsenal aus einigen von Nordkorea gelieferten Scud-Raketen mit einer Reichweite von 500 Kilometern und Shahab-Raketen, die 1200 km weit fliegen. Sie sind nicht mit Atomsprengköpfen bestückt. Nach Expertenmeinung wird das Land aber noch in diesem Jahrzehnt in der Lage sein, eigenes Atommaterial zu produzieren.

Die Doktrin der vorbeugenden Vernichtung räumt der US-Regierung die Möglichkeit ein, einen potentiellen Gefahrenherd, wie ihn in den Augen Washingtons der Iran bildet, zu eliminieren. Daß dies tatsächlich auch geschieht, ist in mehrfacher Hinsicht wahrscheinlich. Erstens hat sich die US-Regierung bislang an ihre eigenen Vorgaben gehalten; sie nahm zunächst Bin Laden als den mutmaßlichen Chefterroristen ins Visier, danach den Irak. Sie hat ferner unmißverständlich klar gemacht, daß sie mit ausschließlich militärischen Mitteln gegen ihre Feinde vorgehen werde. Auf ihrer Prioritätenliste der Schurkenstaaten nimmt der Iran einen Vorderplatz ein. Ein dorthin zielender Militärschlag ist nach der Errichtung des Protektorats Irak verlockend. Der Iran wäre dann von einem dichten Gürtel US-amerikanischer Militärbasen umschlossen. Der militärische Erfolg wäre garantiert.

Schließlich würde hiermit die Festigung der US-Vormachtstellung am

Persischen Golf komplettiert. Mit einem besiegten Iran wäre das letzte Hindernis ausgeräumt. So etwa könnten die Pläne der Strategen in Washington aussehen. Und gleichzeitig wären die USA einem anderen geopolitischen Großziel noch näher gekommen – der Hegemonie in Zentralasien.

Ein unverstellter Blick verdeutlicht die großen Risiken, mit denen die bisherige Handlungsweise der US-Regierung einhergeht. Die Fixierung auf militärische Mittel schafft zwar rasche Erfolge mit medialer Verwertbarkeit, allerdings um den Preis von wachsender politischer Instabilität in den Zieländern und darüber hinaus. Bezogen auf den Iran ist anzunehmen, daß dessen Führung, wenn der Konflikt sich zuspitzt, widerständige Kräfte in der Region, vor allem in Afghanistan und Pakistan, zum Angriff auf die ungesicherte Flanke des Gegners, fördern würde.

Die Bush-Regierung hat aber die innenpolitischen Verhältnisse fest im Auge: Am Vorabend des heraufziehenden Präsidentschaftswahlkampfes kann ein Amtsinhaber als Kriegsherr nach erfolgreichen Schlachten sehr publizitätswirksam vermarktet werden.

Dieser Regierungskurs birgt Gefahren für die USA selbst, er ist abenteuerlich. Unter dem Vorwand, für die Sicherheit der Vereinigten Staaten zu sorgen, wurden weiträumige Militäraktionen begonnen, die keineswegs der Sicherheit der Bevölkerung im eigenen Lande dienen, sondern im Gegenteil Unsicherheiten fördern. Wie schon einmal am 11. September 2001 praktiziert, kann der terroristische Gegner jederzeit und an jedem Ort der USA wieder zuschlagen – und die Regierungspolitik hat keine Gelegenheit ausgelassen, die Zahl ihrer militanten Feinde zu vergrößern und deren Haß auf ›die amerikanische Lebensweise‹ anzufachen.

**Nordkorea und China im Fadenkreuz.** Der Präsident der Vereinigten Staaten hält Wort: In seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2002 brandmarkte Bush Nordkorea ebenso wie den Irak und Iran als Teil einer »Achse des Bösen« – eine Bezeichnung, die einer Kriegserklärung gleichkommt. Und im März 2002 ließ das Pentagon Teile seiner »Nuclear Posture Review« an die Presse durchsickern, die deutlich machten, dass die Ver-

einigten Staaten zum Einsatz von Atomwaffen gegen Nordkorea bereit sind.

Gut ein Jahr später wird der Waffengang vorbereitet. Die westlichen Medien schreiben viel über Nordkoreas jüngste Reaktion, das eigene Nuklearprogramm wieder aufzunehmen und dadurch erst die Drohungen aus Washington hervorzurufen. Der ›Geliebte Führer‹ Kim Il-Jung – der Präsident der Vereinigten Staaten hingegen nennt ihn einen »perversen Pygmäen« – mag viele Vorzüge haben, aber von Medienpolitik versteht er wenig. Möglicherweise geht Nordkorea von der Einschätzung aus, daß ein Einhalten der internationalen Waffenabkommen keine Garantie gegen ein militärisches Vorgehen der Vereinigten Staaten biete. Denn ein anderer Achsenstaat, der Irak, hat alle US-amerikanischen Forderungen erfüllt, die in der letzten Resolution des UN-Sicherheitsrats formuliert waren, die UN-Inspektoren haben keine Beweise für die Existenz von »Massenvernichtungswaffen« gefunden, und dennoch blieben die Politiker der USA dabei, daß ein Militärschlag vonnöten sei. Die Vermutung liegt nahe, daß Nordkorea das nächste Ziel der Bush-Regierung und ihrer Doktrin unilateraler, präventiver Schläge sein wird. Vor diesem Hintergrund bedeutet die Wiederaufnahme des Atomprogramms eher einen verzweifelten Versuch, eine nukleare Bedrohung zu schaffen, um die Vereinigten Staaten von einem Zuschlagen abzuhalten.

Anlaß für die neuerliche Eskalation ist das Eingeständnis Nordkoreas, entgegen dem bilateralen Rahmenabkommen von 1994 das Atomprogramm vorangetrieben zu haben. Was auf den ersten Blick als Provokation erscheint, ist bei nüchterner Betrachtung eine Nothandlung. Im Oktober 2002 gab Nordkorea zu, in Verletzung internationaler Abkommen ein geheimes Programm zur Anreicherung von Uran begonnen zu haben, und es erklärte seine Absicht, die Vereinbarung von 1994 aufzuheben. Nordkorea hatte diese Vereinbarung erst unterzeichnet, nachdem die Clinton-Regierung gedroht hatte, militärische Schläge gegen die nukleare Infrastruktur des Landes durchzuführen. Im Abkommen verpflichtete sich Pjöngjang, den kleinen atomaren Forschungsreaktor vom Typ 5MW und die Aufbereitungsanlage für Plutonium samt aller zugehörigen Einrichtungen in Yongbyon zu schlie-

ßen sowie den Bau von zwei Kernkraftwerken zu stoppen, die im Jahre 1996 fertiggestellt werden sollten. Letzteres bedeutete ein großes Zugeständnis angesichts der ernsten wirtschaftlichen Lage und Energiemangel des Landes. Als Gegenleistung versprach die Clinton-Regierung den Bau von zwei Leichtwasserreaktoren und für die Zeit vor der Fertigstellung der Reaktoren die jährliche Lieferung von 500.000 Tonnen Öl. Die Ersatzreaktoren wären, anders als die Gas-Graphit-Reaktoren Nordkoreas, nicht im gleichen Maße geeignet gewesen, waffenfähiges Plutonium zu produzieren. Während zwar das Konsortium unter US-amerikanischer Führung tatsächlich Öl lieferte, hat aber der Bau der Leichtwasserreaktoren, die ursprünglich im Jahre 2003 fertiggestellt werden sollten, bislang kaum begonnen. Für Pjöngjang war allerdings die Klausel im Rahmenabkommen die wichtigste, die »Schritte in Richtung einer vollständigen Normalisierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen« versprach. Ausdrücklich genannt wurden unter anderem der Abbau von Handels- und Investitionsbarrieren, formale Zusicherungen von Seiten der Vereinigten Staaten, die Drohung mit und den Einsatz von Atomwaffen gegen Nordkorea auszuschließen, und schließlich Schritte zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen. Diese Klausel wurde jedoch von Clinton nie ernst genommen. Nachdem er Nordkorea das Versprechen abgenommen hatte, die Atomanlagen zu schließen, erhob er neue Vorwürfe und stellte eine Reihe weiterer Forderungen an das Land. Die Clinton-Regierung hob erst im Jahre 1999 die Wirtschaftsblockade der Vereinigten Staaten gegen Nordkorea, die seit dem Korea-Krieg in Kraft war, teilweise auf.

Die Regierung Bush erklärte dann, daß es keine Verhandlungen mit Pjöngjang geben könne, solange man dort keine Bereitschaft zeige, am Rahmenabkommen festzuhalten. Nordkoreas wiederholt vorgetragenes Angebot, einen umfassenden Sicherheitspakt mit den Vereinigten Staaten auszuhandeln, wurde verächtlich zurückgewiesen. Von Nordkorea wird erwartet, daß es allen Verpflichtungen nachkommt, während die US-Administration die Tatsache ignoriert, daß die Vereinigten Staaten das Abkommen seinem Sinn und Wortlaut nach seit Jahren offen gebrochen haben.

Laut *New York Times* vom 29. Dezember 2002 haben die Vereinigten

Staaten einen umfassenden Plan entwickelt, um den finanziellen und politischen Druck auf Nordkorea zu intensivieren und dort einen wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch herbeizuführen. Nach diesem Plan, der als »maßgeschneiderte Eindämmung« bezeichnet wird, beabsichtigen die Vereinigten Staaten, die Nachbarstaaten Nordkoreas unter Druck zu setzen, damit diese ihre Wirtschaftsbeziehungen zu dem Land einschränken, und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf die Verhängung von Wirtschaftssanktionen zu drängen. Auch werde der Einsatz des US-Militärs vorbereitet, um den nordkoreanischen Export von Raketen zu unterbinden und dem Land dadurch eine seiner wenigen Einnahmequellen für harte Devisen zu nehmen. Hierzu paßt die Stellungnahme des US-Verteidigungsministers Rumsfeld auf einer Pressekonferenz am 23. Dezember 2002. Er betonte, daß das US-amerikanische Militär »absolut in der Lage« sei, einen Krieg gegen Nordkorea zu führen, während es gleichzeitig im Irak einmarschiere. Ferner bemerkte er, daß Nordkorea einen Fehler mache, wenn es sich gestärkt fühle, weil sich Washington zur Zeit auf den Irak konzentriere. »Wir sind in der Lage, zwei größere regionale Konflikte auszufechten. Wir sind in der Lage, den einen entschieden zu gewinnen und im Falle des anderen eine schnelle Niederlage herbeizuführen. Daran sollte kein Zweifel bestehen.«

Anders als beim Irak haben die Vereinigten Staaten keine wirtschaftlichen Interessen an dem heruntergewirtschafteten Land Nordkorea mit seinen 20 Millionen Einwohnern. Hier geht es um Geopolitik: Die aggressive Haltung der US-amerikanischen Regierung gegenüber Nordkorea entspringt ihrer Entschlossenheit, die strategischen und wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten in Nordostasien geltend zu machen. Durch die Dämonisierung Nordkoreas kann Washington seine massive Militärpräsenz in Südkorea und Japan sowie die Außerkraftsetzung des ABM-Abrüstungsvertrags von 1972 und den Aufbau einer Nuklearen Raketenabwehr rechtfertigen. Das speziell für den Großraum Nordostasien konzipierte Theater Missile Defense (TMD), gewissermaßen die regionale Variante des globalen Raketenabwehrschirms, ist gegen China gerichtet. Die aufstrebende Großmacht soll hierdurch militärisch und politisch in Schach gehalten werden. Es ist nämlich abzusehen, daß die Volksrepublik in naher Zukunft Japan als Wirtschafts-

vormacht in der Region ablösen wird, was neue politische und militärische Kräfteverhältnisse nach sich ziehen würde. Die atomare Bedrohung, die angeblich von Nordkorea ausgeht, wird nun als Vorwand für den Bau des TMD-Systems genommen. Parallel wird gemeinsam mit Japan an einer seegestützten Variante des Raketenschirms gearbeitet, Navy Theater Wide Defense genannt.

Indem sie eine Krise provozierten, beendeten die Vereinigten Staaten effektiv die »Sonnenscheinpolitik« des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-Jung, deren Ziel darin bestand, Nordkorea für Investitionen zu öffnen und die koreanische Halbinsel für die Transportroute zwischen Europa und Ostasien zu nutzen. Von der »Sonnenscheinpolitik« und dem Nachlassen der Spannungen profitierten vor allem die größten Wirtschaftskonkurrenten der Vereinigten Staaten – Europa und Japan – und andere regionale Mächte, vor allem China und Südkorea. In Südkorea sind Zehntausende US-amerikanischer Soldaten stationiert. Sie wurden von der Mehrheit der Bevölkerung dort lange Zeit als »Schutz«-Truppe akzeptiert, inzwischen überwiegt das Gefühl, es handele sich hier eher um Besatzungssoldaten.

Es ist keineswegs ausgemacht, daß Washington in der Lage ist, Südkorea, Japan, China und Rußland so einzuschüchtern, daß sie die US-Blockadepolitik gegen Nordkorea unterstützen. In Moskau und Peking ist bereits offiziell Widerstand gegen einen solchen Kurs angekündigt worden. In Südkorea hat der Außenseiter Roh Moo-Myun vor kurzem die Präsidentschaftswahlen gewonnen, indem er an die wachsende Abneigung in der Bevölkerung gegen die Drohungen Washingtons in Sachen Nordkorea und an die weit verbreitete Angst vor einem militärischen Flächenbrand appellierte.

Auch in den USA selbst gibt es Vorbehalte gegenüber einer im Kern gegen China gerichteten Politik. Wirtschaftskreise betrachten das Wachstumsland China mit seiner mehr als 1 Milliarde zählenden Bevölkerung als herausragenden Absatzmarkt. Demgegenüber verfißt die Bush-Regierung eine strategische Linie, bei der es nicht um Handelsinteressen geht, sondern um frühzeitige Eindämmung einer später nicht mehr lenkbaren Großmacht.

Die militärisch gestützte weltweite Expansion Europas stieß einst in China auf ihre Grenzen; für eine Regierung wie diejenige des George W. Bush und

### China und die Nordkorea-Krise

Die Volksrepublik China hat in der Vergangenheit den Vereinigten Staaten unmißverständlich klargemacht, was sie unter Einflußsphäre versteht und wie sie damit umgeht. Der Koreakrieg war der erste Fall. 1951 griff die Volksbefreiungsarmee in den Krieg ein und trieb die US-Streitkräfte zurück, als diese sich dem mandschurischen Grenzfluß Yalu näherten. Im Vietnamkrieg genügte die Ankündigung eines Militärschlages, um die USA von einer Invasion Nordvietnams abzuhalten.

Anzunehmen ist, daß heute ähnlich robuste Reaktionen erfolgen, falls die Vereinigten Staaten Nordkorea besetzen würden. Im strategischen Verständnis Pekings zählt das Land zu seinem Einflußbereich. Das macht den Umgang mit der jüngsten Krise verständlich. Es wäre sicherlich ein Leichtes, Pjöngjang auf Kurs zu bringen. Was wäre aber damit gewonnen? Die chinesische Führung weiß sehr wohl, daß sie als aufsteigende Großmacht schon längst im Visier der Planer in Washington ist. Sie wird sich deshalb hüten, dem potentiellen Gegner USA die Steine aus dem Weg zu räumen, auch deshalb, weil die Behauptung der Bush-Regierung, man sei jederzeit zur gleichzeitigen Bewältigung zweier Regionalkonflikte befähigt, von Nordkorea Lügen gestraft wird.

Offenbar sind auch der Allmacht und dem globalen Hegemonieanspruch der USA gewisse Grenzen gesetzt, was Peking sicherlich nicht entgeht.

die sie lenkenden Kreise muß der Versuch, dieses historische Defizit zu schließen, verheißungsvoll erscheinen: Im ideologischen Weltbild dieser Gruppe sind die Vereinigten Staaten ohnehin von der göttlichen Vorsehung auserkoren, die Welt nach ihrem Modell zu gestalten, und China gehört nun einmal dazu.

**Geheime Mission – P2OG, Rumsfelds Geheimdienst.** Das Verteidigungsministerium ist seit Sommer 2002 dabei, geheime Kommandos auszubauen, so die Empfehlung der Defense Science Board 2002 Summer

Study on Special Operations and Joint Forces in Support of Countering Terrorism. Die Begründung hierfür liefert der Kampf gegen den weltweiten Terrorismus, der von der US-Regierung als ebenso bedrohlich wie der Kommunismus zu Zeiten des Kalten Krieges gesehen wird. Neben den aus dem Vietnamkrieg berühmten Green Berets und der supergeheimen Delta Force, deren Existenz von offizieller Seite verschwiegen wird, soll es nun eine neue Gruppe geben, Proactive, Preemptive Operations Group, (P2OG). Die Entwicklung von Anti-Terror spezialisten in der Armee – neben den Experten des Geheimdienstes – reicht auf die sogenannte Iran-Geisel-Krise 1979 zurück. Damals gründete das Pentagon eine eigenständige Spezialeinheit, Intelligence Support Activity, ISA.

### Propaganda – das Office of Strategic Influence

Der Chef des Amtes für Fehlinformationen verkündete, daß seine Behörde ausschließlich wahre Informationen verbreite. Ein paar seiner Beamten hatten der New York Times zuvor allerdings erzählt, daß die künftigen Aufgaben des Office of Strategic Influence auch darin bestünden, gezielte Falschmeldungen in der internationalen Presse zu platzieren. Da lief die Weltpresse Sturm und die American Society of Newspaper Editors schickte einen offenen Protestbrief.

Doch nicht die Tatsache, daß US-amerikanische Regierungsstellen Lügen verbreiten könnten, war die eigentliche Nachricht, sondern das ungeschickte Eingeständnis – denn ist die Bereitschaft zum Lügen als Taktik der psychologischen Kriegsführung erst einmal bekannt, funktioniert sie nicht mehr. Normalerweise beherrscht keine Militärmacht die psychologische Kriegsführung so perfekt wie die USA:

(1) *Zentralamerika:* Die Regierung Reagan stand Anfang der Achtziger vor einem massiven Problem. Die Kommunisten hatten sich in Nicaragua eingenistet. El Salvador war in Gefahr. Michael Kelly, Staatssekretär bei der US Air Force, sagte damals: »Unsere wichtigste Mission ist heute, das amerikanische Volk davon zu überzeugen, daß uns die Kommunisten an den Kragen wollen. Wenn wir diesen ideellen Krieg

gewinnen, dann gewinnen wir auch überall sonst«. 1983 konstruierte Reagan zusammen mit der CIA und den Führungskräften der besten Werbe- und PR-Agenturen einen Kommunikationsapparat, mit dessen Hilfe die alten Anhänger der Somoza-Diktatur als Contras zu Freiheitskämpfern stilisiert werden konnten. Vorbild war dabei nicht die klassische Propaganda, sondern Marketing aus der Wirtschaft – zum Beispiel ›Branding‹ oder das Implantieren einer Corporate Identity. Es ging also schon längst darum, das Produkt Amerika und seinen Krieg zu verkaufen.

(2) *Fall der Berliner Mauer*: Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks war auch das Hauptargument in der »Kampagne für Amerika« verschwunden. Die USA mußten sich auf die Suche nach einem neuen Feind machen. Sie fanden ihn in der Dritten Welt, im Drogenkrieg in Südamerika, im Nahen Osten, in der arabischen Welt.

(3) *Golfkrieg*: Dort lief die Maschinerie der psychologischen Kriegsführung auf Hochtouren. Auf der einen Seite hatte man einen mächtigen Feind. Auf der anderen Seite war dieser weit weg. Seinen berühmtesten Höhepunkt fand der Kampf um die Herzen der Welt in dem Auftritt einer jungen Kuwaiterin, die sich als Krankenschwester im Hospital von Kuwait City ausgegeben hatte. Unter Tränen beschrieb sie vor dem Kongreß, wie irakische Soldaten Säuglinge aus den Brutkästen gerissen und getötet hätten. Was niemand wußte: Die 15-Jährige war die Tochter des Botschafters Kuwaits in Washington. Ein Konsortium von 20 Lobby- und PR-Agenturen unter der Leitung der weltgrößten PR-Firma Hill & Knowlton hatte den Auftritt inszeniert. Eine der Firmen, die damals zum Konsortium gehörte, war die Rendon Group, die jetzt das Office of Strategic Influence betreut.

Hill & Knowlton wurden von der kuwaitischen Herrscherfamilie dafür bezahlt, eine Pro-Kriegsstimmung bei der US-Bevölkerung zu schaffen. Mit 12 Büros in allen größeren US-Städten und 119 Mitarbeitern gelang dies auch. Zu den werbewirksamen Maßnahmen gehörten u.a. das Verteilen von kostenlosen T-Shirts mit dem Aufdruck »Free Kuwait«, die Erfindung eines National Kuwait Day und die Versendung eines Buches mit dem Titel *The Rape of Kuwait* an US-amerikanische Truppen im Nahen Osten. Die Auflage der Werbeschrift betrug

200.000. Die großen Fernsehanstalten wurden kostenlos mit manipulierten Filmen von brennenden Ölquellen und ölverseuchten Wasservögeln beliefert. Am Rande: Eine an der Propagandoperation beteiligte Person, Torie Clarke, ist heute Pressersprecherin des Pentagon.

Mit dem islamistischen Terror hat der Westen wieder einen Feind, gegen den man nach Argumenten nicht mehr suchen muß. Islamistische Terroristen suchen keinen Dialog. Die Taliban lieferten das Anschauungsmodell dazu. Und die Anschläge vom 11. September weckten eine Angst, die der Westen seit der Kuba-Krise nicht mehr gekannt hatte. Afghanistan war für die US-Regierung seit 1945 der größte Sieg im Kampf um die Köpfe und Herzen der Welt. Auch dieser Frieden muß nun gesichert werden. George W. Bush hat nun verkündet, daß er nach dem 11. September die erfolgreichen Propagandamaßnahmen institutionalisieren werde. Und dazu muß eben ein eigenes Amt gegründet werden, das weltweit ein positives Image der USA etablieren und US-kritische Strömungen bekämpfen soll – auch bei den Verbündeten. Das ›Office‹ wird aber nur ein kleiner Teil der psychologischen Großoffensive sein.

Einen hübschen neuen Euphemismus für das häßliche Wort Propaganda hat man auch schon gefunden. Man nennt das Amt auch so: »Office of Global Diplomacy«. Die Bush-Regierung greift auf Vorleistungen ihrer Amtsvorgänger zurück. So wurde erst jetzt bekannt, daß seit 1994 im Regierungsauftrag ein Radioprogramm für den Irak in Boston produziert wurde. Auftragnehmer ist die PR-Firma Rendon Group. Sie ist auf derartige Propaganda spezialisiert; während der Invasion Panamas, im Golfkrieg, später bei den Balkankriegen waren es Experten dieses Unternehmens, die Rundfunknachrichten an die jeweilige Bevölkerung sendeten und auch das US-Publikum mit Neuigkeiten von den Kriegsschauplätzen versorgten. Das geschah immer in Absprache mit dem Pentagon, das auf diese, scheinbar unverfängliche Weise, seine Sicht der Dinge unters Volk bringen konnte.

*Quellen: Andrian Kreye, ›Und nichts als die Wahrheit‹, SZ, 25. Februar 2002; Ian Urbina, ›This war brought to you by Rendon Group‹, Asia Times, 13. November 2002.*



Zu den Aufgaben der Intelligence Support Activity zählten Anti-Terroroperationen vom Nahen Osten bis nach Südamerika und verdeckte Einsätze im sogenannten Drogenkrieg. Trotz ihrer Erfolge wurde die Einheit an die kurze Leine genommen, da sie oft in einem rechtsfreien Raum agierte, so jedenfalls begründete der damalige Verteidigungsminister Carlucci diese Maßnahmen. Das nächste Mal tauchte die im Militärjargon Gray Fox genannte Einheit 1992 in Somalia auf, wo sie versuchte, die rivalisierenden Warlord-Fraktionen zu infiltrieren. Danach tat sie sich bei der Verfolgung von bosnischen Serben hervor, denen Kriegsverbrechen vorgeworfen wurden. Zu ihren größten Erfolgen zählt die Festnahme des kolumbianischen Drogenbarons Escobar, den sie trotz seiner zahlenmäßig überlegenen Leibgarde dingfest machte.

Gegenwärtig ist Gray Fox beim Kampf gegen den Terrorismus aktiv. Bei der Vorbereitung des Kriegseinsatzes in Afghanistan erkundeten Kommandos die Lage vor Ort und plazierten Abhöranlagen und Funkleitstellen für die US-Bomber. Die Arbeit der Spezialeinheiten werde, so die Meinung des Beratergremiums, durch »bürokratische Hindernisse« blockiert. Im Einsatzfeld Afghanistan ist für Geheimkommandos der Kommandant der Joint Interagency Task Force am Stützpunkt Bagram zuständig, der zunächst seine Arbeit mit der Leitstelle in Fort Bragg, North Carolina, abstimmt, die wiederum dem Special Operations Joint Interagency Collaboration Center in Tampa, Florida, untersteht. Die Tätigkeiten der sogenannten weißen Kommandos, wie die nicht verdeckt operierenden Green Berets bezeichnet werden, werden von dem gleichen Befehlszentrum aus koordiniert. Das eigentliche Herz der Sonderkommandos, die Delta Force, in etwa der deutschen GSG9 vergleichbar, wird vom Joint Special Operations Command geführt, das in Fort Bragg beheimatet ist, aber nach Expertenmeinung seine Unabhängigkeit gegenüber den anderen Diensten argwöhnisch verteidigt.

Auch die übrigen Teilstreitkräfte unterhalten eigene Sondereinheiten; die Luftwaffe beispielsweise delegierte ihre Aufklärungsflüge und den Einsatz von Drohnen an diese Einheiten; die Kriegsmarine hat ein eigenes Spionageschiff, die Gray Star, Nachfolgerin der von der nordkoreanischen Marine aufbrachten legendären Pueblo.

Vor dem Hintergrund der vielschichtigen Zuständigkeiten und des auch hier nachgewiesenen Kompetenzgerangels der Teilstreitkräfte untereinander ist die Empfehlung der Expertenkommission, die Sondereinheiten zu straffen und in eine Organisation einzubinden, verständlich. Aber der Verteidigungsminister führt anderes im Schilde: Die neue Organisation soll »stimulierende Reaktionen« bei Terroristen und Schurkenstaaten provozieren, sie zum Handeln veranlassen, worauf die Vereinigten Staaten dann – legitimiert – zurückschlagen könnten. Denn, so der Bericht, »die Staaten/Substaatliche Akteure würden in die Verantwortung genommen werden« und den »Gaststaaten würde das unmißverständliche Signal gegeben, daß ihre Souveränität auf dem Spiel steht«, (William M. Arkin, *The Secret War*, Los Angeles Times, 27. Oktober 2002).

Die Zeitschrift *Ordnance Report* der US Army stellt in ihrer Ausgabe vom 26. September 2002 das neue Projekt vor; darin heißt es u.a.: Anstatt wie bisher auf Aktionen der Terroristen zu warten, gelte es, Wege zu finden, Terroristen zum Handeln zu verleiten, beispielsweise indem man sie mit gefälschten Informationen versorge oder ihr Geld raube. Agenten könnten terroristische Gruppen infiltrieren und die Kleidung der Führer mit neuartigen chemikalischen oder biologischen Mitteln impfen, die auf einen Laserstrahl reagieren. Hierfür sollen jährlich eine Milliarde Dollar bereit gestellt werden.

Schließlich wird die Einsetzung einer besonderen Beratergruppe, Red Team genannt, empfohlen. Diese 24 Personen umfassende Gruppe solle aus kreativen Experten bestehen, der auch Science Fiction Autoren wie Tom Clancy angehören; sie sollten sich in die Denkweise von Terroristen hineinversetzen und Szenarien entwerfen. Das Verteidigungsministerium und die Geheimdienste können dann anhand der Vorschläge ihre Methoden überprüfen und nötigenfalls verbessern.

Derartige Pläne sind nicht neu. Anfang der sechziger Jahre hatte der US-Geheimdienst ein ähnliches Konzept ausgearbeitet, mit dem das revolutionäre Kuba provoziert werden sollte. Die Operation Northwoods sah vor, daß US-amerikanische Spezialisten, als Kubaner getarnt, gezielte Anschläge gegen Einrichtungen in den Vereinigten Staaten ausführen, US-Passagierflug-

zeuge abschießen und US-Staatsbürger entführen sollten, um so die Rechtfertigung für eine militärische Invasion Kubas zu zimmern. US-Präsident Kennedy lehnte diesen Vorschlag ab, nicht aus moralischen Bedenken, sondern weil er ihm als zu riskant erschien.

Im Klartext: Die USA schaffen sich ihre Feinde selbst! Oder in den Worten des Verteidigungsministers: »Prävention und Erstschlag sind die einzigen Verteidigungsmöglichkeiten gegen Terrorismus. Unsere Aufgabe besteht darin, den Feind aufzuspüren und zu vernichten, bevor er uns angreifen kann«. Dafür soll der Posten eines Beauftragten für Sonderoperationen beim Nationalen Sicherheitsrat eingerichtet werden. Er untersteht dem Pentagon, das die Umsetzung der Empfehlungen vornimmt. An Finanzmitteln sind in einem ersten Schritt 3,3 Milliarden Dollar vorgesehen, darunter knapp 1,7 Milliarden für »Infiltration des Gegners«, knapp 100 Millionen für Übungen und Planspiele und 800 Millionen für Personal. Die neue Behörde soll anfänglich 500 Mitarbeiter umfassen.

Offenbar sind auch die inhaltlichen Vorbereitungen weit gediehen. So berichten die Tageszeitungen New York Times und Boston Globe im Oktober 2002, daß der Verteidigungsminister den Geheimdienstberichten über Vorgänge im Irak nicht traue und deshalb eine ihm unterstehende Arbeitsgruppe eingesetzt habe, die eigene Ermittlungen durchführe bzw. die Rohdaten aus nachrichtendienstlichen Quellen überprüfe. Sein Stellvertreter Wolfowitz rechtfertigte diese Maßnahmen mit den Worten, daß es »ein Phänomen der Geheimdienstanalysen ist, daß Leute, die einer bestimmten Hypothese nachgehen, bestimmte Fakten sehen, die andere nicht sehen wollen, und andererseits andere Fakten nicht sehen, die andere sehen«. Mit anderen Worten ist nicht die empirisch erhärtete Datenlage entscheidend, sondern das Interesse derjenigen, die diese Ermittlungen in Auftrag gegeben haben. Diese Sichtweise hat Geschichte:

1. In den fünfziger Jahren kam die »Raketenlücke« auf, wonach die Sowjetunion bald über 500 Interkontinentalraketen verfügen würde. Die CIA hatte lediglich 50 Abschußrampen ermittelt. Spätere Satellitenaufnahmen ergaben eine Anzahl von vier. Es war im Interesse der US-Luftwaffe, von einer unreal hohen Anzahl auszugehen, um das eigene Aufrüstungspro-

gramm durchzusetzen, was dann tatsächlich geschah. Überzeugend war anscheinend, daß bauliche Maßnahmen in den überwachten Gebieten als vermutete Raketensilos interpretiert wurden. Die an Aufrüstung interessierten Kreise sahen beispielsweise in einem Getreidesilo eine getarnte Raketenanlage, ein restaurierter Kirchturm wurde von den ansonsten gottesfürchtigen US-Militärs als Funkanlage gedeutet.

2. 1969 planten US-Präsident Nixon und der Generalstab den Aufbau eines Anti-Balistischen-Raketensystems (ABM). Ziel dabei war es, die eigenen Interkontinentalraketen vor einem sowjetischen Angriff zu schützen. Der Öffentlichkeit wurde ein Bedrohungsszenario präsentiert, demzufolge die UdSSR über eine neue Generation von SS-9 Atomraketen mit mehreren Sprengköpfe, die getrennt auf einzelne Ziele gelenkt werden könnten, verfüge. Nach Ermittlungen der CIA waren die sowjetischen Raketen zwar mit mehreren Sprengköpfen ausgerüstet, die jedoch nur gemeinsam gezündet werden konnten. Auf Druck des damaligen Sicherheitsberaters Kissinger wurde diese Erkenntnis verschwiegen.
3. Mitte der 70er Jahre auf dem Höhepunkt der Entspannungspolitik holten Gegner dieser Politik zum Gegenschlag aus; sie bezweifelten die Informationen der CIA und erwirkten beim Präsidenten Ford die Einsetzung einer Kommission, die die nachrichtendienstlichen Daten überprüfte. Das sogenannte Team B, dem u.a. der heutige stellvertretende Verteidigungsminister angehörte, verriß die Analysen der CIA. Sie kam so zu aberwitzigen Ergebnissen wie, daß die Sowjetunion mehr als die Hälfte ihrer volkswirtschaftlichen Leistungen in die Rüstung stecke und über Laserwaffen verfüge, die anfliegende US-Raketen in der Stratosphäre vernichten könnten. Das Team B erreichte sein Ziel: die Entspannungspolitik wurde aufgekündigt, ein Hochrüstungsprogramm trat an seine Stelle.

Die Aussage von Paul Wolfowitz, der als intellektueller Kopf der aktuellen US-Militärpolitik gilt, daß es auf den Standpunkt ankomme, von dem aus Fakten betrachtet werden, hat jüngst eine weitere Probe bestanden: Auf das Eingeständnis der Regierung Nordkoreas, trotz gegenteiliger Beteuerungen am Atomwaffenprogramm weitergearbeitet zu haben, reagierte Washington

äußerst gelassen; die realen Risiken eines Atomschlages beispielsweise gegen die 40.000 in Südkorea stationierten US-Soldaten werden nicht so ernst genommen wie die vermeintlichen, nicht nachgewiesenen Massenvernichtungswaffen des Irak, gegen den Krieg geführt wird. Es kommt offenbar tatsächlich auf den Standpunkt an.

## V. Megamacht USA?

Ein Mythos geistert durch Medien, Kabinette und Stammtische der Vereinigten Staaten – der Mythos von der ›Übermacht Amerika‹. Sicherlich ist die militärische Streitmacht der USA gewaltig, unstrittig ist auch, daß die Finanzmasse an den US-Börsen größer ist als die in der restlichen Welt. Niemand bezweifelt, daß US-amerikanische Kulturproduktionen weltweit dominieren und daß die US-Variante des Englischen die globale lingua franca ist. Dennoch stellen sich Fragen, wie es hinter der anscheinend glänzenden Fassade der Megamacht aussieht und ob dieser Koloß möglicherweise auf tönernen Füßen steht.

Dabei ist es hilfreich, einen Blick auf die aktuelle Lage zu werfen. Beginnen wir mit Nordkorea. Vom Präsidenten der Vereinigten Staaten zum Schurkenstaat und Teil der Achse des Bösen erklärt, ist das Regime in Pjöngjang davon offenbar wenig beeindruckt. Es bastelt allen Drohungen der Megamacht zum Trotz weiter an seinem Nuklearprogramm. Und wie reagiert Washington? Indem es Verhandlungen anbietet. Das ist kein Einzelfall: Sämtliche zu Schurken erklärten Staatshäupter, sei es Oberst Gaddafi in Libyen, vom damaligen Präsidenten Reagan als ›räudiger Hund‹ bezeichnet, sei es Fidel Castro auf Kuba, sind noch im Amt. Und das, obwohl Libyen mehrfach Ziel von US-Bombardements war und Kuba seit mehr als vierzig Jahren mit staatsterroristischen Aktionen seitens der Regierungen der Vereinigten Staaten konfrontiert wird. Selbst der aktuelle Oberschurke, Osama bin Laden, erfreut sich immer noch seiner Freiheit. Was ist von der Drohung des US-Präsidenten zu halten, bin Laden tot oder lebendig aufzubringen, wenn trotz einer gewaltigen Aufrüstung der Sicherheitsdienste und eines Krieges in Afghanistan der Terrorchef nicht gefaßt ist. Präsident Bush wartet immer noch auf den Kopf von bin Laden. Und der internationale Terrorismus agiert heute gefährlicher als vor dem 11. September 2001, so jedenfalls sagt der Chef der CIA.

Wenn es wirklich um den Terrorismus geht, führen die USA einen Krieg

mit den falschen Mitteln: Flugzeugträger sind denkbar ungeeignet im Kampf gegen in kleinen Gruppen agierende Terroristen. Die aktuell schmerzenden Wurzeln des Terrorismus zu ziehen, ist kaum möglich wegen der Abhängigkeit vom saudischen Erdöl: Saudi Arabien, wichtigster Lieferant dieses Schmiermittels der Weltwirtschaft, ist zugleich Ziehvater des islamistischen Fundamentalismus. Dieser Zugang zum lebenswichtigen Rohstoff wird außerdem vom israelisch-palästinensischen Konflikt in Unruhe versetzt, und die Megamacht ist offensichtlich nicht in der Lage, die Politik ihres Klienten Israel so zu beeinflussen, daß das eigene ökonomische Interesse ohne einen erheblichen militärischen Aufwand gewahrt wird. Haben sich die Vereinigten Staaten möglicherweise übernommen, unterliegen sie dem sogenannten imperial overstretch? Nordkorea scheint dies zu bestätigen, denn die Reaktionen der US-Regierungen fallen so moderat aus gegenüber den verbalen Kraftmeiereien des Präsidenten, weil sämtliche militärischen Ressourcen für den Krieg gegen den Irak gebündelt sind und die Megamacht, entgegen anders lautenden Regierungserklärungen, nicht in der Lage ist, zwei Regionalkriege gleichzeitig zu führen, wozu das US-Militär gemäß den eigenen strategischen Vorgaben eigentlich in der Lage sein müßte.

Es verwundert nicht, daß die Armee der Vereinigten Staaten ein Regime wie das von Saddam Hussein im Felde besiegen kann. Aber was ist damit erreicht? »Der Krieg ist nichts als die Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel«, schrieb Clausewitz 1832. Auf den Nahen Osten gewendet, bedeutet dies, daß die eigentlichen Probleme erst nach dem Sturz des irakischen Diktators beginnen. Dann nützen militärische Mittel kaum etwas, sie sind sogar eher kontraproduktiv. Es gibt keine oppositionellen Kräfte, die mit einer breiten Akzeptanz in der Bevölkerung rechnen können; demnach sind die USA gezwungen, längerfristig eigene Truppen im Irak zu stationieren, um eine Art Marionettenregime zu implantieren in der Hoffnung, daß dieses mittelfristig ohne fremde Bayonette auskommt. Nun wird Washington im Bewußtsein der großen Mehrheit der arabischen Bevölkerung keineswegs als Befreier gesehen, anders als etwa 1945 in dem von den Nazis besetzten Europa, sondern eher als eine Schutzmacht für repräsentative Regimes.

Der Glaube an eine eigene grenzenlose Überlegenheit verleitet die US-Regierung zu Alleingängen; das Vorgehen gegen die afghanischen Taliban wurde mit den verbündeten Staaten nicht abgesprochen, die wie Großbritannien die Rolle des Hilfssheriffs oder wie die Bundesrepublik die eines Sozialarbeiters beim Wiederaufbau des zerstörten Landes zu übernehmen hatten. Im Fall des Irak zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Nimmt man die verschiedenen Verlautbarungen aus dem Kriegskabinett Bush ernst, dann werden diplomatische Bemühungen im UN-Sicherheitsrat von Washington eigentlich nur als Ärgernis empfunden. Das läßt den Schluß zu, daß die USA ihre künftige Weltmachtpolitik selbstherrlich betreiben wollen. Die Welt nach eigenen Regeln zu gestalten, ist ein ideologisches Hauptanliegen der christlich-fundamentalistischen Kräfte, die die Bush-Regierung ins Amt gebracht haben. Norman Mailer faßt es in einem Interview mit dem Sprachrohr der Konservativen wie folgt zusammen (»I Am Not For World Empire«, *The American Conservative*, Dezember 2002): Ihre Weltdeutung besage, daß die USA verrotten seien; die Unterhaltungsindustrie verbreite Pornographie und ähnliche Laster. Kinder und Jugendliche könnten zwar nicht lesen, seien aber fit in allen möglichen sexuellen Praktiken. Moralische Werte gingen vor die Hunde. Nur wenn die Vereinigten Staaten »die reinigende Kraft des Militärischen« aufgriffen, würden die »sexuelle Maßlosigkeit« und alles, was damit verbunden sei, zurückgedrängt. »Amerika im Krieg« bedeute, daß Opferbereitschaft und Hingabe an die Nation wieder zu Tugenden der ersten Güte würden. Gier und Betrug, von der Wirtschaftselite exzessiv betrieben, kämen dann an die Kette.

Dieser Argumentation folgend, ließen sich die unterschiedlichen Auffassungen in der US-Regierung nicht mehr dem herkömmlichen Schema »Falken« und »Tauben« zuordnen. Stattdessen wäre es zutreffend, die ideologische Kriegsfraktion als die eigentlich christlich-fundamentalistische Kraft zu bezeichnen, wohingegen die moderaten Kräfte im Krieg nur ein Machtmittel sehen, ohne dessen reinigende Wirkung auf die »Volkshygiene« mitzubedenken. Das schließt nicht aus, daß Ideologie, die sich selbst als religiös versteht, und profanes, auch wirtschaftliches Machtinteresse sich in ein und derselben Politikerseele vereinen.

Der globale Militarismus, so wie ihn die Regierung der Vereinigten Staaten seit dem September 2001 sehr offen praktiziert, hat keines seiner vorgebliehen Ziele erreicht. Im Gegenteil hat sich die Sicherheitslage weltweit und für die USA selbst drastisch verschlechtert. Das ist allerdings kein Novum. Ebenso wenig ist der US-Militarismus ein Phänomen der Gegenwart.

Jeder Präsident der Vereinigten Staaten ist verpflichtet, nach Amtsantritt dem Kongreß sein Konzept zur nationalen Sicherheit vorzulegen. Am Rande: Dieses Mal wurde der Abgabetermin erheblich überschritten. In der einleitenden Passage des Dokumentes vom September 2002 hob Bush hervor, daß »in weiten Teilen des 20. Jahrhunderts die Welt geteilt war durch einen Großkampf über Ideen: destruktive totalitäre Visionen gegen Freiheit und Gleichheit. Dieser Kampf ist nun vorbei.«

Ging es wirklich um einen Kampf der Ideen? In ihrem Selbstverständnis ist die in den Vereinigten Staaten herrschende Politik friedliebend und friedensfördernd. Weltpolitisch betrachtet wäre das für die Jahre nach 1945 zutreffend, sähe man ab von den Angriffen auf China (1945-46), vom Koreakrieg (1950-53), der Besetzung Guatemalas (1954; 1967-69), den Attacken gegen Kuba (seit 1960 fortlaufend), vom Kongo (1964), dem Vietnamkrieg (1961-73), den Angriffen auf Kambodscha (1969-70), vom Einfall in Grenada (1983), von Libyen (1986), El Salvador (1980-92), Nicaragua (1981-90), Panama (1989), Irak (1991), Bosnien (1995), Sudan (1998), Jugoslawien (1999) und Afghanistan (2001-02). Dann gibt es noch ein paar kleinere Zwischenfälle wie den Sturz der sozialistischen Regierung in Chile 1973, die fortlaufenden Polizeiaktionen in Kolumbien etc. Nach 1945 haben die Regierungen der Vereinigten Staaten mehr als vierzigmal versucht, ihnen mißliebige Regierungen anderer Staaten zu stürzen und mehr als dreißigmal Widerstands- oder Befreiungsbewegungen zu zerschlagen. Mehr als 25 Länder wurden mit Bombenangriffen überzogen. Die sozialen und gesellschaftlichen Kollateralschäden sind kaum zu messen.

Die Megamacht USA befindet sich seit 1945 in einem neuen Krieg; ihr schien es offensichtlich nicht möglich, mit anderen als militärischen Mitteln ihre Ziele durchzusetzen. Allerdings sind Zweifel an der gängigen Ansicht von der »Übermacht Amerika« angebracht.

**Militarismus und Weltmacht.** Im Zweiten Weltkrieg hatte sich das Konzept aus überlegener Technologie und unvergleichbarer Mobilisierung von Ressourcen als militärisch erfolgreich bestätigt. Dies bestärkte Regierung und Militärführung in Washington nach 1945 darin, die für ihre Weltmachtpolitik erforderlichen Streitkräfte auf eine technologieintensive Grundlage zu stellen. Allerdings waren im Zweiten Weltkrieg auf Seiten der USA militärische Erfolge auch der Kooptation anderer Armeen zu verdanken, die Rote Armee schulterte die Hauptlast des Krieges. Seitdem bilden Hi-Tech und kampfeswillige Verbündete Konstanten in der US-amerikanischen Machtausübung.

Das Konstrukt des Kalten Krieges, die gedankliche Zweiteilung der Welt in einen US-amerikanischen und sowjetischen Machtblock, bestärkte die politische Elite Washingtons in der Annahme, die andere Supermacht durch technologische Überlegenheit im strategischen Schach halten zu können. Als die UdSSR ihrerseits über Atomwaffen verfügte, reagierten die USA mit dem Bau der Wasserstoffbombe und einer Vervierfachung des Militärhaushaltes. Schon 1950 hätte den Verantwortlichen in Washington die Haltlosigkeit ihres militärpolitischen Modells bewußt werden müssen. Denn der Ausbruch des Koreakrieges macht deutlich, daß Moskau eben nicht, wie unterstellt, sämtliche Staaten außerhalb der US-Einflußzone unter Kontrolle hatte. Der Krieg selbst legte die strategischen Schwächen der Vereinigten Staaten offen; trotz Überlegenheit in Technologie und Vernichtungspotential gelang es den US-Streitkräften nicht, die Oberhand zu gewinnen. Sie erwiesen sich als unfähig, einen Gegner zu stellen, der es verstand, seine Kampfverbände zu dezentralisieren und den massiven Vergeltungsschlägen so auszuweichen.

Es ist verwunderlich, daß die Verantwortlichen im US-Verteidigungsministerium und im Generalstab hieraus keine Lehren zogen, sondern weniger als zehn Jahre später mit dem gleichen fragwürdigen Konzept den Vietnamkrieg begannen. Lehren aus Vietnam wurden ebenfalls nicht gezogen, auch nicht aus der politischen Unfähigkeit des südvietnamesischen Satrapen.

Die US-Politik hielt am Steuerungsmodell über Stellvertreterregimes fest, was Ende der siebziger Jahre zum neuerlichen Desaster im Nahen Osten führ-



te. Mit dem Sturz des Schah-Regimes verloren die USA dort ihren strategischen Verbündeten. Seitdem wurde zwar versucht, Saudi Arabien zum Ersatz aufzubauen, was offenbar aber nicht sonderlich erfolgreich war. Ein direktes militärisches Engagement erscheint da als das einzige geeignete Mittel, den US-Einfluß in der Region zu sichern.

Zentral- und Südamerika sind weitere Einsatzfelder der Machtausübung über Stellvertreter. Die politische Geschichte der letzten fünfzig Jahre wurde in dieser Region geschrieben von Juntas, Staatsstreichern, autoritären Regimes, allesamt willfährige Helfer Washingtons.

Der globalen Machtpolitik der Vereinigten Staaten muß eine offensichtliche Schwäche bescheinigt werden, weil sie zum einen auf den Dauereinsatz von direkter oder gesteuerter militärischer Gewalt bzw. offene oder verdeckte Einmischung angewiesen war und zum andern militärische Defizite durch Material- und Ressourcenüberlegenheit ausgeglichen werden mußten. Militarismus löst auf Dauer kein Problem, und dies erklärt die ständige Alarmbereitschaft der US-Streitmacht nach 1945, programmatisch von Präsident Harry Truman in seiner Grundsatzerklärung vor dem Kongreß am 12. März 1947 fixiert: »Zum gegenwärtigen Zeitpunkt... muß fast jede Nation zwischen alternativen Lebensmodellen entscheiden... das eine basiert auf dem Willen der Mehrheit und zeichnet sich aus durch freie Institutionen, eine freigewählte Regierung, freie Wahlen, Garantie der persönlichen Freiheit, Redefreiheit und freie Ausübung der Religion und Schutz vor politischer Verfolgung. Das zweite Lebensmodell stützt sich auf Terror und Unterdrückung, eine kontrollierte Presse und Rundfunk; manipulierte Wahlen und die Unterdrückung persönlicher Freiheiten... Fast jede Nation muß eine Wahl treffen, entweder sie steht an unserer Seite oder sie wird als unser Feind betrachtet«.

Wie kommt es, daß die Vereinigten Staaten trotz dieser nachweislichen Schwächen ihre Rolle als Supermacht behalten und hegemonial ausbauen konnten? Eine Antwort ist in den weltpolitischen Verhältnissen zwischen 1945 und 1989 zu finden. Die UdSSR als rivalisierende Supermacht war außenpolitisch konservativ und stationär orientiert. Weder hat sie Niederlagen ihres Gegners aggressiv ausgenutzt, beispielsweise in Vietnam, noch hat sie pro-

gressive Kräfte nachhaltig gefördert, sofern sie an lokalen Machtansprüchen der USA rüttelten. Das trifft auf Kuba genauso zu wie auf Chile und auf Indonesien. Für die sowjetische Machtelite bot das Modell des Kalten Krieges vorrangig die Chance, die eigene Macht zu sichern, was den äußeren Sicherheitsring – im westlichen Jargon als Ostblock bezeichnet – einschloß. Die verbreitete Annahme, die UdSSR habe den Griff nach der Weltvorherrschaft versucht, hält keiner Prüfung stand. Die eigentlichen weltpolitischen Probleme kamen auf die Vereinigten Staaten erst nach dem Niedergang der Sowjetunion zu; strategische Schwächen traten jetzt deutlicher hervor.

#### **John Le Carré: Die Vereinigten Staaten von Amerika sind verrückt geworden**

Amerika ist in eine seiner Perioden des historischen Schwachsinn eingetreten, aber diese ist die schlimmste, an die ich mich erinnern kann: schlimmer als der McCarthyismus, schlimmer als die Schweinebucht und mit der Aussicht, langfristig desaströser zu sein als der Vietnamkrieg. Die Reaktion auf den 11. September geht über alles hinaus, was Osama bin Laden in seinen schmutzigsten Träumen erhofft haben könnte. Wie zu Zeiten McCarthys werden die Freiheiten, um die die Welt Amerika beneidet hatte, systematisch untergraben. Die Kombination aus gehorsamen US-Medien und handfesten Konzerninteressen stellt wieder einmal sicher, daß eine Diskussion, die eigentlich auf jedem Marktplatz geführt werden müßte, auf die moralisch hochwertigen Kolumnen der Ostküstenpresse beschränkt wird.

Der unmittelbar bevorstehende Krieg wurde Jahre, bevor bin Laden zuschlug, geplant, aber er war es, der ihn ermöglichte. Ohne bin Laden würde die Bush-Junta immer noch versuchen, solche unangenehmen Sachverhalte zu erklären wie ihre Wahl ins Regierungsamtsamt; wie Enron; ihre unverschämte Bevorzugung der Allzureichen; ihre despektierliche Haltung gegenüber den Armen in der Welt, gegenüber ökologischen Problemen und den Strom von einseitig aufgekündigten

internationalen Verträgen. Sie haben uns auch mitzuteilen, weshalb sie Israel bei der fortgesetzten Verletzung von UN-Resolutionen unterstützen.

Aber bin Laden kehrte dies sehr kommod alles unter den Teppich. Die Bushmänner schwimmen auf einer Welle der Popularität. Gegenwärtig wollen 88 Prozent der Amerikaner den Krieg, so wird uns gesagt. Der US-Verteidigungshaushalt wurde um weitere 60 Milliarden Dollar auf gut 360 Milliarden erhöht. Eine vorzügliche neue Generation von Atomwaffen befindet sich in der Konstruktionsphase; wir können deshalb alle aufatmen. Welche Art von Krieg die 88 Prozent Amerikaner eigentlich meinen zu unterstützen, ist weniger deutlich. Ein Krieg für wie lange, bitte schön? Zu welchen Kosten für amerikanisches Leben? Zu welchen Kosten für den amerikanischen Steuerzahler? Zu welchen Kosten für irakisches Leben, denn die Mehrzahl der 88 Prozent sind durchweg anständige und human denkende Menschen.

Wie Bush und seine Junta es fertigbrachten, den Zorn Amerikas von bin Laden auf Saddam Hussein umzulenken, ist einer der größten Public Relations Tricks der Geschichte. Aber sie schafften es. Eine aktuelle Umfrage sagt uns, daß jeder zweite Amerikaner nun glaubt, Saddam sei für den Anschlag auf das World Trade Center verantwortlich gewesen. Aber die amerikanische Öffentlichkeit wird nicht nur irregeleitet. Sie wird auch beständig eingeschüchtert und in einem Zustand von Unwissenheit und Angst gelassen. Die sorgfältig in Szene gesetzte Neurose sollte Bush und seine Mitverschwörer eigentlich gut für die nächste Wahl positionieren.

Die nicht mit Bush sind, sind gegen ihn. Schlimmer noch, sie sind mit dem Feind. Das ist ungewöhnlich, denn ich bin strikt gegen Bush, aber ich wünsche mir den Sturz Saddams – allerdings gerade nicht unter den Bedingungen von Bush und mit seinen Methoden. Und nicht unter dem Banner einer dermaßen unanständigen Heuchelei.

Das religiöse Geschwätz, das die amerikanischen Truppen in die Schlacht führt, ist vielleicht der deprimierendste Aspekt des surrealen Krieges-in-der-Mache. Bush steht in engem Schulterschluß mit Gott. Und Gott hat ganz besondere politische Ansichten. Gott berief Amerika, um die Welt auf eine Art und Weise zu retten, die Amerika

paßt. Gott berief Israel zum Zentrum der Nahostpolitik Amerikas, und jeder, der dies abweichend interpretiert und sich gar seine eigenen Gedanken macht, ist a) antisemitisch, b) antiamerikanisch, c) für den Feind und d) ein Terrorist.

*Quelle: John Le Carré, The United States of America has gone mad, The Times, 15. Januar 2003*

Ein zweiter Grund für den Vorrang der Vereinigten Staaten als Supermacht ist in den Machtverhältnissen innerhalb des eigenen Lagers zu suchen. Deutschland und Japan, die ehemals aggressivsten und nach Weltherrschaft strebenden Mächte, wurden politisch entmachtet und in die Rolle als ökonomische Leistungsträger verwiesen. Weder von dieser Seite noch von den niedergegangenen Großmächten Frankreich und Großbritannien wurde die Position Washingtons prinzipiell angefochten. Das Augenmerk dieser Staaten lag vielmehr darauf, die weltwirtschaftlichen Chancen, die sich durch die US-amerikanische Supermacht boten, auszuschöpfen. Das führte allerdings im Ergebnis zu einer strukturellen Schwächung der Leistungsfähigkeit der US-Ökonomie.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind zwei Trends bemerkenswert, einmal die Hochrüstung der USA und zum anderen die Zunahme weltweiter politischer Instabilität. Beide bedingen sich. In der Logik US-amerikanischer Machtpolitik kam dem Militarismus eine überragende Bedeutung zu. Es war naheliegend, am Althergebrachten festzuhalten, zumal der Kalte Krieg gewonnen worden war. Der Militarismus schien globalpolitisch vorteilhaft, weil er sich als Machtprojektion eignet, die ehemaligen sowjetischen Klientenstaaten in Abhängigkeit zu bringen. Im historischen Vergleich zeigt sich die US-amerikanische Weltmachtspolitik wesentlich geschmeidiger als der europäische Imperialismus des 19. und 20. Jahrhunderts, der eine Politik der territorialen Inbesitznahme betrieb. Der Militarismus spiegelt außerdem die gemeinsamen Interessen von Politik- und Wirtschaftseliten in den Vereinigten Staaten. Finanzwirtschaft und multinationale Konzerngrup-

pen plädierten dafür, die politisch-militärische Stärke der USA in wirtschaftliche Münze zu schlagen; die Machtelite mußte im eigenen Interesse nach neuen Domänen für das einheimische Kapital suchen, um so die große, schon als strukturell zu kennzeichnende Abhängigkeit von ausländischem Kapital zur Sicherung der US-Leistungsbilanz zu kompensieren. Andererseits waren die rivalisierenden Wirtschaftsblöcke EU und Japan und deren eigene Kapitalgruppen so stark, daß eine Konfrontation (Wirtschaftskrieg) kaum sinnvoll war. Als Ziel der US-Politik kam deshalb die Eroberung neuer Märkte in Betracht, die in der Diktion der Clinton-Regierung unter Big Emerging Markets firmierten. Hierzu zählen die sechs asiatischen Staaten China, Indonesien, Südkorea, Thailand, Malaysia und Indien; ferner Mexiko, Argentinien und Brasilien sowie Polen. Nach offiziellen Schätzungen wurde hier ein Wirtschaftspotential von annähernd 2 Billionen Dollar erwartet bei einem Exportvolumen für die US-Wirtschaft in der Größenordnung von 1 Billion Dollar. Damit wären die größten Probleme der Wirtschaftspolitik der USA beseitigt, und die US-Kapitalgruppen könnten eine reiche Ernte einfahren. Jedoch galt es, die anderen Industriezentren davon abzuhalten, in die geplanten US-amerikanischen Domänen einzudringen. Dazu diente eine abgestimmte Vorgehensweise, die sich auf die folgenden Instrumente stützte: militärisch-strategische Mittel; Zugriff auf internationale Organisationen; und das Arsenal des Dollar-Wallstreet-Komplexes: Währung, Börse und Spekulation.

Der globalisierte Kapitalismus bringt ähnliche Gegensätze hervor wie der Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts, dieses Mal allerdings weltweit. Die Kluft zwischen armen und reichen Sektoren der Weltgesellschaft weitet sich aus; wirtschaftliche Entwicklung ist angesichts eines globalen Spekulationswesens labil geworden und kann leicht ins Gegenteil umschlagen; die Einkommensunterschiede zwischen der Wirtschaftselite, den Mittelschichten und der Arbeiterschaft sind krass. Dadurch wird die Handlungsfähigkeit von Regierungen eingeschränkt. Der unregulierte Kapitalismus im Zeitalter der Globalisierung eröffnet rechtsfreie Räume, die für eine erweiterte Akkumulation nützlich sind, auf der Negativseite aber wird das Wuchern der organisierten Kriminalität begünstigt.

Die US-amerikanischen Militärplanungen wurden den neuen Verhältnissen nicht angepaßt; Strategie und Ausrüstung blieben weiter auf einen Kriegsfall gegen einen hochgerüsteten Gegner, wie es die Sowjetunion war, ausgerichtet.

Der wirtschaftliche Kahlschlag, den der globalisierte Kapitalismus in der Dritten Welt und auch in weiten Teilen der sogenannten Big Emerging Markets verursachte, führt zu wachsenden sozialen Verwerfungen und fördert anti-kapitalistische Einstellungen. Das Ideologieangebot des Westens erschöpft sich weitgehend in medial geschickt in Szene gesetzten, jedoch inhaltsleeren Botschaften. Ein Rückgriff auf traditionale und religiöse Werte auf seiten der Benachteiligten erscheint daher naheliegend. Zum ersten Mal in seiner Geschichte stellt sich der Kapitalismus ohne eine glaubwürdige Mission dar; ihm sind unter der Deregulation jetzt auch die sozialen Abfederungen abhanden gekommen, die früher für gesellschaftliche Beschwichtigung sorgten.

Der Militarismus wurde von Washington weiterhin als das geeignete Herrschaftsinstrument angesehen. Die US-Sicherheitsstrategie ›National Security Strategy for a New Century‹ vom Mai 1997 leitete die Notwendigkeit für einen weltweit einsatzbereiten Militärapparat aus den Erfordernissen der Weltwirtschaft ab. Die Weltmacht USA sei hierbei unersetzbar. Es gelte als erstes, so die vom damaligen Präsidenten Clinton vorgelegte Studie, regionale Konflikte, Terrorismus und Drogenhandel zu bekämpfen, die zwar die nationale Sicherheit der USA nicht ernsthaft bedrohen würden, aber zu internationalen Instabilitäten führen könnten, die schädlich seien, weil US-amerikanischer Wohlstand und US-amerikanische Arbeitsplätze von einer weltweit stabilen Wirtschaft abhingen. Als nächstes gelte es, die dringend erforderliche technologische Modernisierung der Armee vorzunehmen und von einer herkömmlichen Strategie abzurücken – im Sprachgebrauch der Militärs: den Wandel von einer Forward-based Army zu einer Power Projection Army zu vollziehen. Gemeint war damit die Transformation einer Armee, die auf allen wichtigen Schauplätzen präsent ist, zu einer solchen, die künftig für alle denkbaren Einsatzfälle ein einzigartiges Vernichtungspotential bereithält und auf flächendeckende physische Anwesenheit verzich-

tet. Es wird angenommen, daß bei einer solchen Modernisierung die militärische Schlagkraft und Interventionsfähigkeit hinreichen werde, um US-Interessen weltweit zur Geltung zu bringen.

Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die Erfahrungen im Golfkrieg und in Somalia; im ersten Fall wurde der entscheidende Sieg – im Verständnis des Pentagon – vor allem durch die Anwendung informationstechnologischer Errungenschaften sichergestellt. Somalia hingegen habe die Grenzen einer herkömmlichen Kriegsführung aufgezeigt.

Diese strategische Deutung produzierte eine Legitimation dafür, daß die Vereinigten Staaten den mit Abstand größten Teil der Weltrüstungsaufwendungen verausgaben, mit steigender Tendenz: Pro Jahr entfielen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahren auf die USA nahezu 30 Prozent der offiziell bekannten weltweiten Rüstungsausgaben von fast \$1 Billion. Bis Mitte der Neunziger war der jährliche globale Militäraufwand auf \$840 Mrd. zurückgegangen; die Vereinigten Staaten stockten ihren Rüstungshaushalt hingegen auf, so daß auf sie derzeit mehr als ein Drittel der weltweiten Ausgaben für militärische Zwecke entfällt, – dies alles nach dem Ende des Kalten Krieges.

Gedacht ist, daß eine hochtechnisierte Armee genügend Abschreckungspotential besitze, um weltweite »Stabilität« zu gewährleisten; nötigenfalls soll sie dank ihrer technologischen Überlegenheit Konflikte und kriegerische Vorgänge stets zu ihren Gunsten entscheiden können. Beides gilt auch deshalb als notwendig, weil ein wesentliches Ziel der US-Militärmacht gemäß der National Security Strategy darin besteht, ökonomischen Herausforderungen zu begegnen und die US-Finanzmacht zu sichern.

Deutlicher kann der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsinteressen und Weltmacht kaum formuliert werden. Erkennbar wird, daß die politisch-militärische Methode der Herrschaftsausübung nahezu deckungsgleich ist mit derjenigen der Finanzwelt; in beiden Fällen ist die Kontrolle der strategischen Bereiche wichtiger als eine Einflußnahme auf alle operationalen Belange.

Sind solche Konzepte eigentlich praktikabel? Der US-Militärapparat ist technologieintensiv und darauf ausgerichtet, den direkten Einsatz von Per-

sonal erst nach der Zerstörung der gegnerischen Infrastruktur zu beginnen, um eigene Verluste so gering wie möglich zu halten. Das Konzept des »information warfare« mag bei hochentwickelten Industriegesellschaften erfolgreich angewendet werden können; ob es gegenüber rück- bzw. randständigen Gesellschaften effektiv ist, muß bezweifelt werden. Die Begrenztheit dieser Militärpolitik zeigte sich in Jugoslawien, wo der reine Luftkrieg nicht die erhoffte Zerstörung der gegnerischen Armeen bewirkte, von einem Einsatz von Bodentruppen aber Abstand genommen wurde.

Offenbar hat die politische Führung in Washington die militärische Lektion aus den Kriegen in Korea und Vietnam nicht begriffen. Das US-amerikanische Herrschaftskonzept fußt auf einem Militärapparat, der zwar in technologischer Ausstattung allen anderen Staaten weit überlegen ist, aber kaum in der Lage sein dürfte, einen mit herkömmlichen Mitteln und dezentralisiert operierenden Gegner niederzuringen. Welche nachhaltige Wirkung kann der »information warfare« in einem Konfliktterrain erzielen, das keine technologiegestützte Infrastruktur aufweist? Im Ernstfall einer wirklichen Machtprobe müßten die USA hier auf einen umfangreichen herkömmlichen Militäreinsatz zurückgreifen, wofür aber ihre Armee nicht ausgebildet ist.

Im Ergebnis bleibt, daß die einzige Weltmacht im militärischen Bereich nach wie vor vor allem auf Konflikte mit hochgerüsteten Atomarstaaten wie Rußland und China vorbereitet ist. Für konventionelle Kriege ist sie denkbar schlecht gerüstet; Jugoslawien kann hier als ein Beispiel angesehen werden. Terrorismusbekämpfung spielt bei alledem keine Rolle.

Zunehmend setzt die US-Regierung wieder, ihre Overkill-Kapazität bei den Hi-Tech-Waffen ergänzend, auf den Ausbau eines Systems weltweit angesiedelter Militärstützpunkte. Diese »Burg«, zum Teil in »gescheiterten Gesellschaften« gelegen, stellen geostrategische Kontrollstationen dar; sie sind nicht geeignet, die jeweilige wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern. Als Statthalter US-amerikanischer Machtansprüche fungieren nach wie vor mannigfaltige diktatorische Regimes.

Präsident George W. Bush ließ keinen Zweifel aufkommen, daß er eine Politik des Unilateralismus einschlagen werde:

- 27. März 2001. Die Bush-Regierung teilt der Öffentlichkeit mit, daß sie das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz nicht unterzeichnen werde.
- 8. Juli 2001. Die Bush-Regierung lehnt die Vorschläge der UN zur Eindämmung von Waffenschmuggel und des Handels mit Handwaffen rundweg ab.
- 25. Juli 2001. Als einzige lehnt die Bush-Regierung das Inkrafttreten der Konvention über biologische und toxische Waffen ab.
- 13. Dezember 2001. Die Bush-Regierung kündigt den ABM Vertrag aus dem Jahr 1972.
- 6. Juni 2002. Die Bush-Regierung zieht die Unterschrift der USA unter den Vertrag von Rom zurück, der die Grundlage des International Criminal Court bildet.
- 7. November 2002. Die UN-Vollversammlung verabschiedet ein neues Protokoll zur Konvention gegen Folter. Demnach sind jetzt Inspektionen von Gefängnissen und Internierungslagern möglich. Die US-Regierung stimmt dem nicht zu.

Nach dem »11. September« sprach die Regierung der Vereinigten Staaten nur noch von »wechselnden Koalitionen«, die »entstehen und sich ändern im Laufe der Zeit, je nach Aktivitäten und den Umständen. Die Mission muß die Koalition definieren«, so Verteidigungsminister Rumsfeld auf einer Pressekonferenz am 25. September 2001. Das bedeutete im Klartext das Ende der bisherigen NATO-Konstruktion, die nach Ansicht der Beamten im Außen- und Verteidigungsministerium beim Kosovokrieg zu Behinderungen, zeitaufwendigen Konsultationen und Einwänden von Partnerseite geführt hat. Auf Seiten der Vereinigten Staaten wiegen die Vorbehalte gegen die überkommene Entscheidungsstruktur der NATO besonders schwer, weil es sich hierbei um ein von den USA geschaffenes Bündnis handelt, dessen Mitglieder offensichtlich Mitsprache und Rechte einfordern; im Blick auf die Kriegsplanungen nach dem September 2001 galt es, diese Erfahrungen umzusetzen. Der globale Krieg gegen den Terror veranlaßt die Vereinigten Staaten, mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten, da sie nicht überall weltweit militärisch präsent sind. Um ungehindert agieren zu können, möchten die USA die zwischenstaatlichen Abkommen so gestalten,

daß ein »Partner« keine wirkliche Mitsprache hat. Bei Staaten wie Pakistan und Usbekistan, ohnehin wirtschaftlich schwach, konnte das Wohlwollen der Regierungen mit dem Scheckbuch gekauft werden. Aber selbst sie nahmen Einschränkungen vor. Rußland, ein weiterer wichtiger Partner, sagte seine Kooperation zu. Die Aufkündigung des ABM-Vertrages gegen den Willen der russischen Regierung verdeutlicht, daß in Washington offenbar der Zweck die Mittel heiligt. Hierunter fällt auch der Wortbruch gegenüber Moskau, was Zentralasien angeht. Mit der Zusage, die Stationierung von US-Truppen in den früheren Sowjetrepubliken sei zeitlich begrenzt und stehe im Zusammenhang mit dem Afghanistankrieg, konnte Washington das russische Wohlwollen erwirken. Daß mittlerweile die US-Militärpräsenz dort auf Dauer angelegt ist, verstößt gegen solche Absprachen. Was von Freundschaftsbeteuerungen eines US-Präsidenten zu halten ist, erfuhr der russische Amtskollege auch: Der von den USA veranlaßte Beitritt der baltischen Staaten zur NATO schnürt das geopolitische Glacis Rußlands weiter ein. Die Bereitschaft der US-Regierung, Rußland als beratendes Mitglied in die NATO aufzunehmen, mindert die strategische Bedrohung keineswegs: Denn die NATO steht vor einem Bedeutungsverlust, und zwar vor allem deshalb, weil erkennbar wird, daß die Vereinigten Staaten bei der Wahrnehmung ihrer Machtpolitik in dieser Koalition zunehmend einen Erfüllungselben und keinen Partner mehr sehen.

Die wiederholten Äußerungen des US-Präsidenten, es gehe um die Sicherung US-amerikanischer Interesse und die Festigung der US-amerikanischen Lebensweise, bedeuten nichts anderes als politische Selbsterherrlichkeit, was taktische Vereinbarungen nicht ausschließt. Eine solche »Politik der freien Hand« ist nicht ohne Risiken, denn das Hantieren mit dem »Big Stick« konfrontiert die Vereinigten Staaten mit gewachsenen Machtstrukturen und geopolitischen Verhältnissen, die sie, wie beispielsweise auf dem indischen Subkontinent, über den Tag hinaus nicht steuern können. »Glaubwürdigkeit« der Demonstration von Macht ist der Schlüsselbegriff im weltpolitischen Agieren Washingtons. Die Fortsetzung eines militärisch hoffnungslosen Krieges in Vietnam wurde hiermit begründet ebenso die Interventionspolitik in Zentralamerika in den Achtzigern. Kaum war Afghanistan



### Europa im Kielwasser neuer US-Strategien

Das bisherige Unvermögen der internationalen Koalition gegen den Terror unter amerikanischer Führung, den terroristischen Untergrund in Afghanistan und Pakistan mit den eingesetzten militärischen Mitteln auszuheben, verbindet sich mit der in Washington vorherrschenden Erwartung neuer grosser Anschläge – auch mit Massenvernichtungsmitteln – zu einer sich aufladenden Spannung in der allianzinternen Debatte über die Mittel der gemeinsamen Verteidigung in einer unübersichtlichen risikoreichen Sicherheitslage. [...]

Der von Verteidigungsminister Rumsfeld dem Präsidenten vorgeschlagene Übergang zu einer international weit ausgreifenden Vorwärtsverteidigung Nordamerikas durch vorbeugende Eingriffe in und Angriffe auf andere Länder, von denen eine Bedrohung Nordamerikas ausgehen könnte, verbindet sich in den Vorschlägen zur neuen Rüstungs- und Streitkräfteplanung der Bush-Administration mit einer Rückkehr zum Einsatz von Nuklearwaffen für operative Zwecke gegen andere Länder auch ohne einen vorherigen Angriff auf die USA oder US-Streitkräfte und Verbündete in Übersee. Zu diesem Zweck soll eine »Miniaturisierung« von Kernwaffen flexible Optionen für »Präventions«-Angriffe gegen verbunkerte Lager von Massenvernichtungsmitteln, Raketensilos und andere unterirdische Anlagen schaffen. Amerikanische Streitkräfte sollen mit modernen nuklearen und konventionellen »offensive strike systems«, das heisst flexibel nuklear oder konventionell einsetzbaren beweglichen Waffensystemen, ausgerüstet werden. [...]

Die Stichworte, die seit Jahresbeginn in Washington im Umlauf sind, »preemptive prevention«, also vorbeugende Angriffe auf ausgewählte strategische Ziele in anderen Ländern, »offensive strike systems«, also Waffensysteme, mit denen solche Angriffe ausgeführt werden können, »preemptive defense« und »offensive defense«, weisen sämtlich in dieselbe gedankliche Richtung: die vorbedachte Drohung der USA mit nuklearen wie mit konventionellen Schlägen (»offensive strikes«) gegen ABC-Waffen-Potenziale und andere Angriffsmittel anderer Länder, von denen eine Bedrohung gegen die USA ausgehen könnte.

Weit ausgreifende, global angelegte und vorbeugende Vorwärtsver-

teidigung über Ozeane und Kontinente hinweg würde Nordamerika nicht nur zum zentralen Schutzgebiet haben, sondern auch Europa wie Südamerika und Australien, Japan und Korea, Taiwan und Südostasien jenseits der von der amerikanischen See- und Luftmacht beherrschten Ozeane zu vorgeschobenen Positionen gegenüber unsicheren oder bedrohlichen Ländergruppen machen, von denen eine Aggression ausgehen könnte. Damit wäre eine permanente Interventionslage international gegeben, und der Friedenszustand würde erheblich relativiert als Reaktion auf eine latente, aber permanent wirksame und wechselnde Terrorbedrohung. Es liegt auf der Hand, dass kein europäischer oder asiatischer Verbündeter ein solches globales Katz-und-Maus-Spiel, noch dazu mit »vorbeugenden Angriffen« über internationale Grenzen hinweg, ohne Vorbehalte unterstützen würde.

*Lothar Rühl, Europa im Kielwasser neuer US-Strategien, Neue Zürcher Zeitung, 15. August 2002*

besetzt, gingen die USA daran, den massiven Krieg gegen den Irak einzuleiten. Um »glaubwürdig« zu bleiben, sind danach weitere Kriegsziele anzustreben. In Afghanistan ist es den USA nicht gelungen, stabile Verhältnisse aufzubauen; sie werden dort mit einem Guerillakrieg konfrontiert. Immer wieder hat Washington lokale Stellvertreterregimes instrumentalisiert, die ihre eigene Agenda haben, mit dem Resultat, daß große Bevölkerungsgruppen, von der Teilhabe an der Macht ausgeschlossen, auf Gewalt setzen, auch gegen die in ihren Augen fremden »Protektoren«. Im Irak zeichnet sich im US-amerikanischen Vorgehen ein ähnliches Muster ab. Eine Macht wie die USA, die in der Vergangenheit keine tragfähigen Gestaltungskonzepte im Nahen Osten zuwege brachte, wird auch im irakischen Territorium außer militärischen Lösungen nichts Dauerhaftes anbieten können:

»Die Regierung verfügt über keine in sich geschlossene Außenpolitik. Sie ist verwirrt und während der Kreuzzug gegen den Terrorismus politisch momentan sehr populär ist,... bleibt die eigentliche Frage, ob der Aufbruch auch nur annähernd eines der außenpolitischen Probleme löst... Die islamische

Welt ist zunehmend polarisiert – genauso wie es bin Laden beabsichtigte. Das unvermeidliche Erbe eines halben Jahrhunderts von US-Politik und Abenteuern im Nahen Osten wendet sich gegen die Vereinigten Staaten und stürzt sie in eine Krise. Sie sind unfähig, die Gegner zu bestrafen, ohne einen stetig steigenden Preis zu Hause dafür zu bezahlen. Die Ereignisse des 11. September und danach belegen es« (Gabriel Kolko, *Another century of war*, S. 136f).

In manchen Diskursen wird die aktuelle Rolle der Vereinigten Staaten mit derjenigen des Römischen Reiches verglichen. Die Analogie ist in einer, sicherlich nicht unwesentlichen Hinsicht zutreffend: Wie damals Rom glaubt heute auch Washington, daß militärische Stärke eine Projektion moralischen Rechts einschließe. Damit wird Widerständigkeit bei denjenigen gefördert, die sich ausgeschlossen fühlen – damals Barbaren, heute die Völker der Dritten Welt.

Unter dem Vorwand, das westliche System zu verteidigen, bauen die Vereinigten Staaten auch ihre weltwirtschaftlichen Interessen aus. Um ihr ökonomisches Modell abzusichern, sind sie gezwungen, dem Rest der Welt ihre Konditionen zu diktieren: Wie kein anderer Staat profitieren sie von einem globalisierten Kapitalismus, den sie selbst maßgeblich etabliert haben. Mag für den politischen und militärischen Bereich auch gelten, daß die USA ohne Verbündete auskommen, so sind sie in wirtschaftlicher Hinsicht auf Kooperation angewiesen und das auf sehr subtile Weise.

Die Megamacht USA ist bei weitem nicht so »unilateral«, wie es die Regierung Bush vorgibt. Bei einer Nettoverschuldung gegenüber dem Ausland in einer Größenordnung von fast drei Billionen Dollar und einer jährlichen Neuverschuldung von fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes, mit steigender Tendenz, sind die Vereinigten Staaten auf ausländische Gelder angewiesen. Die USA sind überschuldet, sie können ihren Finanzierungsbedarf nicht mehr aus eigenen Mitteln sicherstellen; die wirtschaftliche Leistungskraft ist international dürftig, was die chronisch defizitären Handelsbilanzen belegen. Washington ist vom »alten Europa«, wie unlängst der US-Verteidigungsminister die Kritiker an der Regierung Bush abfällig bezeichnete, und dessen Bereitschaft abhängig, weiterhin US-Schatzbriefe, Aktien

und Unternehmen zu kaufen. Dem politischen Unilateralismus steht also der ökonomische Multilateralismus entgegen; fraglich ist deshalb, ob der gegenwärtige außenpolitische Kurs auf Sicht so fortgesetzt werden kann. Indikatoren wie sukzessiv sinkende Börsenkurse und Wertverlust des Dollars gegenüber dem Euro deuten dies an.

Unterstellt, die anderen Industrienationen wären sich einig, Geldtransaktionen ohne Dollarbezug zu tätigen und ihre Dollarguthaben zu löschen, würden die Vereinigten Staaten ökonomisch kollabieren. Zwar ist dies wenig realistisch, jedoch bedeutet die Euro-Zone bereits jetzt, daß die Rolle des Dollars als Weltgeld reduziert wird, wahrscheinlich mit fortschreitender Tendenz. Im asiatischen Teil der Weltwirtschaft gibt es ebenfalls Bestrebungen, eine eigene Währungszone zu gründen. Ob diese von Japan oder China gestaltet wird, ist noch offen und abhängig davon, welches der beiden Länder zur regionalen Vormacht aufsteigt. In diese Entwicklungen kann Washington unmittelbar nicht eingreifen; stattdessen wird versucht, dem Rest der Welt die eigenen Standards aufzudrücken.

Das bezieht sich auf den Finanzsektor und die Kommunikationssparte, wo die USA noch einen technologischen Vorsprung halten. Die Blockade eines von allen übrigen Industriestaaten geforderten Regulationsmodells für sogenannte Steuerparadiese wird von Washington damit begründet, daß diese integrale Bestandteile der US-Wirtschaft und damit ein wichtiger Hort von Kapitalschöpfung seien. Mittlerweile sind alle in den USA tätigen ausländischen Banken gezwungen, US-Behörden über ihre Transaktionen zu unterrichten. Auf außenwirtschaftlicher Ebene haben die USA als das weltgrößte Importland einseitig Regeln erlassen; beispielsweise dürfen nur noch von solchen Häfen aus Waren in die USA verschifft werden, die diese Auflagen erfüllen. Dazu gehört auch, daß Personal der US-Zollbehörden die Warenabfertigung kontrolliert und bestimmt, ob die Ladung verschifft werden darf. Noch weiter geht das neue Modell der sogenannten Smart Border Initiative. Es handelt sich hierbei um eine juristische Formel, nach der US-Interessen auch im Ausland unter US-Rechtssprechung fallen.

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Bush-Regierung laufen auf eine militarisierte Polarisierung hinaus, wie Jean de Maillard (*United States:*

the dollar standard, *Le Monde Diplomatique*; English edition, Januar 2003) ausgeführt hat.

Die Hegemonie der Vereinigten Staaten befindet sich trotz aller gegenwärtigen Machtdemonstration seit rund dreißig Jahren im Niedergang. Ihre Vormachtstellung gründete sich auf einem dreifachen Vorteil: eine wirtschaftliche Überlegenheit über alle andere Staaten der Welt, die politische Führung in einer mächtigen internationalen Staatenkoalition und eine überragende militärische Potenz. Seit Ende der 1960er Jahre zeichnete sich ab, daß der ökonomische Aufstieg Westeuropas und Japans diese beiden Regionen den USA wirtschaftlich fast ebenbürtig werden ließ. Mit dem Rückgang der wirtschaftlichen Überlegenheit ging einher, daß die US-amerikanische Führung einer internationalen Staatenkoalition allmählich untergraben und schließlich maßgeblich geschwächt wurde – ironischerweise durch den Zusammenbruch der Sowjetunion, weil dieser in Westeuropa und Japan das Gefühl schwinden ließ, man sei auf ewig von den USA politisch abhängig. Das einzige, was unbestritten übrig blieb, ist die gewaltige militärische Überlegenheit, jedoch gepaart mit strategischen Schwächen.

**Binnenwirkungen.** Im gängigen Diskurs zur ›Megamacht USA‹ fehlen weitgehend Bezugnahmen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten selbst. Das mutet seltsam an, gerade weil in einer Demokratie Regierungen und Parlamente vom Volk gewählt werden und Wahlen daher Einfluß nehmen auf den Kurs der Politik.

Ernst genommen müßte »Megamacht« heißen, daß auch die materielle Position der US-amerikanischen Bürger und Bürgerinnen diejenige aller anderen Gesellschaften so überragen würde wie beim Militärwesen. Tatsächlich ist jedoch die Lage der lohnabhängigen US-Bevölkerung wesentlich schlechter als in vergleichbaren europäischen Staaten. Das war nicht immer so, denkt man an die Verhältnisse in den 1950er Jahren. Offenbar hat sich im weiteren Verlauf der Geschichte die US-amerikanische Weltmacht für die Bürger im eigenen Lande nicht ausgezahlt. Außenpolitik, sagt man, ist der verlängerte Arm von Innenpolitik. Es muß also gesellschaftliche Kräfte geben,

die von einer solchen Politik profitieren und diese mehrheitsfähig gestalten, auch wenn der Durchschnittsbürger sozial gesehen zu den Opfern der Weltmachtambitionen zählt. Ein knapper historischer Rückblick mag da hilfreich sein:

In welche Richtung die zukünftigen Vereinigten Staaten gehen würden, wurde bei der Mobilisierung des Widerstandes gegen die damalige Kolonialmacht England deutlich: Es ging nicht um einen anti-kolonialen Befreiungskampf, sondern um die Überwindung der Kolonialherrschaft im Interesse der besitzenden Klassen. So wurde den arbeitslosen Handwerkern erzählt, daß ihre Problemlage der übermächtigen englischen Konkurrenz zuzuschreiben sei. Abhilfe hiergegen wurde versprochen auch durch die Öffnung der Grenzregionen jenseits der Appalachen. Diese Art der Mobilisierung zielte auch auf verarmte Bauern und Pächter ab.

Bezeichnend hierbei ist – und Künftiges vorwegnehmend –, daß die Herren Washington und Jefferson sich die Rechtstitel auf die noch zu erschließenden Gebiete gesichert hatten. Im Ergebnis ließen sich die Massen für die politischen Ziele gewinnen – und sie bezahlten dann einen ökonomischen Preis an die neuen Machthaber, die ihrerseits den eigenen wirtschaftlichen Zugewinn erfolgreich mit Formeln von Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung verquickten.

Dieses Muster setzt sich bis in die Gegenwart hinein fort. Wenn Bush Junior lauthals verkündet, daß die US-Bürger gerade jetzt mehr konsumieren müssten, um die Wirtschaftskrise zu überwinden, ist das schon skandalös genug. Aber ebenso bedenklich ist das Stillschweigen, mit dem ein solches Ansinnen von den meinungsbildenden Medien geschluckt wird.

Der Industrialisierungsprozeß in den USA und die Herausbildung des ›Corporate America‹ konnten gegen sporadischen, meist regional begrenzten Widerstand erfolgreich durchgezogen werden und sie wurden in knapp 100 Jahren abgeschlossen. Seit Ende des 19. Jahrhunderts werden die wirtschaftlichen Geschehnisse der Vereinigten Staaten von einer Gruppe von Konzernen und Banken gesteuert.

Zwar hat es im weiteren Fortgang des US-Kapitalismus Veränderungen gegeben wie etwa das Erstarken des Westküstenkapitals, das Entstehen neu-

er Finanzgruppen seit der Deregulation 1973; aber die Machtregeln haben sich nicht verändert.

Die Machtkonzentration in den USA ist beeindruckend und für Kapitalvertreter anderswo faszinierend, besonders weil es weitgehend gelang, die Arbeiterschaft als organisierte gesellschaftliche Gruppe vom Prozeß der Willensbildung auszuschalten.

Das verdeutlicht sich u.a. daran, daß das US-Politiksystem flexibel genug war und ist, um nötigenfalls den Staat zu aktivieren, wenn es galt, Akkumulationsstockungen zu überwinden. Die Lehre der Großen Depression in den Vereinigten Staaten besteht darin, den Staat als (zinslosen) Kapitalgeber fest ins wirtschaftliche Kalkül einzubinden. Dieses Modell hat bis in die Gegenwart hinein Bestand: Die Krone des Ganzen ist der Dollar-Wallstreet-Komplex, also die Indienstnahme des Staates auf allen Funktionsebenen für die weltweiten Interessen des Finanz- und Bankenwesens.

Der Prozeß des industriellen Umbaus begünstigte die Wirtschaftselite. Besaß sie Ende der 1970er 13% des Volksvermögens der USA, so waren es 1995 bereits 38,5%. Eine solche Umverteilung des Vermögens in so kurzer Zeit hat es vorher in der Geschichte des Kapitalismus weder in den Vereinigten Staaten noch in den übrigen Industriestaaten gegeben. Dies also war das amerikanische Wirtschaftswunder der neunziger Jahre.

Die Lohnabhängigen zählen zu den Verlierern der US-Weltmachtspolitik, woran auch der zurückliegende Boom nichts änderte:

Der durchschnittliche Reallohn eines Arbeiters sank in den neunziger Jahren um fast 7 Prozent, und das setzt sich gegenwärtig fort mit steigender Tendenz. Das Familieneinkommen eines durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushaltes (berufstätige Eltern mit zwei Kindern) stagnierte oder sank.

Der amerikanische Arbeitnehmer arbeitet heute im Tagesdurchschnitt länger bei einem niedrigeren Stundenlohn als 1989. Denn sinkende Reallöhne veranlaßten die meisten ArbeitnehmerInnen, mehr zu arbeiten, um auf diese Weise die finanziellen Grundlagen der Familie zu sichern. Im Jahresdurchschnitt stieg das aushäusige Arbeitsdeputat um sechs Wochen auf mehr als 3700 Stunden pro Familie. Diese Zunahme um fast 4 Prozent bewirkte eine Einkommensverbesserung von lediglich 1,1 Prozent im Zeitraum 1989-96.

Im internationalen Vergleich arbeitet der durchschnittliche US-Fabrikarbeiter nach Angaben der ILO 2000 Stunden im Jahr, also 2 Wochen mehr als sein japanischer Kollege und sogar 10 Wochen mehr als ein deutscher Arbeiter.

Ursächlich für diese negative Entwicklung sind der Mitgliederrückgang der Gewerkschaften und der hiermit einhergehende Verlust ihrer Verhandlungsstärke (bargaining power) bei Lohnabschlüssen. Geschwächte Gewerkschaften konnten nicht verhindern, daß der Mindestlohn gesenkt wurde.

Die Abnahme von Arbeitsplätzen in der verarbeitenden Industrie sowie die Zunahme an Jobs im Niedriglohnbereich des Dienstleistungssektors sind weitere Ursachen. Schließlich nahm die Zahl der sogenannten ›nicht standardisierten Arbeitsplätze‹ sprunghaft zu; gemeint sind damit Zeit- und Teilzeitarbeit.

Auch in Zeiten der Hochkonjunktur wurden pro Jahr über 11 Prozent der Arbeitskräfte entlassen – eine Quote, die nahezu doppelt so hoch ist wie in der letzten Rezession Ende der Achtziger. Die neuen Arbeitsplätze bieten in der Regel Löhne an, die im Durchschnitt um 13 Prozent niedriger sind als die früheren. Bei mehr als einem Viertel der neuen Arbeitsplätze entfallen die Zahlungen der Arbeitgeber in die sogenannte employer health care (berufsständische Krankenkassen). Zu weit über einem Drittel arbeiten amerikanische Arbeitnehmer jetzt in Teilzeitjobs, wo früher feste Arbeitsplätze bestanden. Der Anteil der Arbeiter in abgesicherten Arbeitsverhältnissen ging zwischen 1979 und 1996 von 41 Prozent auf 35,4 Prozent zurück. Hiervon waren vor allem männliche Arbeiter betroffen: Ende der Siebziger stand jeder zweite in einem festen Arbeitsverhältnis; gegenwärtig sind es nur noch 40 Prozent. Kein Wunder also, daß die Zahl derjenigen weiter zunimmt, die um ihre Arbeitsplätze fürchten.

Besonders schlecht ist die Situation junger Arbeiter. Eine Befragung von Arbeitnehmern unter 35 Jahren im Auftrag des Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO (Litte Trust: A Study of Young Workers and Their Ups and Downs in the New Economy, by Peter D. Hart Associates) führte zu folgenden Ergebnissen: Erstens sind nur 43 Prozent (gegenüber 60 Prozent der älteren Arbeiter) rentenversichert; zweitens haben 73 Prozent keinen College-Abschluß. Nur gut ein Drittel dieser Gruppe verdient mehr als \$ 20.000 im

Jahr. Drittens mußte zwischen 1970 und 1995 die Gruppe der jungen Arbeiter, oft als vergessene Mehrheit bezeichnet, Reallohnkürzungen in der Größenordnung von 29 Prozent hinnehmen.

Die Zunahme von Niedriglohnarbeitsplätzen vor allem im Dienstleistungsgewerbe ist der wesentliche Grund für den Anstieg der sogenannten working poor: hierunter fallen mehr als 35 Millionen Amerikaner (13,3 Prozent der Bevölkerung).

Ende der neunziger Jahre lebten ein Drittel aller African-American Haushalte, knapp dreißig Prozent aller aus Mittelamerika und der Karibik stammenden Haushalte, aber nur neun Prozent der weißen Haushalte in Armut.

Für einen Durchschnittsbürger hat sich die Zugehörigkeit zur Megamacht USA auf Dauer nicht ausgezahlt: Zwischen 1949 und 1959 stieg das durchschnittliche Familieneinkommen in den USA um 37%; in den Sechzigern um 41%, im folgenden Jahrzehnt um 6,8 %. Über 90 Prozent des Zuwachses nach 1979 wurden von den reichsten 20% vereinnahmt. Männliche High School Absolventen im Dienstleistungsbereich erlebten eine Lohnsenkung von \$34.000 (1979) auf 26.500 im Jahr 1996; im verarbeitenden Gewerbe sank der Lohn im gleichen Zeitraum von 37.500 auf 29.500.

Diese Angaben skizzieren die Verhältnisse unter dem Boom der US-Wirtschaft – und der ist inzwischen zu Ende gegangen. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hat sich die Lage der lohnabhängigen Bevölkerung dramatisch verschlechtert. Über drei Millionen Arbeitsplätze wurden vernichtet, ohne daß es anderswo Ersatz gäbe, und Arbeitslosengeld gibt es nur für einen begrenzten Zeitraum. An deutschen Kriterien gemessen, liegt die Arbeitslosenrate weit oberhalb von 10 Prozent.

Zur aktuellen Lage der US-Wirtschaft bemerkte Präsident Bush in einer Rede an der Universität Alabama am 15. Juli 2002: »Wir müssen den Kater loswerden, der unweigerlich auf das ökonomische Gelage der Vergangenheit folgt«. Ersetzt man Gelage durch Spekulationsorgie, kommt man der Wahrheit ein ganzes Stück näher. Fraglich ist allerdings, ob es sich hierbei nur um einen Kater handelt oder möglicherweise doch um eine sehr ernste Krankheit, eine tiefe Krise.

Der Spekulationscharakter wird besonders daran deutlich, daß seit 1997

der Anteil der Unternehmensgewinne am Bruttoinlandsprodukt kontinuierlich gesunken ist, während gleichzeitig die von den Unternehmensvorständen der Öffentlichkeit präsentierten Gewinnzunahmen stärker stiegen als das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Jetzt erst wird bekannt, wie dieser Widerspruch zustandekam – durch Bilanzfälschungen und Buchhaltungstricks. Die Aktienmärkte zeigten sich von den Krisenanzeichen zunächst unbeeindruckt; die Kurse stiegen; das für die Finanzierung der US-Wirtschaft dringend benötigte ausländische Kapital strömte ins Land. Bei rückläufiger Konjunktur Mitte 2001 begannen aber die Kurse zu bröckeln. Die hochgelobten Unternehmen der New Economy erfüllten die in sie gesetzten Erwartungen nicht. Die anfänglich milde Rezession schlug in eine massive Krise um.

Die Entwicklung der Aktienkurse ist ein Indikator für die wirtschaftliche Lage. Der Dow-Jones-Index, das Kursbarometer der größten Unternehmen, ist für eine umfassende Betrachtung nicht so geeignet wie der Wilshire 5000 Index, der sämtliche Kapitalgesellschaften in den USA enthält. Im März 2000 stand dieser Index bei knapp 15.000 Punkten und ist seitdem ständig gesunken auf etwas über 8.000 Punkte Mitte 2002. Das entspricht einer Wertvernichtung von ca. 7 Billionen Dollar. Im gleichen Zeitraum sind mehr als 1.000 Kapitalgesellschaften bankrott gegangen.

Das Desaster in der US-Wirtschaft fällt zusammen mit einer Reihe von Wirtschaftsskandalen, in die auch der Präsident selbst unmittelbar verwickelt ist. Die Vorzeigeunternehmen der US-Industrie, die Sterne am Börsenhimmel wie Enron, Tyco, WorldCom, Xerox, die Ikonen der Wall Street wie Merrill Lynch versanken in einem Morast von Gier, Korruption und Betrug: Bilanzfälschungen größten Stils, Plünderung des Firmenvermögens durch gierige Vorstände, Griff nach den betrieblichen Pensionskassen und Betrug der privaten Anleger durch wissentlich falsche Informationen über die Lage der Unternehmen. Vor diesem Hintergrund erscheint nun auch der Wirtschaftsboom der neunziger Jahre als ein einziger Schwindel.

Als dann auch noch bekannt wurde, daß der heutige Präsident selbst an diesem Bereicherungsrad gedreht hat, sank das Vertrauen in den Amtsinhaber: Bush hat an Insidergeschäften in den frühen neunziger Jahren kräftig



verdient und die Aufsichtsbehörden nicht informiert; dies wird von ihm auch zugegeben. Sein Vizepräsident Cheney hat ähnliches vorzuweisen. Die erzkonservative Judicial Watch, die damals die richterlichen Ermittlungen gegen Präsident Clinton betrieben hatte (Lewinsky Affäre), hat ein Verfahren gegen den Vizepräsidenten beantragt (<http://www.judicialwatch.org/2151.shtml>), ein Indiz für den schwindenden Rückhalt der Bush-Regierung bei der Stammwählerschaft und auch bei der lohnabhängigen Bevölkerung.

Die private Vorsorge in den USA beruht normalerweise auf einer Erfolgsbeteiligung der Arbeitnehmer an der Firma des Arbeitgebers, die der Staat subventioniert. Der Beschäftigte kann bis zu 10.000 Dollar im Jahr einkommenssteuerfrei für die Altersvorsorge zurücklegen. Zu jedem angesparten Dollar zahlt das Unternehmen normalerweise 50 Cent dazu. Nach Angaben des Deutschen Instituts für Altersvorsorge - DIA - besitzen mehr als 50 Millionen Amerikaner solche Sparpläne. Üblich ist, daß die Unternehmen ihren Anteil in Form von eigenen Aktien geben, weil das billiger ist und Steuern spart. Ist das Unternehmen von Konkurs bedroht, stehen nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die Altersvorsorge auf dem Spiel. Dies hat mittlerweile dramatische Züge angenommen:

Die US Pension Benefit Guaranty Corporation [PBGC] ist die Rückversicherung für die betriebliche Altersversorgung. Jedes Unternehmen bezahlt pro Jahr und Mitarbeiter 19 Dollar; falls das Unternehmen den Rentenverpflichtungen nicht nachkommen kann, sichert PBGC die Zahlungen. In der Vergangenheit verfügte der Rückversicherer über ein großes Finanzpolster. Im Jahr 2002 wurde er zahlungsunfähig. Die Unternehmen sind nicht nur mit ihren Zahlungsverpflichtungen im Rückstand, schlimmer noch, die unternehmenseigenen Rentenrückstellungen sind defizitär, d.h. die Unternehmensleitungen haben die gesetzlich vorgeschriebenen Zahlungen nicht getätigt. Die Renten von 650.000 Arbeiter und Angestellten sind gefährdet. Die Finanzierungslücke wird auf knapp 300 Milliarden Dollar geschätzt. Es ist anzunehmen, daß sie sich in naher Zukunft weitet, wenn die insolventen Unternehmen US Airways, United Airlines und Kmart in Konkurs gehen. Die Regierung Bush weigert sich, dem Rückversicherer finanziell beizustehen. Dessen Zusammenbruch ist daher vorgezeichnet.

Die vom US-Finanzministerium Anfang 2003 beschlossene Umstellung der betrieblichen Altersversorgung wirkt sich zum Nachteil für die Beschäftigten aus. Nach dem bisherigen Modell errechnete sich die Höhe der Rente aus den jährlichen Einkommen und den Arbeitsjahren. Die Jahre mit den höchsten Einkommen wurden besonders gewichtet. Nach dem neuen Modell, Cash Balance Pension Plan genannt, wird die Rente nach dem Durchschnittsverdienst plus Arbeitsjahre ermittelt. Sie fällt niedriger aus als unter dem alten Modell. Die Gesetzesvorlage ermöglicht es den Unternehmen, auf das neue System umzustellen. Für Großunternehmen bedeutet dies Einsparungen im dreistelligen Millionenbereich.

In allen Umfragen hielt Anfang des Jahres 2003 nur noch ein Drittel der Befragten den Präsidenten für kompetent in wirtschaftlichen Fragen. Das Ansehen des Präsidenten insgesamt ist auf das Niveau vor dem 11. September 2001 gesunken; damals sprachen sich nur 47 Prozent für eine Wiederwahl aus. Ende Januar 2003 hatte für fast 60 Prozent der Befragten bei einer Umfrage des Wall Street Journal die Bekämpfung der Wirtschaftskrise Vorrang vor dem Krieg gegen den Irak.

Was ist auch von einem Präsidenten zu halten, der in seiner Rede zur Lage der Nation 2003 bilanzieren mußte, daß Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Drogenabhängigkeit zunehmen; daß mehr als 40 Millionen US-Bürger keine Krankenversicherung haben und daß die Zahl der Gefängnisinsassen so stark zugenommen hat, daß ein großer Teil der jüngeren Generation ohne Väter aufwächst. Zur Bekämpfung dieser sozialen Mißstände fiel Bush nichts anderes ein, als Steuersenkungen für die Reichen zu verkünden, um »die ungerechte Doppelbesteuerung von Dividenden aufzuheben«.

»Die wachsende Ungleichheit bei Einkommen und das Ausdünnen des sozialen Netzes sind Faktoren, die die Gesellschaft zerreißen können, sobald der Boom endet«, kommentierte Robert Levine in der International Herald Tribune bereits am 17. März 1999. Offenbar war diese Prognose nicht sehr weit weg von der Realität. Jedoch hat die Regierung Bush innergesellschaftlich durch den »Jahrhundertkrieg« für eine Weile großen Spielraum gewonnen. Berechtigte Ängste in der Bevölkerung vor terroristischen Gewalttaten werden ausgenutzt für den Schulteranschlag mit den Regierenden. Gedeckt

von »patriotischen« Appellen treibt die US-Regierung den Abbau öffentlicher sozialer Leistungen voran: Eine durchgreifende staatliche Hand suggeriert dem einfachen Bürger mehr Sicherheit, indem Strafgesetze verschärft und Wohlfahrts- und Sozialprogramme eingestampft werden. Gemäß der herrschenden Ideologie sind Privatunternehmen effizienter bei der Verwirklichung dieser Ziele als der Staat. Und schließlich bedient die Sicherheits-hysterie den unterschweligen Rassismus in der US-Gesellschaft in zweifacher Weise: Die ethnischen Minderheiten sind überproportional von Strafverfolgung betroffen. Beispielsweise sind in den Bundesstaaten Illinois und New York, die für ihr öffentlich gefördertes Bildungswesen bekannt sind, mehr African-American-Jugendliche im Knast als in weiterführenden Bildungseinrichtungen; die neue Gefängnisindustrie bietet der weißen Bevölkerung sichere und saubere Arbeitsplätze, die normalerweise gewerkschaftlich gebunden sind, also ein closed shop im doppeldeutigen Sinne.

Die neuen Gesetze nach dem 11. September verschärften unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung diesen Trend. Die Einrichtung der Homeland Defense Behörde führt zu einschneidenden Beschränkungen bei bürgerlichen Rechten und bedeutet die Verankerung eines parallelen Rechtssystem, denn die Militärgerichtsbarkeit ist jetzt auf einige zivile Bereiche ausgedehnt worden. Da die rechtliche Definition dessen, was Terrorismus eigentlich ist, unpräzise bleibt, kann sie im Bedarfsfall erweitert werden, beispielsweise gegenüber ethnischen Minderheiten und sozialen Randgruppen. Daß dies offenbar von der Bevölkerung in den USA hingenommen wird, weist auf die gelungene Inszenierung eines neuen Feindbildes hin. Die gegenwärtige Mobilisierung im Gewande des Patriotismus richtet sich gegen die »Miliz« des Islams, was bei genauer Betrachtung kein Zufall ist: Historisch stieß die koloniale oder halbkoloniale Expansion des Westens in der islamischen Welt auf heftigen Widerstand, etwa in Algerien, Ägypten, Palästina und schließlich durch die iranische Revolution. Aber diese Region verfügt über den für die Weltwirtschaft lebenswichtigen Rohstoff Öl. Die Verteilungskämpfe zwischen den westlichen Ölkonzernen und den lokalen Eliten wurden von der US-Öffentlichkeit, wie die Ereignisse während des »Ölschocks« in den siebziger Jahren zeigten, nicht als wirtschaftsübliche

Vorgänge ausgelegt, was sie tatsächlich waren, sondern als Bedrohung des Westens gedeutet.

Vor diesem Hintergrund stellen Bin Laden, Saddam Hussein, Kim Il-Jung etc. im Prinzip austauschbare Medien dar, die sich vorzüglich für einen Kollateraleffekt mit erheblicher Reichweite nutzen lassen. Genau das beinhaltete die politische Botschaft des US-Präsidenten, als er den Kampf gegen die terroristische Bedrohung von vornherein als langfristige Aufgabe definierte. Das skizzierte Modell der Herrschaftsabsicherung bedarf zu seiner Festigung einer hinreichenden Zeit der Gewöhnung der Gesellschaft an die neuen Verhältnisse und deren Einübung. Im Herrschaftsdenken ist eine Rückkehr zu den liberalen Zuständen wohl nicht vorgesehen, denn das Anti-Terrorprogramm sieht im Bedarfsfall Ausdehnung und Intensivierung vor, die – mit Verweis auf die Bedrohlichkeit des Terrorismus – hinter verschlossenen Türen in den engen Machtzirkeln, nicht aber in der parlamentarischen Öffentlichkeit beschlossen werden. Letzter Schritt in diese Richtung ist die von Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2003 verkündete Einrichtung eines »Nationalen Zentrums zur Bekämpfung terroristischer Bedrohungen« (»Terrorist Threat Integration Center«). Die neue Behörde soll Funktionen der CIA, des FBI, des Pentagon und des jüngst geschaffenen Ministeriums für Heimatschutz vereinen. Mit der Schaffung dieser neuen Super-Spionage-Agentur würde der verfassungsmäßig garantierte Schutz der Einwohner und Bürger Amerikas vor staatlicher Bespitzelung hinfällig. Es zeichnet sich ab, daß Demokratie als gesellschaftliches Gestaltungselement zum weiteren Opfer der globalen US-Machtpolitik wird.

Im Namen der Internationalen Arbeiterassoziation beglückwünschte Karl Marx im Jahr 1864 Abraham Lincoln zu dessen Wiederwahl. Er betonte in seinem Schreiben, daß die Vereinigten Staaten ein demokratisches Vorbildland seien; der US-Präsident ließ Marx durch seinen Botschafter in London mitteilen, daß die Regierung bemüht sei, »allen Staaten und allen Menschen gleiches Recht zu geben... Nationen existieren nicht um ihrer selbst willen, sondern um Wohlfahrt und Glück der Menschheit zu fördern durch vorbildhafte Interaktionen«.

Tempora mutantur...

## Literatur

## Abkürzungen

AAW	Al-Ahram Weekly	LMD	Le Monde diplomatique
AT	Asia Times Online	LMDe	Le Monde diplomatique (English edition)
CAQ	Covert Action Quarterly	LRB	London Review of Books
CSM	The Christian Science Monitor	NLR	New Left Review
EPW	Economic and Political Weekly	NYT	New York Times
EuW	Eurasia Week	NZZ	Neue Zürcher Zeitung
FP	Foreign Policy	SZ	Süddeutsche Zeitung
FPIF	Foreign Policy in Focus	TBAS	The Bulletin of the Atomic Scientists
IHT	International Herald Tribune	TWP	The Washington Post
JFQ	Joint Forces Quarterly	TWSJ	The Wall Street Journal
LAT	Los Angeles Times	WBJ	World Policy Journal

## Einleitung

**Werner Biermann/Arno Klönne**, Ein Kreuzzug für die Zivilisation? Internationaler Terrorismus, Afghanistan und die Kriege der Zukunft, Köln 2002. **Noam Chomsky**, War against people. Menschenrechte und Schurkenstaaten, Hamburg 2001. **Rüdiger Göbel/Joachim Guilliard/Michael Schiffmann (Hg.)**, Der Irak – Ein belagertes Land, 3. Aufl. Köln 2002. **Karl Grobe-Hagel**, Krieg gegen Terror? Al Qaeda, Afghanistan und der Kreuzzug der USA, Karlsruhe 2002. **James H. Hatfield**, Das Bush-Imperium. Wie George W. Bush zum Präsidenten gemacht wurde, Bremen 2002. **Amy Holmes/David Salomon u.a. (Hg.)**, Imperial Djihad? Über Fundamentalismus, Schurkenstaaten und neue Kriege, Hamburg 2002. **Michael Moore**, Stupid White Men. Eine Abrechnung mit dem Amerika unter George W. Bush, München 2002. **Robert Kurz**, Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus, Bad Honnef 2002. **Ignacio Ramonet**, Kriege des 21. Jahrhunderts. Die Welt vor neuen Bedrohungen, Zürich 2002. **Malcolm Sylvers**, Die USA – Anatomie einer Weltmacht, Köln 2002. **Hans von Sponeck/Andreas Zumach**, Irak – Chronik eines gewollten Krieges. Wie die Weltöffentlichkeit manipuliert und das Völkerrecht gebrochen wird, Köln 2003. **Jürgen Wagner**, Das ewige Imperium. Die Außenpolitik der USA als Krisenfaktor, Hamburg 2002.

## Kapitel 1

**Thomas K. Adams**, ›Future Warfare and the Decline of Human Decisionmaking, *Parameters*, Nr. 4, Winter 2001-2. **Edward G. Anderson III**, ›U.S. Space Command:

Warfighters Supporting Warfighters in the 21<sup>st</sup> Century, *Military Review*, November-Dezember 2001. **AP**, ›Pentagon Tells Congress of Planning for Possible Use of Nuclear Weapons Against Countries That Threaten U.S., *Associated Press*, 2. März 2002. **William M. Arkin**, ›Smart bombs, *TBAS*, Mai/Juni 2000; ›The Emerging Nuclear Posture, *TWP*, 30. Juli 2001; ›An Indefensible Budget, *TWP*, 11. Februar 2002; ›Secret Plan Outlines the Unthinkable, *LAT*, 10. März 2002; ›Building a War: As Some Argue, Supply Lines Fill Up, *LAT*, 10. November 2002. **Chris Ayres**, ›US troops are losing battle of the bulge, *The Times*, 18. November 2002. A. D. Baker III, ›World Navies in Review, *Naval Institute Proceedings*, März 2001. **Roger W. Barnett**, ›Naval Power for a New American Century, *Naval War College Review*, Januar 2002. **Jake Bergman and Julia Reynolds**, ›How US Dealers Arm the World, *The Nation*, 2. Dezember 2002. **William Blum**, ›Anti-Terror or Empire Building?, *Counterpunch*, 28. Oktober 2002. **Edward T. Buckley Jr.**, u.a., ›Army After Next Technology: Forging Possibilities into Reality, *Military Review*, Mai-Juni 1998. Julian Borger, ›US weapons secrets exposed, *The Guardian*, 29. Oktober 2002. **Bulletin of the Atomic Scientists**, U.S. Strategic Nuclear Forces end of 1995, *TBAS*, März-April 2001; U.S. Nuclear Forces, 2002, *TBAS*, Mai-Juni 2002. **M. Elaine Bunn and Richard D. Sokol-sky**, ›The U.S. Strategic Posture Review: Issues for the New Administration, *Strategic Forum 177*. Institute for National Strategic Studies. National Defense University, Februar 2001. **Center for Defense Information**. 2001-2002 *Military Almanac*. Washington, 2001; A Risky Business: U.S. Arms Exports to Countries Where Terror Thrives. Washington, 29. November 2001; U.S. Foreign Military Training: A Shift in Focus. Washington, 8. April 2002; Operation Enduring Force. Chain of Command. Washington, 26. Juni 2002. Center for Strategic and International Studies, American Military Culture in the Twenty-First Century. CSIS Report, Washington, Februar 2000. **Michelle Ciarrocca**, ›A windfall for US Department of Defense, Inc., *AT*, 27. September 2002. **William S. Cohen**, Secretary of Defense. Annual Report to the President and the Congress - 2001. **Anthony H. Cordesman**, US and USCENTCOM Strategy and Plans for Regional Warfare. Center for Strategic and International Studies, Washington, April 1998; Globalization and US Military Planning, ebd., März 2000. **Michèle A. Flournoy, ed.**, *QDR 2001. Strategy-Driven Choices for America's Security*. Washington: National Defense University Press, 2001, passim. **Lenora Forerstel und Brian Willson**, United States War Crimes, Centre for Research on Globalisation (CRG), 26. Januar 2002. **William Greider**, *Fortress America. The American Military and the Consequences of Peace*. New York: PublicAffairs, 1998, passim. **William D. Hartung**, ›Military-Industrial Complex Revisited. How Weapons Makers are Shaping U.S. Foreign and Military Policies, *FPIF*. Special Report, November 1999; ›Eisenhower's Warning: The Military-Industrial Complex Forty Years Later, *WPJ*, Frühjahr 2001; ›The Arms Lobby, *The Nation*, Special Report, Juni 2002. **Jay E.**

**Hines**, ›The Evolution of U.S. Central Command‹, *Joint Forces Quarterly*, Frühjahr 2000. **Joint Chiefs of Staff**, 2002 Posture Statement, Washington 2002. **Igor Khripunov**, ›Last leg of the triad‹, *TBAS*, Juli-August 2000. **Michael Kidron**, ›A Permanent Arms Economy‹, *International Socialism*, Frühjahr 1967. **Thomas H. Killion**, ›Decisionmaking and the Levels of War‹, *Military Review*, November-Dezember 2000. **Michael T. Klare**, ›Endless Military Superiority‹, *The Nation*, 15. Juli 2002. **Andrian Kreye**, ›Der Feldzug der Popkrieger‹, *SZ*, 19./20. Oktober 2002. **Chris Kromm**, ›The South at War. A Tour Through the Heart of the US Military-Industrial Complex‹, *Counterpunch*, 20. Juni 2002. **Lora Lumpe**, ›U.S. Foreign Military Training: Global Reach, Global Power, and Oversight Issues‹, *FPIF*. Special Report, Mai 2002. **Wayne Madsen**, ›Chef Cheney: His cuisine will make you sick‹, *Online Journal*, 19. Dezember 2002. **Mark L. Montroll**, ›Maintaining the Technological Lead‹ in Hans Binnendijk, editor, *Transforming America's military*. Washington: National Defense University Press, 2002, S. 345-70. **Neue Zürcher Zeitung**, ›Afghanistan-Operation mit Friktionen?‹, 8. Juli 2002. **Christopher R. Papparone**, ›US Army decisionmaking: Past, present and the future‹, *Military Review*, Juli-August 2001. **Reuters**, ›U.S. General: Missile Defense System Five Years Away‹, *Reuters*, 19. November 2002. **Linda Robinson**, ›America's secret armies‹, *US News and World Report*, 4. November 2002. **James Rubin**, ›US boxed in by Bush's strike-first doctrine‹, *The Guardian*, 23. Oktober 2002. **Donald H. Rumsfeld**, Secretary of Defense. Annual Report to the President and the Congress - 2002. **Ken Silverstein**, *Private Warriors*. New York: Verso, 2000, S. 146; 227-58. **Markus Spillmann**, ›Schwere Vorwürfe an US-Streitkräfte‹, *NZZ am Sonntag*, 30. Juni 2002. **Jeffrey St. Clair**, ›Haywire: New Navy Fighters Flunk Bomb Tests‹, *Counterpunch*, 25. September 2002. **Peter Steinberger**, ›Klassen für sich‹, *SZ*, 10. Januar 2003. **Gordon R. Sullivan und Frederic J. Brown**, ›America's Army‹, *Military Review*, März-April 2002. **The Globe and Mail**, ›NATO attack on Yugoslavia gave Iraq good lessons‹, 20. November 2002. **The Nation**, ›Spending Ourselves to Death‹, 22. November 2002. **The President of the United States**, National Security Strategy of the United States of America. September 2002. **The United States Commission on National Security/21<sup>st</sup> Century**, Road Map for National Security: Imperative for Change. The Phase III Report of the U.S. Commission on National Security/21<sup>st</sup> Century, 15. Februar 2001; Creating Defense Excellence: Defense Addendum to Road Map for National Security, 15. Mai 2001. **United States Congress**. General Accounting Office, B-2 Bomber: Cost and Operational Issues, GAO/NSIAD-97-181, Washington, 14. August 1997. **United States Department of Commerce**. Bureau of Economic Analysis, Gross Domestic Product: Fourth Quarter 2002 (Advance), Washington, 30. Januar 2003. **United States Department of Defense**. Office of the Deputy Under Secretary of Defense. Base Structure Report (A Summary of DoD's Real Property Inventory). Fiscal Year 2001 Baseline; U.S. Coast Guard Fact File.

Washington, Oktober 2001; Washington Headquarters Service Active Duty Military Strength Report for April 30, 2002; Civilian Personnel Reports Summary. Washington, April 2002. **Barry E. Venable**, ›The Army and the Media‹, *Military Review*, Januar-Februar 2002. **Joachim Zepelin**, ›US-Geheimdienste foltern Gefangene bei Verhören in Afghanistan‹, *Financial Times Deutschland*, 27. Dezember 2002. **Anthony C. Zinni**, ›A Military for the 21<sup>st</sup> Century: Lessons from the Recent Past‹. *Strategic Forum 181*. Institute for National Strategic Studies. National Defense University, Juli 2001.

## Kapitel 2

**Agence France Press**, ›US set to keep base in Djibouti for several years: Rumsfeld‹, 11. Dezember 2002. **Ehsan Ahrari**, ›Muddles and modalities of the ›Bush Doctrine‹‹, *AT*, 6. Juni 2002. **Charles Aldinger**, ›Officials: U.S. to Begin Deploying Missile Defense‹, *Reuters*, 17. Dezember 2002. **William M. Arkin**, ›Another Rumsfeld Bomb‹, *TWP*, 14. Januar 2002; ›Secret Plan Outlines the Unthinkable‹, *LAT*, 10. März 2002. **Asia Times**, ›Bush's West Point address (Remarks by President George W Bush at the 2002 Graduation Exercise of the United States Military Academy, West Point, New York)‹, *AT*, 22. Juni 2002. **Peter Beaumont**, ›Now for the Bush Doctrine‹, *The Observer*, 22. September 2002. **Rahul Bedi**, ›US closes in on South Asia's ›strategic jewel‹‹, *AT*, 7. Januar 2003. **Walden Bello**, ›Afghanistan II or Mogadishu II: The Philippines ›Second Front‹‹, *The Nation*, März 2002. **Michael Birnbaum**, *Krisenherd Somalia. Das Land des Terrors und der Anarchie*. München: Heyne, 2002, S. 67-91. **James R. Blaker**, *United States Overseas Basing*. New York: Praeger, 1990, Table 1.2. **Alan Bock**, ›U.S. Wades Into More Imperial Outposts‹, *antiwar.com*, 14. Mai 2002. **Raymond Bonner und Jane Perlez**, ›White House Seeks to Resume Aiding Indonesia's Army‹, *NYT*, 6. Juni 2002. **Christopher J. Bowie**, *The Anti-Access Threat and Theater Air Bases*. Center for Strategic and Budgetary Assessments, Washington, 2002, S. 19 - 31. **Francis Boyle**, ›Bush Nuclear Policy Violates International Law, Again‹, *Counterpunch*, 14. März 2002. **Mark Bromley, David Grahame und Christine Kucia**, ›Washington's nuclear bunker busters‹, *The Observer*, 28. Juli 2002. **Gerd Brüggemann**, ›Neue nationale Sicherheitsstrategie der USA‹, *NZZ*, 21. September 2002; ›Die Bush-Doktrin setzt auf Prävention‹, *NZZ am Sonntag*, 22. September 2002. **Michael Byers**, ›Jumping the Gun‹, *LRB*, 25. Juli 2002. **Center for Defense Information**, *Reforging the Sword: Forces for a 21<sup>st</sup> Century Security Strategy*. Washington, September 2001. **Center for Strategic and International Studies**, Main Report on Homeland Defense and National Missile Defenses. Final Draft. Washington, 12. Dezember 2000; Homeland Defense: Coping with the Threat of Indirect, Covert, Terrorist, and Extremist Attacks with Weapons of Mass Destruction. Main Report. Final Draft. Washington, 14. Februar 2001. **Aziz Choudry**, ›Die philippinische Linke erneut un-



ter Beschluss», *ZNet*, 24. Oktober 2002. **Joseph Cirincione**, ›The Assault on Arms Control«, *TBAS*, Januar-Februar 2000. **Commission to Assess the Ballistic Missile Threat to the United States**, Report. Washington: Government Printing Office, 15. Juli 1998. **Carl Conetta**, ›The Pentagon's New Budget, New Strategy, and New War«, *Project on Defense Alternatives Briefing Report Nr. 12*, Commonwealth Institute, Cambridge, MA, 25. Juni 2002; ›The »New Warfare« and the New American Calculus of War«, *Project on Defense Alternatives Briefing Memo Nr. 26*, ebd., 30. September 2002. Carl Conetta and Charles Knight, ›Military Strategy Under Review«, *FPIF*, Januar 1999; ›A New US Military Strategy: Issues and Options«, *Project on Defense Alternatives Briefing Memo Nr. 20*, Commonwealth Institute, Cambridge, MA, 21. Mai 2001. **John T. Correll**, ›In Pursuit of a Strategy«, *Airforce Magazine*, 8, 84, August 2001. **Council on Foreign Relations**, Reshaping America's Defenses. By Lawrence J. Korb in collaboration with John Hillen. New York, Dezember 2001; The Next Phase in the U.S.-led War on Terrorism? Iraq. New York, Februar 2002. **Sally Convington**, ›How Conservative Philanthropies and Think Tanks Transform US Policy«, *CAQ*, Winter 1998. **Toby Dodge**, ›Iraq and the Bush doctrine«, *The Observer*, 24. März 2002. **Craig Eisendrath, Gerald E. Marsh, und Melvin A. Goodman**, Shield of Dreams. Why National Missile Defense Won't Work. Center for International Policy Report, Washington, Mai 2001. **Joseph E. Eash III**, ›Joint Vision 2010«, *JFQ*, Herbst/Winter 1999/2000. **Ivan Eland und Daniel Lee**, The Rogue State Doctrine and National Missile Defense, The Cato Institute, Washington, 29. März 2001. **Marc Erikson**, ›Preemption's the new buzz word«, *AT*, 22. Juni 2002. **Eurasia Insight**, ›US Air Base in Uzbekistan causes significant changes for local residents«, *EuW*, 21. November 2002. **Mark Fineman**, ›Arms Buildup Enriches Firm Staffed by Big Guns«, *LAT*, 10. Januar 2002. **Michèle A. Flournoy**, Hrsg., *QDR 2001 Strategy - Driven Choices for America's Security*. Washington: National Defense University Press, 2001, S. 3 - 24. **John Lewis Gaddis**, ›A Grand Strategy«, *FP*, November/Dezember 2002. **Bradley Graham**, ›Missile Defense Program Changes Course«, *TWP*, 5. August 2002. **Karl Grossman**, ›Star Wars: Protecting Globalization From Above«, *CorpWatch*, 18. Januar 2002. **Zoltan Grossman**, ›New US Military Bases«, *Counterpunch*, 2. Februar 2002. **Conn Hallinan**, ›Supporting Indonesia's Military Bad Idea Second Time Around«, *FPIF*, Juni 2002. **William D. Hartung**, ›Reagan Redux: The Enduring Myth of Star Wars«, *WPJ*, Herbst 1998. **Pamela Hess**, ›Eighth missile defense test fails«, *UPI*, 11. Dezember 2002. **David Ignatius**, ›The Read on Wolfowitz«, *TWP*, 17. Januar 2003. **Information Project For Africa**, Secret Planning Document Sees Expansion of U.S. Military Role Abroad, 1992. **John Isaacs**, ›National Missile Defense«, *TBAS*, März-April 2000. **Robert Kagan**, ›The Benevolent Empire«, *FP*, Sommer 1998. **Bill Keller**, ›The Sunshine Warrior«, *NYT Magazine*, 22. September 2002. **Paul Kennedy**, ›The Greatest Superpower Ever«, *New Perspectives Quarterly*, Winter 2002.

**Zalmay Khalilzad u.a.**, The United States and a Rising China: Strategic and Military Implications. Rand Report, MR-1082-AF, 1999. Gwyn Kirk u.a., ›Women and the U.S. Military in East Asia«, *FPIF*, Juli 2000. **Lawrence Korb**, A Realistic Defense Budget for the New Millennium. Business Leaders for Sensible Priorities, New York. **Stefan Kornelius**, ›Strategie der Ratlosigkeit«, *SZ*, 12. Dezember 2002. **Ninan Koshy**, ›New US Nuclear Doctrine«, *EPW*, 6. April 2002. **Hans M. Kristensen**, ›Preemptive posturing«, *TBAS*, September/ Oktober 2002. **Nicolas Lemann**, ›The Next World Order«, *New Yorker Magazine*, 1. April 2002. **John Lindsay-Poland und Nick Morgan**, ›Overseas Military Bases and Environment«, *FPIF*, Juni 1998. **Vernon Loeb**, ›Footsteps in the Steppes of Central Asia«, *TWP*, 9. Februar 2002. **Rahul Mahajan**, ›The State of the Union and the New Cold War«, *Counterpunch*, 31. Januar 2002. **Joseph Nye**, ›Why military power is no longer enough«, *The Observer*, 31. März 2002. **Michael P Noonan**, ›Remapping US defense policy«, *AT*, 21. Juni 2002. **Michael E. O' Henlon**, ›Beyond Missile Defense: Countering Terrorism and Weapons of Mass Destruction«. *Brookings Institute, Policy Brief Nr. 86*, August 2001. **Richard Owen**, ›Italians alarmed at discovery of huge US munitions base«, *The Times*, 14. Januar 2003. **Miriam Pemberton**, ›Human Rights Violators Benefit From U.S. Military Aid«, *FPIF*, Juni 2002. **James Petras**, The Imperial Counter Offensive: Contradictions, Challenges and Opportunities. Centre for Research on Globalisation, Toronto, 17. April 2002. **John Pilger**, ›Bali und der Imperialismus«, *ZNet*, 25. Oktober 2002. **Heribert Prantl**, ›Herrscher hier auf Erden«, *SZ*, 5./6. Oktober 2002. **Andrew Rawnsley**, ›How to deal with the American goliath«, *The Observer*, 24. Februar 2002. **Reuters**, ›U.S. General: Missile Defense System Five Years Away«, *Reuters*, 19. November 2002. **Paul Richter**, ›U.S. Works Up Plan for Using Nuclear Arms«, *LAT*, 9. März 2002; ›U.S., in Shift, Looks to Allies to Help in Development of a Missile Defense«, ebd., 29. Juni 2002. **Thomas E. Ricks und Vernon Loeb**, ›Bush Developing Military Policy Of Striking First«, *TWP*, 10. Juni 2002. **Stephen Peter Rosen**, ›The Future of War and the American Military«, *Harvard Review*, Mai-Juni 2002. **Ian Roxborough**, The Hart-Rudman Commission and the Homeland Defense. Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, September 2001. **C.T. Sandars**, *America's Overseas Garisons: The Leasehold Empire*. Oxford: Oxford University Press, 2000, S. 5. **Arthur Schlesinger, Jr.**, ›Unilateral Preventive War: Illegitimate And Immoral«, *LAT*, 21. August 2002. **Eric Schlosser**, *Fast Food Nation. What the all-american meal is doing to the world*. London: Penguin Books, 2002, passim. **Anthony Spaeth**, ›Rumbles in the Jungle«, *Asiaweek*, 3. April 2002. **Greg Speeter**, ›More Bucks for the Bang«, *CAQ*, Nr. 68, 1999. **Doug Struck**, ›Resentment Toward U.S. Troops Is Boiling Over in South Korea«, *TWP*, 9. Dezember 2002. **Paul Stuart**, Camp Bondsteel and America's plans to control Caspian oil. Centre for Research on Globalisation, 13. Mai 2002. **The Project for the New American Century**, Rebuilding America's Defenses. Stra-



tegy, Forces and Resources For a New Century. Washington, September 2000. **The Straits Times**, ›50,000 rally in Seoul for change in rules for US troops‹, 15. Dezember 2002. **John A. Tirpak**, ›The QDR Goes to War‹, *Air Force Magazine*, 84. 12. Dezember 2001. **Roland Watson**, ›Physicist blows whistle on US missile defence‹, *The Times*, 3. Januar 2003. **Bulent Yusuf**, ›Battle-tanks in the war of ideas‹, *The Observer*, 1. September 2002.

#### *United States of America*

104<sup>th</sup> Congress. The Commission To Assess the Ballistic Missile Threat to the United States. Report, Washington, 15. Juli 1998. 105<sup>th</sup> Congress. House Committee on Armed Services. National Security Report. Washington, September 2000; Defense Challenges 2001. Washington, Februar 2001. Department of Defense, Quadrennial Defense Review Report. Washington, 30. September 2001; Antiterrorism Standards. Washington, 14. Juni 2001; Base Structure Report. Fiscal Baseline 2001. Washington, ohne Datum; National Missile Defense Independent Review Team, Washington, 13. Juni 2000; National Missile Defense Review, Washington, 1999; Transforming Defense. National Security in the 21<sup>st</sup> Century Report of the National Defense Panel. Washington, December 1997. General Accounting Office, Homeland Security. Responsibility And Accountability For Achieving National Goals. Washington, 11. April 2002. Joint Chiefs of Staff, The National Security Strategy: Documenting Strategic Vision, Washington, 15. März 1995; The Principles of War in the 21<sup>st</sup> Century: Strategic Considerations, Washington, 1. August 1995; Joint Command and Control Doctrine Study, Washington, 1. Februar 1999; 2002 Posture Statement, Washington, April 2002; Joint Vision 2010. America's Military: Preparing for Tomorrow. Washington, ohne Datum. The White House, National Security Strategy of the United States. Washington, August 1991; A National Security Strategy of Engagement and Enlargement. Washington, Februar 1996; A National Security Strategy for A New Century. Washington, Mai 1997; A National Security Strategy for A New Century. Washington, December 1999; The National Security Strategy of the United States. Washington, September 2002; National Strategy to Combat Weapons of Mass Destruction. Washington, Dezember 2002. U.S. Commission on National Security/21<sup>st</sup> Century, New World Coming: American Security in the 21<sup>st</sup> Century. Major Themes and Implications. The Phase I Report on the Emerging Global Security Environment for the First Quarter of the 21<sup>st</sup> Century; New World Coming: American Security in the 21<sup>st</sup> Century Study Addendum. Washington, September 1999; Seeking a National Strategy: A Concert for Preserving Security and Promoting Freedom. Washington, April 2000; Road Map for National Security: Imperative for Change. Washington, Februar 2001; Creating Defense Excellence: Defense Addendum to Road Map for National Security. Washington, Mai 2001.

#### **Kapitel 3**

**Pierre Abramovic**, ›Opération Condor‹, cauchemar de l'Amérique latine, *LMD*, Mai 2001. **James Adams**, *Secret Armies*. London: Pen Books, 1988, S. 1-10. **Diane Alden**, ›Soldiers R Us: The Corporate Military‹, *SpinTech*, 12. September 1999. **William M. Arkin**, ›The Secret War‹, *LAT*, 27. Oktober 2002; ›The Military's New War of Words‹, *ebd.*, 24. November 2002. **James Astill**, ›Rwandans wage a war of plunder‹, *The Observer*, 4. August 2002. **Deborah Avant**, The Market for Force: Exploring the Privatization of Military Services, Council on Foreign Relations Report, New York: Council on Foreign Relations, 12. April 1999. **Brian Awehali**, ›New World Disorder‹, *LIP Magazine*, 18. November 2002. **Klaus Bachmann**, ›Immer wenn US-Boys Dienst hatten, kamen Waffen‹, *Frankfurter Rundschau*, 7. Juni 2002. **Antony Barnett und Paul Harris**, ›How a perfect English gent in a rural idyll profits from a bloody African war‹, *The Observer*, 24. November 2002. **Jeremy Bigwood**, ›DynCorp in Colombia: Outsourcing the Drug War‹, *CorpWatch*, 23. Mai 2001. **Robert Block**, ›U.S. Firms Seek Deals in Central Africa‹, *TWSJ*, 14. Oktober 1997. **William Blum**, ›Ronald Reagan's Legacy: Eight Years of CIA Covert Action‹, *CAQ*, Winter 1990/1. **Alan Bock**, ›Military Pork by the Barrel‹, *antiwar.com*, 6. Februar 2002. **Colette Braeckman**, ›Carve-Up in the Congo‹, *LMD*, Oct. 1999. **Fred Bridgland**, *Jonas Savimbi. A Key to Africa*. London: Mainstream Publishing, 1986, S. 380-9. **Dan Briody**, ›Carlyle's way‹, *Red Herring*, 8. Januar 2002. **Doug Brooks**, ›The dogs of peace‹, *Pittsburgh Gazette*, 7. März 1999; ›Write a cheque, end a war: Using private military companies to end African conflicts‹, *Conflict Trends*, Nr. 1, 2000; ›Hope for the ›Hopeless Continent‹: Mercenaries‹, *Traders: Journal for the Southern African Region*, Nr. 3, Juli/Okttober 2000; ›Why mercenaries matter in Africa‹, *Africa Analysis*, 23. März 2001. **Ana Carrigan**, ›Into the Abyss: The Paramilitary Political Objective‹, *Crimes of War*, August 2001. **Richard G. Catoire**, ›A CINC for Sub-Saharan Africa? Rethinking the Unified Command Plan‹, *Parameters*, Winter 2000-01. **Pratap Chatterjee**, ›Mercenary Armies and Mineral Wealth‹, *CAQ*, Fall 1997; ›Dick Cheney: Soldier of Fortune‹, *CorpWatch*, 2. Mai 2002. **Michel Chossudovsky**, ›Dismantling Yugoslavia; Colonizing Bosnia‹, *CAQ*, Spring 1996. **Michelle Ciarrocca**, ›A windfall for US Department of Defense, Inc.‹, *AT*, 27. September 2002. **Charles Cobb Jr.**, ›U.S. Troops Ordered to West Africa‹, *allAfrica.com*, 24. September 2002. **Alexander Cockburn**, **Jeffrey St. Clair**, *Whiteout. The CIA, Drugs and the Press*. London: Verso, 1998, passim. **Liam Craig-Best**, ›Death Squads Target Trade Unionists‹, *Columbia Report*, 22. Oktober 2000. **Mike Crawley**, ›With Mideast uncertainty, US turns to Africa for oil‹, *CSM*, 23. Mai 2002. **Sean Creehan**, ›Soldiers of Fortune 500: International mercenaries‹, *Harvard International Review*, Januar 2002. **Barbara Crossette**, ›Rwanda: Kagame Implicated‹, *NYT*, 24. März 2000. **Patrick J. Cullen**, ›Keeping the new dog of war on a tight leash: Assessing means of accountability for private military compa-

nies, *Conflict Trends*, 1, 2000. **John Dinges und Saul Landau**, *Assassination on Embassy Row*. New York: Pantheon, 1980, S. 251. **Uri Dowbenko**, ›Dirty Tricks, Inc. Part One: The DynCorp-government connection‹, *Online Journal*, März 2002; ›Part Two: DynCorp drug trafficking and cover-up?‹, *ibd.*, März 2002. **Lynne Duke**, ›U.S. Military Role in Rwanda Greater Than Disclosed‹, *TWP*, 16. August 1997; ›Africans Use Training in Unexpected Ways‹, *ibd.*, 14. Juli 1998. **André Dumoulin**, *La France Militaire et l'Afrique*. Paris: Éditions GRIP, 1997, S. 87. **Electronic Intelligence Weekly**, ›U.S. Congressional Subcommittee Eyes Angola Oil, Vol.1, No.16, 2002. **Gregory Elich**, ›Bringing Democracy to Bosnia-Herzegovina‹, *CAQ*, Nr. 69, 2000. **Tod Ensigh**, ›The Militia-Military Connection‹, *CAQ*, Summer 1995. **Comfort Ero**, ›Vigilantes, Civil defence forces and militia groups: The other side of the privatisation of security in Africa‹, *Conflict Trends*, 1, 2000. **Chris Floyd**, ›Jungle Fever. Bush's Bolivian Mercenaries‹, *Counterpunch*, 2. Juli 2002; ›The Pentagon Plan to Provoke Terrorist Attacks‹, *Counterpunch*, 1. November 2002. **Frederick Forsyth**, ›Send In The Mercenaries‹, *TWSJ*, 15. Mai 2000. **Howard W. French**, ›The African Question: Who Is to Blame? The Finger Points to the West, and Congo Is a Harsh Example‹, *NYT*, 16. Januar 1999. **Andrew Gilligan**, ›Inside Lt Col Spicer's new model army‹, *Sunday Telegraph*, 22. November 1998. **Sean Gervasi**, ›Germany, U.S., and the Yugoslav Crisis‹, *CAQ*, Winter 1992/3. **Ignacio Gómez**, U.S. Mercenaries in Colombia, *Columbia Report*, 16. Juni 2000. **Greg Guma**, ›Defense and security become privatization's new frontier‹, *Toward Freedom*, August 2000; ›Secrets R US‹, *Toward Freedom*, August/September 2001. **Fabienne Hara**, ›Hollow peace hopes in shattered Congo‹, *The Observer*, 7. Juli 2002. **William D. Hartung**, ›Mercenaries Inc.: how a U.S. company props up the House of Saud‹, *The Progressive*, April 1996. **William D. Hartung und Dena Montague**, ›Deadly Legacy Update: U.S. Arms and Training Programs in Africa‹, World Policy Institute, A Special Issue Brief, 22. März 2001. **Amelia Hill**, ›Bin Laden's \$20m African ›blood diamond‹ deals‹, *The Observer*, 20. Oktober 2002. Georg Hodel, ›Evita, Swiss & the Nazis‹, *Consortium News*, 7. Januar 1999. **International Consortium of Investigative Journalists**, Making a Killing: The Business of War. The Center for Public Integrity, Washington, Oktober 2002. **David Isenberg**, ›The New Mercenaries‹, *CSM*, 13. Oktober 1998. **Jacques Isnard**, ›Des ›conseillers‹ américains ont aidé à renverser le régime de M. Mobutu‹, *Le Monde*, 28 August 1997. **Daniel Junas**, ›Rise of the Militias‹, *CAQ*, Spring 1995. **John Keegan**, ›Private armies are a far cry from the Sixties dogs of war‹, *Daily Telegraph*, 13. Mai 1998. **M. Korneygay**, ›Superpower in search of alternatives to OPEC‹, *Alexander's Oil and Gas Connections*, 5. September 2002. **Brigitte Kols**, ›Die Kriege der Warlords‹, *Frankfurter Rundschau*, 21. Oktober 2002. **Jürgen Cain Külbel**, ›Das Dream-Team‹, *Konkret*, 10/2002. **David Lazarus**, ›Carlyle profit from Afghan war‹, *San Fransisco Chronicle*, 2. Dezember 2001. **Kevin Martin u. a.**, ›Boeing Corporation‹, *Z Magazine*, November

2001. **Stephen Mbogo**, ›Mercenaries? No, PMCs‹, *West Africa Magazine*, 18-24. September 2000. **Alfred W. McCoy**, *The Politics of Heroin. CIA Complicity in the Global Drug Trade*. A completely revised and expanded edition of *The Politics of Heroin in Southeast Asia*. Chicago: Lawrence Hill Books, 1991, S. 387-435. **Dena Montague**, ›The New Oil and Military Frontier‹, World Policy Institute, 20. September 2002. **Leo A. Müller**, *Gladio - das Erbe des Kalten Krieges*. Reinbek: Rowohlt, 1991, passim. **Sheila Mysorekar**, ›Mit beschränkter Haftung‹, *Freitag*, 26. Juli 2002. **Odhiambo Okite**, ›Missionaries or Mercenaries?‹, *Toward Freedom*, August 1999. **Kelly Patricia O'Meara**, ›DynCorp Still Taking the Moral Low Ground‹, *Insight Magazine*, 12. August 2002. **Hernando Calvo Ospina**, *Im Zeichen der Fledermaus. Die Rum-Dynastie Bacardi und der geheime Krieg gegen Cuba*. Köln: PapyRossa, 2002, S. 50-4. **René Otayek**, *La politique africaine de la Libye*. Paris: Karthala, 1986, S. 170-204. **John Prados**, *Presidents' Secret Wars. CIA and Pentagon Covert Operations from World War II through the Persian Gulf*. Revised and expanded edition. Chicago: Ivan R. Dee, Publisher, 1996, S. 419-75. **John E. Peck**, ›Remilitarizing Africa for Corporate Profit‹, *FP*, Oktober 2000. **John Pomfret**, ›Massacres Were Weapon in War of Liberation‹, *TWP*, 11. Juni, 1997. **Robert Reed**, ›Juan Peron & ›Cocaine Politics‹, *Consortium News*, 12. November 1999. **Reuters**, ›U.S. eyes Sao Tome as friend in African oil region‹, 23. August 2002. **Linda Robinson**, ›America's secret armies‹, *US News and World Report*, 11. April 2002. **Francis Schor**, ›The Strange Career of Frank Carlucci‹, *Counterpunch*, 1. Februar 2002. **Peter Dale Scott und Jonathan Marshall**, *Cocaine Politics. Drugs, Armies, and the CIA in Central America*. Updated Edition with a New Preface. Berkeley: University of California Press, 1998, passim. **David Shearer**, ›Outsourcing War‹, *FP*, Herbst 1998. **Ken Silverstein**, *Private Warriors*. New York: Verso, 2000, S. 141-80. **Frank Smythe**, ›A New Game: The Clinton Administration on Africa‹, *WPJ*, Sommer 1998. **Rixon Stewart**, ›The Trans-Nationals At War In Africa‹, *The News Insider*, 7. Mai 2001. **Dominic Streatfield**, *Cocaine*. London: Virgin Books, 2002, S. 336-57; 446-89. **Ian Urbina**, ›This war brought to you by Rendon Group‹, *AT*, 13. November 2002. **Warren Vieth**, ›U.S. Quest for Oil in Africa Worries Analysts, Activists‹, *LAT*, 13. Januar 2003. **Ed Vulliamy und Nick Paton Walsh**, ›Cheney firm won \$3.8bn contracts from government‹, *The Observer*, 21. Juli 2002. **Melanie Warner**, ›The Big Guys Work For the Carlyle Group‹, *Fortune*, 18. März 2002. **Leslie Wayne**, ›America's For-Profit Secret Army‹, *NYT*, 13. November 2002. **Marc Weisbrot**, ›US Still Intervening Against Democracy in Venezuela‹, *Counterpunch*, 19. Dezember 2002. **Bob Woodward**, *Veil. The Secret Wars of the CIA 1981-1987*. London: Headline, 1988, S. 232-5. **George Wright**, ›The downfall of a U.S. third world client‹, *Z Magazine*, Juni 1997. **Juan Carlos Zarate**, ›The Emergence of a New Dog of War: Private International Security Companies, International Law, and the New World Disorder‹, *Stanford Journal of International Law*, 75, 1998.

**Kapitel 4**

**Jihad Abdel-Muntasir**, ›The Saud Regime: Its Legality & Achievements‹, *Nida'ul Islam*, Nr. 9, August/September 1995. **Said K. Aburish**, *The Rise, Corruption and Coming Fall of The House of Saud*. New York: St. Martin's Griffin, 1996, S. 148-180; 273-302; ›Saddam und die Politik der Vergeltung‹, *NZZ*, 8. Juni 2002. **Ehsan Ahrari**, ›Afghanistan: Warlordism redux‹, *AT*, 11. Juni 2002; ›Indonesia between Bush and bin Laden‹, *ebd.*, 25. Oktober 2002. **Fouad Ajami**, *The Arab Predicament. Arab Political Thought and Practice Since 1967*. Updated Edition. Cambridge: Cambridge University Press, 1992, S. 29-88. **M. J. Akbar**, *The Shade of Swords. Jihad and the conflict between Islam and Christianity*. London: Routledge, 2002, S. 189-213. **Tariq Ali**, ›Doing As The Romans Did‹, *Al Ahram*, 12. September 2002. **Mike Allen**, ›CIA's Cash Toppled Taliban‹, *TWP*, 16. November 2002. **Geoffrey Aronson**, ›A sideshow to the conquest of Iraq‹, *LMDe*, Mai 2002. **Nasser Arrabyee**, ›Slaughter in Sana'a‹, *AAW*, 2. Januar 2003. **William M. Arkin**, ›Iran in the crosshairs‹, *TBAS*, Juli-August 1995; ›The Secret War‹, *LAT*, 27. Oktober 2002. **Martin Arostegui**, ›The Search for Osama bin Laden‹, *Insight*, 12. August 2002. **Arvin Bahl**, ›India, America, Musharraf, and War‹, *South Asia Analysis Group*, Paper 479, 19. Juni 2002. **Sumanta Banerjee**, ›Asia and US Global Strategy‹, *EPW*, 12. Oktober 2002. **Matin Baraki**, ›Militärische ›Konfliktlösungen‹ statt intelligenter Friedenspolitik: das Beispiel Afghanistan in *Imperial Djihad? Über Fundamentalismus, Schurkenstaaten und neue Kriege*. Amy Holmes, David Salomon, Stefan Schmalz, Guido Speckmann (Hrsg.). Hamburg: VSA-Verlag, 2002, S.133-55. **Richard Becker**, ›What is really behind the intense U.S. hostility toward Iraq and its government?‹, International Action Center, San Francisco, 10. Januar 2002. **Walden Bello**, ›The American Way of War‹, *ZNet*, 30. Dezember 2001. **Peter Beaumont**, ›America gears up for a new kind of war‹, *The Observer*, 10. März 2002; ›Why we are losing the war‹, *The Observer*, 1. Dezember 2002. **Kristina Bergmann**, ›Stolze Bergstämme und die Kaida‹, *NZZ am Sonntag*, 10. November 2002. **M K Bhadrakumar**, ›The changing faces of Central Asia‹, *AT*, 5. Oktober 2002. **Julian Borger**, ›Iraq: the myth and the reality‹, *The Guardian*, 15. März 2002. **Henrik Bork**, ›Die sind doch nicht lebensmüde‹, *SZ*, 11./12. Januar 2003. **Francis A. Boyle**, ›US Foreign Policy Toward the Iran/Iraq War‹, *Counterpunch*, 14. Dezember 2002. **Drew Brown**, ›At Tora Bora, Costly U.S. Hesitation‹, *Philadelphia Inquirer*, 13. Oktober 2002. **Jason Burke**, ›Secret war prevents us from learning the truth‹, *The Observer*, 19. Mai 2002; ›US cash squads ›buy‹ Iraqi tribes‹, *ebd.*, 15. Dezember 2002. **Patrick Carkin**, ›Hidden Casualties & Secret Diplomacy: The History of US Relations with North Korea‹, *Counterpunch*, 3. Januar 2003. **Fadhil J. Chalabi**, ›Iraq and the Future of World Oil‹, *Middle East Policy*, Oktober 2000. **Larry Chin**, ›The deep politics of regime removal in Iraq: Overt conquest, covert operations. Part One: Into the abyss‹, *Online Journal*, 24. Oktober 2002; ›Part Two: The CIA and the

Iraqi/Kurd opposition groups‹, *ebd.*, 31. Oktober 2002; ›Part Five: The American Empire and business of Iraq‹, *Online Journal*, 21. November 2002. **Mitchel Cohen**, ›How Bush Sr. Sold the Bombing of Iraq‹, *Counterpunch*, 28. Dezember 2002. **Nick Cohen**, ›Trouble in Tashkent‹, *The Observer*, 15. Dezember 2002. **Julian Coman**, ›The war against Iraq has already begun‹, *Daily Telegraph*, 10. Juni 2002. **Pierre Conesa und Olivier Lepick**, ›The new world disorder‹, *LMDe*, Juli 2002. **Anthony H. Cordesman**, *The Gulf Military Balance and Saudi Arabia*. Center for Strategic and International Studies, Washington, 31. Januar 2001. **Paul-Marie de la Gorce**, ›Southwest Asia : the world's new centre‹, *LMDe*, Dezember 2002. **Joseph P. DiAfrica**, ›Understanding US policy with Iraq‹, *Online Journal*, 28. November 2002. **Michael Dobbs**, ›US-Iraq ties in 1980s illustrate downside of American foreign policy‹, *Dawn*, 31. Dezember 2002. **Simon Elegant**, ›Eye of the Storm‹, *Asiaweek*, 11. Februar 2002. **Khaled Abou El Fadl**, *Islam and the Theology of Power*. Middle East Research and Information Project: *Middle East Report 221*, Winter 2001. **Pepe Escobar**, ›Bush vs Saddam: The empire strikes back‹, *AT*, 6. März 2002; ›Brave new (Middle Eastern) world. Part 1: The Saudi equation‹, *ebd.*, 19. September 2002; ›Brave new (Middle Eastern) world. Part 2: The Iranian equation‹, *ebd.*, 20. September 2002; ›The US and Eurasia. Part 1: Theatrical militarism‹, *ebd.*, 4. Dezember 2002; ›The US and Eurasia. Part 2: Eurasia strikes back‹, *ebd.*, 5. Dezember 2002. **Larry Everest**, ›Das Anheizen des Iran-Irak Krieges‹, *ZNet*, 5. September 2002. **Dina Ezzat**, ›Jockeying for position‹, *AAW*, 16. Januar 2003. **Ahmad Faruqui**, ›Fighting Terrorism with the Wrong Weapons‹, *Counterpunch*, 16. Oktober 2002; ›Remaking the Muslim Middle East‹, *AT*, 29. November 2002. **Marion Farouk-Sluggett und Peter Sluggett**, *Iraq Since 1958. From Revolution to Dictatorship*. London: I.B. Tauris, 2001, S. 215-54. **Tom Fawthrop**, ›Indonesian military's links to terror‹, *AT*, 7. November 2002. **Manfred Fischer**, ›Volle Kassen für die Rüstung‹, *Welt am Sonntag*, 19. Januar 2003. **Robert Fisk**, ›With runners and whispers, al-Qa'ida outfoxes US forces‹, *The Independent*, 6. Dezember 2002. **Chris Floyd**, ›The Pentagon Plan to Provoke Terrorist Attacks‹, *Counterpunch*, 1. November 2002. **Jonathan Freedland**, ›Bali proves that America's war on terror isn't working‹, *The Guardian*, 15. Oktober 2002. **John Gershman**, ›US: Remaking policy in Asia?‹, *AT*, 26. November 2002. **Philip S. Golub**, ›Westward the course of Empire‹, *LMDe*, September 2002. **Sarah Graham-Brown und Chris Toensing**, ›Why Another War? A Backgrounder on the Iraq Crisis‹, *Middle East Research and Information Project*, Oktober 2002. **Selig S. Harrison**, ›Pakistan, Afghanistan and US Policy‹, *Defence Journal*, Februar 2002. **William D. Hartung u.a.**, ›Operation Endless Deployment‹, *The Nation*, 21. Oktober 2001. **Arif Hasan**, ›The Roots of Elite Alienation‹, *EPW*, 2.-9. November 2002. **Jean Heller**, ›Public Doesn't Get Picture with Gulf Satellite Photos‹, *St Petersburg Times*, 6. Januar 1991. Reprint in: In *These Times*, Februar-März 1991. **Edward Helmore**, ›US in replay of the ›Great Game‹, *The*



*Observer*, 20. Januar 2002. **Simon Helweg-Larsen**, ›Governments are using the war on terrorism to quell opposition‹, *Z Magazine*, April 2002. **Salah Hemeid**, ›Planning post-Saddam‹, *AAW*, 5. Dezember 2002. **John Hendren und Richard T. Cooper**, ›Fragile Alliances in a Hostile Land‹, *LAT*, 5. Mai 2002. **Seymour M. Hersh**, ›What happened in the final days of the Gulf War?‹, *The New Yorker*, 22. Mai 2000; ›King's Ransom. How vulnerable are the Saudi royals?‹, *ibid.*, 22. Oktober 2001; ›The Cold Test. What the Administration knew about Pakistan and the North Korean nuclear program‹, *ibid.*, 27. Januar 2003. **Isabel Hilton**, ›Pakistan is being slowly Talibanised‹, *The Guardian*, 11. Dezember 2002. **Dilip Hiro**, ›The Post-Saddam Problem‹, *The Nation*, 6. Januar 2003. **Rosemary Hollis**, ›Hawks won't stop with Baghdad‹, *The Observer*, 22. September 2002. **Fahmy Howeidy**, ›Edging towards the abyss‹, *AAW*, 16. Januar 2003. **Vahid Isabeigi**, ›Iran: A potential ally under US fire‹, *AT*, 24. Dezember 2002. **David Isenberg**, ›US Air Force flies into problem in Asia‹, *Asia Times*, 27. August 2002; ›Preemption meets the map of Asia‹, *ibid.*, 3. Oktober 2002; ›P2OG allows Pentagon to fight dirty‹, *ibid.*, 5. November 2002; ›Groundpounders to the war zone‹, *ibid.*, 14. November 2002. **Faleh A Jabar**, ›How Saddam keeps power in Iraq‹, *LMDe*, Oktober 2002. **Nabeel Jabbour**, *The Rumbling Volcano. Islamic Fundamentalism in Egypt*. Pasadena: Mandate Press, 1993, S. 215-26; 247-76. **Christopher Johnson**, ›Uncle Sam's Philippine mission a mystery‹, *AT*, 30. März 2002. **Subhash Kapila**, ›Pakistan's Foreign Policy Predicaments Post 9/11‹, *South Asia Analysis Group, Paper 564*, 12. Dezember 2002. **Fred Kaplan**, ›The Rumsfeld Intelligence Agency‹, *Boston Globe*, 28. Oktober 2002. **David M. Kennedy**, ›The American Way of Powers‹, *The American Prospect*, 25. März 2002. **Gilles Kepel**, *Jihad. The Trail of Political Islam*. Translated by Anthony F. Roberts, Cambridge: Harvard University Press, 2002, S. 61-80; 205-36; 299-23. **Nevine Khalil**, ›Impeding disaster‹, *AAW*, 16. Januar 2003. **Osman Khalil**, ›The House of Saud's crisis of legitimacy‹, *Muslim Media*, 16. Dezember 2001. **Mohd Naseem Khan**, ›The US Policy Towards the Persian Gulf: Continuity and Change‹, *Strategic Analysis*, Mai 2001. **Michael T. Klare**, *Resource Wars. The New Landscape of Global Conflict*. New York: Henry Holt and Company, 2002, S. 51-80; ›United States: energy and strategy‹, *LMDe*, November 2002. **Andrian Kreye**, ›Und nichts als die Wahrheit‹, *SZ*, 25. Februar 2002; ›Wer wird der nächste Karsai?‹, *ibid.*, 29. November 2002. **Dan Kritchevsky**, ›Deep background on Iraq‹, *Online Journal*, 12. September 2002. **Jerry Kroth**, ›Iraq as an American projection‹, *Counterpunch*, 7. Oktober 2002. **Sumita Kumar**, ›The Role of Islamic Parties in Pakistani Politics‹, *Strategic Analysis*, April-Juni 2002. **Mark Leonard**, ›Diplomacy by Other Means‹, *FP*, September/Oktober 2002. **David Lewis**, ›Crisis in Kyrgyzstan‹, *The Observer*, 1. September 2002. **Henry C K Liu**, ›How the US will play China in the new Cold War‹, *AT*, 18. April 2002. **Jim Lobe**, ›War on terror suffers setbacks‹, *AT*, 16. Oktober 2002; ›Kim Jong-il out-Saddams Saddam‹, *ibid.*, 7. Januar 2003. **Steve Lopez**,

›After Year of Calm, Looming War Makes U.S. Ripe for Storm‹, *LAT*, 29. Dezember 2002. **Wayne Madsen**, ›A Saudiless Arabia‹, *Counterpunch*, 22. Oktober 2002. **Rahul Mahajan**, *The New Crusade. America's War on Terrorism*. New York: Monthly Review Press, 2002, S. 130-5; ›Iraq and the New Great Game‹, *Counterpunch*, 5. August 2002. **Peter Mansfield**, *A History of the Middle East*. London: Penguin, 1992, S. 280-338. **Eric Margolis**, ›Details of U.S. victory are a little premature‹, *The Toronto Sun*, 24. Dezember 2002. **Victor Marshall**, ›The Lies We Are Told About Iraq‹, *LAT*, 5. Januar 2003. **Greg Miller**, ›Yemen killings signal CIA policy shift‹, *Dawn*, 7. November 2002. **Fareed Mohamedi und Raad Alkadiri**, ›Washington Makes Its Case for War‹, Middle East Research and Information Project: *Middle East Report 224*, Herbst 2002. **M B Naqvi**, ›The muddle the US Middle East policy is‹, *Defence Journal*, August 2002; ›Perils of befriending the US: latest are Saudis to discover‹, *ibid.*, September 2002. **Saba Naqvi**, ›The enemy within‹, *AAW*, 16. Januar 2003. **National Energy Policy Development Group**, *Reliable, Affordable, and Environmentally Sound Energy for America's Future*. Washington: US Government Printing Office, Mai 2001. **Sobia Nisar**, ›Globalization of terrorism‹, *Defence Journal*, September 2002. **Gyanendra Pandey**, ›India and Pakistan, 1947-2002‹, *EPW*, 16. März 2002. **Tom Perry**, ›A Marriage of Convenience in Gulf‹, *LAT*, 7. Oktober 2002. **William Pfaff**, ›An American invitation to deter America‹, *IHT*, 24. Oktober 2002. **Dan Plesch**, ›Iraq first, Iran and China next‹, *The Guardian*, 13. September 2002. **Grant Podelco**, ›Kept in a cage - life under Governor Ismail Khan‹, *AT*, 30. November 2002. **B. Raman**, ›US Strike Against Iraq: Before and After‹, *South Asia Analysis Group, Paper 584*, 16. Januar 2003. **M.V. Rappai**, ›China's Nuclear Arsenal and Missile Defence‹, *Strategic Analysis*, Januar-März 2002. **Chandrasekhara Rao**, ›Iraq Next?‹, *Institute of Peace and Conflict Studies* (Neu Delhi), Dezember 2001. **James Reilly**, ›The U.S. ›War on Terror‹ and East Asia‹, *FPIF*, Special Report, Februar 2002. **Lothar Rühl**, ›Perspektiven einer Offensive der USA gegen den Irak‹, *NZZ*, 24. Mai 2002. **Edward Said**, ›Israel, Iraq, and the United States‹, *AAW*, 10. Oktober 2002; ›Misinformation about Iraq‹, *ibid.*, 28. Oktober 2002. **Vijay Sakhuja**, ›Cold War in the Arabian Sea‹, *Strategic Analysis*, Juni 2002. Syed Saleem Shahzad, ›The new Afghan jihad is born‹, *AT*, 9. September 2002; ›Al-Qaeda's new warriors‹, *ibid.*, 1. November 2002. **Tim Shorrock**, ›Bush has his hands full in Korea‹, *AT*, 7. Januar 2003. **Ayesha Siddiqi-Agha**, ›Political Economy of National Security‹, *EPW*, 2.-9. November 2002. **Doug Struck**, ›Resentment Toward U.S. Troops Is Boiling Over in South Korea‹, *TWP*, 9. Dezember 2002. **Rone Tempest und Bob Drogin**, ›Operation Enduring Payouts‹, *LAT*, 1. Juni 2002. **The Editors**, ›U.S. Military Bases and Empire‹, *Monthly Review*, März 2002; ›U.S. Imperial Ambitions and Iraq‹, *ibid.*, Dezember 2002. **Simon Tisdall**, ›Reaching the parts other empires could not reach‹, *The Guardian*, 16. Januar 2002. **Charles Tripp**, *A History of Iraq*. Second Edition. Cambridge: Cambridge Univer-

sity Press, 2000, S. 193-258. **US Department of Energy**, Energy Information Administration (EIA), Iraq Country Analysis Brief, Oktober 2002. **Alexei Vassiliev**, *The History of Saudi Arabia*. New York: New York University Press, 2000, S. 452-73. **Michel Verrier**, ›Kurdistan: on the map at last‹, *LMDe*, Oktober 2002. **Ibrahim Warde**, ›Which God is on whose side?‹, *LMDe*, September 2002. **Michael Wolff**, ›The Unspun‹, *New York Magazine*, 13. Januar 2003. **Robin Wright**, ›Military Aid to Indonesia Revived in War on Terror‹, *LAT*, 3. August 2002. **Cheng Yawen**, ›America's journey to holy war‹, *AT*, 7. November 2002. **Jing-dong Yuan**, ›US vs China: A new Cold War?‹, *AT*, 27. September 2002. **Phil Zabriskie**, ›Power and Gloria‹, *Asiaweek*, 28. Januar 2002. **David Zucchino**, ›Chasing Phantoms in Afghanistan‹, *LAT*, 29. Dezember 2002

### Kapitel 5

**Anouar Abdel-Malik**, ›Thought in a time of war‹, *AAW*, 16. Januar 2003. **Nyier Abdou**, ›The New America‹, *AAW*, 26. Dezember 2002. **Kamal Ahmed, Peter Beaumont und David Rose**, ›Post-Saddam Iraq mapped out by Allies‹, *The Observer*, 1. Dezember 2002. **Ehsan Ahrari**, ›Against all hegemons, save one‹, *AT*, 31. Dezember 2002. **William M. Arkin**, ›The Circle of American Vulnerability‹, *TWP*, 14. Oktober 2002. **Brian Awehali**, ›New World Disorder‹, *LiP Magazine*, 18. November 2002. **Dean Baker**, ›Bull Market Keynesianism‹, *The American Prospect*, Januar-Februar 1999. **Jack Beatty**, ›Against Inequality‹, *The Atlantic Monthly*, April 1999. **Tony Benn**, ›A New Age of Empire‹, *ZNet*, 1. Januar 2002. **Barry M. Blechman und Tamara Cofman Wittes**, *Defining Moment: The Threat and Use of Force in American Foreign Policy Since 1989*, National Academy Press 1998, S. 15-25. **William Blum**, *Rogue State. A Guide to the World's Only Superpower*. New updated edition. London: Zed Books, 2002, passim. **Jay Bookman**, ›The president's real goal in Iraq‹, *The Atlanta Journal-Constitution*, 29. September 2002. **Julian Borger**, ›Pentagon build-up reaches unstoppable momentum‹, *The Guardian*, 31. Dezember 2002. **Norman Birnbaum**, ›United States: so proudly we hail‹, *LMDe*, Oktober 2002. **Paul Buchanan**, ›Even if he's dead, bin Laden's ahead‹, *The New Zealand Herald*, 9. August 2002. **Carl Conetta**, ›Dislocating Alcyoneus: How to Combat Al-Qaeda and The New Terrorism‹. Global Policy Forum, New York, 25. Juni 2002. **Robert Cooper**, ›The new liberal imperialism‹, *The Observer*, 27. April 2002. **Christian de Brie**, ›Thick as Thieves‹, *LMDe*, April 2000. **E. J. Dionne Jr.**, ›Who's Playing ›Class Warfare?‹, *TWP*, 27. Januar 2003. **Economic Policy Institute**, Report: State of Working America 2000-01: When better isn't good enough, Washington, 2000; ›U.S.'s growing trade deficit fuels ballooning net foreign debt‹, Economic Snapshot, 15. Januar 2003; ›State of Jobs Worsening‹, News Brief, 24. Januar 2003. **Ayman El-Amir**, ›Barbarians at the gate‹, *AAW*, 16. Januar 2003. **Matthew Engel**, ›Bushwhacked‹, *The Guardian*,

13. Januar 2003. **Ahmad Faruqi**, ›The militarization of American foreign policy‹, *AT*, 4. Oktober 2002. **Todd Gitlin**, ›Connect the Dots for a Disturbing Picture‹, *LAT*, 21. Juli 2002. **Melvin Goodman**, ›Shotgun Diplomacy‹, *Washington Monthly*, Dezember 2000. **Fred Halliday**, ›New world, but the same old disorder‹, *The Observer*, 10. März 2002. **Glenn Frankel**, ›New U.S. Doctrine Worries Europeans‹, *TWP*, 20. September 2002. **Adrian Hamilton**, ›We are watching the decline of American power‹, *The Independent*, 5. Juli 2002. **Richard Harries**, Bishop of Oxford, ›This war would not be a just war‹, *The Observer*, 4. August 2002. **Seymour M. Hersh**, ›Manhunt. The Bush Administration's new strategy in the war against terrorism‹, *The New Yorker*, 23. Dezember 2002. **Will Hutton**, ›Bye bye American pie‹, *The Observer*, 30. Juni 2002; ›Crunch time for Uncle Sam‹, *ebd.*, 5. Januar 2003; ›Why Bush is sunk without Europe‹, *ebd.*, 26. Januar 2003. **Yussef M. Ibrahim**, ›Bush's Iraq adventure is bound to backfire‹, *IHT*, 1. November 2002. **Michael Ignatieff**, ›The Burden. The American Empire (Get Used To It)‹, *NYT Magazine*, 5. Januar 2003. **Faisal Islam**, ›War: who is it good for?‹, *The Observer*, 11. August 2002. **Robert Jensen und Rahul Mahajan**, ››Diplomacy‹ in the Age of the American Empire‹, *Counterpunch*, 13. September 2002. **Paul Kennedy**, ›Has the US lost its way?‹, *The Observer*, 3. März 2002. **Robert Kolb**, ›Perspektiven des ›humanitären Völkerrechts‹‹, *NZZ*, 7. September 2002. **Gabriel Kolko**, *Century of War. Politics, Conflict, and Society Since 1914*. New York: The New Press, 1994, S. 412-52; *Another century of war*. New York: The New Press, 2002, S. 136-37; S. 138ff. **Ekkehart Krippendorff**, ›Angst vor Amerika‹, *Freitag*, 15. Februar 2002. **James Kurth**, ›The war and the West‹, *AT*, 12. Februar 2002. **Christopher Layne**, ›The Power Paradox‹, *LAT*, 27. Oktober 2002. **John Le Carré**, ›The United States of America has gone mad‹, *The Times*, 15. Januar 2003. **Left Business Observer**, ›Boom for whom?‹, Nr. 93, Februar 2000; ›Debts everywhere‹, Nr. 97, Mai 2001. **Nicolas Lemann**, ›The Next World Order‹, *The New Yorker*, 1. April 2002. **Anatol Lieven**, ›The Push for War‹, *LRB*, 3. Oktober 2002. **Henry C K Liu**, ›War and the military-industrial complex‹, *AT*, 30. Januar 2003. **Steve Lopez**, ›After Year of Calm, Looming War Makes U.S. Ripe for Storm‹, *LAT*, 29. Dezember 2002. **Eric Lotke**, ›The Prison-Industrial Complex‹, *The Multinational Monitor*, November 1996. **Norman Mailer**, ›I Am Not For World Empire‹, *The American Conservative*, Dezember 2002. **Victor Marshall**, ›The Lies We Are Told About Iraq‹, *LAT*, 5. Januar 2003. **Karl Marx**, ›An Abraham Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika‹, *Der Social-Demokrat*, Nr. 3, 30. Dezember 1864; *Marx-Engels-Werke*, Band 16, S. 18-19. Shireen M Mazari, ›The threat of US unilateralism‹, *Defence Journal*, Juli 2002. **Michael Moore**, *Stupid White Men*. New York: HarperCollins Publishers, 2001, S. 163-94. **Felix E. Müller**, ›Das ›American Empire‹ als Segen und als Ärgernis‹, *NZZ am Sonntag*, 29. Dezember 2002. **Greg Palast**, *The Best Democracy Money Can Buy. An Investigative Reporter Exposes the Truth about Globalization, Corpo-*



rate *Cons and High Finance Fraudsters*. London: Pluto Press, 2002, S. 140-51. **Nat Parry**, ›Bush's Return to Unilateralism‹, *consortiumnews.com*, 18. Februar 2002. **Sam Parry**, ›Bush's Endless War‹, *consortiumnews.com*, 8. März 2002. **William Pfaff**, ›A Prospect of One War After the Other‹, *IHT*, 21. Februar 2002; ›An American invitation to deter America‹, *ebd.*, 24. Oktober 2002. **John Pilger**, *The New Rulers of the World*. London: Verso, 2002, S. 1-14; 98-157; ›The great charade‹, *The Observer*, 14. July 2002. **Robert Pollin**, ›Anatomy of Clintonomics‹, *NLR*, Mai-Juni 2000. **Peter Preston**, ›Not such a super power after all‹, *The Guardian*, 9. Dezember 2002. **Andrew Rawnsley**, ›Even the megapower needs friends‹, *The Observer*, 7. Januar 2003. **Paul Rogers**, ›If it's good for America, it's good for the world‹, *The Observer*, 27. Januar 2002. **Matthew Rothschild**, ›The New McCarthyism‹, *The Progressive*, 1. Januar 2002. **Lothar Rühl**, ›Europa im Kielwasser neuer US-Strategien‹, *NZZ*, 15. August 2002. **Ken Sanes**, ›Clash of the super-systems‹, *AT*, 7. Januar 2003. **Ziauddin Sardar**, **Merryl Wyn Davies**, *Why Do They Hate Us?*. Duxford: Icon Books, 2002, S.171-91. **Tim Shorrocks**, ›Bush has his hands full in Korea‹, *AT*, 7. Januar 2003. **Mohamed Sid-Ahmed**, ›Has World War III begun?‹, *AAW*, 7. November 2002. **K Gajendra Singh**, ›The decline of the American Century‹, *AT*, 11. September 2002. **Holly Sklar**, ›Boom Times for Billionaires, Bust for Workers and Children‹, *Z Magazine*, November 1997. **Paul Street**, ›Prisons and the New American Racism‹, *Dissent*, März 2001. **Karen Talbot**, ›Backing Up Globalization with Military Might‹, *CAQ*, Nr. 68, 1999. **The Editors**, ›Prisons and Executions - The U.S. Model: A Historical Introduction‹, *Monthly Review*, Juli 2001. **Simon Tisdall**, ›Bush banks on Pyrrhic victory‹, *The Guardian*, 24. Oktober 2002. **Gore Vidal**, *Perpetual War For Perpetual Peace. How We Got to Be So Hated*. New York: Thunder's Mouth Press / Nation Books, 2002, S. 137-46; ›The Enemy Within‹, *The Observer*, 27. Oktober 2002. **Ed Vulliamy**, ›Dark heart of the American dream‹, *The Observer*, 16. Juni 2002; ›The President rides out‹, *The Observer*, 26. Januar 2003. **Immanuel Wallerstein**, ›The Eagle Has Crash Landed‹, *FP*, Juli-August 2002; ›Aufhaltsamer Abstieg‹, *SZ*, 12. August 2002. **Loic Wacquant**, ›Imprisoning the American poor‹, *LMD*, Juli 1998. **Brian Whitaker**, ›The papers that cried wolf‹, *The Guardian*, 16. Dezember 2002; ›An engineered crisis‹, *ebd.*, 27. Januar 2003. **Bob Woodward**, *Bush At War*. New York: Simon and Schuster, 2002, S.34f; 50-2; 101f. **Cheng Yawen**, ›America's journey to holy war‹, *AT*, 7. November 2002. **Gary Younge**, ›American dream tarnished by widening wealth gap‹, *The Guardian*, 24. Januar 2003. **Howard Zinn**, ›The Great Deception: Elusive Enemy, Endless War‹, *Tom Paine.com*, Februar 2002.